

Beauftragt vom

# Evaluierung des Berufsorientierungsprogramms in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

---

## Evaluationsbericht



**Institut für berufliche Bildung,  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH**

Herrnstraße 53, 63065 Offenbach

Tel.: 069 27224-0, Fax: 069 27224-30

E-Mail: [inbas@inbas.com](mailto:inbas@inbas.com) [www.inbas.com](http://www.inbas.com)



in Zusammenarbeit mit dem

**Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur**

Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Offenbach am Main, den 31. Januar 2010

# Impressum

Der vorliegende Evaluationsbericht wurde im Rahmen des Auftrags „Evaluierung des Berufsorientierungsprogramms in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ erstellt. Auftraggeber war das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Evaluierung wurde durchgeführt von



**Institut für berufliche Bildung,  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH**

Herrnstraße 53, 63065 Offenbach am Main

Projektleitung: **Joachim Winter und Karin Manneke**

in Zusammenarbeit mit



**IWAK - Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur  
Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt a. M.**

Interne Projektleitung IWAK: **Dr. Christa Larsen**

Autorinnen und Autoren: Karin Manneke, Petra Lippegauß-Grünau und Charlotte Straif (INBAS GmbH)  
Roland Bieräugel und Oliver Nüchter (IWAK)

Interviews: Roland Bieräugel, Karin Manneke, Laura Markgraf

Befragungen und Dateneingabe: aproxima - Gesellschaft für Marktforschung und Sozialforschung, Weimar

Statistische Auswertungen: Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur  
Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Gestaltung: Jürgen Buss

Korrekturen: Rosemarie Landsiedel

Druck: Copy Dali, Offenbach

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>17</b>
<b>2 Das Berufsorientierungsprogramm BOP</b>	<b>18</b>
<b>3 Die externe Evaluation des BOP</b>	<b>22</b>
3.1 Evaluationsziele und Evaluationskonzept	22
3.2 Methodisches Vorgehen	23
<b>4 Die subjektive und die objektive Seite von Berufsorientierung</b>	<b>33</b>
4.1 Berufswahlkompetenz von Jugendlichen	33
4.2 Berufsorientierung	38
4.2.1 <i>Berufsorientierung als Prozess</i>	38
4.2.2 <i>Herausforderungen für die schulische Berufsorientierung</i>	40
4.2.3 <i>Berufsorientierung als Bestandteil schulischer Curricula</i>	42
4.2.4 <i>(Qualitäts-)Standards für die Berufsorientierung</i>	43
4.3 Struktur und Entwicklung des Ausbildungsmarkts	45
4.3.1 <i>Der Ausbildungsmarkt in Deutschland</i>	46
4.3.2 <i>Regionale Besonderheiten und Differenzen</i>	47
4.3.3 <i>Die Entwicklung der Anforderungen an Auszubildende</i>	49
4.3.4 <i>Die Diversifizierung der Ausbildungslandschaft</i>	51
4.3.5 <i>Die Attraktivität der Ausbildungsberufe</i>	52
4.3.6 <i>Schlussfolgerungen aus Sicht der Berufsorientierung</i>	53
<b>5 Die Berufsorientierung aus Sicht der Betroffenen und der Beteiligten</b>	<b>55</b>
5.1 Teilnehmende Schüler und Schülerinnen	55
5.1.1 <i>Berufswahl allgemein</i>	55
5.1.2 <i>Verlauf der Berufsorientierung</i>	57
5.1.3 <i>Erkenntnisgewinn der Schüler und Schülerinnen</i>	63
5.1.4 <i>Verbesserungsmöglichkeiten</i>	66
5.1.5 <i>Zusammenfassung</i>	68
5.2 Einschätzung der Lehrkräfte	69
5.2.1 <i>Allgemeine Eindrücke</i>	69
5.2.2 <i>Zugang zum Programm</i>	70
5.2.3 <i>Vorbereitung der Berufsorientierung</i>	71
5.2.4 <i>Durchführung der Berufsorientierungsmaßnahme</i>	72
5.2.5 <i>Nachbereitung der Berufsorientierungsmaßnahme</i>	73
5.2.6 <i>Ergebnisse und Konzept</i>	75
5.2.7 <i>Zusammenfassung</i>	76

5.3	Die Sichtweise der Berufsbildungsstätten	77
5.3.1	<i>Planung und Kooperationsformen der Berufsorientierung</i>	79
5.3.2	<i>Organisationsformen der Berufsorientierung</i>	80
5.3.3	<i>Inhaltliche Durchführung der Berufsorientierung</i>	80
5.3.4	<i>Ergebnisse der durchgeführten Berufsorientierung</i>	81
5.3.5	<i>Bewertung des Konzepts der Berufsorientierung</i>	82
5.3.6	<i>Abwicklung und Finanzierung des Programms</i>	83
5.4	Die besondere Sichtweise der Auszubildenden	83
5.4.1	<i>Vorbereitung und Durchführung der Berufsorientierung</i>	84
5.4.2	<i>Rückmeldungen an die Schüler und Schülerinnen</i>	85
5.4.3	<i>Zusammenarbeit mit Lehrkräften</i>	85
5.4.4	<i>Auswertung der Berufsorientierung</i>	86
5.4.5	<i>Wunschfragen „Was wäre, wenn ...“</i>	86
5.4.6	<i>Zusammenfassung</i>	87
5.5	Reflexion der Befragungsergebnisse	88
5.5.1	<i>Möglichkeiten des Programms</i>	88
5.5.2	<i>Grenzen des Programms</i>	94
5.6	Schlussfolgerungen der Reflexion der Befragungsergebnisse	100
<b>6</b>	<b>Das Berufsorientierungsprogramm im Kontext anderer Programme</b>	<b>102</b>
6.1	Konzeptionelle Ausrichtungen aktueller Landes- und Bundesprogramme	102
6.1.1	<i>Objektive (externe) Perspektive</i>	102
6.1.2	<i>Subjektive Perspektive</i>	108
6.1.3	<i>Systemische Perspektive</i>	110
6.1.4	<i>Erkenntnisse und Schlussfolgerungen</i>	113
6.2	Verzahnung	114
6.2.1	<i>Verankerung von Programmen der Berufsorientierung</i>	114
6.2.2	<i>Schlussfolgerungen und Möglichkeiten der Verzahnung</i>	122
<b>7</b>	<b>Empfehlungen zur Weiterentwicklung</b>	<b>125</b>
7.1	Ausrichtung des Programms	126
7.2	Konzeptionelle Eckpunkte, Finanzierung und Qualität der Umsetzung	127
7.3	Verzahnung des Programms	133
7.4	Programmunterstützung	135
<b>8</b>	<b>Literatur</b>	<b>140</b>
<b>Anhang</b>		<b>143</b>
	Abbildungsverzeichnis	143
	Tabellenverzeichnis	144
	Abkürzungen	144

## Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen

Im Folgenden sollen die wesentlichen Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Evaluation zusammengefasst werden:

### **MÖGLICHKEITEN DES PROGRAMMS**

#### **Hohe Akzeptanz des Programms und hohe Zufriedenheit mit der Durchführung**

Aus Sicht aller Befragten ist das BMBF-Berufsorientierungsprogramm ein für die Jugendlichen sinnvolles Programm, und von allen Beteiligten wurde eine Weiterführung gewünscht.

Alle befragten Berufsbildungsstätten wollten das Projekt fortsetzen, und zwar mit gleichem bzw. steigendem Umfang der bisherigen Teilnehmenden-Zahlen. Alle befragten Lehrkräfte wünschten sich eine Fortsetzung des Berufsorientierungsprogramms in den kommenden Schuljahren. Die Einschätzung der Berufsorientierung durch die befragten Schüler und Schülerinnen war ebenfalls überaus positiv. Die Jugendlichen fühlten sich durch Schule und Auszubildende gut vorbereitet und hatten nach der Berufsorientierung klarere Vorstellungen, welche Berufe für sie in Frage kommen oder auch nicht. Fast 85 Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, dass ihnen die Berufsorientierung Spaß gemacht habe.

Auch die wesentlichen Eckpunkte des Programms stießen auf positive Resonanz: die im Programm anvisierten siebten bis neunten Jahrgänge wurden als die richtigen Jahrgänge eingestuft. Ebenfalls wurden 80 Stunden als angemessenes Zeitvolumen bewertet. Die Jugendlichen der Hauptschulen sowie der achten Jahrgangsstufen gaben die tendenziell positivsten Bewertungen des Programms ab, was die Richtigkeit der Zielgruppenwahl bestätigt.

Die Lehrkräfte waren in deutlicher Mehrheit zufrieden mit den Anforderungen an die Schüler und Schülerinnen, den Arbeitsformen, dem Lerntempo, der Lernatmosphäre, der Kompetenzfeststellung und der Organisation und Ausstattung der Berufsbildungsstätte.

#### **Weitgehende Akzeptanz der Programmabwicklung und -finanzierung**

Die Frage nach der Bewertung der Programmabwicklung wurde zwar in einer großen Bandbreite beantwortet, ließ aber insgesamt Zufriedenheit erkennen. Die Mehrheit der befragten sieben Berufsbildungsstätten hatte kein Problem mit der „80 Prozent-Regelung“, da die meisten Teilnehmenden regelmäßig anwesend waren. Es gab aber Probleme mit dem Einwerben von Drittmitteln. Für die Mehrheit der befragten Berufsbildungsstätten war die Kalkulationsgrundlage von 600 Euro pro Teilnehmender bzw. Teilnehmendem in Ordnung. Bei diesen Angaben muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Berufsbildungsstätten mit unterschiedlich großen Gruppen arbeiteten bzw. arbeiten.

Von den sieben besuchten Berufsbildungsstätten problematisierte eine die anfallenden Fahrtkosten für die Wege der Schüler und Schülerinnen zur Berufsbildungsstätte. Die bei der Durchführung der Berufsorientierung anfallenden Materialkosten wurden bei den meisten befragten Berufsbildungsstätten von diesen selbst getragen. Bei der Teilnehmendenbefragung gaben allerdings etwa sieben Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen an, einen Teilnahmebeitrag gezahlt zu haben.

## **Wenige Abbrüche von Jugendlichen**

Die Befragungsergebnisse zeigten eine gute Annahme des Programms durch die teilnehmenden Jugendlichen. Die meisten Schülerinnen und Schüler durchliefen die Berufsorientierung vollständig, nur wenige brachen ab.

## **Jugendliche haben (Berufswahl-) Kompetenzen erworben**

Nach den Äußerungen aller Interviewten führte die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten zu guten Ergebnissen bei den Jugendlichen. Nach den subjektiven Einschätzungen der Bildungsstätten- und Projektleitungen, der Ausbildenden, der Lehrkräfte und der Schüler und Schülerinnen selbst hat den Jugendlichen die Berufsorientierung etwas gebracht.

Viele Jugendliche gaben an, dass ihnen Schule und Ausbildung nach der Berufsorientierung wichtiger wären als zuvor und sie neue Berufe und deren Anforderungen kennen gelernt hätten. Weiter sagten die Schüler und Schülerinnen, dass sie ihre Stärken und Schwächen nach der Berufsorientierung besser einschätzen könnten. Knapp zwei Drittel der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, durch die Berufsorientierung zu wissen, welche Berufe für sie in Frage kämen. Fast 80 Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, zu wissen, welche Berufe für sie *nicht* in Frage kämen. Jeder dritte Befragte wusste nach eigener Angabe noch nicht, was er nach dem Schulabschluss machen möchte.

43 Prozent der Schüler und Schülerinnen, deren Berufsorientierung länger als drei Monate zurück lag, gaben an, dass sich ihre schulischen Leistungen nach der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten verbessert haben; bei der Jahrgangsstufe neun, deren Schulabschluss näher lag, waren es sogar über 50 Prozent der Befragten.

## **Hauptschüler und -schülerinnen insbes. der achten Klassen sind die richtige Kernzielgruppe**

Die Befragung der Schüler und Schülerinnen ergab, dass die Hauptschüler und -schülerinnen die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten besser als die Realschüler und -schülerinnen bewerteten und auch mehr davon profitierten. Hauptschullehrkräften betonten die Wichtigkeit der praktischen Tätigkeiten für die Schüler und Schülerinnen.

Der Wunsch, etwas lernen zu wollen, und die Lust auf die Berufsorientierung war bei den Jugendlichen der Hauptschulen deutlich höher als bei jenen der Realschulen, während letztere sich häufiger auf eine Abwechslung freuten. Ein ähnliches Muster findet sich bei der Betrachtung der Jahrgangsstufen: die Hälfte der Schüler und Schülerinnen der 8. Jahrgangsstufe, aber nur ein Viertel aus Jahrgang 9 gab an, Lust auf die Berufsorientierung gehabt zu haben. Diese Aussage der Acht- und Neuntklässler deckt sich mit den Aussagen der Ausbildenden, die nach ihren Erfahrungen die achten Klassen als die passenden Jahrgänge für die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten ansahen.

Teilnehmende der Hauptschulen gaben deutlich häufiger an, dass die Berufsorientierung für sie zum richtigen Zeitpunkt kam, dass sie klarere Vorstellungen vom „passenden“ Beruf haben und dass sie durch die Berufsorientierung mehr Lust auf die Schule haben. Realschüler und Realschülerinnen fühlten sich dagegen schlechter vorbereitet, sagten seltener, dass sie nun wissen, welcher Beruf zu ihnen passt, und empfanden den Tag in der Werkstatt überdurchschnittlich häufig als anstrengend.

Fast durchgängig bewerteten Jugendliche, die von Hauptschulen kamen, die Berufsorientierung positiver als die anderen Teilgruppen. Insbesondere bei der Einschätzung der eigenen Stärken

und Defizite, aber auch bei der neu erworbenen Kenntnis der Berufe und der Klarheit des eigenen Ausbildungswunschs ist der Anteil der Hauptschüler und -schülerinnen deutlich höher als bei den anderen Schularten.

### **Hohe Zufriedenheit mit der Anzahl der durchlaufenen Berufe bzw. Berufsfelder<sup>1</sup>**

In knapp 90 Prozent aller Fälle wurden die Jugendlichen über mindestens drei Berufe, über die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen wurde über drei oder vier und ein weiteres Drittel über fünf oder auch mehr Berufe informiert.

Eine klare Mehrheit der befragten Jugendlichen hielt die Zahl der Berufe, mit denen sie vertraut gemacht wurde, für genau richtig. Die Jugendlichen, die über fünf oder mehr Berufe informiert wurden, zeigten eine nochmals höhere Zustimmung hinsichtlich des angebotenen Umfangs an Berufen als der Durchschnitt aller Befragten. Der Anteil derjenigen Schüler und Schülerinnen, die sich mehr Berufe wünschten, liegt sechsmal höher als jener Schüler und Schülerinnen, die das Angebot als zu umfangreich empfanden.

Aus dieser Rückmeldung der Jugendlichen ließe sich die Folgerung ableiten, dass es durchaus mehr als drei oder vier Berufe sein dürften. Dagegen spricht allerdings, dass 31,8 % der befragten Jugendlichen sagten, dass es zu wenig Zeit gab, Sachen richtig zu verstehen, wobei diese kritische Rückmeldung nicht nur auf eine zu hohe Anzahl von durchlaufenen Berufen bzw. Berufsfeldern zurückzuführen sein kann, sondern auch auf eine zu große Gruppe.

### **Programm als Impulsgeber für Berufsorientierung**

24 der 30 interviewten Lehrkräfte meinten, dass Impulse für ihr eigenes Berufsorientierungskonzept in der Schule gesetzt worden seien, konkretisierten das aber nicht; einige konnten noch nichts dazu sagen, weil sie sich in einer zu frühen Phase befanden.

Das Programm regte auch die Auszubildenden an, sich mit Berufsorientierung auseinanderzusetzen. Die Mehrheit der Auszubildenden in den besuchten Berufsbildungsstätten wünschte den Austausch mit anderen Auszubildenden des gleichen Berufsfeldes und Fortbildung im Umgang mit pädagogischen Problemen.

### **Eine sehr hohe Vielfalt in den zentralen Punkten der Umsetzung**

Die Besuche und Interviews in den Berufsbildungsstätten spiegelten eine große Vielfalt in der Ausgestaltung des Programms wieder. Die große Offenheit des Programms bietet den Akteuren die Möglichkeit, regionsspezifische Besonderheiten berücksichtigen zu können, aber auch Raum für Missverständnisse.

Die Interviews mit den Lehrkräften bestätigten ebenfalls den Eindruck der sehr unterschiedlichen Ausgestaltung des Programms. Insbesondere was die Berufsfeldauswahl sowie Vor- und Nachbereitung der Berufsorientierung betraf, traten zwischen den Schulen relativ starke Unterschiede auf. Während einige Schulen das Programm in die schulinterne Berufsorientierung integrierten und auch bei späteren Berufsorientierungsphasen auf die Ergebnisse des Programms zurückgrif-

---

<sup>1</sup> Die Richtlinie des BOP sieht die Orientierung in Berufen vor. In den Interviews benutzten die Fach- und Leitungskräfte der Berufsbildungsstätten, die Lehrkräfte und wir die Begriffe „Berufe“ und „Berufsfelder“, weil in den Berufsbildungsstätten zum Teil mehr als nur einzelne Berufe angeboten wurden. Diese beiden Begriffe verwenden wir auch im Evaluationsbericht. Mit dem Begriff „Berufsfeld“ beziehen wir uns aber nicht im strengen Sinne auf die Systematik des BIBB, in der die einzelnen Berufe in Berufsfeldern und Berufsgruppen eingeteilt werden.

fen bzw. zurückgreifen wollten, war bei anderen Schulen eher zu erkennen, dass die Ergebnisse des Programms keine systematische Berücksichtigung fanden.

### **Neue berufliche Kooperationsbeziehungen entwickeln sich**

Die Hälfte der 30 befragten Lehrkräfte bewertete die Zusammenarbeit mit den Projektleitungen als sehr gut, 13 weitere mit gut. Auch die Zusammenarbeit mit den Ausbildern und Ausbilderinnen betrachteten 25 der 30 Lehrkräfte als sehr gut bis gut. Kritische Punkte wurden in den Interviews mit den Lehrkräften eher vereinzelt und sehr differenziert bezogen auf den eigenen Kontext bei den Fragen zu Verbesserungswünschen geäußert.

Die Lehrkräfte waren in sehr unterschiedlichem Maße anwesend und übten punktuelle Aufsichts- und Kontrollfunktion bezogen auf die Schüler und Schülerinnen in den Werkstätten und/oder in den Bussen auf dem Weg in die Berufsbildungsstätte aus. Für einige Auszubildende war die Anwesenheit der Lehrkräfte sehr wichtig und sie wünschten sich eine längere Anwesenheit, für andere war es nicht so problematisch, wenn die Lehrkräfte nicht anwesend waren.

In den Berufsbildungsstätten gestaltete sich die Intensität der Vorbereitung im eigenen Hause und mit den Schulen sehr unterschiedlich. Einige Berufsbildungsstätten griffen auf länger bestehende und bewährte Kooperationen mit Schulen zurück. Auch die Lehrkräfte bereiteten sich und ihre Schüler und Schülerinnen sehr unterschiedlich auf die Berufsorientierung vor.

Beide Professionen agierten in für sie neuen, ungewohnten beruflichen Beziehungen und waren zum Teil noch unsicher, weil noch nicht geklärt war, wer Verantwortung wofür trägt, wer wofür Gestaltungsmacht hat und wie die Aufgabenverteilung aussehen sollte. In einigen Berufsbildungsstätten wurde aber schon aus den Erfahrungen der Anfangszeit gelernt und Zuständigkeiten und Absprachen mit den Lehrkräften wurden verbindlicher gestaltet.

## **GRENZEN DES PROGRAMMS**

### **Ein enges Spektrum von traditionellen Berufen**

In den besuchten Berufsbildungsstätten wurden mehrheitlich fünf bis sieben „traditionelle“ und z. T. regional bedeutsame Berufe, auch in Kooperation mit anderen Trägern, angeboten. Wir fanden keine neuen Berufe in den Angeboten. Es ist zu befürchten, dass das schon enge Berufsspektrum der Jugendlichen dadurch noch weiter gefestigt wird. 20 Lehrkräfte wünschten sich ein breites Spektrum der Berufsfelder. Fünf weitere Lehrer und Lehrerinnen wünschten sich für eine neue Runde des Programms mehr Berufe bzw. Berufsfelder als beim ersten Mal. Daneben wurde von einigen Lehrkräften eine stärkere Berücksichtigung von wichtigen regional bedeutsamen Berufsfeldern angesprochen.

Die Vorgabe der Richtlinie, dass die Jugendlichen über mindestens drei Berufe informiert werden sollen, wurde i. d. R. umgesetzt. In 50 % der Fälle lag die Zahl der angebotenen Berufsfelder höher, in jedem zehnten Fall allerdings auch darunter. Nach Meinung von vielen befragten Jugendlichen könnte die Zahl der vorgestellten Berufe höher sein.

Wenn Realschüler und -schülerinnen sowie Mädchen nach der Teilnahme eher wussten, welche Berufe sie *nicht* ergreifen wollten, ist dies nach unserer Interpretation auf die angebotenen handwerklichen Berufsfelder zurückzuführen.

### **Wenige Berufe, die von Mädchen favorisiert werden**

Die in den Berufsbildungsstätten angesiedelten Berufsfelder des Handwerks umfassten nur eine kleine Auswahl eher traditioneller Berufe, die zudem meistens von Männern ergriffen wurden und werden. Das vor allem von jungen Frauen besetzte Spektrum von Berufen bzw. Berufsfeldern ist unterrepräsentiert. Die Mädchen waren zwar den „männlichen“ Berufen gegenüber aufgeschlossen, wählten dann aber doch wieder geschlechtsspezifisch. Dieses wurde unterstrichen durch die Selbsteinschätzung der Jugendlichen: Während junge Männer nach der Berufsorientierung häufiger sagten, jetzt zu wissen, welche Berufe für sie in Frage kämen, gaben junge Frauen überdurchschnittlich häufig an, jetzt zu wissen, für welche Berufe das *nicht* zutreffe.

Es ist zu befürchten, dass das Angebot der Berufe bzw. Berufsfelder in den Berufsbildungsstätten die geschlechtstypische Berufswahl befördert.

### **Acht Stunden sind ein langer Tag**

Die Ausbildenden und die Jugendlichen, die die Zeit der Berufsorientierung konkret zusammen gestalten und verbringen müssen, machten deutlich, dass acht Stunden ein langer Zeitraum sei. Es ist zu überlegen, ob dieser tägliche Zeitumfang angesichts des Alters der Jugendlichen und der ungewohnten, zum Teil anstrengenden körperlichen Tätigkeiten nicht auf sechs Stunden reduziert werden sollte, zumal im ländlichen Raum noch lange Fahrtzeiten hinzukommen.

### **Die Größe der Gruppe ist in vielen Fällen problematisch**

Die Ausbildenden sprachen bei unseren Besuchen die Größe der Gruppen und die Durchführung der geforderten Kompetenzfeststellung als Probleme an. Beide Punkte sind für sich schon problematisch genug, hängen aber auch zusammen. Je größer die Gruppen sind, umso schwieriger werden die Anleitung und die Beurteilung der einzelnen Jugendlichen. Die Gruppen sind zum Teil zu groß, um sich mit den Jugendlichen intensiv zu beschäftigen und gleichzeitig die Sicherheitsmaßnahmen insbesondere bei der Arbeit an Maschinen zu beachten. Die Jugendlichen sagten aus, dass die Ausbildenden zwar mehrheitlich gut vorbereitet und gut zu verstehen waren, aber häufig nicht genug Zeit blieb, Sachen „richtig“ zu verstehen.

### **Unzureichende Rahmenbedingungen für gute Kompetenzfeststellung**

Nach Aussagen der Ausbildenden ist es schwierig – insbesondere bei großen Gruppen –, die Jugendlichen anzuleiten und gleichzeitig zu beobachten, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten sie in diesen zwei bis drei Tagen zeigen. Eine professionelle Kompetenzfeststellung ist u. E. angesichts der Rahmenbedingungen nicht möglich, denn zu den von Experten und Expertinnen erarbeiteten Qualitätsstandards für die Durchführung von Kompetenzfeststellungen im Übergang Schule – Beruf gehören u. a. die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Kompetenzfeststellung durch dafür geschultes Personal und die systematische Beobachtung, in der Beobachtung und Bewertung getrennt und Mehrfachbeobachtungen durchgeführt werden.

### **Individuelle Auswahl der Berufe bzw. Berufsfelder nicht in allen Fällen gewährleistet**

Die Auswahl von Berufen bzw. Berufsfeldern fand in der Regel in der Schule statt, allerdings hatten die Schüler und Schülerinnen nicht immer die Möglichkeit der Auswahl. Ein ungeplanter Wechsel zwischen den Berufsfeldern war nur in Ausnahmefällen möglich. Die Schüler und Schülerinnen der Lehrkräfte, die wir interviewten, durchliefen drei bis zwölf Berufsfelder.

Schüler und Schülerinnen der achten Jahrgänge hatten seltener die Möglichkeit, Berufsfelder zu wählen als die höheren Jahrgänge, was auch vermuten lässt, dass konzeptionelle Gedanken dahinter standen: in den achten Klassen wird eine breitere Orientierung – auch in nicht gewählten Berufsfeldern – angeboten und in den neunten Klassen werden Berufsfelder oder ein Berufsfeld nach den Vorfestlegungen der Schüler und Schülerinnen ausgewählt. Einige Berufsbildungsstätten boten dieses Organisationsmodell auch an: die Schüler und Schülerinnen der achten Klassen durchliefen in einer Woche fünf oder mehr Berufsfelder, legten sich danach auf ein Berufsfeld fest und „arbeiteten“ in diesem dann in der neunten Klasse eine Woche lang.

Auch wenn dieses letzt genannte Organisationsmodell überzeugt, sollten die Berufsfelder von den Jugendlichen generell gewählt werden können. Berufsorientierung bietet die Möglichkeit, sich auszuprobieren und dazu eine Rückmeldung zu erhalten. Wenn Jugendliche in dem Berufsfeld, in dem sie beurteilt werden, „unfreiwillig“ sind, wird eine Rückmeldung zu ihren gezeigten Fähigkeiten und Fertigkeiten problematisch.

### **„Beliebiges“ Verständnis von Berufsorientierung**

In einem Gruppeninterview fragte sich ein Ausbilder, ob das überhaupt Berufsorientierung sei, was sie da machen. So kritisch sahen andere Befragte ihre eigene Tätigkeit nicht – eher im Gegenteil. Allerdings deutete die Vielfalt der Antworten auf die Frage, worauf sie bei der Durchführung der Berufsorientierung am meisten Wert legen würden, daraufhin, dass die Auszubildenden in ihrer Arbeit jeweils Aspekte von Berufsorientierung wählten, die für sie persönlich wichtig waren.

Die Palette der genannten inhaltlichen Schwerpunkte reichte von der Vermittlung von sozialen Kompetenzen über die Bestärkung der Stärken der Jugendlichen bis zum fertigen Werkstück, das mit nach Hause genommen werden kann. Eine Auseinandersetzung über ein vollständiges, in sich schlüssiges Verständnis von Berufsorientierung steht bei den Fachkräften noch aus.

Das „beliebige“ Verständnis von Berufsorientierung liegt auch darin begründet, dass zwar in der (Fach-) Öffentlichkeit die Notwendigkeit und grobe Zielsetzung von Berufsorientierung proklamiert wird und Berufsorientierung wohl auch in den Lehrplänen bzw. in den Kerncurricula der meisten Bundesländer vertreten ist, aber in den Schulen unterschiedlich ernsthaft umgesetzt wird. Dies bestätigten auch die Ergebnisse der Lehrkräftebefragung. Insbes. wurden erhebliche qualitative Unterschiede hinsichtlich des systematischen Aufbaus eines solchen schulinternen Konzepts deutlich.

### **Einbindung in schulisches Berufsorientierungskonzept fehlt**

Eine systematische Nachbereitung, die in das Schulkonzept und in den Schulalltag eingebettet ist, schien es nur bei wenigen befragten Lehrkräften bzw. Schulen zu geben. Auch wussten die Lehrkräfte in vielen Fällen nicht, wie die Ergebnisse der Berufsorientierung auf Schüler-Ebene weiter verwertet wurden. Die Schüler und Schülerinnen bestätigten diesen Eindruck: Nur jeder Dritte bzw. jede Dritte befand sich nach eigenen Angaben in einem fortwährenden Austauschprozess mit der zuständigen Lehrkraft, die meisten hatten im Anschluss an die Berufsorientierung dagegen nur ein einmaliges Gespräch, einige nicht einmal das. Unter jenen, die bislang ein Praktikum absolviert hatten, gaben etwa 20 Prozent an, ihre Praktikumswahl nach den Erkenntnissen der Berufsorientierung zu treffen, während dies für 54 Prozent nicht der Fall war.

Die vielen Aktivitäten zur Berufsorientierung, die die Lehrkräfte in den Interviews aufzählten, machen deutlich, dass es anscheinend keinen Mangel an Angeboten zur Berufsorientierung für Schulen gibt, aber einen Mangel an Systematik. Das BOP sollte nicht nur ein weiteres beliebiges

Angebot in einem Pool von Berufsorientierungsangeboten sein, sondern die Schulen „sanft“ in die Pflicht nehmen, die schulische Berufsorientierung zu steuern. Bei der Erstellung eines Gesamtkonzepts Berufsorientierung können die Schulen derzeit allerdings nicht auf einen einheitlich gesicherten Wissensstand zugreifen.

### **Geringer Einbezug der Eltern**

Die Ergebnisse der Schülerbefragung im Rahmen dieser Evaluation und auch anderer Befragungen machen deutlich, dass die Eltern eine wichtige Rolle im Berufswahlprozess der Jugendlichen spielen. Über die Hälfte der Jugendlichen gab an, mit den Eltern kontinuierlich über die Berufswahl zu sprechen. In den Interviews mit den Lehrkräften kamen die Eltern und ihre Rolle aber selten vor. 17 der 30 interviewten Lehrkräfte gaben an, dass die Eltern nicht einbezogen wurden, 9 weitere sprachen von einem schwachen Einbezug der Eltern. Die frühzeitige Einbindung der Eltern in den Berufswahlprozess ist notwendig. Dieses ist Aufgabe der Schule. Mit diesem fehlenden Einbezug der Eltern steht das Programm allerdings nicht alleine, denn es gibt kaum Berufsorientierungsprogramme, die den Fokus auf die Elternbeteiligung legen.

### **EMPFEHLUNGEN**

Wir empfehlen, das Programm fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Das Programm sollte auf der einen Seite so offen bleiben, dass viele Schulen in vielen Bundesländern es annehmen können und es sich in viele unterschiedliche regionale Vernetzungen integrieren lässt; auf der anderen Seite sollte es aber ein klares spezifisches Profil aufweisen, um Berufsorientierung nicht beliebig werden zu lassen.

### **Zielgruppen des Programms**

Zielgruppen sollten sein:

Schüler und Schülerinnen insbesondere der 8. Klassen von allgemein bildenden schulischen Bildungsgängen, die am Ende des Sekundarbereichs I (9. und 10. Schuljahrgang) zu folgenden Schulabschlüssen führen:

- zu spezifischen Schulabschlüssen der Förderschulen,
- zum (qualifizierenden, erweiterten) Hauptschulabschluss bzw. zur (erweiterten) Berufsbildungsreife bzw. zur Berufsreife,
- zu Mittleren Schulabschlüssen wie Realschulabschluss, Fachoberschulreife, Mittlere Reife, Qualifizierter Sekundarabschluss I, Mittlerer Bildungsabschluss.

### **Zielsetzungen des Programms**

Auf der Programmebene lassen sich zwei übergeordnete Ziele formulieren, die durch eine Programmbegleitung noch verstärkt und auch evaluierbar wären:

- Das Programm hat Impulse zur Auseinandersetzung mit konzeptbasierter Berufsorientierung gesetzt.
- Das Programm hat die Implementierung von Gesamtkonzepten der Berufsorientierung in den Schulen nachhaltig unterstützt.

Auf der Umsetzungsebene wird folgende Zielsetzung vorgeschlagen:

Die teilnehmenden Schüler und Schülerinnen haben Erkenntnisse und Erfahrungen in mindestens drei Berufen bzw. Berufsfeldern ihrer Wahl gewonnen. Sie haben ihre Kompetenzen und

Neigungen besser kennen gelernt und diese mit den objektiven Anforderungen in diesen drei Berufsfeldern mit Unterstützung der Auszubildenden und Lehrkräfte abgeglichen. Ferner ist die Bereitschaft der Jugendlichen gestärkt, sich mit Berufswahlfragen auseinanderzusetzen, ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung zu reflektieren und die nächsten Schritte in ihren Berufswahlprozessen zu überlegen und zu planen. Die Jugendlichen sind in der Lage, sich mit Prestigefragen und geschlechtsspezifischen Aspekten ihrer Berufswahl auseinanderzusetzen.

Die Überprüfung dieser Zielerreichung kann durch externe Befragung der Schüler und Schülerinnen vorgenommen werden. Auch schulinterne Evaluationen oder Schulinspektionen fragen nach den Erfolgen von Berufsorientierung. Im Rahmen dieser Schulevaluationen oder Schulinspektionen lassen sich auch konkrete Fragen nach den Erfolgen der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten stellen.

### **Eckpunkte des Programms**

Zur Erreichung der o. g. Zielsetzungen werden folgende Eckpunkte für die Umsetzung empfohlen:

- die Berufsbildungsstätten und Schulen gestalten den Kooperationsvertrag mit vorgegebenen Punkten aus,
- die Größe der Gruppe soll 12 Schüler bzw. Schülerinnen pro auszubildender bzw. anleitender Fachkraft nicht übersteigen,
- Ausbilder und Ausbilderinnen haben eine Meisterprüfung oder Auszubildereignungsprüfung abgelegt,
- die Berufsorientierung der Schüler und Schülerinnen beträgt zwischen sechs und acht Stunden am Tag,
- die Stundenanzahl der Maßnahme beträgt weiterhin 80 Stunden, von denen mindestens 60 Stunden mit den Jugendlichen gearbeitet werden müssen (incl. Pausen), ggf. verbleibende Zeit dient der Vor- und Nachbereitungszeit der Auszubildenden,
- die Berufsbildungsstätten bieten mindestens drei Berufe bzw. Berufsfelder an,
- die Jugendlichen können die Berufe bzw. Berufsfelder frei wählen,
- die Auszubildenden geben den Jugendlichen eine individuelle Rückmeldung und regen sie zur Selbstreflexion unter Anwendung des Instruments der „Selbst- und Fremdeinschätzung“ an.

### **Finanzielle Förderung durch das Programm**

Die Antworten der sieben befragten sehr unterschiedlichen Berufsbildungsstätten in sieben Bundesländern bieten keine ausreichende empirische Grundlage, um daraus Schlüsse für Veränderungen in den Finanzierungseckpunkten des Programms ableiten zu können.

Der Abgleich mit den Kostensätzen vergleichbarer Maßnahmen (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen oder Außerbetriebliche Ausbildung nach dem SGB III) oder berufsbildender Schulen sowie eine eigene Modellrechnung führen zu der Bewertung, dass die in der Richtlinie des BMBF angenommenen Ausgaben in Höhe von 600 € pro Maßnahme und Schüler bzw. Schülerin eher hoch angesetzt sind. Wenn diese Summe aus der Programmfinanzierung sowie der Kofinanzierung durch Dritte tatsächlich für eine Maßnahme im Rahmen des BOP zur Verfügung steht, sollte diese in jedem Fall kostendeckend finanziert und gut ausgestattet sein. Auch in einer Finanzierung, welche neben der Programmförderung hauptsächlich oder vollständig Eigenmittel

eines Trägers enthält, erscheint der BMBF-Zuschuss für die Förderung der Maßnahmen noch ausreichend.

Auch die Frage nach der Erstattung der Fahrtkosten für die Schüler und Schülerinnen zur Berufsbildungsstätte lässt sich mit den erhobenen Daten nicht ohne weiteres beantworten. Da im ländlichen Raum die Hälfte der Schüler und Schülerinnen mit einem extra gemieteten Bus zur Berufsbildungsstätte fährt, könnte allerdings überlegt werden, diese Kosten für die Busfahrten zu übernehmen, wenn die Berufsbildungsstätte sie als Ausgabe hat.

### **Qualitätsstandards für die Umsetzung**

Die unten empfohlenen Qualitätsstandards für das BOP unterstützen überwiegend vorhandene Qualitätsstandards aus ähnlichen Kontexten

Für das BOP sind folgende Qualitätsstandards sinnvoll und können auch überprüft werden:

- Die Berufsbildungsstätten sind in bestehenden regionalen Vernetzungen integriert und nehmen aktiv an der Koordinierung des regionalen Netzwerkes teil; Erkenntnisse über erkannte Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten werden aktiv kommuniziert.
- Die Berufsbildungsstätten gehen Kooperationen mit anderen Einrichtungen ein, die ergänzende (auch neue und zweijährige) Berufe anbieten.
- Die Projektleitungen, Auszubildenden und Lehrkräfte nehmen an einschlägigen – falls vorhanden: Programm begleitenden – Fortbildungen teil.
- Die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten wird in schulische Berufsorientierungskonzepte eingebunden, die Vor- und Nachbereitung in den Schulen gewährleisten.
- Berufsbildungsstätte und Schule verfügen über ein Verfahren zur Bewertung und Weiterentwicklung ihrer gemeinsamen Arbeit, dass sie regelmäßig anwenden. Die Schülerinnen und Schüler werden im Abschlussgespräch um eine Rückmeldung zum BOP gebeten.
- Auszubildende und Lehrkräfte, die aktiv an der Berufsorientierung beteiligt sind, werden in die Erarbeitung des Kooperationsvertrages einbezogen oder haben Kenntnisse vom Inhalt des Kooperationsvertrages.
- Die Berufsbildungsstätten benutzen eine Gesprächs- und Dokumentationsvorlage für die Selbst- und Fremdeinschätzung, die kombinierbar ist mit dem Berufswahlpass bzw. Profilpass.
- Die Berufsbildungsstätte hat Ideen zur Umsetzung von Gender-Aspekten als Bestandteil des Konzepts entwickelt.
- Jede beteiligte Schule verfügt über ein Berufsorientierungscurriculum; die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten ist Teil eines Gesamtkonzeptes einer systematischen Berufsorientierung; das Berufsorientierungskonzept berücksichtigt Module mit subjektiven und objektiven Perspektiven.

Qualitätsstandards, die die pädagogische Arbeit betreffen, sind nicht so einfach zu überprüfen, sollten aber trotzdem berücksichtigt werden, z. B. die Berücksichtigung der individuellen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten sowie der lebensweltlichen Voraussetzungen der Schüler und der Schülerinnen.

### **Ausgestaltung des Kooperationsvertrages**

Der Kooperationsvertrag soll die konkreten Vereinbarungen über die Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit der beiden Kooperationspartner festhalten. Er kann damit ein systematisches Konzept von Berufsorientierung in den kooperierenden Schulen anstoßen, Nachhaltigkeit und Qualität sichern. Folgende Anforderungen sollten berücksichtigt werden:

- Der Kooperationsvertrag wird alle 2 bis 3 Jahre aktualisiert und fortgeschrieben und auf Leitungsebene und Fachleitungsebene geschlossen.
- Für die Erarbeitung des Kooperationsvertrages werden hinzugezogen: die jeweiligen Fach- bzw. Bereichsleitungen – auf der Seite der Berufsbildungsstätte die Projektleitung und auf Seiten der Schule die Lehrkräfte, die hauptverantwortlich für Berufsorientierung sind – und einige Auszubildende und Lehrkräfte, die die Berufsorientierung konkret durchführen bzw. durchgeführt haben.
- Im Vertrag werden die Berufsfelder oder Berufe festgelegt, die den Schülerinnen und Schülern zur Auswahl zur Verfügung stehen. Ggf. ist der Einbezug von weiteren Kooperationspartnern zur Erweiterung des Spektrums der Berufsfelder geregelt.
- Der Kooperationsvertrag wird den Auszubildenden und den Lehrkräften, die für die Berufsorientierung zuständig sind, ausgehändigt.
- Der Kooperationsvertrag enthält Angaben darüber, wann die einzelnen Qualitätsstandards sukzessive umgesetzt werden.
- Schulen skizzieren als Anlage zum Kooperationsvertrag ihr Gesamtkonzept der Berufsorientierung.
- Berufsbildungsstätten und Schulen treffen Vereinbarungen über ihre konkrete Zusammenarbeit.

### **Selbst- und Fremdeinschätzung**

Die Berufsorientierung nach dem BOP sollte Teil eines systematischen Berufsorientierungsprozesses mit unterschiedlichen Modulen für Schüler und Schülerinnen sein. Der Schwerpunkt sollte nach unseren Empfehlungen auf der Unterstützung des Berufsfindungsprozesses der Teilnehmenden liegen und nicht auf der Feststellung und Bewertung ihrer Kompetenzen in einigen Berufen.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutet, dass eine Rückmeldung an die Jugendlichen auch reflexive Teile beinhalten muss. Reflexion wird angestoßen, indem die Selbsteinschätzungen der Jugendlichen in Bezug auf ihre Stärken und Schwächen in Beziehung gesetzt werden zur Einschätzung der Ausbilder und Ausbilderinnen, die sie aufgrund ihrer Beobachtungen gewonnen haben.

Die Ergebnisse der Selbst- und Fremdeinschätzung können Grundlage sein für weitere Gespräche mit Lehrkräften, Eltern, Berufsberatern und Basis für Entwicklungen und Entscheidungshilfen. Die Selbst- und Fremdeinschätzung im Rahmen der Berufsorientierung des BOP kann allerdings nur ein „Blitzlicht“ sein, das im Rahmen von einigen Tagen gewonnen wurde, d. h., dass das Vorgehen und die Ergebnisse anschlussfähig sein müssen an andere Module der Berufsorientierung sowie an andere Instrumente der Kompetenzfeststellung, und dass Vorgehen und Ergebnisse integrierbar sein müssen in übergeordnete bilanzierende Erhebungs- und Dokumentationsverfahren von Kompetenzen, z. B. in die Arbeit mit dem Profilpass für Jugendliche und dem Berufswahlpass.

Selbst- und Fremdeinschätzung im Rahmen des BOP sollte auf der Grundlage geeigneter, ggf. einheitlicher Instrumente erfolgen; sinnvoll wäre die programmseitige Bereitstellung. Um Trägern auch den Einsatz vorhandener eigener Instrumente zu ermöglichen, sollten ergänzend Mindestanforderungen und qualitative Standards formuliert sein.

### **Verzahnung des Programms**

Der Ansatz einer Verzahnung auf Länderebene ergibt sich aus der Betrachtung des BOP unter dem Fokus „Kooperation mit Schulen“. Betrachten wir es hingegen unter dem Fokus „Übergangmanagement“, gehört es zur örtlichen bzw. regionalen Ebene und den dortigen Vernetzungen. Die Akteure des Ausbildungsmarktes, des Übergangssystems und die Schulen und Berufsbildungsstätten agieren in ihren jeweiligen regionalen Bezügen. Da auf dieser regionalen Ebene immer mehr Netzwerke entstehen, macht es ebenfalls Sinn, das BOP dort einzubinden. Die Einbindung der Schulen in ihr unmittelbares Umfeld würde zudem der Öffnung von Schulen zu Gute kommen.

Ein weiteres Argument für die Einbindung der Schulen über die Berufsorientierung in regionale Bezüge ist die zunehmende Autonomie der Schulen. Die „eigenverantwortliche“ Schule gibt den Schulen organisatorische und finanzielle Spielräume zur Gestaltung ihres Schullebens – und dieses findet in ihrer Region statt.

Kooperation und Vernetzung auf regionaler Ebene werden durch Vereinbarungen und Regelungen auf darüber liegenden Ebenen befördert, teils erst ermöglicht. Handlungsspielräume und Handlungssicherheit der Schulen werden durch entsprechende Vorgaben und Regelungen der übergeordneten Schulbehörden eröffnet und gesichert, Ziele und Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit beispielsweise zwischen Schulen und örtlichen Arbeitsagenturen können durch eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der zuständigen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit festgelegt werden.

Wir empfehlen daher, die konkrete Verzahnung auf der Umsetzungsebene zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für diese Verzahnung auf der Ebene der Länder flankierend zu begleiten.

Inhaltlich-konzeptionell wäre z. B. eine Verzahnung mit Programmen zur Kompetenzfeststellung sinnvoll, um geeignete und systematische (individuelle) Förderketten zu ermöglichen. Entsprechende Angebote könnten der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten „vorgesaltet“ oder an anderer geeigneter Stelle z. B. zur Ergänzung eines schulischen Gesamtkonzepts Berufsorientierung eingesetzt werden.

Die Programme BRAFO, STARTKLAR! u. a. geben Anregungen, wie Berufsorientierung aufeinander aufgebaut sein könnte. Unterstützung würde die Programmbegleitung geben.

### **Programmbegleitung**

Eine Programmbegleitung ist für dieses Programm besonders wichtig, weil es kaum Konzepte und Materialien (Kriterien, Methodik, Didaktik) für diese Altersgruppe gibt, auf die die Auszubildenden zurückgreifen können. Gerade angesichts einer anvisierten Verstärkung des Programms und angesichts der hohen Zahl von Jugendlichen, die damit erreicht werden, sollte die Arbeit der Auszubildenden und Lehrkräfte fachlich so gut wie möglich unterstützt werden. Für die Berufsbildungsstätten dürfte es sehr schwierig sein, eine fachbezogene Kommunikation und Kooperation selbst zu initiieren.

Eine Programmbegleitung für das BOP könnte weiterhin gewährleisten, dass vorhandene erprobte und bewährte Konzepte und Materialien den Fach- und Führungskräften der Berufsbildungsstätten und den Lehrkräften der kooperierenden Schulen zur Verfügung stehen und die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten einerseits an örtliche und regionale Strukturen anknüpft und in einer entsprechend spezifischen Form umgesetzt wird, andererseits jedoch programmseitig festgelegte Mindeststandards erfüllt.

Mögliche Elemente einer Informations- und Kommunikationsstruktur sind:

- eine Internetseite zum Programm, die sowohl der Außendarstellung als auch der programmbezogenen Information und Kommunikation dient,
- ein regelmäßig erscheinender digitaler Newsletter,
- ggf. eine Internet-gestützte Datenbank, in der für die umsetzenden Akteure relevante Informationen, Materialien, Vordrucke etc. einschließlich der erforderlichen Adress- und Kommunikationsdaten bereitgestellt werden,
- Programmkonferenzen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und den (oberen) Schulbehörden der Bundesländer,
- Fachkonferenzen zu ausgewählten relevanten Themen für die (unteren) Schulbehörden, Schulleitungen, Fachleiter der einschlägigen Unterrichtsfächer, Lehrkräfte und Projektleitungen sowie Auszubildende aus den Berufsbildungsstätten.

Neben der Erarbeitung und Bereitstellung von Materialien zu allen Themen der Berufsorientierung kann eine Programmbegleitung Fortbildungen, Workshops, Reflexionsrunden, Erfahrungsaustausch für die Auszubildenden in den Berufsbildungsstätten sowie für die Fachleitungen und Lehrkräfte in den Schulen anbieten. Besonders sinnvoll sind gemischte Teilnehmendengruppen von Lehrkräften und Auszubildenden. Die Veranstaltungen der Programmbegleitung können verknüpft mit den von den Schulbehörden angebotenen Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt werden, sodass Fachkräfte der unterschiedlichen Lernorte teilnehmen.

### **Monitoring des Programms**

Da das Programm flächendeckend durchgeführt wird, eine sehr hohe Zahl von Schülern und Schülerinnen erreicht und dauerhaft verstetigt werden soll, ist ein Monitoring zu empfehlen.

Ein kontinuierliches Monitoring zum Berufsorientierungsprogramm kann Daten zum Planungsstand, zum Umsetzungsstand, für die Steuerung des Programms, für Auswertung und Bewertung (Evaluation), liefern. Aufgrund der bundesweiten Ausrichtung mit einer großen Zahl von umsetzenden Berufsbildungsstätten ist eine entsprechende Datenbank u. E. nur sinnvoll Internet-gestützt zu betreiben. Sie müsste programmseitig zur Verfügung gestellt werden, die Eingaben der Daten würde durch die Berufsbildungsstätten erfolgen. Eine nutzerfreundliche Ausgestaltung kann gewährleisten, dass die Datenbank die für Abrechnung und Nachweisführung notwendigen Dokumente und Listen generiert, die Dateneingabe also nur begrenzten Mehraufwand für die Berufsbildungsstätten mit sich bringt.

# 1 Einleitung

In diesem Bericht werden Umsetzung und Ergebnisse der Evaluation des BMBF-Programms „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ BOP beschrieben, die von Juni 2009 bis Ende Januar 2010 durchgeführt wurde.

In Kapitel 2 wird der zu evaluierende Gegenstand – das Berufsorientierungsprogramm – vorgestellt, in Kapitel 3 werden die Ziele und das Konzept der Evaluation sowie das methodische Vorgehen skizziert.

Es schließt im vierten Kapitel eine Darlegung des fachlichen Hintergrundes an. Berufsorientierung hat eine subjektive Seite – die Neigungen und Kompetenzen der Jugendlichen – und eine objektive Seite – die Anforderungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Für eine gelingende Berufsorientierung müssen beide Seiten in Beziehung zueinander gebracht und abgeglichen werden. Diese subjektive und objektive Seite der Berufsorientierung werden in diesem Kapitel kurz beleuchtet.

Im fünften Kapitel folgt der empirische Teil der Evaluation: die Sicht der Programmbeteiligten und -betroffenen auf die Berufsorientierung in den überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten in Kooperation mit den Schulen. Zum Ende dieses Kapitels werden die Ergebnisse der Befragungen systematisiert, reflektiert und Schlüsse daraus gezogen.

Bevor Empfehlungen aus diesen Schlüssen im letzten Kapitel abgeleitet werden, werfen wir einen Blick auf andere Bundes- und Länderprogramme zur Berufsorientierung, um auch aus diesem Kontext evtl. Ideen für weitere Vorschläge entwickeln zu können.

Der Evaluationsbericht endet mit Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms im siebten Kapitel.

Ergänzend zu diesem Evaluationsbericht gibt es einen Materialband, welcher die eingesetzten Untersuchungsinstrumente enthält und in dem das anonymisierte oder verfremdete „Rohmaterial“ der Befragungen und Interviews als Beleg für unsere Ergebnisse zu finden ist. Die Ergebnisse im Evaluationsbericht können so mit Hilfe des Materialbandes dem Leser und der Leserin transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Im Evaluationsbericht sind Querverweise auf die entsprechenden Kapitel im Materialband zu finden.

## 2 Das Berufsorientierungsprogramm BOP

Das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten ist ein Pilotprojekt, mit dem laut Richtlinie „modellhaft die Entwicklung geeigneter Maßnahmen und der Aufbau dauerhafter und langfristig von Bundesmitteln unabhängiger Strukturen ermöglicht werden [sollen], die eine nachhaltige Verbesserung des Übergangsmanagements gewährleisten“ (BMBF 2008, 2).

### KONTEXT DES PROGRAMMS

Bund und Länder haben im Oktober 2008 in der „Dresdner Erklärung“ konkrete bildungspolitische Ziele vereinbart und diese quantifiziert. Danach soll die Quote der Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, bis zum Jahr 2015 von acht auf vier Prozent gesenkt und das Nachholen des Hauptschulabschlusses erleichtert werden. Die Zahl der Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung soll von heute 17 Prozent auf 8,5 Prozent verringert werden (BMBF 2009, 6).

Eine Analyse des sog. Übergangssystems (Baethge u. a. 2007) und eine Befragung der sog. Altbewerber und -bewerberinnen (Ulrich/Krekel 2007) führten zu der Erkenntnis, dass zu viele Jugendliche nach dem Abgang von der Schule in Angeboten des Übergangssystems verweilen bei Aufrechterhaltung ihres bisherigen Ausbildungswunsches. Gleichzeitig klagen Unternehmen darüber, dass ihre Ausbildungsplätze nicht mit passenden Bewerbern und Bewerberinnen besetzt werden können.<sup>2</sup>

Eine Teilstrategie zur Erreichung der oben genannten Ziele ist die zeitliche Vorverlagerung der Berufsorientierung durch die enge Verknüpfung von Schulunterricht und Praxiserfahrung. Im Rahmen der Empfehlungen des Innovationskreises berufliche Bildung im Juli 2007 prüfte das BMBF vorhandene Kapazitäten von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) für eine frühzeitige Berufsorientierung von Schülern und Schülerinnen allgemeinbildender Schulen (BMBF 2007b, 15).

Im April 2008 startete das Berufsorientierungsprogramm des BMBF als ein Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung.

### FUNKTION UND AUFGABEN DES PROGRAMMS

Das Programm soll den Prozess „der Senkung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Zahl von unversorgten Ausbildungsbewerbern, die sich nach dem Verlassen der Schule in Ersatzmaßnahmen im Übergangssystem befinden“ (BMBF 2008, 1), durch eine „schon während der Schulzeit einsetzende Berufsorientierung in praxisnahen Berufsbildungsstätten“ (ebenda) flankieren. Das Programm soll den Jugendlichen „eine fundierte Berufswahl ermöglichen und damit auch einen Beitrag zur Reduzierung der Zahl der Ausbildungsabbrüche leisten. Außerdem wird von dem Programm erwartet, dass damit insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im Handwerk ermöglicht wird, das benötigte Fachkräftepotenzial früh zu entdecken und zu fördern (vgl. BMBF 2009, 28f; BMBF 2008, 1f).

---

<sup>2</sup> <http://www.handwerk-nrw.de/aus-und-weiterbildung/initiativen-des-whkt/passgenaue-vermittlung-von-azubis.html> [11.01.2010].

Durch die frühe Berufsorientierung soll zum einen die Zahl der Schulabgänger und -abgängerinnen ohne Schulabschluss und/oder ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz durch Erhöhung der Motivation der Schülerinnen und Schüler, die Schule erfolgreich abzuschließen, sowie durch Rückkoppelung des Ergebnisses der Berufsorientierung mit Schule und Eltern laut Richtlinie zur Behebung der Defizite verringert werden.

Schließlich soll der Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung durch ein gutes schulisches Abschlusszeugnis und ein Zertifikat über die Fähigkeiten und Neigungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin sowie durch das Kennenlernen von potenziellen Bewerbern und Bewerberinnen für Ausbildungsplätze auf Seiten der Betriebe erleichtert werden (BMBF 2008, 1f).

### **ECKPUNKTE DES PROGRAMMS**

Die „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ (BOP) ist ein Pilotprojekt mit einer Laufzeit von April 2008 bis zum 31. Dezember 2010.<sup>3</sup> Die maximale Laufzeit eines einzelnen Projektes beträgt zwei Jahre.

Das Programm fördert die Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten für Schüler und Schülerinnen von Schulen, die einen allgemeinen Schulabschluss anbieten – in der Regel ab Klasse 8, vorrangig in den Schulformen<sup>4</sup>, die den Hauptschulabschluss anbieten.

Für das Programm stehen bis 2010 insgesamt jährlich 15 Mio. Euro zur Verfügung; 2008 und 2009 hätten mit diesen Mitteln 50.000 Berufsorientierungsmaßnahmen durchgeführt werden können, damit hätten nach Angaben der Zuwendungsgeber 25 Prozent der prognostizierten Hauptschulabgänger und -abgängerinnen erreicht werden können.

Die Berufsorientierung sieht eine praktische Einweisung und Information über allgemeine Inhalte auf dem Stand der Technik in mindestens drei Berufen über einen Zeitraum von mindestens 80 Stunden (entspricht zwei Wochen à acht Stunden am Tag) pro Schüler bzw. Schülerin vor. Die Berufsorientierung kann in einem zweiwöchigen Block erfolgen oder in zwei Blöcken zu je einer Woche bis zu einem Tag pro Woche – auch über zwei Schuljahre hinweg. Sie kann sowohl während der Schulzeit als auch während der Unterrichtszeit stattfinden.

Bestandteile der Berufsorientierung sind:

- Hinleitung der Jugendlichen zur Entwicklung persönlicher Vorstellungen und Präferenzen,
- praktische Erprobung der eigenen Kompetenzen,

---

<sup>3</sup> Laut Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Rundbrief Ausbildung, Ausgabe 5/2009 vom 23. Dezember 2009, S. 4, stehen für diese Maßnahme von 2009 bis 2012 mindestens 43,5 Millionen Euro bereit. Daraus kann geschlossen werden, dass das Programm über 2010 fortgesetzt werden soll. [http://www.bundesregierung.de/nn\\_23776/Content/DE/PeriodischerBericht/RundbriefAusbildung/2009/12/2009-12-23-rundbrief-nr-5-vom-23-12-2009.html](http://www.bundesregierung.de/nn_23776/Content/DE/PeriodischerBericht/RundbriefAusbildung/2009/12/2009-12-23-rundbrief-nr-5-vom-23-12-2009.html) [11.01.2010].

<sup>4</sup> In einigen Bundesländern wird auch der Begriff „Schulgattung“ oder „Schulart“ verwendet. In der „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I“ der Kultusministerkonferenz vom 3.12.1993 i. d. F. vom 09.10.2009 (Kultusministerkonferenz 2009) wird der Begriff „Schulart“ benutzt. In diesem Evaluationsbericht verwenden wir die Begriffe „Schulart“ und „Schulform“ synonym.

- berufsübergreifende Kompetenzfeststellung („Profiling“)<sup>5</sup> für jeden Teilnehmenden bzw. jede Teilnehmende, die sich insbesondere auf ihre bzw. seine Neigungen, Eignungen, Grundqualifikationen, handwerkliche Fähigkeiten, Entwicklungspotenziale, Ausbildungsreife bezieht und eine Stärken-Schwächen-Analyse beinhaltet,
- enge Abstimmung und Rückkoppelung der Projektleitung mit Schule, schulischen Lehrkräften, Eltern, Betrieben, Agenturen für Arbeit, Jugendhilfe und anderen lokalen Akteuren unter Berücksichtigung der regionalen Anforderungen;
- Dokumentation des „Profiling“ in einem Zertifikat, das am Ende der Berufsorientierung auszuhändigen ist.

Das Programm wird durchgeführt von überbetrieblichen oder vergleichbaren Berufsbildungsstätten in enger Kooperation mit allgemeinbildenden Schulen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) sind Einrichtungen zur Durchführung beruflicher Aus- und Weiterbildungslehrgänge in Ergänzung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben. Sie gehören im dualen Berufsausbildungssystem zur betrieblichen und nicht zur schulischen Ausbildung. In ihnen werden überwiegend fachpraktische berufliche Fertigkeiten und fertigungsbezogene Kenntnisse planmäßig und methodisch nach pädagogischen Prinzipien vermittelt. Zuwendungen für Bau-, Ausstattungs- und Betriebskosten erhalten die ÜBS aus Mitteln des BMBF (bewilligt durch das BIBB). Träger der ÜBS sind Körperschaften des öffentlichen Rechts (z. B. Kammern) oder gemeinnützige, juristische Personen des privaten Rechts (z. B. gemeinnützige Vereine). Die ÜBS sind unabhängig von den Zwecken von Verbänden und Betrieben. Durch Veränderungen in den Ausbildungsberufen, Flexibilisierung von Ausbildungsgängen etc. und aufgrund der demografischen Entwicklung und der zukünftigen Abnahme der Zahl der Schulabgänger und -abgängerinnen sind die ÜBS gefordert, sich weiterzuentwickeln. Die derzeitige Förderphilosophie des BMBF zielt auf eine Entwicklung der ÜBS in Richtung Kompetenzzentren. Am 24. Juni 2009 wurde eine neue Richtlinie gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erlassen, die die Modernisierung bzw. Umstrukturierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und deren Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren anteilig fördert.

Neben den ÜBS können gem. Richtlinie „vergleichbare“ Bildungsstätten die Berufsorientierung als Träger (oder Kooperationspartner) durchführen, wenn sie über „eine entsprechende Erfahrung in der beruflichen Erstausbildung verfügen“ und die in der Richtlinie formulierten Anforderungen erfüllen. Hierunter können freie (gemeinnützige oder gewerbliche) sowie auch kommunale Bildungsträger fallen, die über Ausbildungserfahrungen z. B. aus Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung nach dem SGB III oder anderen (Programm-) Kontexten verfügen.

Berufsbildungsstätten, die in mindestens drei Berufen überbetriebliche Lehrlingsunterweisung anbieten oder über eine entsprechende Erfahrung in der beruflichen Erstausbildung verfügen, erhalten für die Durchführung der Berufsorientierung einen nicht rückzahlbaren Zuschuss als Festbetragsfinanzierung in Höhe von 300 Euro pro Teilnehmende bzw. Teilnehmenden.

---

<sup>5</sup> In verschiedenen Programmen, Kontexten und Publikationen werden unterschiedliche Begriffe verwendet - über die beiden genannten hinaus z. B.: Potenzialanalyse, Kompetenzanalyse, Eignungsanalyse. Eine begriffliche Klärung würde den Rahmen dieses Berichts überschreiten, wir können an dieser Stelle nur auf die laufende Diskussion verweisen – vgl. z. B. INBAS 2007. Im Folgenden verwenden wir i. d. R. den Begriff Kompetenzfeststellung.

Da für jede Teilnehmende bzw. jeden Teilnehmenden insgesamt Kosten in Höhe von 600 Euro veranschlagt werden, müssen 300 Euro durch Eigenmittel und Drittmittel aufgebracht werden. Mittel der Bundesagentur für Arbeit (BA) können dafür nicht verwendet werden. Dies schließt die Finanzierung ergänzender Maßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit nicht aus. Es werden grundsätzlich keine Fördermittel für die Einstellung zusätzlichen Personals (z. B. Sozialpädagogen bzw. Sozialpädagoginnen) gewährt.

Die Förderung ist begrenzt auf eine 80-stündige Berufsorientierung pro Schüler bzw. Schülerin. Die Durchführung der Berufsorientierung muss grundsätzlich getrennt von der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung erfolgen.

Eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bildungsstätte und mindestens einer Schule, die einen allgemeinbildenden Abschluss anbietet, ist mit der Antragstellung vorzulegen. Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin hat darzustellen, in welcher Höhe sich Dritte an der Berufsorientierung beteiligen. Eine Förderung kann nur erfolgen, wenn der bzw. die Teilnehmende mindestens 80 Prozent der Berufsorientierung besucht hat.

Im November 2009 hatten laut Auskunft des BIBB 196 Träger für 65.100 Schüler und Schülerinnen Plätze für die Durchführung der 80-stündigen Berufsorientierung in ihren Berufsbildungsstätten für den Zeitraum von April 2008 bis Dezember 2010 bewilligt bekommen.

In Nordrhein-Westfalen wurden dabei mit großem Abstand die höchste Zahl an Plätzen beantragt, gefolgt von Brandenburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Bayern. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Saarland wurden bislang weniger Plätze beantragt.

### 3 Die externe Evaluation des BOP

Im folgenden Kapitel werden das Konzept und die Durchführung dieser externen Evaluation dargestellt. Das Programm wurde parallel vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) wissenschaftlich begleitet. Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Begleitung wurden leitfadengestützte Interviews mit den Projektleitungen und den Fachkräften der Berufsbildungsstätten geführt, ausgewählte Zwischenberichte ausgewertet und eine standardisierte Befragung der Projektträger vorgenommen. Die Befunde dieser internen Evaluation werden im ersten Halbjahr 2010 ausgewertet (Niemann 2009, 49).

Im Folgenden werden die Ziele der externen Evaluation sowie die Beschreibung der Methoden und der tatsächlich realisierten Arbeiten vorgestellt.

#### 3.1 Evaluationsziele und Evaluationskonzept

Die Evaluation des BOP wurde von Juni 2009 bis Ende Januar 2010 durchgeführt und hatte mehrere gleichgewichtige Aufgaben. Sie sollte überprüfen, ob die mit dem Programm verbundenen Erwartungen erfüllt werden konnten, ob bei dem Programm die Zielsetzung und der Ressourceneinsatz in einem effektiven Verhältnis zueinander standen und in welcher Weise dieses Verhältnis verbessert werden kann. Weiterhin sollte dieses Programm mit existierenden Programmen Dritter abgeglichen und eine mögliche Verstetigung geprüft werden.

Da diese externe Evaluation ein gutes Jahr nach dem Start des Programms begonnen wurde, konnten noch keine Aussagen zu den Effekten des BOP hinsichtlich der schulischen Erfolge und der Einmündung der Jugendlichen in Ausbildung getroffen, oder eine Verringerung der Ausbildungsabbrüche gemessen werden. Außerdem hätte eine Wirkungsüberprüfung ein anderes Evaluationsdesign erfordert, z. B. ein Kontrollgruppendesign, um gewünschte und tatsächlich auftretende Effekte dem Programm zuordnen zu können.

Der Schwerpunkt dieses unten skizzierten Evaluationsdesigns lag auf der Erhebung der *subjektiven Einschätzungen* der Beteiligten und Betroffenen. Es sollte ein umfassendes Bild des Programms gezeichnet werden, das Stärken und Schwächen aus Sicht der Beteiligten und Betroffenen aufzeigt und mögliche Verbesserungsbedarfe identifiziert. Hierzu sah das weitgehend auf den Vorgaben des BMBF beruhende Evaluationskonzept vor,

- 1.000 Schüler und Schülerinnen zu befragen, die die Berufsorientierung durchlaufen haben bzw. gerade durchlaufen,
- Interviews mit 30 Lehrkräften zu realisieren,
- Besuche von Berufsbildungsstätten plus Interviews mit den dortigen Fachkräften, Ausbildenden und Leitungen durchzuführen und
- vertiefende Interviews mit Leitungs- und Fachkräften zu führen.

Begleitend zu diesen empirischen Untersuchungen sollte eine Synopse der Länderprogramme zur Berufsorientierung erstellt und untersucht werden, ob und in welcher Form ggf. Verzahnungen mit anderen Programmen möglich sind. Weiterhin sollte der Status quo und die sich abzeichnenden Entwicklungen des Ausbildungsmarktes und deren mögliche Auswirkungen auf die Berufsorientierung reflektiert werden.

Um eine fundierte Bewertung und Einordnung der empirischen Befunde leisten zu können, ergänzten wir das Evaluationsdesign noch um eine Skizzierung der aktuellen Definitionen und gängigen Standards von Berufsorientierung sowie um eine knappe Darstellung des Standes der Forschung zu Berufswahlprozessen von Jugendlichen. Außerdem führten wir zwei Workshops mit Experten und Expertinnen durch, in denen wir erste Zwischenergebnisse diskutierten.

Ziel dieser breiten Herangehensweise war, auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse Empfehlungen für eine mögliche Fortführung und Verstetigung des Programms zu erarbeiten.

## 3.2 Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen im Rahmen der Evaluation umfasste im Einzelnen folgende Arbeitspakete:

- Vorbereitung der Untersuchung,
- standardisierte Befragung von Jugendlichen,
- halbstandardisierte telefonische Interviews mit Lehrkräften,
- Interviews mit Fach- und Leitungskräften in ausgewählten Berufsbildungsstätten,
- vertiefende Interviews mit Auszubildenden,
- Durchführung eines internen und eines externen Experten- und Expertinnenworkshops zur Verknüpfung und Rückkoppelung der Ergebnisse.

Im Folgenden wird das Vorgehen für das jeweilige Arbeitspaket detailliert vorgestellt.

### VORBEREITUNG DER UNTERSUCHUNG

Für die Evaluierung des Berufsorientierungsprogramms konnte auf eine Liste der bis zum 25. Mai 2009 bewilligten Anträge mit Informationen über 172 Berufsbildungsstätten, die bis zu diesem Zeitpunkt an dem Programm teilgenommen oder Anträge gestellt hatten, zurückgegriffen werden. Im Einzelnen umfasste diese den Namen und die Adresse des Antragstellers, das Bundesland, das Datum des Bescheids, die Laufzeit, die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen sowie finanzielle Daten (BIBB-Zuwendung, Eigenmittel, Zuwendungen von Land/Schulen, Kommunen, Wirtschaft, Sonstige).

Für die weiteren Arbeitsschritte wurde aus dieser Liste eine Auswahl von überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten getroffen, die in die Untersuchung einbezogen werden sollten. Ziel war es, den Kreis der Ansprechpersonen wegen des Zeit- und Kommunikationsaufwandes angesichts der kurzen Laufzeit der Evaluation gering zu halten, zugleich aber ein möglichst breites und repräsentatives Spektrum der Trägerlandschaft abzubilden. Außerdem wurden keine Berufsbildungsstätten ausgewählt, die schon im Rahmen der internen Evaluation des BIBB befragt wurden. Bei der Auswahl der Berufsbildungsstätten fanden folgende Merkmale Berücksichtigung:

#### 1. Bundesland

Die einzelnen Bundesländer unterscheiden sich deutlich bei der Nutzung des Programms (s. Kapitel 2). Um die oben genannten Bedingungen zu erfüllen, wurden für die Auswahl daher die sieben Länder mit den höchsten Zahlen an Teilnehmenden-Bewilligungen herangezogen. Da dies – neben Nordrhein-Westfalen – drei Länder aus Ostdeutschland (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg) und weitere drei Länder aus Westdeutschland (Hessen,

Bayern, Baden-Württemberg) waren, konnte auch sichergestellt werden, dass eine regionale Verteilung nach Ost-West-Kriterien vorlag, die die heterogene Ausbildungslandschaft hinreichend abbildete. Diese Bundesländer waren in der Auswahl der Berufsbildungsstätten, die wir trafen, relativ gleichmäßig vertreten, da ihre Teilnehmenden-Zahlen entsprechend der Bewilligungsliste eng beieinander lagen.

## 2. Raumtyp

Für die Einteilung in Ballungsräume bzw. den ländlichen Raum wurde die Definition des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) übernommen. Ballungsräume sind danach Verdichtungsräume, die die folgenden Kriterien erfüllen:

- Siedlungsdichte (Einwohner und Einwohnerinnen je km<sup>2</sup> Siedlungsfläche) 1985/87: 3.620,22 (Anm.: nur alte Bundesländer, nur Siedlungsfläche),
- Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche 1985/87: 11,65 Prozent (Anm.: nur alte Bundesländer),
- zusammenhängender Raum mit mindestens 150.000 Einwohnern und Einwohnerinnen.

Insgesamt gibt es demnach 45 Verdichtungsräume in Deutschland.<sup>6</sup> Es wurden zunächst 12 Berufsbildungsstätten im Ballungsraum und 10 im ländlichen Raum ausgewählt.

## 3. Zahl der Teilnehmenden

Nach der Liste der Bewilligungen gab es Berufsbildungsstätten mit Teilnehmenden-Zahlen von 14 bis zu 1.300. In einem Fall wurden sogar Maßnahmen für 2.965 Teilnehmende beantragt; diese ist sowohl bei der Berechnung der „Größen“ der Berufsbildungsstätten als auch in der Auswahl der Berufsbildungsstätten nicht berücksichtigt worden, da sie zum einen die Einteilung in Größenklassen und damit auch die Aussagen verzerrt hätte und zum anderen einen Sonderfall mit eventuell eigener Dynamik darstellte. Zu beachten ist hierbei, dass es sich um Planzahlen handelt; wie viele Jugendliche die Maßnahme tatsächlich bereits durchlaufen haben, ist hieraus nicht ersichtlich.

Die Gruppen wurden gebildet, indem die Gesamtzahl der Teilnehmenden-Bewilligungen mit einer Spanne von 14 bis 1.300 Bewilligungen in drei gleich große Gruppen aufgeteilt wurde:

- geringe Teilnehmendenzahl: Bewilligungen für 14 bis 442 Plätze,
- mittlere Teilnehmendenzahl: Bewilligungen für 443 bis 871 Plätze,
- hohe Teilnehmendenzahl: Bewilligungen für 872 bis 1.300 Plätze.

Aus diesen drei Gruppen wurden jeweils neun kleine und mittlere sowie vier große Berufsbildungsstätten ausgewählt.

## 4. Art des Trägers

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten der Handwerkskammern (HWK), Kreishandwerkerschaften, Innungen und Ausbildungszentren der Bauwirtschaft führen Teile der Ausbildung in

---

<sup>6</sup> Aufgrund der Periodizität sowie der Differenziertheit der Daten beziehen sich die berücksichtigten Werte auf das Jahr 1985 und auf die Volkszählung von 1987. Es gibt ein Verzeichnis, in dem alle Gemeinden den entsprechenden Verdichtungsräumen zugeordnet sind. Zur Zeit dieser Abgrenzung lagen keine entsprechenden Werte für die Gemeinden der neuen Bundesländer vor. Die neuen Länder haben einen Vorschlag auf Basis ähnlicher Kriterien und der ihnen vorliegenden Informationen vorgenommen. Dieser Vorschlag wurde so vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) übernommen.

bestimmten Berufen durch (überbetrieblichen Berufsausbildung gem. § 5 BBiG bzw. § 26 HwO). Alle anderen Einrichtungen, sind die sog. vergleichbaren Bildungsstätten.<sup>7</sup> Bei der Auswahl der Berufsbildungsstätten sollten möglichst beide Arten von Trägern proportional berücksichtigt werden. Hier bestehen jedoch Unschärfen, da eine klare Abgrenzung von Berufsbildungsstätten und vergleichbaren Institutionen anhand der Liste der Bewilligungsbescheide nicht in allen Fällen vorgenommen werden konnte.

#### 5. Zeitpunkt des Einstiegs

Das Programm läuft seit April 2008 und endet Ende Dezember 2010. Bei der Auswahl der Berufsbildungsstätten konnte das Merkmal „Laufzeit“ nicht entsprechend der Realverteilung berücksichtigt werden, da viele Berufsbildungsstätten, die erst 2009 mit dem Programm begannen, zwar Bewilligungen, aber noch keine durchgeführten Maßnahmen zu verzeichnen hatten. In der von uns vorgenommenen Auswahl sind 14 Einrichtungen vertreten, die im Verlauf des Jahres 2008 mit dem Programm begonnen haben. Acht Einrichtungen haben ihre Berufsorientierungsmaßnahmen erst 2009 gestartet.

#### 6. Berufsfelder

Für die Sichtung der Berufsfelder diente als Referenz die Liste der internen Evaluation, in der 91 Berufsbildungsstätten befragt wurden. Für unsere Evaluation konnten in der Auswahl der Berufsbildungsstätten die Berufsfelder nicht immer berücksichtigt werden, da aus den vorliegenden Informationen nicht für alle ausgewählten Berufsbildungsstätten durchgängig ersichtlich war, welche Berufsfelder angeboten wurden. Es wurde jedoch versucht sicherzustellen, dass eine vielfältige Mischung vorhanden war.

Anhand der beschriebenen Merkmale wurden 22 Berufsbildungsstätten ausgewählt und kontaktiert, in denen bis Mai 2009 insgesamt 11.330 Bewilligungen für Teilnahmen vorlagen. Zu den Schulen, mit denen sie im Rahmen der Berufsorientierung kooperieren, wurde anschließend Kontakt aufgenommen, um die Unterstützung bei der geplanten telefonischen Befragung der Schüler und Schülerinnen sowie der Befragung der Lehrkräfte zu gewinnen und die notwendigen Daten zu erhalten.

Zur Durchführung der Befragung sowohl der Schüler und Schülerinnen als auch der Lehrkräfte war – mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen – zuvor die Genehmigung der Kultusministerien oder anderer Behörden des jeweiligen Landes notwendig. Aufgrund der föderalen Struktur waren hier sehr unterschiedliche Verfahren zu durchlaufen. Jedoch lassen sich einige Punkte aufführen, die in allen sechs Bundesländern zu den Anforderungen gehörten:

- Informationsschreiben an alle Beteiligten (Schule, Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen, Eltern) über Ablauf, Inhalt, Sinn und Zweck der Untersuchung sowie über die Verfahrensbeschreibung,
- Hinweis, dass die Teilnahme an der Befragung freiwillig ist und bei Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen,
- Einholen von schriftlichen Einverständniserklärungen der Eltern,
- Hinweis auf die vertrauliche Behandlung der Daten.

---

<sup>7</sup> In der Richtlinie des Programms (BMBF 2008) wird der Begriff „vergleichbare Bildungsstätte“ benutzt.

Mit Ausnahme von Bayern konnten die Anforderungen der Bundesländer für die Genehmigung einer Untersuchung an Schulen überall erfüllt werden, so dass die vorgesehene Untersuchung in sechs der sieben ausgewählten Länder stattfinden konnte.<sup>8</sup>

Im Vorfeld der empirischen Untersuchungen fanden zudem zwei Feldbesuche bei Berufsbildungsstätten statt. Hierfür wurden zwei sehr unterschiedliche Institutionen ausgesucht: Die erste Berufsbildungsstätte liegt im ländlichen Raum eines westlichen Bundeslandes und gehört zu den „vergleichbaren“ Berufsbildungsstätten mit einer eher geringen Teilnehmendenzahl. Hier gab es ein gemeinsames Gespräch mit Auszubildenden, der Projektleitung sowie der Bildungsstättenleitung. Die zweite ist eine überbetriebliche Berufsbildungsstätte mit hohen Teilnehmendenzahlen in einem Ballungsraum in Ostdeutschland. Das dortige Gespräch fand nur mit der Projekt- und Bildungsstättenleitung statt, da die Auszubildenden wegen der Sommerpause im Urlaub waren.

In beiden Fällen wurden Eckpunkte der Berufsorientierung, der Zugang zum und die Planung des Berufsorientierungsprogramms, die Vor- und Nachbetreuung, das Konzept, die Kooperationen, weitere dort laufende Programme, die Abwicklung des BOP, finanzielle Aspekte, vorhandene Probleme sowie Aspekte zum Ausblick erfragt. Die beiden Feldbesuche ermöglichten es, eine genauere Fragestellung für die Jugendlichenbefragung, für die Lehrkräfteinterviews und die Interviews mit Fach- und Leitungskräften von weiteren Berufsbildungsstätten zu erarbeiten und sensibilisierten uns für die Probleme von unterschiedlich strukturierten Berufsbildungsstätten.

## **STANDARDISIERTE BEFRAGUNG VON JUGENDLICHEN**

Das erste empirische Arbeitspaket war die quantitative Befragung von 1.000 Jugendlichen, die am BOP teilgenommen haben. Der Fragebogen (vgl. Materialband, S. 6ff) für die Befragung der Schüler und Schülerinnen umfasste folgende Themenbereiche:

- Motivation der Schüler und Schülerinnen,
- Einschätzung des Verlaufs der Berufsorientierung,
- Rückkopplung der Berufsorientierung mit Eltern und Lehrkräften,
- Erkenntnis- und Erfahrungsgewinn der Schüler und Schülerinnen,
- Auswirkungen auf die Berufswahl,
- Verbesserungsmöglichkeiten (Zeitpunkt, Verlauf, Inhalte),
- persönliche/soziodemografische Faktoren (Geschlecht, Alter, Schulform, Klassenstufe).

Die von den Evaluatoren und Evaluatoreninnen entwickelte erste Version des Befragungsinstruments wurde von einem beauftragten CATI-Labor in einem telefonischen Pretest mit 34 Jugendlichen geprüft und modifiziert.

Für die sich anschließende Hauptuntersuchung sollte ursprünglich eine Datei mit einem Bruttosample von etwa 1.500 Jugendlichen erstellt werden, die sich je nach der Verteilung in der Grundgesamtheit zusammensetzen sollte aus Teilnehmenden in Ballungsräumen bzw. in ländlichen Gebieten sowie aus Jugendlichen, die die Maßnahme schon länger abgeschlossen bzw. gerade durchlaufen haben oder durchlaufen. Hierfür wurden Einwilligungserklärungen der teilnehmenden Schüler und Schülerinnen bzw. der Eltern eingeholt, die neben der Zustimmung zur Befragung im Einzelnen folgende Angaben umfassten: Name und Vorname des bzw. der Teil-

---

<sup>8</sup> Eine detaillierte Übersicht über die jeweiligen Anforderungen der Länder sowie den Verlauf der Genehmigungsverfahren findet sich im Zwischenbericht der Evaluation.

nehmenden, Telefonnummer(n), Zeitpunkt, an dem die Berufsorientierung stattfindet bzw. -fand, Berufsbildungsstätte, Schule, jetzige Klasse, günstiger Zeitpunkt zum Anrufen.

Dieses Verfahren konnte aus zwei Gründen nicht wie vorgesehen realisiert werden: Zum einen gestalteten sich die Genehmigungsverfahren der zuständigen Behörden als sehr langwierig, so dass die zuvor von den Berufsbildungsstätten eruierten Kooperationschulen nur sukzessive mit der Bitte um Unterstützung der Befragung angeschrieben werden konnten. Zum anderen gestaltete sich das Einholen der Einwilligungserklärungen und damit die Teilnahme der Jugendlichen an der Befragung selbst als schwierig. Die Herausgabe persönlicher Informationen wie Name, Klasse oder Handynummer stellt für viele Jugendliche und Eltern offenbar einen zu hohen Eingriff in die Privatsphäre dar. Hinzu kommt, dass sich das Verfahren aufgrund der vielen Beteiligten (Bildungsstätte, Schulen, Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen, Eltern) und der komplizierten Abläufe als zu fehleranfällig erwies (Informationen erreichten nicht die zuständige Lehrkraft, Einwilligungen waren nicht vollständig, wurden von den Jugendlichen oder Eltern vergessen etc.).

Da aus den genannten Gründen bis Ende September, dem ursprünglich vorgesehenen Ende der Feldphase, erst insgesamt 109 Befragungen vorlagen, wurde nach Abstimmung mit dem BMBF die Befragungsmethode um die Variante einer schriftlichen Befragung erweitert. Bei dieser schriftlichen Befragung kam ein sprachlich nur leicht modifizierter Fragebogen zum Einsatz, so dass eine gemeinsame Auswertung der Daten gewährleistet blieb.

Um den Kreis potenzieller Teilnehmender zu vergrößern, wurden zudem zusätzlich zu den bereits angeschriebenen weiteren Berufsbildungsstätten kontaktiert, bzw. bei Vorliegen der Kontaktdaten wurde direkt mit den kooperierenden Schulen Kontakt aufgenommen. Durch diese Verfahrensanpassungen konnte die im Konzept vorgesehene Zahl von 1.000 befragten Jugendlichen noch knapp erreicht werden. Es wurden im Zeitraum von August bis Ende November 2009 insgesamt 137 Schüler und Schülerinnen telefonisch und 851 schriftlich befragt, so dass ein verwertbarer Rücklauf von 988 Befragungen vorlag. Die Verteilung auf Bundesländer und Raumtyp zeigt die folgende Tabelle:

**Tabelle 1: Verteilung der befragten Jugendlichen nach Ländern und Raumtyp (ungewichtet)**

	Ländlicher Raum	Ballungsraum	Gesamt
Baden-Württemberg	108	194	302
Brandenburg	63	18	81
Hessen	20	0	20
Nordrhein-Westfalen	32	433	465
Sachsen	15	71	86
Sachsen-Anhalt	34	0	34
Gesamt	272	716	988

Um möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, wurde der so gewonnene Datensatz gewichtet. Gewichtungskriterien waren das Bundesland und der Raumtyp (Ballungsraum/ländlicher Raum), da hierfür aktuelle Bewilligungszahlen vorlagen und die Überrepräsentanz von Befragten aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bereinigt werden konnte. Da die Grundgesamtheit der Jugendlichen, die die Maßnahme bereits durchlaufen haben, aufgrund der unzureichenden Datenlage (Differenz zwischen Soll- und Ist-Zahlen) nicht exakt bekannt war, konnte

mittels der Gewichtung nur eine Annäherung an die tatsächliche Grundgesamtheit stattfinden. Aus diesem Grund kann auch nicht davon gesprochen werden, dass der vorliegende Datensatz im statistisch engen Sinne als „repräsentativ“ anzusehen ist. Durch die Berücksichtigung unterschiedlicher und heterogener Merkmale bei der Auswahl der Bildungsstätten und der Befragten kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das vorliegende Sample die Gruppe derer, die bereits am BOP teilgenommen haben, recht exakt abbildet. Der gewichtete Datensatz verteilt sich wie folgt auf die Bundesländer und den Raumtyp:

**Tabelle 2: Verteilung der befragten Jugendlichen nach Ländern und Raumtyp (gewichtet)**

	Ländlicher Raum	Ballungsraum	Gesamt
Baden-Württemberg	30	53	<b>83</b>
Brandenburg	84	24	<b>108</b>
Hessen	101	0	<b>101</b>
Nordrhein-Westfalen	30	412	<b>442</b>
Sachsen	25	115	<b>140</b>
Sachsen-Anhalt	114	0	<b>114</b>
Gesamt	384	604	<b>988</b>

Die Auswertung der Antworten der Schüler und Schülerinnen erfolgte uni- und bivariat mittels der Statistiksoftware SPSS. Ein umfangreicher Tabellenteil dokumentiert die Ergebnisse der Befragung (vgl. Materialband, S. 28ff).

### **HALBSTANDARDISIERTE TELEFONISCHE INTERVIEWS MIT LEHRKRÄFTEN**

Die Sichtweisen der Lehrer und Lehrerinnen, die mit ihren Schülern und Schülerinnen am Berufsorientierungsprogramm des BMBF beteiligt waren, wurden über die Durchführung und Auswertung von insgesamt 30 leitfadengestützten Interviews mit Lehrkräften von 23 unterschiedlichen Schulen ermittelt.

Die Interviews umfassten folgende Themenbereiche (vgl. Materialband S. 22ff):

- Zugang zum Programm,
- Vorbereitung der Berufsorientierung,
- Durchführung der Berufsorientierungsmaßnahme,
- Nachbereitung der Berufsorientierungsmaßnahme.

Die Fragen des Interviews waren überwiegend offene Fragen; einige Fragen waren geschlossen und mussten mit Hilfe mehrstufiger Skalen bewertet werden.

Im Einzelnen wurden die Interviews geführt mit

- 12 Lehrkräften von Schulen aus Nordrhein-Westfalen,
- 6 Lehrkräften von Schulen aus Hessen,
- 5 Lehrkräften von Schulen aus Brandenburg,
- 4 Lehrkräften von Schulen aus Sachsen-Anhalt,
- 3 Lehrkräften von Schulen aus Baden-Württemberg.

Dies waren 12 Lehrkräfte von Hauptschulen, 6 Lehrkräfte von Förderschulen, 5 Lehrkräfte von Kooperationsschulen, 4 Lehrkräfte von Realschulen und 2 Lehrkräfte von Gesamtschulen. Die interviewten Lehrkräfte betreuten überwiegend 8. Klassen, die am Programm teilgenommen haben, daneben gab es je fünf Lehrkräfte von 7. und 9. Klassen. Die meisten Lehrkräfte wirkten am Berufsorientierungsprogramm in ihrer Eigenschaft als Klassenlehrer bzw. Klassenlehrerin mit (19). Hinzu kamen sieben Berufswahlkoordinatoren bzw. -koordinatorinnen, zwei Beratungslehrer und Beratungslehrerinnen sowie zwei Aufsichtspersonen. Die Zusammensetzung der Interviews weist eine breite Streuung hinsichtlich der Kategorien Bundesland, Raumtyp, Schulform, Jahrgangsstufe und Tätigkeitsbereich auf, so dass die Beurteilung verschiedener am Berufsorientierungsprogramm beteiligter Lehrkräftegruppen erfasst werden konnte.

Die Auswertung der Ergebnisse vollzog sich in zwei Schritten. Zunächst wurde jedes Interview erfasst und dokumentiert, anschließend erfolgte eine Zusammenführung anhand einer thematischen Rasterung der Gliederungspunkte sowie einer vergleichenden Analyse der offenen Fragen. Eine Gesamtdokumentation der Interviews kann im Materialband S. 114ff eingesehen werden.

### **INTERVIEWS MIT FACHPERSONAL UND LEITUNGSKRÄFTEN IN AUSGEWÄHLTEN BERUFSBILDUNGSSTÄTTEN**

Für die Befragung der Auszubildenden, der Projektleitungen sowie der Bildungsstättenleitungen der Maßnahmenträger wurden exemplarisch insgesamt – zusammen mit den beiden Feldbesuchen – sieben Berufsbildungsstätten aufgesucht, in denen Interviews durchgeführt wurden.

Die Auswahl der Bildungsstätten erfolgte – wie vorne ausführlich beschrieben – nach folgenden Merkmalen:

- Bundesland,
- Lage der Bildungsstätte (Ballungsraum, ländlicher Raum),
- Größe der Bildungsstätte (geringe, mittlere und hohe Teilnehmendenzahl),
- Art des Trägers (ÜBS, vergleichbare Bildungsstätte).

Die Befragungen in den Bildungsstätten fanden in den sieben Bundesländern mit den höchsten Teilnehmendenzahlen statt: Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Bayern. Drei Berufsbildungsstätten waren Handwerkskammern zugeordnet und vier Bildungsstätten hatten freie Träger unterschiedlicher Größe.

Ziel war es, einen möglichst breiten Eindruck von den verschiedenen Ausgestaltungen des Berufsorientierungsprogramms zu bekommen.

Für jede interviewte Gruppe der Fach- und Leitungskräfte in den Berufsbildungsstätten wurde ein unterschiedlicher Leitfaden entwickelt. Die Auszubildenden bekamen Fragen zu folgenden Themenblöcken gestellt (vgl. Materialband, S. 19ff):

- Ablauf und Inhalt der Arbeit,
- Konzept,
- Zusammenarbeit,
- Probleme,
- Ausblick.

Themenblöcke für die Befragung der Projektleitungen waren (vgl. Materialband, S. 18):

- Eckpunkte der Berufsorientierung (z. B. Schulform, Klassen, Zeiten der Durchführung),
- Zugang und Planung,
- Vor- und Nachbereitung,
- Konzept,
- Zusammenarbeit mit den Schulen,
- Probleme (z. B. Abbruchgründe),
- Ausblick (Fortsetzung und Verbesserungsmöglichkeiten).

Die Bildungsstättenleitungen wurden zu folgenden Themenblöcken befragt (vgl. Materialband, S. 16):

- Organisatorische Eckpunkte der Berufsorientierung (z. B. Schulform, Klassen, Zeiten der Durchführung),
- Zugang zum BOP,
- Weitere Programme innerhalb der Bildungsstätte (u. a. Verzahnungsmöglichkeiten mit anderen Länderprogrammen und Programmen der Bundesagentur),
- Kooperationsstrukturen, Netzwerke, Zusammenarbeit,
- Abwicklung des Programms,
- Finanzielle Aspekte,
- Probleme,
- Ausblick (Fortsetzung, Daueraufgabe und Verbesserungsmöglichkeiten).

Von allen Interviews erfolgte nach Zustimmung der Befragten ein Mitschnitt, um das Gespräch und die Auswertung zu erleichtern. Die Interviews mit den Führungskräften wurden mit den Berufsbildungsstätten- und den Projektleitungen gemeinsam geführt. Bei der Durchführung der Interviews mit den Auszubildenden wurde allerdings Wert darauf gelegt, dass diese ohne die Anwesenheit der Projekt- und Berufsbildungsstättenleitungen geführt werden konnten, da die Auszubildenden dann eher Probleme und kritische Punkte benannten.

### **VERTIEFENDE INTERVIEWS MIT AUSBILDENDEN**

Zur Vertiefung der in den Besuchen der Berufsbildungsstätten angesprochenen Punkte sollten telefonische Interviews mit je zwei Berufsbildungsstättenleitungen, Projektleitungen und Auszubildenden geführt werden. Da in unseren Gesprächen mit den Fach- und Führungskräften in den Berufsbildungsstätten die kritischen Punkte eher von den Auszubildenden angesprochen wurden, beschlossen wir in Absprache mit dem BMBF, die vertiefenden telefonischen Interviews mit sechs Auszubildenden aus sechs weiteren Berufsbildungsstätten zu führen.

Bei der Auswahl der Berufsbildungsstätten, die angeschrieben wurden, wurde darauf geachtet, dass diese schon seit 2008 die Berufsorientierung durchführten und eine hohe Zahl von beantragten Teilnehmenden aufwiesen, weil so die Wahrscheinlichkeit höher war, auf erfahrene Auszubildende zu treffen. Außerdem wurde berücksichtigt, dass bei der Auswahl drei überbetriebliche und drei vergleichbare Berufsbildungsstätten und zwei aus den neuen Bundesländern dabei waren. In dem Anschreiben an die Berufsbildungsstätten wurde das Berufsfeld, aus dem der zu interviewende Auszubildende kommen sollte, nicht vorgegeben, um den Rücklauf für eine Terminvereinbarung für ein Interview nicht zu stark einzuengen.

Interviewt wurden dann vier Ausbilder und zwei Ausbilderinnen in fünf Berufsfeldern in einer überbetrieblichen und in fünf vergleichbaren Berufsbildungsstätten, von denen zwei in den neuen Bundesländern angesiedelt waren. Zwei der interviewten Auszubildenden waren gleichzeitig Projektleitungen, was bei der Auswertung der Antworten berücksichtigt werden musste, da Auszubildende und Projektleitungen zu einigen Fragen unterschiedliche Perspektiven einnehmen können.

Die Themenblöcke des Leitfadens waren (vgl. Materialband, S. 20ff):

- Verlauf und Durchführung der Berufsorientierung,
- Zusammenarbeit mit den Schülern und Schülerinnen und den Lehrkräften,
- Auswertung der durchgeführten Berufsorientierung.

Der letzte Teil des Leitfadens fragte nach Handlungsmöglichkeiten der Auszubildenden im Rahmen von veränderten Bedingungen. Diese „Wünsch dir was“-Fragen sollten die Auszubildenden zu kreativen Antworten anregen bzw. deutlicher machen, wo ggf. Probleme des Konzeptes bzw. der Arbeit zu finden sein könnten.

## **VERKNÜPFUNG UND RÜCKKOPPLUNG DER ERGEBNISSE**

Als diskursive Elemente enthielt das Evaluationskonzept zwei Workshops. Sie lieferten Informationen und Sichtweisen von Expertinnen und Experten zur Bewertung des Programms und seiner Umsetzung sowie für die Formulierung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung und Optimierung.

### **Durchführung eines internen Experten- und Expertinnenworkshops**

Nachdem die ersten Ergebnisse der Befragung der Jugendlichen sowie der Lehrkräfte und die kompletten Ergebnisse der Interviews in den Berufsbildungsstätten vorlagen, wurde ein interner eintägiger Expertenworkshop des Evaluationsteams mit ausgewählten wissenschaftlichen Fachkräften der INBAS GmbH durchgeführt. Diese Fachkräfte verfügten über Expertise im Thema Berufsorientierung. Im Rahmen dieser Reflexionsrunde wurden die ersten Ergebnisse präsentiert. Zu Beginn der Sitzung wurden die Meinungen, Assoziationen, Hypothesen zum Programm selbst von den Expertinnen und Experten eingeholt. Dafür erhielten sie die Richtlinie des Berufsorientierungsprogramms sowie eine kurze Darstellung des aktuellen Standes des Programms im Vorfeld.

In einem weiteren Schritt wurden die Ergebnisse, die sich auf der Ebene einer verdichteten Beschreibung befanden und noch nicht interpretiert worden waren, präsentiert. Nach der Präsentation wurden die Interpretationen der Expertinnen und Experten aufgenommen und gemeinsam Empfehlungen zur Verbesserung des Programms erarbeitet. Die Ergebnisse der Untersuchung und des Expertenworkshops flossen in den Zwischenbericht und in die weitere Evaluation ein.

### **Durchführung eines externen Experten- und Expertinnenworkshops**

Die wesentlichen bis dahin erarbeiteten Zwischenergebnisse sowie insbesondere erste Schlussfolgerungen und Empfehlungen wurden im November 2009 in einem eintägigen Expertenworkshop präsentiert und zur Diskussion gestellt.

An diesem Workshop nahmen (einschließlich der im BMBF und im BIBB für das Programm zuständigen Personen sowie des Evaluationsteams) 24 Expertinnen und Experten teil:

- aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit,
- aus drei für Berufsorientierungsprogramme zuständigen Ministerien in Bundesländern,
- aus Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie dem Zentralverband des Handwerks,
- von ausgewählten Trägern, die das BOP umsetzen, sowie von Trägerverbänden der Jugendberufshilfe,
- aus dem Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Nach einer Einführung zum Programm sowie zur Evaluation und ihren ersten Ergebnissen konzentrierte sich die Arbeit in einem zweiten Teil auf Fragen der Verzahnung des BOP mit anderen Programmen.

<b>Tagesordnungs- und Diskussionspunkte des Expertenworkshops vom 19.11.2009</b>
Darstellung der Eckpunkte des Programms, des methodischen Vorgehens der Evaluation und der ersten Ergebnisse und Empfehlungen
Mögliche Ebenen der Verzahnung mit und der Abgrenzung von anderen Programmen und Angeboten
Verzahnungen am Beispiel anderer existierender Programme in unterschiedlichen Bundesländern/Regionen
Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Verzahnung des BOP

Anhand eines Mitschnitts des Workshops wurden relevante Beiträge, Positionen und Vorschläge von teilnehmenden Expertinnen und Experten bei der Ableitung von Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus den Evaluationsergebnissen herangezogen und ergänzten damit die Perspektiven von Beteiligten und Betroffenen.

## 4 Die subjektive und die objektive Seite von Berufsorientierung

Jugendliche müssen bei ihrem Übergang in das Erwachsenenalter Herausforderungen auf mehreren Ebenen bewältigen: Sie müssen erwerbstätig und wirtschaftlich unabhängig werden, einen Lebenspartner finden, evtl. eine Familie gründen, politisch mitbestimmen und Freizeit und Konsum gestalten (Hurrelmann 2007, 81).

Für den Schritt in die Erwerbstätigkeit müssen sich Jugendliche heute in der Regel für einen Beruf entscheiden und sich in diesem ausbilden lassen. Diese Berufsfindung ist ein komplexer Prozess, in dem die Jugendlichen ihre Berufswünsche und Lebensvorstellungen entwickeln und diese abgleichen müssen mit ihren vorhandenen Stärken und Schwächen und den Möglichkeiten, die sich ihnen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bieten.

Berufsfindung hat also eine subjektive und eine objektive Seite. Für die Berufsentscheidung brauchen Jugendliche die Fähigkeit, diese subjektiven und objektiven Seiten zu erkennen und zueinander in Beziehung zu setzen. Sie brauchen „Berufswahlkompetenz“. Das oberste Ziel von Berufsorientierung könnte man als die Entwicklung von Berufswahlkompetenz bezeichnen (Dedering 2006, 217).

In diesem Kapitel 4 sollen die subjektive und die objektive Seite der Berufsfindung bzw. Berufsorientierung skizziert werden, um erste Schlussfolgerungen auf der Konzeptebene für das BOP zu ziehen, einen fachlichen Rahmen für die Bewertung und Einordnung der empirischen Befunde zu bieten und eine Grundlage für die Ableitung der Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms zu schaffen. Bei der Darstellung der subjektiven Seite der Berufsfindung bzw. Berufsorientierung kann im Rahmen dieser Evaluation nur kurz angerissen werden, wie die Forschungs- und Literaturlage zu dem Thema aussieht. Die verwendeten Begriffe werden nicht diskutiert, und die Evaluation hat auch keine eigene Definition von Berufswahlkompetenz oder Berufsorientierung als Grundlage für die Befragung erarbeitet. Das wäre ein anderes Design gewesen.

### 4.1 Berufswahlkompetenz von Jugendlichen

Eine wichtige Entwicklungsaufgabe, die Jugendliche bewältigen müssen, ist die Berufswahl. Quantitative Untersuchungen weisen auf hohe Abbruchquoten<sup>9</sup> in beruflichen Ausbildungsgängen hin – sowohl in der dualen Berufsausbildung als auch in Studiengängen, was neben vielfältigen anderen Gründen auch auf misslungene Berufswahlen schließen lässt. Mit gezielter Berufsorientierung soll dagegen angegangen werden.<sup>10</sup> Es gibt zwar eine Fülle von Angeboten zur zumeist schulischen Berufsorientierung, aber über die Wirkungen von einzelnen Maßnahmen zur Berufsorientierung und über die sinnvolle Zusammensetzung von unterschiedlichen Modulen gibt es kaum fundierte Erkenntnisse.

Die objektive Seite der Berufsfindung und Berufsorientierung, d. h. der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Anforderungen der Berufsfelder und der Wirtschaft an die Auszubildenden,

---

<sup>9</sup> Im Berufsbildungsbericht 2009 liegen wegen der Umstellung der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes keine aktuellen Angaben zum Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge vor. Im Jahre 2006 wurden 19,8 Prozent der Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst (BMBF 2009, S. 20).

<sup>10</sup> Ebenda.

stehen mehr im Fokus von Forschung und fachlichen Publikationen als die subjektive Seite der Berufsfindung.

Der Berufswahlprozess ist allerdings auch so komplex, dass die bis jetzt durchgeführten Untersuchungen einige einzelne Aspekte in den Fokus genommen haben, „aber selten das Berufswahlgeschehen als ganzes“ (Oechsle u. a. 2002, 18). Ratschinski (2009, 20) stellt fest, dass die internationale Berufswahltheorie in Deutschland wenig berücksichtigt wird. „Berufswahluntersuchungen in Deutschland werden traditionell stärker von der Lage auf dem Arbeitsmarkt als von theoretischen Fragestellungen bestimmt“ (ebenda).

Erkenntnisse über diese subjektive Seite der Berufswahl sind aber unabdingbar für die Gestaltung von Berufsorientierungskonzepten. Folgende Fragen müssen u. E. beantwortet werden: Was läuft im Prozess der Berufsfindung ab? Über welche Kompetenzen müssen die Jugendlichen verfügen, wenn sie ihn erfolgreich bewältigen wollen? Wie können die Jugendlichen diese Kompetenzen erlangen? Müssen die Jugendlichen in diesem Prozess unterstützt werden? Falls ja – wie könnte eine sinnvolle Unterstützung aussehen? Mit welchen Unterstützungsmaßnahmen würde man zu den Autonomiebestrebungen der Jugendlichen im Widerspruch stehen, die in dieser Phase auch eine sehr große Bedeutung haben?

An der Universität in Erfurt läuft am Lehrstuhl für Entwicklungs- und Erziehungspsychologie und am Lehrstuhl für Pädagogisch-psychologische Diagnostik und Differentielle Psychologie seit 2008 eine Studie<sup>11</sup> in drei Phasen, um einige Fragen zum Berufsprozess zu untersuchen: In der ersten Projektphase von 2008 bis 2009 wird bzw. wurde ein theoriegeleitetes Modell der Berufswahlkompetenz erarbeitet und es wurden Interviews mit Lehrkräften und Schulleitungen sowie Befragungen mit Schülern und Schülerinnen durchgeführt. In der zweiten Phase in 2010 soll ein Implementierungsmodell entwickelt werden, und in der dritten Phase von 2011 bis 2012 sollen Transfer und Evaluation stattfinden.

Nach dem als Arbeitsgrundlage entwickelten Thüringer Berufswahlkompetenzmodell<sup>12</sup> setzt sich Berufswahlkompetenz aus folgenden Einzelkompetenzen zusammen:

<b>Sachwissen</b>	Kenntnis von schulischen und nachschulischen Bildungswegen sowie von Berufsfeldern und ihre Anforderungen
<b>Regelwissen</b>	Wissen über Zusammenhänge und Übergänge, d. h. über Voraussetzungen von Bildungsgängen, von Berufsfeldern und beruflichen Positionen
<b>Berufswahlmotivation</b>	Motivation zur Auseinandersetzung mit Möglichkeiten, Anforderungen und Erträgen der einzelnen Lern- und Arbeitsumgebungen sowie Abgleich mit eigenen Wünschen und Zielen
<b>Selbststeuerungskompetenz</b>	Selbstständige Erfassung der Fähigkeiten, Interessen und Lernpräferenzen und Schaffung geeigneter Erfahrungsmöglichkeiten; Reflexion der eigenen Erfahrung

<sup>11</sup> <http://forschung.berufswahlkompetenz.de/index.html> [09.12.2009].

<sup>12</sup> [http://forschung.berufswahlkompetenz.de/files/anstoss\\_tagung\\_08.pdf](http://forschung.berufswahlkompetenz.de/files/anstoss_tagung_08.pdf) [09.12.2009].

<b>Handlungskompetenz</b>	Fertigkeit und Bereitschaft der Planung und Umsetzung von längerfristigen Zielen und dazugehörigen Entwicklungsschritten
<b>Informationsmanagement</b>	Fertigkeit und Bereitschaft, Wissensbedarfe zu erkennen und relevante Informationen einzuholen und zu verarbeiten
<b>Qualifikationsmanagement</b>	Fähigkeit und Bereitschaft, schulische und außerschulische Qualifizierungsmöglichkeiten für Bildungswege zu nutzen.

Diese Auflistung der Einzelkompetenzen macht deutlich, wie komplex und schwierig die Berufsfindung ist und welche unterschiedlichen Kompetenzen entwickelt werden müssen. Das bedeutet für die Berufsorientierung als Unterstützung des Berufsfindungsprozesses, dass sie nur in einem Zusammenspiel von didaktisch und methodisch unterschiedlich ausgerichteten, aber aufeinander abgestimmten Modulen wirkungsvoll sein kann.

Angesichts der temporär sehr unterschiedlich verlaufenden Entwicklungsprozesse von Kindern und Jugendlichen wird auch diese Fülle von unterschiedlichen Kompetenzen nicht von allen Jugendlichen im gleichen Tempo und zur gleichen Zeit entwickelt werden können. Jugendliche eines Jahrgangs stehen an unterschiedlichen Punkten ihres Entwicklungs- und Berufswahlprozesses, was für die Praxis der Berufsorientierung bedeutet, dass jeder bzw. jede Jugendliche ggf. eine andere Unterstützung benötigt.

Ebenso differieren die Herkunftsmilieus und Biografien der Jugendlichen. Berufsorientierungsprozesse sind langjährige, in der frühen Kindheit beginnende biographische Prozesse „der Auseinandersetzung mit den eigenen Wünschen, Interessen, Phantasien vor dem Hintergrund der sozialen und gesellschaftlichen Erwartungen und Zwänge“ (Wensierski 2008, 163). Es handelt sich um vielschichtige Prozesse des Suchens nach einer eigenständigen (beruflichen) Identität, der Erarbeitung eines Selbstkonzeptes und der Herstellung von Selbstvergewisserung.

Die Institutionen und Personen, die das Kind und den Jugendlichen bzw. die Jugendliche begleiten, formen diesen Prozess mit: Eltern, Geschwister, Freunde bzw. Freundinnen, Lehrkräfte, Betreuende in außerschulischen Einrichtungen etc. Welche Personengruppe bzw. welche Institution welchen Einfluss hat, ist allerdings noch nicht präzise und differenziert genug untersucht. In einigen Untersuchungen (z. B. in der Evaluation des Landesprogramms Berufsfrühorientierung BFO in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2003) wird die Wichtigkeit der Eltern bei der Berufsorientierung ihrer Kinder hervorgehoben (Wensierski 2008, 157). Puhmann (2005) gibt einen Überblick über Forschungsergebnisse zur Rolle der Eltern – auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Geschlechterrollen – in der Berufswahl ihrer Kinder und stellt aktuelle Hilfen und Ratgeber für Eltern vor.

Der in 2006 erarbeitete „Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife“ (Nationaler Pakt 2009) bezeichnet das Ergebnis des Berufswahlprozesses bzw. das Vorhandensein aller dafür benötigten Kompetenzen („Selbsteinschätzungs- und Informationskompetenz“) als „Berufswahlreife“ und definiert diese so:

„Jugendliche kennen ihre eigenen Bedürfnisse und berufsbedeutsamen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse und können diese mit wesentlichen Aspekten und Anforderungen von Berufen in Beziehung setzen. Sie nutzen vorhandene Informationsmöglichkeiten, um sich über Berufe und

deren Anforderungen zu informieren. Jugendliche können ihre Motive für eine Berufswahlentscheidung wahrnehmen und benennen.“ Als Verfahren zur Feststellung dieser Berufswahlreife empfiehlt der Kriterienkatalog „Fragebogen, Dokumente im Berufswahlpass u. ä., Diagnostisches Gespräch/Selbsteinschätzung“ (Nationaler Pakt 2009, 58).

In dem „Handlungsleitfaden zur Stärkung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife“ (Nationaler Pakt 2006) wird der Prozess, der zur Berufswahlreife führt, in drei Phasen dargestellt, „die aufeinander aufbauen und kontinuierlich durch Rückkopplungen aufeinander bezogen sind“ (ebenda, Kap 2.2.):

### Idealtypische Phasen der Berufsorientierung und Berufswahl im Überblick<sup>13</sup>

Phase	Aufgaben
<b>Orientierung</b>	eigene Neigungen, Interessen und Fähigkeiten erkunden individuelle Voraussetzungen verbessern passende (Ausbildungs-)Berufe identifizieren Informationen über diese Berufe sammeln praktische Erfahrungen gewinnen (Praktikum)
<b>Entscheidung</b>	Aussichten und Chancen der Berufe erkunden Perspektiven mit persönlichen Voraussetzungen abgleichen Wunschberufe und Alternativen festlegen
<b>Realisierung</b>	geeignete Ausbildungsstellen/Ausbildungsangebote suchen Bewerbung anfertigen und Rückschläge einkalkulieren Ausbildungsvertrag abschließen/bei der Schule einschreiben

Ratschinski (2008, 73f) kritisiert die Verwendung des Begriffs „Berufswahlreife“, weil er einen erreichten Zustand suggeriere, der am Ende eines Entwicklungsprozesses steht. Er zieht die Begriffe Berufswahlkompetenz oder Berufsorientierungskompetenz vor, weil er eine „aus dem Verhalten in der Situation und im Kontext erschlossene Adaptivität an Umweltereignisse“ (ebenda, 83) meint. „Die berufsbezogene Adaptivität enthält sowohl motivationale als auch Leistungsdispositionen. Es ist nicht nur die Fähigkeit, die mit der Berufswahl verbundenen Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, sondern auch die empfundene und erklärte Zuständigkeit für die Aufgaben“ (ebenda).

Die erfolgreiche Bewältigung des Berufswahlprozesses eines Jugendlichen bzw. einer Jugendlichen hängt nach Ratschinski (2008, 2009) auch von seinem Selbstkonzept ab, d. h. davon, ob der Jugendliche erwartet, dass er für die Entscheidungsfindung kompetent und selbstwirksam genug ist oder nicht. Jugendliche, die erfahren haben, dass sie sich Fähigkeiten und Kenntnisse aneignen und selbst etwas bewirken können, sehen schwierige Aufgaben als Herausforderungen an und nicht als Bedrohungen oder Stresssituationen und können belastende Entscheidungssituationen länger emotional aushalten. Selbstwirksamkeitsüberzeugung ist eine Kompetenz, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene befähigt, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen.

<sup>13</sup> [http://www.bda-online.de/ausbildungspakt/pdfs/1\\_0\\_0\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.bda-online.de/ausbildungspakt/pdfs/1_0_0_Zusammenfassung.pdf) [16.12.2009].

sen und nicht an ihnen zu zerbrechen<sup>14</sup>, und auch „im Berufswahlprozess haben Selbstwirksamkeitsüberzeugungen einen starken und steuernden Einfluss“ (Ratschinski 2008, 84).

Nach Ratschinski ist der steuernde Kern des Berufswahlprozesses eine Querschnittskompetenz, die sich nicht in den letzten Schuljahren formiert, sondern sich im Laufe der Kindheit und des Jugendalters entwickelt hat. Um Selbstbestimmung – ein Bedürfnis, das gerade im Jugendalter stark ist – nicht zu untergraben, schlägt er vor, in die berufliche (Selbst-)Exploration des Jugendlichen nicht steuernd einzugreifen. Allerdings räumt er auch ein, dass nicht alle Jugendlichen dieselben Entwicklungsstände haben (Ratschinski 2008, 85).

Herzog u. a. (2006) haben in einer Schweizer Studie zum Berufswahlprozess Belastungen ausgemacht, die bei Jugendlichen zu Überforderungen und zu Fehlentscheidungen führen können. Die folgende Liste kann „Anhaltspunkte geben, um einen problematisch verlaufenden Berufswahlprozess rechtzeitig zu erkennen“ (Herzog u. a. 2006, 203ff):

**Risikofaktoren der Berufswahl (Ende 8. und Anfang 9. Schuljahr)** (Herzog u. a. 2006, 204)

Entscheidungsstand	diffuse berufliche Vorstellungen
	noch keine Entscheidung für ein Berufsfeld, eine Branche oder einen Beruf
familiärer Hintergrund	übermäßiger Zusammenhalt in der Familie
	geringe Unterstützung durch die Eltern
schulische Leistungen	Schulabschluss auf Niveau Grundansprüche
	knapp genügende schulische Noten
Bewältigungsverhalten	Problemen wird ausgewichen
	auf Belastungen wird emotional reagiert
Berufswahlstrategien	Berufe aus sehr unterschiedlichen Branchen und Berufsfeldern werden noch immer in Betracht gezogen
	Berufe mit sehr unterschiedlichen Anforderungsprofilen werden noch immer ernsthaft geprüft
Strategien bei Lehrstellensuche	Fehlende Flexibilität bei der Lehrstellensuche
	Fixierung auf einen Beruf trotz wiederholter Absagen.

Betrachtet man das Programm BOP auf der konzeptionellen Ebene, könnte es zur Aneignung von Kompetenzen und Wissen in Anlehnung an das Thüringer Berufswahlmodell – dessen Begrifflichkeiten an dieser Stelle nicht reflektiert werden können – auf folgenden Ebenen *direkt* befähigen:

- Kenntnisse von schulischen und nachschulischen Bildungswegen für mindestens drei Berufsfelder und ihre Anforderungen,
- Wissen über Zusammenhänge und Übergänge in mindestens drei Berufsfeldern,

<sup>14</sup> In der Resilienzforschung wurde dieser Zusammenhang erforscht.

- Motivation zur Auseinandersetzung mit Möglichkeiten, Anforderungen und Erträgen der einzelnen Lern- und Arbeitsumgebungen sowie Abgleich mit eigenen Wünschen und Zielen in mindestens drei Berufsfeldern,
- Reflexion der eigenen Erfahrung in mindestens drei Berufsfeldern.

Indirekt vermitteln bzw. anstoßen könnte die Berufsorientierung im Rahmen des BOP folgende Kompetenzen:

- Fertigkeit und Bereitschaft der Planung und Umsetzung von längerfristigen Zielen und dazugehörigen Entwicklungsschritten,
- Fertigkeit und Bereitschaft, Wissensbedarfe zu erkennen und relevante Informationen einzuholen und zu verarbeiten,
- Fähigkeit und Bereitschaft, schulische und außerschulische Qualifizierungsmöglichkeiten für Bildungswege zu nutzen.

Die Berufsorientierung des BOP – legt man das Thüringer Berufswahlmodell zugrunde – kann Sachwissen, Regelwissen und Berufswahlmotivation bezogen auf drei Berufsfelder vermitteln bzw. erzeugen und die Entwicklung von Handlungskompetenz, Informations- und Qualitätsmanagement anstoßen. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Herstellung von Berufswahlkompetenz nach diesem Modell. Drei Berufsfelder reichen allerdings nicht aus, und zur Verstärkung der angestoßenen Kompetenzen sind weitere Unterstützungen nötig. Eine Verzahnung zu diesen weiteren Unterstützungsmodulen auf der Ebene der Kommunikation und der Instrumente wäre notwendig.

Die Selbststeuerungskompetenz, d. h. die selbstständige Erfassung der Fähigkeiten, Interessen und Lernpräferenzen und die Schaffung geeigneter Erfahrungsmöglichkeiten, wird durch das BOP allerdings nicht angestoßen. Hierfür sind zusätzliche reflexive Verfahren nötig.

Nach den oben skizzierten idealtypischen drei Phasen könnte die Berufsorientierung nach dem BOP angesiedelt sein zwischen der Phase der Orientierung und der Phase der Entscheidung. Geht man davon aus, dass die Jugendlichen die Berufsfelder, die sie im BOP durchlaufen, nach gut durchdachten Kriterien selbst auswählen, würden im BOP nach der Systematik der drei idealtypischen Phasen und ihrer Begriffe folgende Aufgaben durchgeführt werden:

- Informationen über diese Berufe sammeln,
- praktische Erfahrungen gewinnen (Praktikum),
- Aussichten und Chancen der Berufe erkunden,
- Perspektiven mit persönlichen Voraussetzungen abgleichen.

## 4.2 Berufsorientierung

### 4.2.1 Berufsorientierung als Prozess

„Berufsorientierung soll Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern frühzeitig und prozessorientiert auf die Berufswahlentscheidung zum Ende der Schulzeit vorbereiten, um eine qualifizierte Berufswahl treffen zu können.“<sup>15</sup> Einigkeit besteht heute darüber, dass dieser komplexe Prozess

---

<sup>15</sup> Good Practice Center (GPC) im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); <http://www.good-practice.de/3337.php>.

nicht am Ende der Schulzeit, also im letzten Schuljahr, beginnen kann, sondern mehr Zeit in Anspruch nehmen und deshalb frühzeitig einsetzen muss. Im Glossar zum (in 2007 abgeschlossenen) BMBF-Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben (SWA)“<sup>16</sup> ist folgende Begriffsbestimmung zu finden: „Berufsorientierung ist ein lebenslanger Prozess der Annäherung und Abstimmung zwischen Interessen, Wünschen, Wissen und Können des Individuums auf der einen und Möglichkeiten, Bedarfen und Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt auf der anderen Seite“. Damit ist eine berufliche Orientierung nicht mehr an den Status als Schüler bzw. Schülerin gebunden, sondern reicht in spätere Lebensphasen hinein.

Famulla referierte im Rahmen einer Fachtagung zum Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben (SWA)“ im Jahr 2004 auf der Grundlage eines weit gefassten Verständnisses von Berufsorientierung – demzufolge umfasst diese „alle Aktivitäten, die dazu beitragen, die Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer Arbeits- und Berufsbiografie zu verbessern“ (Famulla 2004, 4). In einer Vorstellung des SWA-Programms grenzt er den Begriff Berufsorientierung von den Begriffen Berufswahlfähigkeit und der Ausbildungsfähigkeit ab. Berufswahlfähigkeit verenge den Blick zu sehr auf die Schnittmenge zwischen Erfordernissen des Arbeitsmarktes und „subjektiven Entwicklungsbedürfnissen in und mit der Arbeit“ (ebenda, 5), Ausbildungsfähigkeit verenge zu sehr auf die Erfordernisse des Beschäftigungssystems. Berufsorientierung beschreibe hingegen eine neue Situation an der so genannten „ersten Schwelle“, am Übergang von der Schule ins Arbeitsleben. Es geht Famulla vor allem um „die neu zu entwickelnden oder zu stärkenden Kompetenzen von Schülern und Schülerinnen“, über diejenigen Kompetenzen hinaus, die man zur Wahl eines „Lebensberufs“ benötige: „Berufsorientierung wandelt sich von der gesteuerten Orientierung auf den Lebensberuf zu einer eigenverantwortlichen Berufswahl als Prozess, wobei man versucht, auf jeder Stufe Optionen für mehrere berufliche Alternativen zu erlangen“ (ebenda, 6).

Butz (2006, 4) betont, der Prozess der Berufsorientierung sei „sowohl von gesellschaftlichen Werten, Normen und Ansprüchen, die wiederum einem ständigen Wandel unterliegen, als auch von den technologischen und sozialen Entwicklungen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem geprägt“. In einer beruflichen Orientierung (und das gelte für alle Alters- und Zielgruppen) müsse austariert werden zwischen den Wünschen und Interessen eines Individuums und den gesellschaftlichen Ansprüchen, zwischen pädagogischen Zielen und den Nachwuchsbedürfnissen der Wirtschaft. Der Schwerpunkt könne je nach Zeitpunkt der Berufsorientierung und Ort des Lerngeschehens wechseln und müsse jeweils neu gesetzt werden. Wenn Berufsorientierung als Teil der Allgemeinbildung auf das Ziel ausgerichtet werde, die Beratungsbedürftigen darin zu stärken, ihre individuelle Arbeits- und Berufsbiografie (die auch Phasen nicht entlohnter Arbeit einschließen könne) selbst zu gestalten, sei die Reduzierung auf „Berufsorientierung gleich Berufswahl“ nicht mehr haltbar.

Der Prozess der Berufsorientierung findet nicht nur an definierten schulischen und außerschulischen Lernorten (z. B. des Übergangssystems als „dritter Sektor“ des Berufsbildungssystems, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 153ff) statt und ist daher nur begrenzt steuerbar. Bereits erworbene Voreinstellungen beeinflussen diesen Prozess ebenso wie Eltern, das soziale Umfeld eines Individuums und Impulse aus weiteren, auch informellen Lernprozessen. All diese Aspekte müssen in den aktuellen Prozess der Berufsorientierung einbezogen und dort reflektiert werden.

---

<sup>16</sup> [http://www.swa-programm.de/texte\\_material/glossar/index\\_html\\_stichwort=Berufsorientierung.html](http://www.swa-programm.de/texte_material/glossar/index_html_stichwort=Berufsorientierung.html) .

## 4.2.2 Herausforderungen für die schulische Berufsorientierung

Seitens der ausbildenden Unternehmen wird seit Jahren beklagt, dass es bei Schulabgängern und Schulabgängerinnen allzu oft an Ausbildungsreife und Berufseignung mangelt, viele Lehrstellen könnten mangels geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen nicht besetzt werden. Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife dürfen sich laut BDA-Bildungskampagne<sup>17</sup> nicht nur auf die Beseitigung von Wissensdefiziten beschränken, erforderlich seien vielmehr auch die Ausweitung des Arbeitsweltbezugs im Unterricht und die regionale Kooperation von Schule, Wirtschaft, Arbeitsamt und Eltern.<sup>18</sup>

Eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung ist von großer Bedeutung, weil sie einen wichtigen Beitrag zum weiteren Weg eines jungen Menschen nach der Schule leistet: nach der Schule werden die Weichen gestellt, ob er abhängig von Unterstützungsleistungen wird, welche zukünftigen Lebenschancen und welchen sozialen Status er haben wird. Aus Sicht von Wirtschaft und Gesellschaft stellen die Kosten von Bildungsabbrüchen immense Fehlinvestitionen dar.

Eine Stellungnahme des BIBB zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2009 weist auf die nach wie vor hohen Abbruchquoten in vielen Teilbereichen der beruflichen Bildung hin und sieht als einen der Hauptgründe hierfür fehlende oder falsche Vorstellungen über den angestrebten Beruf. Entsprechend wird der Handlungsbedarf in Bezug auf die Berufsorientierung hervorgehoben: Es „müssen junge Menschen bereits in der Schule bei ihrer Berufswahl besser und systematischer als bisher begleitet werden“ (BIBB 2009b, 2).

Zunächst kommt hier also den allgemeinbildenden Schulen eine große Verantwortung zu, aber eine gelingende Berufsorientierung – darin ist sich die Fachöffentlichkeit heute einig – kann nur als gemeinsame Aufgabe von Schule, Elternhaus, Berufsberatung und Wirtschaft und anderen Partnern gewährleistet werden.

Eine Expertise zum Thema „Berufsorientierung an Schulen mit Ganztagsangebot“ (Butz 2006) sollte in einem länderübergreifenden Verbundprojekt herausarbeiten, welche neuen Potenziale sich aus Schulen mit Ganztagsangebot für die herkömmliche Halbtagsschule ergeben. Darin wird hervorgehoben, dass – zu mindestens zum Zeitpunkt der Expertise – die Berufsorientierung an vielen Schulen noch nach dem überholten klassischen Modell arbeitete, das aus einem Betriebspraktikum, einem Besuch im Berufsorientierungszentrum (BIZ), dem Erstellen von Bewerbungsunterlagen und ergänzenden praktischen Inhalten im Fach Arbeitslehre besteht. Butz kritisiert unter anderem, dass in diesem herkömmlichen Modell die Orientierungsbedürfnisse der Jugendlichen zugunsten der Interessen des Arbeitsmarktes zurückgestellt werden und die Aktivitäten isoliert neben dem normalen Unterrichtsgeschehen stehen. Daneben gäbe es allerdings unzählige Projekte von Schulen, Lehrkräften, Schülern und Schülerinnen, die in der Regel vom Engagement Einzelner abhängen; niemand habe mehr den Überblick, was wo entwickelt wurde und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Butz stimmt Wensierski (2005) zu, der feststellt, dass es trotz eines mancherorts in Lehrplänen zu entdeckenden „neuen Geistes“ eine „Diskrepanz zwischen der erklärten Programmatik (...) und der schulischen Realität“ (ebenda, 51) in der beruflichen Orientierung gebe.

---

<sup>17</sup> [http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE\\_Bildung?open&Highlight=Initiative](http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE_Bildung?open&Highlight=Initiative) [07.01.2010].

<sup>18</sup> Reader Berufsorientierung unter <http://www.sowi-online.de/reader/berufsorientierung/akteure-bag.htm> [07.01.2010].

Bylinski entwickelt Qualitätsmerkmale für eine erfolgreiche „praxisorientierte Berufsorientierung“. Als zentralen Aspekt einer solchen Ausrichtung sieht auch sie die Ausweitung des Arbeitsweltbezugs und die regionale Kooperation zwischen Schule, Wirtschaft, Arbeitsagentur und Eltern. Vor allem aber gehe es darum, Betriebe stärker zu beteiligen an der Förderung personaler, sozialer und methodischer Kompetenzen, um Ausbildungsreife herzustellen.

Auch Famulla (2004, 5) gibt zu bedenken, dass die Schule damit überfordert ist, die Aufgabe der Berufsorientierung allein zu bewältigen, da sie sich im Spannungsfeld zwischen pädagogischen Zielen (persönliche und politische Bildung) und ökonomischen Zielen (Arbeit an der Berufswahl- und Ausbildungsfähigkeit, qualifizieren für betriebliche Produktionsprozesse) befindet. Er fordert, gemeinsam näher zu bestimmen, welche Kompetenzen die Jugendlichen für einen langfristig erfolgreichen Weg in die Arbeits- und Berufswelt benötigen.

Bylinski (2009, 3) nimmt in ihren Ausführungen nötige Veränderungsprozesse in den allgemeinbildenden Schulen in den Blick und beschreibt zwei wesentliche Veränderungsbedarfe: Zum einen sei eine Neuausrichtung nach „außen“ (regional bezogen: schulübergreifende Aktivitäten verschiedener Akteure initiieren, Schule und Arbeitswelt vernetzen) nötig und zum anderen nach „innen“ (institutionsbezogen: Schulentwicklungsprozesse anstoßen, Neuausrichtung der didaktischen Konzepte, Berufsorientierung fach- und jahrgangübergreifend). Sie fordert, die Berufsorientierung als integralen Bestandteil des Bildungswesens frühzeitig in den Unterricht einzubauen (möglichst in der 7. Klasse) und Praktika strukturiert und systematisch vorzubereiten.

Es ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen für den berufsorientierenden Unterricht:

- Er muss pädagogische Ziele verfolgen, in deren Mittelpunkt die Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen steht.
- Er muss die Berufswahl- und Ausbildungsfähigkeit stärken (dazu gehören die Vorbereitung auf die betrieblichen Anforderungen und die Arbeitsformen sowie die aktive Unterstützung des Berufswahlprozesses).

Bylinski (ebenda, 6) zufolge muss Berufsorientierung als individuelle Begleitung organisiert, altersadäquat und schulformspezifisch gestaltet sein. Darüber hinaus seien „integrierte Unterrichts- und Arbeitsformen, in denen die Jugendlichen einen Einblick in die Arbeitswelt bekommen“ wichtige Bestandteile eines Qualitätsstandards für Berufsorientierung, „produktive Tätigkeiten in den Unterricht einzubeziehen und zu versuchen, ‚Ernstsituationen‘ herzustellen“ (Ernstsituationen sollen nicht nur simuliert, sondern es sollen Lernsituationen geschaffen werden, die sich auf reale Anforderungen der Arbeitswelt beziehen), d. h., die Jugendlichen erarbeiten reale Produkte und bieten Dienstleistungen auf dem Markt an.

Bylinski benennt folgende offene Fragen und Handlungsbedarfe:

- Hinsichtlich der Kooperation mit Betrieben sind Möglichkeiten und Grenzen zu bestimmen.
- Schulische arbeitsweltnahe Lernkonzepte für eine neue Form von Berufsorientierung sind zu entwickeln.
- Die biografische Berufswegebegleitung im Rahmen des schulischen Kontextes ist weiter zu entwickeln (im Sinne einer „Begleitung in den Beruf“, die Bildungsstationen miteinander verbindet und „stärker die Förderung der Gestaltungsfähigkeit der eigenen Berufsbiografie bzw. die Lebenswegplanung der jungen Menschen“ in den Mittelpunkt stellt) (ebenda, 2).

Auch Butz (2006) verweist in seiner Expertise, in der er Berufsorientierung an Schulen mit Ganztagsangebot mit den Möglichkeiten einer Halbtagsschule vergleicht, darauf hin, dass beispiels-

weise der Lernortwechsel als zentrales Element einer modernen Berufsorientierung im engen Zeitfenster einer Halbtagschule schwer zu integrieren sei, dass handlungsorientierte Projektarbeit oder die geforderte Individualisierung der Lernprozesse nicht mit dem 45-Minuten-Takt der Halbtagschule umzusetzen seien und die Zusammenarbeit mit externen Partnern dort immer wieder auf zeitlich bedingte Probleme stoßen werde.

### **Das Projekt Berufswahl-SIEGEL**

Das Berufswahl-SIEGEL der Bertelsmann-Stiftung bietet Schulen die Möglichkeit, ihr Konzept der Berufswahl und Berufsorientierung einem „Check“ zu unterwerfen. Die Zertifizierung erfolgt in mehreren Schritten:

- Die einzelne Schule leistet eine Bestandsaufnahme über die eigenen Aktivitäten und erstellt ein Schulkonzept zur Berufsorientierung.
- Eine Projektjury (aus Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Personen aus Unternehmen und Verbänden, Arbeitsagenturen und Schulaufsicht) bewertet nach Qualitätskriterien das Berufsorientierungskonzept jeder Schule.
- In einem Audit vor Ort wird über Gespräche mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften die Umsetzung des Konzeptes überprüft.
- In einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung wird dann das Siegel verliehen.

Zusätzlich wurde 2005 das „Netzwerk Berufswahl-SIEGEL“ installiert, das den Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen und die Erarbeitung gemeinsamer Leitlinien ermöglicht und positive Beispiele von Schulen mit einem professionellen (d. h. an den Qualitätskriterien des Netzwerkes orientierten) Konzept für die berufliche Orientierung in die Öffentlichkeit transportiert.

<http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/berufswahlsiegel.php>

### **4.2.3 Berufsorientierung als Bestandteil schulischer Curricula**

Gegenstand der fachlichen Diskussion sind Fragen des Beginns, des Umfangs und der Verteilung der Inhalte beruflicher Orientierung auf Jahrgangsstufen, der Differenzierung nach Schulformen, der Gestaltung als eigenes Fach oder Querschnittsaufgabe. Famulla kritisiert, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) in den vier Inhaltsbereichen des Faches Arbeitslehre (Technik, Wirtschaft, Haushalt und Beruf) bisher zwar „Arbeit als zentrale didaktische Kategorie“ ausweise, aber keine Festlegung über die curriculare Umsetzung getroffen habe, und stellt heraus, dass mit der Entwicklung von Bildungsstandards Arbeit als zentrale didaktische Kategorie „für ein Lernfeld, besser noch für ein Unterrichtsfach ‚Arbeits- und Berufsorientierung‘ begründet und festgeschrieben“ (Famulla 2004, 6) werden könnte.

Angeknüpft werden könne bei der Erarbeitung eines Bildungsstandards in diesem Zusammenhang an einen Entwurf für ein „Kerncurriculum im Lernfeld Arbeitslehre“, das von einer länderübergreifenden Gruppe von Experten und Expertinnen erstellt wurde und eine Auseinandersetzung mit den Kernanforderungen bzw. -kompetenzen im Fach Arbeitslehre anstoßen wollte, oder an Rahmenpläne Arbeitslehre der Bundesländer für Haupt- und Realschulen. Mit dem „Berufswahl-SIEGEL“ wird aktuell ein Weg beschritten, der die Forderung nach einem schulinternen Curriculum aufgreift: „Die allgemein gehaltenen Vorgaben müssen auf Schulebene spezifiziert

und detailliert werden“. Dies müsste die Schule durch „kriteriengestützte Selektion“ der Lernziele und Inhalte leisten (Berlepsch/Lexis/Clemens).

Kontrovers wird diskutiert, ob die Inhalte der Berufsorientierung in einem „Ankerfach“ (wie beispielsweise Arbeitslehre), das für die anderen Fächer eine Art „Leitfunktion“ haben könnte, angesiedelt werden sollen. Auf der Internetseite des Netzwerks Berufswahl-SIEGEL heißt es hierzu: „Die besondere Herausforderung für die Berufsorientierung besteht darin, dass sie kein selbständiges Fach ist, sondern als Querschnittsaufgabe der gesamten Schule obliegt“ (ebenda, 4). Die Zuschreibung der Berufsorientierung zu einem bestimmten Fach im Schulkontext wäre ein Rückschritt in der Weiterentwicklung der Berufsorientierung, weil die Gefahr bestehe, dass das Anliegen einer umfassenden beruflichen Orientierung in ein Fach abgeschoben werde, für das wiederum nur eine bestimmte Lehrkraft zuständig und verantwortlich sei.

In der Diskussion um die Reformierung der schulischen Berufsorientierung wird hingegen deutlich, dass sie in einen Qualitätsentwicklungsprozess der gesamten Schule eingebunden sein muss. Auch bei Butz wird diese Fragestellung thematisiert: „Eine selbstkompetenzfördernde Berufsorientierung kann nur dann Wirkung entfalten, wenn sie mit dem ‚normalen‘ Schulunterricht verknüpft ist, wenn sie als Teil der Gesamtbildung anerkannt wird und in eine Bildungsumgebung eingebettet ist ... Das bedeutet, Berufsorientierung muss letztendlich neben der expliziten und systematischen Behandlung in eigenen Lernbereichen als generelles ‚Grundprinzip innerhalb jedes schulischen Fachunterrichts, und das sowohl inhaltlich als auch methodisch‘ Berücksichtigung finden“ (Butz 2006, 6)<sup>19</sup>

#### 4.2.4 (Qualitäts-)Standards für die Berufsorientierung

Aus diesen Entwicklungen wird die Notwendigkeit eines „Bildungsstandards Berufsorientierung“, abgeleitet, da „durch klare Kompetenzbeschreibungen der bislang hypothetisch benutzte Begriff der Berufsorientierung konkretisiert werden und die Berufsorientierung als Bildungsaufgabe kennzeichnen könnte“. In Anlehnung an Arbeiten zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards (BMBF 2007a) fordert Famulla (2004, 7)

- die Stärkung von Kompetenzen bei Schülern und Schülerinnen,
- die Entwicklung möglichst schulformunabhängiger Kompetenzstufen,
- die Evaluation von Systemen und Institutionen anstelle der Kontrolle von Individuen (Bildungsstandards als Förder- und nicht als Selektionsinstrument),
- in diesem Sinne die Verwendung von Bildungsstandards im Rahmen von Diagnose, Orientierung und Unterstützung, zur Überwindung von Lernrückständen und Bildungsungerechtigkeiten.

Eine Schlüsselrolle bei der Frage der Entwicklung von Standards kommt seiner Meinung nach dem Kompetenzbegriff<sup>20</sup> zu: Die Diskussion darüber erfahre eine Neuauflage, und die Frage, welches verbindliche Mindestwissen Schüler und Schülerinnen einer bestimmten Jahrgangsstufe haben sollten, werde zentral. In diesem Zusammenhang seien „diejenigen Bildungsziele zu bestimmen, die den Jugendlichen eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit ihrer schulischen, beruflichen und privaten Umwelt ermöglichen und sie zu Koproduzenten ihrer Persönlichkeits-

---

<sup>19</sup> Im eingeschobenen Zitat nimmt Butz Bezug auf Wensierski 2005, 65.

<sup>20</sup> Kompetenz als personengebundene Fähigkeiten, die durch Eigeninitiative der Subjekte und aus praktischen Erfahrungen gewonnen werden (Famulla 2004, 3).

entwicklung befähigen“ (Prandini 2002, zit. nach Famulla 2004, 4). Damit verbunden sei die Förderung, sich im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Bildungsstandards neben der Sachkompetenz „wieder stärker oder zumindest gleichwertig auf die Förderung der anderen zur Persönlichkeitsentwicklung gehörenden Kompetenzen – Selbst- und Sozialkompetenz – zu konzentrieren“ (ebenda).

Vorarbeit für einen Bildungsstandard in dieser Richtung wäre schon geleistet, nämlich eine weitgehende Zustimmung zu dem für Bildungsstandards favorisierten Kompetenzmodell von Weinert mit fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen, das auch soziale, motivationale und moralische Kompetenzen enthält. Darin sind Kompetenzen in Abgrenzung zum Qualifikationsbegriff „eher personengebundene Fähigkeiten, die heute mit einem zunehmenden Maß an Eigeninitiative der Subjekte und vermehrt aus praktischen Erfahrungen gewonnen werden“ (ebenda). Solche Kompetenzen werden heute an den unterschiedlichsten Lernorten, in informellen wie in formellen Lernprozessen erworben – daher muss eine Berufsorientierung Erfahrungen von Jugendlichen aus verschiedenen (formellen und informellen) Lernorten einbeziehen und miteinander verknüpfen.

Ergänzend wird in den Standards des Netzwerks Berufswahl-SIEGEL festgehalten, dass die Bildung als aktiv gestalteter individueller Entwicklungsprozess auch die Fähigkeit und die Bereitschaft fördern muss, „sich selbst aktiv in die Gestaltung der Arbeitswelt einzubringen und Ansprüche aus Arbeits- und Privatleben zu vereinbaren“ (Brauer-Schröder u. a.).<sup>21</sup> Darüber hinaus muss sie die Fähigkeit zur Kompromissbildung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung des Übergangs fördern.

Im Rahmen der Sachkompetenz wird in den Standards des Netzwerks Berufswahl-SIEGEL die Bildung eines Orientierungswissens gefordert, das die „Kenntnis des relevanten Wirtschaftsraumes, der beruflichen Möglichkeiten, die Kenntnis des Arbeits- und Wirtschaftssystems und ihrer relevanten Institutionen und Multiplikatoren und die sichere Navigation im Dschungel der berufsorientierenden Angebote“ vorsieht (ebenda).

Noch konkreter werden dort die Aufgaben der Berufsorientierung formuliert (Berlepsch/Lexis/Wieland):

- die Bereitschaft fördern, sich auf Berufswahlfragen einzulassen,
- berufswahlbedeutsame persönliche Eigenschaften und Selbstwahrnehmung stärken,
- Entscheidungsverhalten und Handlungskompetenz stärken,
- Kenntnisse über die Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftswelt vermitteln,
- Techniken der Informationsverarbeitung (sammeln, selektieren, aufbereiten) vermitteln,
- Wahrnehmung und Bewertung von Alternativen schärfen.

Auf den Internetseiten des Netzwerks werden die übergeordneten Zielsetzungen von Berufswahlkompetenz, Berufswahlfähigkeit und Berufswahlreife weiter spezifiziert. Schüler und Schülerinnen sollen demzufolge einen Überblick über die Ausbildungsmöglichkeiten erhalten und auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereitet werden, sich „äußere“ Einflüsse auf ihre Entscheidung bewusst machen, jedoch Entscheidungen auf der Grundlage eigener Potenziale und Fähigkeiten selbstständig treffen.

---

<sup>21</sup> <http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de/standards.0.html> .

Neben anderen Aspekten wurde auch im SWA-Programm für die Entwicklung eines neuen Verständnisses von Berufsorientierung vor allem gefordert, Schüler und Schülerinnen als handelnde Subjekte einzubeziehen und seitens der Lehrkräfte eine Rolle als Moderator bzw. Moderatorin einzunehmen. Die Stärkung von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Jugendlichen nimmt in den neueren Konzepten und Expertisen einen wichtigen Platz im Prozess der Berufsorientierung ein, weil sie eine wichtige (wenn nicht gar die wichtigste) Kompetenz im Arbeitsleben darstellt.

Eine Qualitätsentwicklung in Bezug auf die Berufsorientierung an Schulen muss in Abstimmung mit außerschulischen Partnern (wie Eltern, Betriebe, Berufsberatung, Sozialpartner und Hochschulen) geschehen. Die Entwicklung von Schulprogrammen in den Bundesländern, wie beispielsweise im Schulgesetz des Bundeslandes Berlin, welches Berufsorientierung als pädagogisches Konzept verankert, ist neben einer Qualitätsentwicklung z. B. im Rahmen des Berufswahl-SIEGELS ein wichtiger Schritt.

Eine professionelle, effektive Berufsorientierung aber setzt vor allem kompetente Vermittler voraus und fordert von den beteiligten Lehrkräften, dass sie auf dem neuesten Stand der Möglichkeiten in Berufsvorbereitung, Ausbildung und Studium sind, dass sie über künftige Entwicklungen der Arbeitswelt und neue Berufsbilder ebenso informiert sind wie über die Auflösung von Berufsgruppen durch den Wegfall bestimmter, vielfach industrieller Tätigkeiten oder die Flexibilisierung von Arbeit; und vor allem, dass sie Ansprechpartner für bestimmte Themen finden und Informationsquellen kennen.

### **4.3 Struktur und Entwicklung des Ausbildungsmarkts**

Die Berufsorientierung hilft laut Richtlinien des BOP den Jugendlichen, „realistische Vorstellungen über die Berufswelt ... zu entwickeln, und erleichtert es den Betrieben, qualifizierten Fachkräftenachwuchs zu gewinnen“ (BMBF 2008). Diese Beschreibung trägt dem Umstand Rechnung, dass eine Berufsausbildung nicht nur jungen Männern und Frauen einen qualifizierten Einstieg in die Arbeitswelt und berufliche Zukunftsperspektiven bietet, sondern eigene Ausbildungsleistungen zudem für die Betriebe ein sehr guter Weg zur Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfs sind. Zwar ist eine Ausbildung für den Betrieb mit Kosten verbunden, sie sichert jedoch auch die praxisnahe Vermittlung von Arbeitsinhalten und erspart betriebliche Aufwendungen bei der Suche, Auswahl, Einstellung und bedarfsgerechten Qualifizierung von Arbeitskräften. Zudem erwirtschaften Auszubildende auch betriebliche Erträge.

Drei Hauptgründe und -motive werden für das Anbieten von Ausbildungsplätzen unterschieden: die Bedeutung von Auszubildenden für den gegenwärtigen Produktionsprozess, die Ausbildung als Mittel zur Deckung zukünftigen betrieblichen Fachkräftebedarfs sowie das Ausbildungsangebot aus Reputationsgründen (Niederalt 2005). Für alle drei Gründe gilt, dass die Neigung der Betriebe, Ausbildungsplätze anzubieten, umso höher ist, je reibungsloser und passgenauer der Übergang von der Schule in den Betrieb gelingt und je leichter die Jugendlichen sich in den Arbeits- und Produktionsprozess eingliedern lassen.

Die Kenntnis des Ausbildungsmarktes, seiner Struktur und seiner zukünftigen Entwicklung ist daher notwendige Voraussetzung, um eine adäquate und bedarfsgerechte Berufsorientierung für die Zielgruppe des BOP zu leisten. Im Folgenden werden daher die für den derzeitigen Stand und die erwartete Entwicklung des Ausbildungsmarkts wesentlichen Punkte referiert und vor dem Hintergrund der Berufsorientierung bewertet.

Als Referenzjahr für die folgenden Betrachtungen wird, soweit nicht anders benannt, jeweils das Jahr 2008 herangezogen, da für dieses Jahr die relevanten Daten nahezu lückenlos vorliegen.

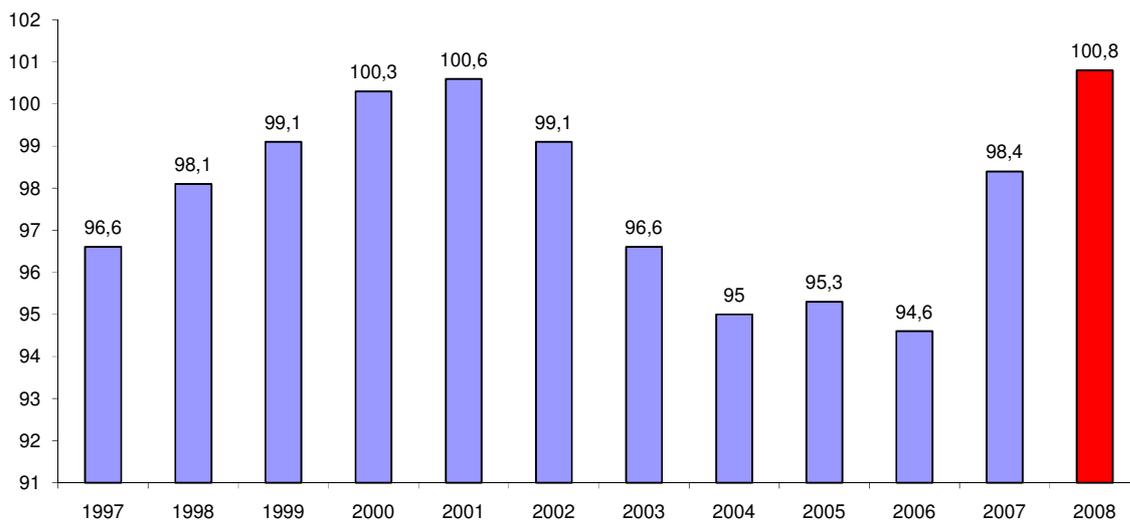
### 4.3.1 Der Ausbildungsmarkt in Deutschland

In Deutschland konnten vom 01.10.2007 bis zum 30.09.2008 insgesamt rund 616.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Das waren etwa 9.600 Verträge und damit 1,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor (BIBB 2009a, 13).

Dennoch setzte sich die Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt seit 2006 fort, da die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um fast 39.000 gesunken war.

Durch diese Entwicklung verbesserte sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage weiter, die Angebot-Nachfrage-Relation lag 2008 erstmals seit sieben Jahren wieder über 100 (mehr Stellen als Bewerber).

**Abbildung 1: Angebot-Nachfrage-Relation in Deutschland 1997 bis 2008**



Quelle: BIBB 2009a

Anzumerken ist hierbei, dass die Angebot-Nachfrage-Relation eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung der Situation liefert und regionale oder qualifikatorische Mismatches nur unzureichend abbilden kann.

Im Jahr 2008 blieben rund 14.500 jugendliche Schulabgänger und -abgängerinnen ohne Ausbildungsplatz und sonstigen beruflichen Anschluss. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber den vergangenen Jahren. Weitere knapp 82.000 junge Menschen konnten zwar nicht in eine Ausbildung vermittelt werden, wurden aber durch ein Praktikum, erneuten Schulbesuch, eine Einstiegsqualifizierung oder andere Maßnahmen versorgt. Fast 100.000 Jugendlichen wurde ihr Wunsch nach einem Ausbildungsplatz nicht erfüllt. Hinzu kamen all jene Jugendlichen und jungen Erwachsenen, deren Schulabschluss länger zurück lag (sog. „Altbewerber“). Deren Zahl lag 2008 bei rund 320.000 (BIBB 2009a, 36).

Zudem wurden 2006 insgesamt knapp 120.000 bereits begonnene Ausbildungen vorzeitig beendet. Dies entsprach einer Auflösungsquote von 19,8 Prozent. Dieser Wert war besonders hoch in den Bereichen Handwerk und Hauswirtschaft (jeweils über 23 Prozent), besonders niedrig in den Ausbildungsgängen des Öffentlichen Dienstes (6,4 Prozent) (BIBB 2009a, 150ff).<sup>22</sup>

Im Jahr 2008 verließen 32.300 Jugendliche weniger die allgemeinbildenden Schulen als im Jahr zuvor. Die rechnerische Einmündungsquote (Zahl der Neuverträge je 100 Schulabgänger bzw. -abgängerinnen) steigerte sich gegenüber dem Vorjahr nochmals auf 67,7 Prozent (BMBF 2009, 8).

Dieser Trend setzt sich aufgrund der demografischen Entwicklung mittel- und langfristig fort: Die Zahl der Schulabgänger und -abgängerinnen wird im Jahr 2015 bei etwa 837.000 und damit um rund 100.000 oder 12 Prozent niedriger liegen als 2005. Somit verringert sich auch die Zahl der potenziellen Auszubildenden, zumal bereits in der Vergangenheit ein wachsender Anteil der Schulabsolventen bzw. -absolventinnen direkt in ein Studium ging.

Dieser kurze Überblick über Struktur und Entwicklung des Ausbildungsmarkts berücksichtigt nicht die regionalen, berufstypischen und qualifikatorischen Spezifika. Diese sind jedoch von großer Relevanz für das Verhältnis von Berufsorientierung und Ausbildung. Über die skizzierten allgemeinen Tendenzen hinaus gilt unser Interesse daher folgenden Bereichen:

- den regionale Disparitäten des Ausbildungsmarkts,
- der Entwicklung der Qualifikationserfordernisse in Ausbildung und Beruf,
- der Diversität der Ausbildungslandschaft,
- der Attraktivität einzelner Berufe.

Im Folgenden stellen wir kurz die zentralen Aspekte dieser Bereiche dar; anschließend wird versucht, hieraus mögliche Folgerungen für die Berufsorientierung abzuleiten.

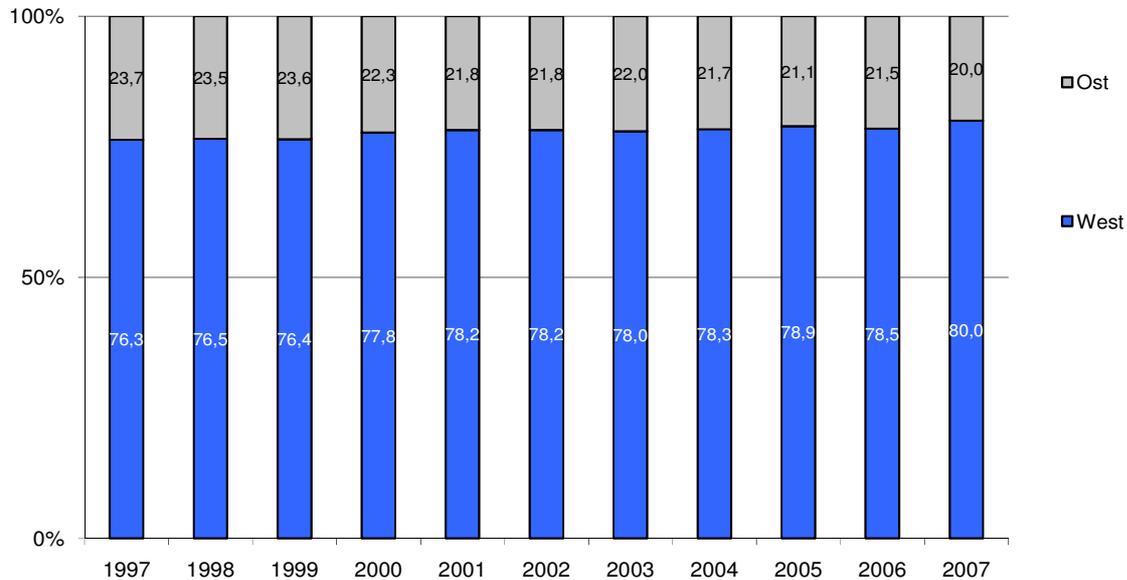
#### **4.3.2 Regionale Besonderheiten und Differenzen**

Die Entwicklung des Ausbildungsmarkts ist in Ost- und Westdeutschland recht unterschiedlich. Im Westen stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um etwa 1.650 auf 502.440 an. Hingegen ist die Entwicklung in den östlichen Bundesländern negativ. Die Zahl der dort neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank um 9 Prozent (11.280) auf 113.818.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass diese Differenz keine Momentaufnahme ist: Während im Jahr 1997 noch knapp ein Viertel aller Ausbildungsverträge in Ostdeutschland abgeschlossen wurde, war es 2007 nur noch ein Fünftel. Dies liegt – neben dem geringeren Angebot an Ausbildungsstellen – auch an der demografischen Entwicklung Ostdeutschlands, das einen deutlichen Rückgang an ausbildungsuchenden Jugendlichen zu verzeichnen hat.

---

<sup>22</sup> Vgl. auch Kapitel 4.2.2. Diese Zahlen bedeuten nicht automatisch einen endgültigen Abbruch der Ausbildung. Die Gründe für eine Lösung des Ausbildungsvertrags können seitens der Auszubildenden ebenso in einem Wechsel des Ausbildungsgangs oder einem Schul- bzw. Hochschulbesuch liegen.

**Abbildung 2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Region, Anteile in Prozent**

Quelle: BIBB 2009a, eigene Berechnung

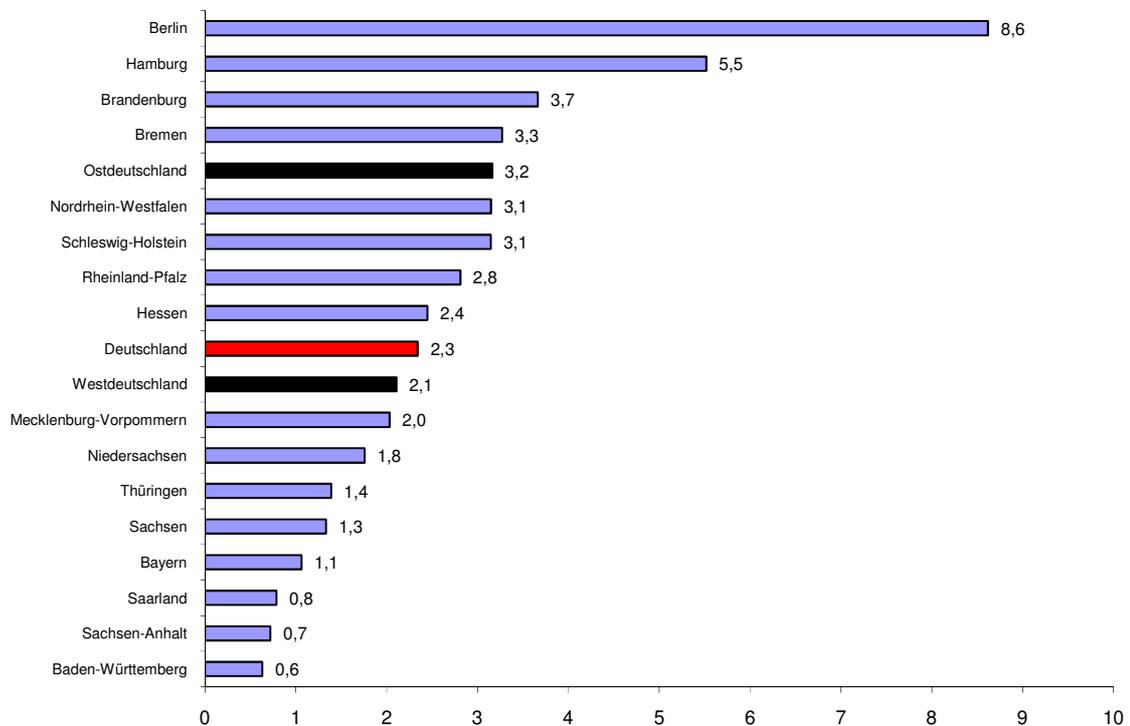
Neben dieser Ost-West-Differenz existieren zwei weitere regionsspezifische Unterschiede: ein Nord-Süd-Gefälle sowie der unterschiedliche Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Ballungsräumen und ländlichen Gebieten (Bade/Schönert 1997).

Das Nord-Süd-Gefälle wird besonders deutlich, wenn man die Anteile der Jugendlichen betrachtet, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben (s. Abbildung 3): Dieser Anteil ist überdurchschnittlich hoch in Berlin, Hamburg, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In Bayern, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg fanden dagegen 99 Prozent aller Bewerber und Bewerberinnen einen Ausbildungsplatz.

Auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken bestehen noch größere regionale Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage. So lag die Angebot-Nachfrage-Relation in einigen Regionen von Nordrhein-Westfalen (Bergisch-Gladbach, Bielefeld) und Thüringen (Altenburg, Jena) bei unter 97, in Brandenburg (Eberswalde) gar unter 94. Diese Werte fielen 2008 auch deswegen nicht noch negativer aus, weil in einigen Regionen insbesondere Ostdeutschlands die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen deutlich zurückging. In einigen Arbeitsagenturbezirken beispielsweise in Sachsen ging die Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle suchten, gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Viertel zurück.

Auf der anderen Seite ist es in den Agenturbezirken Süddeutschlands keine Seltenheit, dass deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden, als es Bewerber gibt. In Baden-Württemberg und Bayern liegt die Angebot-Nachfrage-Relation fast durchgängig über 100, in einigen Regionen Südbayerns noch weit darüber. So meldete der Agenturbezirk München für 2008 eine Angebot-Nachfrage-Relation von 113,6, was bedeutet, dass allein dort über 2.000 Ausbildungsstellen nicht besetzt werden konnten.

**Abbildung 3: Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Ländern, Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen in Prozent**



Quelle: BIBB 2009a

Die Differenzen bei der Angebot-Nachfrage-Relation sagen noch nichts darüber aus, ob das Angebot an Bewerbern und Bewerberinnen und die angebotenen Stellen auch hinsichtlich schulischer Vorbildung, sektoraler Anforderungen und individueller Neigungen zusammenpassen. Trotzdem liefern die Zahlen deutliche Hinweise darauf, dass die Versorgung mit Ausbildungsplätzen regional unterschiedlich schwierig ist.

Die Differenz zwischen Stadt und Land ist dagegen anderer Natur. In den Ballungsräumen ist der Anteil der qualifizierten Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung deutlich höher, umgekehrt liegt der Anteil der Geringqualifizierten in ländlichen Regionen deutlich höher als in den Verdichtungsräumen. Diese Differenzen bestehen sektorunabhängig, d. h., auch bei gleicher Wirtschaftsstruktur ist der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in den Ballungsräumen höher als in ländlichen Gebieten.

### 4.3.3 Die Entwicklung der Anforderungen an Auszubildende

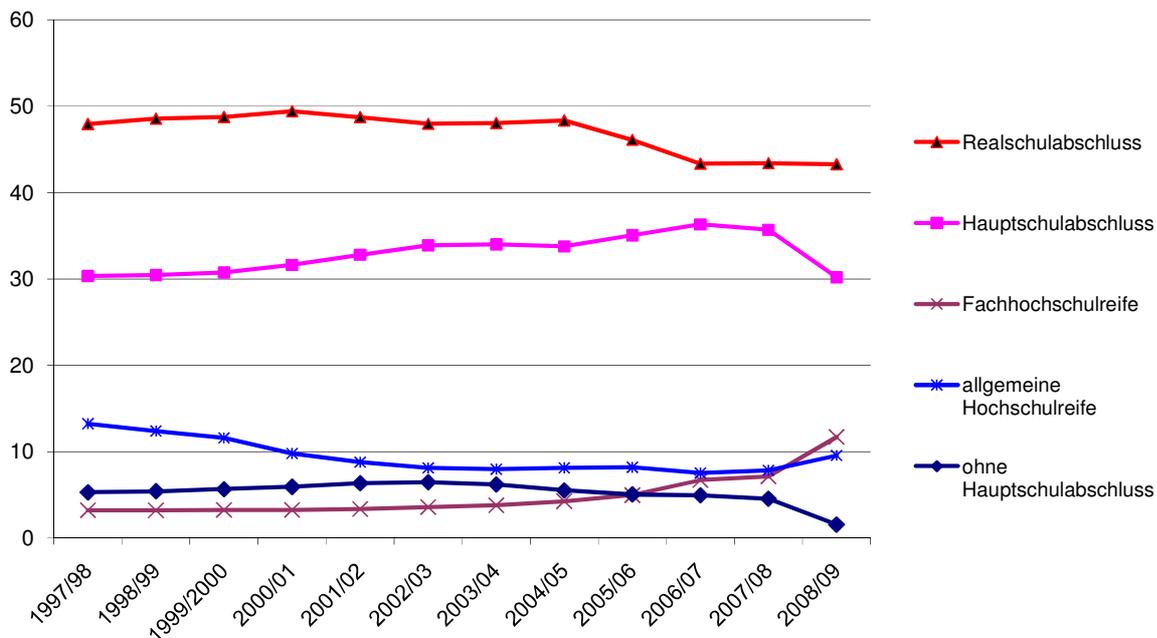
In der Ausbildungs- und Arbeitswelt ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Tendenz zu höheren Anforderungen an die Beschäftigten zu beobachten. Wo früher noch das Erlernen der elementaren Techniken eines Berufs und deren Anwendung als hinreichend erachtet wurden, sind heute auch in vielen Handwerksberufen zusätzlich technische, mathematische oder kommunikative Fähigkeiten gefragt.

Zudem sind durch den technologischen Wandel und die kürzeren Innovationszyklen die Halbwertszeiten des in Ausbildung und Beruf erlangten Wissens niedriger. Von den werdenden und

fertig ausgebildeten Fachkräften wird daher erwartet, permanent auf dem aktuellen Stand der Entwicklung zu sein.

Nicht alle Jugendlichen können aus eigener Kraft diesen gestiegenen Anforderungen gerecht werden. Die vorab definierte Zielgruppe der Berufsorientierung, nämlich Absolventen und Absolventinnen vor allem der Haupt- und Förderschulen, findet sich in eine Nischenrolle gedrängt – selbst gute Hauptschüler und -schülerinnen können aus Sicht der Betriebe häufig nicht die seitens der Wirtschaft formulierten Anforderungen erfüllen. Zudem müssen sie auf dem Ausbildungsmarkt deutlich häufiger als in der Vergangenheit mit Bewerbern und Bewerberinnen konkurrieren, die über eine höhere schulische Vorbildung verfügen und dadurch leichter Zugang zu Ausbildungsstellen haben. Insbesondere der Anteil der Jugendlichen, die eine Fachhochschulreife mitbringen, ist in den vergangenen Jahren signifikant angestiegen.

**Abbildung 4: Schulische Vorbildung der Bewerbern und Bewerberinnen, Anteile in Prozent**



Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der BA, eigene Berechnungen

Seitens der Berufsbildungsinstitutionen wurde auf diese Problematik reagiert, indem neben neuen, anspruchsvollen Ausbildungsgängen auch einfachere, zumeist zweijährige Ausbildungsberufe angeboten werden, die den Übergang an der ersten Schwelle erleichtern und einen späteren Anschluss an eine qualifiziertere Ausbildung ermöglichen sollen. Im Jahr 2008 konnten bereits über 50.000 Ausbildungsverträge in diesen Berufen neu abgeschlossen werden, womit der Anteil an allen Neuverträgen bei rund acht Prozent lag. Der Anteil der Hauptschulabsolventen an diesen Neuverträgen lag bei über 80 Prozent, womit die Relevanz für die Zielgruppe deutlich wird (BIBB 2009a, 24f).

#### 4.3.4 Die Diversifizierung der Ausbildungslandschaft

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe hat sich in den vergangenen knapp dreißig Jahren von 606 im Jahr 1971 auf derzeit 349 Berufe verringert (BIBB 2009a, 100).<sup>23</sup> Aber durch die kontinuierliche Modernisierung und Neuordnung ist die Ausbildungslandschaft keineswegs transparenter geworden, im Gegenteil: Die Zahl der neu angebotenen oder neu geordneten Berufe ist im Zuge der technologischen Entwicklung kontinuierlich hoch und war in den letzten Jahren stets zweistellig:

**Tabelle 3: Anzahl der neuen/neu geordneten Berufe**

2004	2005	2006	2007	2008	2009
30	23	21	15	10	13

Quelle: BIBB 2009a

Hinzu kommen weitere 12 Berufe, deren Neuordnung in den Jahren 2011 bzw. 2012 in Kraft treten wird. Mit anderen Worten: Weit über 100 Berufe wurden in den letzten Jahren neu eingeführt oder grundlegend verändert.

Dieser stetige Wandel betrifft auch etablierte Ausbildungsberufe, speziell im Handwerk, deren Name häufig gleich bleibt, deren Ausbildungsinhalte jedoch mit jenen von vor dreißig Jahren nicht mehr zu vergleichen sind.

Trotz dieser Ausdifferenzierung konzentrieren sich sowohl Frauen als auch Männer noch immer auf wenige Ausbildungsberufe, wobei die Konzentration bei den weiblichen Auszubildenden höher ist: 76 Prozent der weiblichen Auszubildenden in der dualen Ausbildung verteilen sich auf 25 Berufe, wovon nur 2 Fertigungsberufe sind. Bei den jungen Männern liegt dieser Wert bei 60 Prozent, wobei 16 der 25 häufigsten Berufe Fertigungsberufe sind. Bei den am häufigsten von Frauen bzw. Männern besetzten Berufen im Jahr 2008 waren die „Top 5“ der Frauenberufe (auf die allein rund 40 Prozent aller weiblichen Auszubildenden entfallen) (BMBF 2009, 13):

- Kauffrau im Einzelhandel,
- Bürokauffrau,
- Verkäuferin,
- Friseurin,
- medizinische Fachangestellte.

Bei den Männern waren die „Top 5“:

- Kraftfahrzeugmechaniker,
- Industriemechaniker,
- Kaufmann im Einzelhandel,
- Koch,
- Elektroniker.

<sup>23</sup> Zugleich nahmen Anzahl und Vielfalt schulischer Ausbildungsgänge deutlich zu. Da der Fokus des BOP primär auf der dualen Berufsausbildung liegt, werden die schulischen Ausbildungen keiner eingehenden Betrachtung unterzogen.

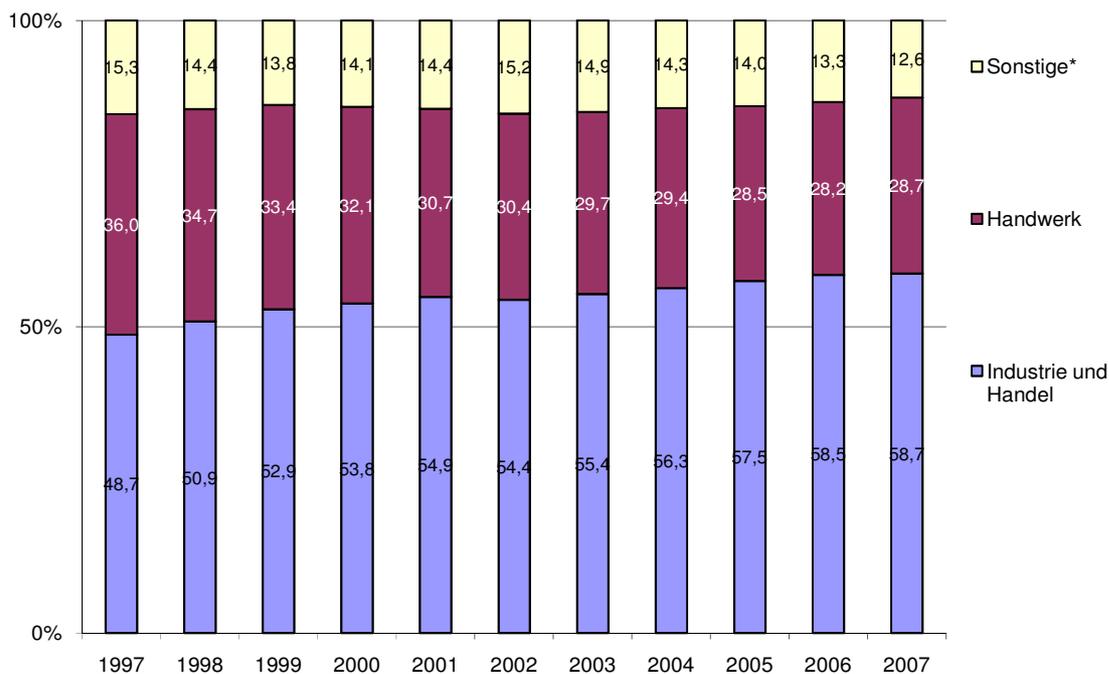
Nur die Einzelhandelskaufleute tauchen in beiden Listen auf.

### 4.3.5 Die Attraktivität der Ausbildungsberufe

Auf dem Ausbildungsmarkt ist seit Jahren ein Strukturwandel zu beobachten. Das Verhältnis des Angebots von Ausbildungsplätzen im Dienstleistungssektor und bei den Fertigungsberufen hat sich in den letzten Jahren verändert. Waren die Anteile der Ausbildungsplatzangebote zwischen Dienstleistungs- und Fertigungsberufen im Jahr 1994 noch ausgeglichen, wurden 2008 im tertiären Sektor 55 Prozent aller Ausbildungsplätze und bei den Fertigungsberufen nur 39 Prozent angeboten (BIBB 2009a, 31). Insbesondere im Baugewerbe ging das Angebot zurück.

Wenn man einen Blick auf die institutionelle Zuordnung, also die tatsächlich in den jeweiligen Kammern abgeschlossenen Ausbildungsverträge wirft, wird nochmals deutlich, dass der Anteil der Handwerksberufe an allen Ausbildungsstellen in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken ist.

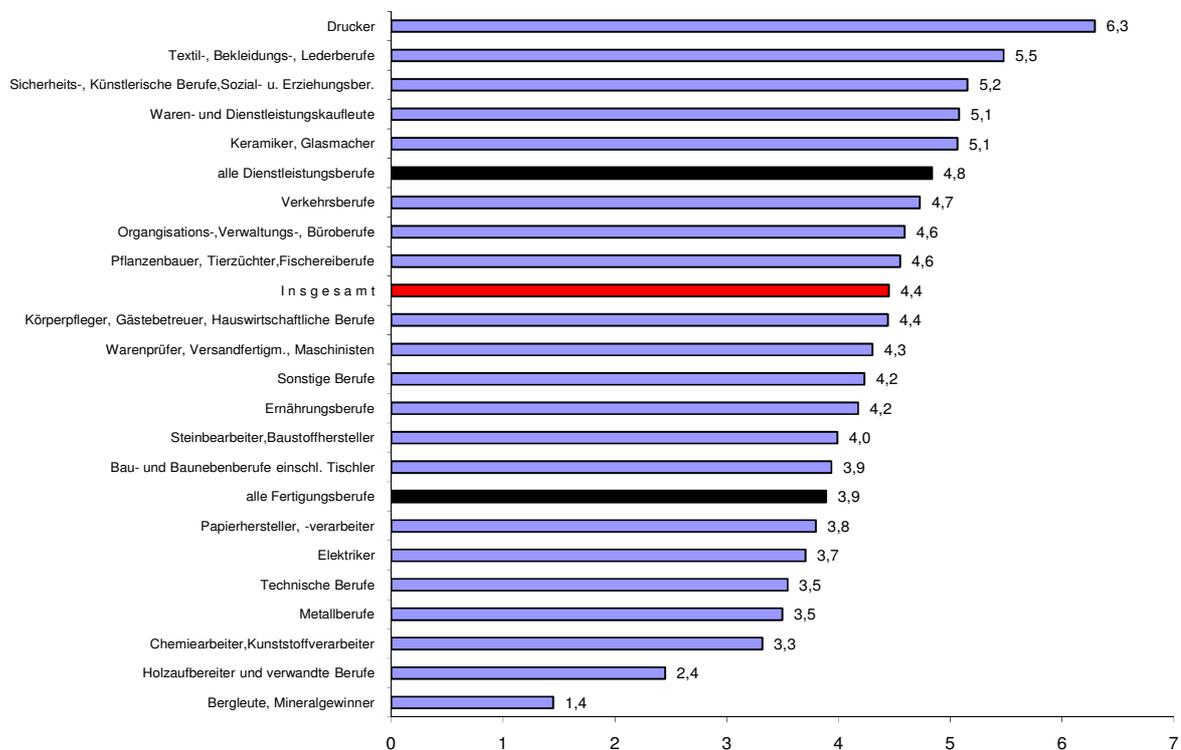
**Abbildung 5: Abgeschlossene Ausbildungsplätze nach Kammern, Anteile in Prozent**



\*Öffentlicher Dienst, Landwirtschaft, Freie Berufe, Hauswirtschaft, Seefahrt

Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der BA, eigene Berechnungen

Dies hat – neben dem Strukturwandel und der sinkenden Nachfrage nach Auszubildenden – unter anderem mit der geringeren Attraktivität einzelner Berufe für die Jugendlichen zu tun. Während in einigen Berufen viele Lehrstellen nicht besetzt werden können, existiert in anderen Berufen ein recht hoher Anteil unversorgter Bewerber und Bewerberinnen.

**Abbildung 6: Anteil unversorgter Ausbildungsplatzsuchender nach Berufen, Anteile in Prozent**

Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der BA

Erklärt wird die geringe Attraktivität unter anderem durch die mangelnde Bekanntheit vieler Ausbildungsberufe und die angenommenen Tätigkeitsprofile (s. Kapitel 4.1.4). Bei mangelnder Markttransparenz bestehen größere Mismatches zwischen Angebot und Nachfrage bei diesen Ausbildungsberufen, was häufiger zur Nichtbesetzung angebotener Lehrstellen führt (Althoff 2001, 22). Hinzu kommt die oben ausgeführte nach wie vor bestehende Fokussierung der Jugendlichen auf ihnen bekannte geschlechtsspezifische Berufe.

#### 4.3.6 Schlussfolgerungen aus Sicht der Berufsorientierung

Die aktuelle Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt ist etwas positiver als in den vergangenen Jahren. Allerdings können noch immer sehr viele Jugendliche nicht in eine Ausbildung vermittelt werden und landen in anderen Maßnahmen.

In Zukunft wird seitens der Betriebe eher mit einem stärkeren Konkurrenzkampf um gute Auszubildende zu rechnen sein, und viele Betriebe werden ihren Ausbildungs- und Fachkräftebedarf nicht decken können. Umgekehrt erhöhen sich für die Jugendlichen die Wahlmöglichkeiten, und Jugendliche, welche die Ausbildungsreife mitbringen, werden weniger Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche haben. Diese Perspektive ist jedoch erst mittelfristig von Belang; aktuell spielt der demografische Faktor nur in Ostdeutschland eine Rolle. Die Entwicklung der nächsten Jahre ist hierbei schwer einzuschätzen, zumal mit einem konjunkturbedingten Rückgang des Angebots an Ausbildungsstellen gerechnet werden muss.

Die Jugendlichen, die die primäre Zielgruppe des BOP bilden, sehen sich bei der Suche nach Ausbildungsstellen weiterhin der Konkurrenz von Schulabgängern und -abgängerinnen ausgesetzt, die eine höhere schulische Vorbildung mitbringen. Zudem sind die Anforderungen in der Ausbildung selbst häufig höher als in der Vergangenheit. Größere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen, bestehen für die Zielgruppe in Ausbildungsgängen, die als weniger attraktiv gelten bzw. aufgrund ihrer Inhalte und ihrer zeitlichen Gestaltung geringere Anforderungen an die Auszubildenden stellen.<sup>24</sup>

Andererseits ist die Ausbildungslandschaft enorm vielfältig und befindet sich zudem in beständigem Wandel. Die Berufsorientierung soll diese thematische Vielfalt der betrieblichen Ausbildung zeigen und die Jugendlichen idealerweise auch mit neuen Berufen vertraut machen. Durch die Anbindung der Berufsorientierung an überbetriebliche Berufsbildungsstätten insbesondere im Handwerk wird jedoch nur ein begrenztes Spektrum, in einzelnen Bildungsstätten oft nur ein Schwerpunkt abgedeckt (Holz, Elektro etc.), so dass der Wahlhorizont der Jugendlichen nicht erweitert, sondern unter Umständen sogar eingeengt wird.

Besonders problematisch ist dies für weibliche Ausbildungsbewerber, die in den handwerklichen Berufen ohnehin unterrepräsentiert sind und in ihrer Berufswahl eingeschränkter agieren als ihre männlichen Mitschüler.

---

<sup>24</sup> Eine Übersicht über zwei- und dreijährige Berufe, in denen Jugendliche mit Hauptschulabschluss größere Ausbildungschancen haben, geben Notz/Nüchter 2006.

## 5 Die Berufsorientierung aus Sicht der Betroffenen und der Beteiligten

### 5.1 Teilnehmende Schüler und Schülerinnen

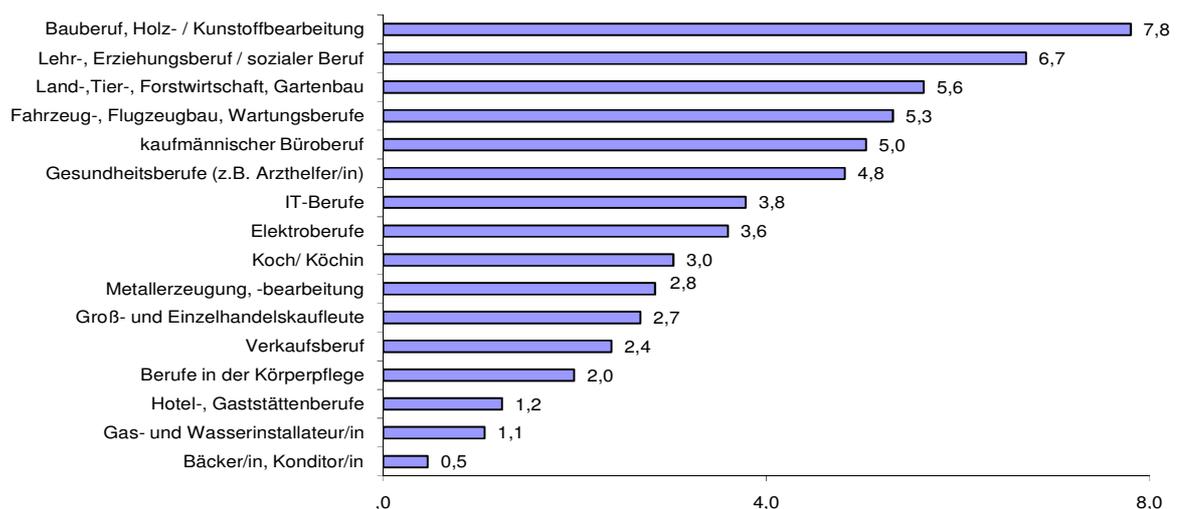
Hauptbestandteil des Evaluationskonzepts war neben der Befragung der Lehrkräfte und der Berufsbildungsstätten die Einschätzung des BOP durch die Zielgruppe selbst, die teilnehmenden Schüler und Schülerinnen. Diese wurden zu ihren Erfahrungen vor, während und nach der Berufsorientierung, aber auch zu ihren Berufswünschen befragt. Zudem wurde erhoben, in welchen Punkten die Betroffenen Verbesserungsmöglichkeiten sehen. Die Befragung fand statt in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt (s. auch Kapitel 3.2). Knapp 32 Prozent der Befragten besuchten eine Hauptschule, 38 Prozent eine Realschule, und etwa 30 Prozent besuchten eine andere Schule (Gymnasium, integrierte Gesamtschule, Förderschule oder andere) bzw. machten hierzu keine näheren Angaben.<sup>25</sup>

Die zentralen Ergebnisse dieser Befragung von insgesamt 988 Jugendlichen werden im Folgenden vorgestellt.

#### 5.1.1 Berufswahl allgemein

Zum Einstieg wurden die Jugendlichen gefragt, welchen Traumberuf sie haben. Hierzu wurde eine Liste von 15 Berufsfeldern vorgegeben, die aus der internen Evaluation des BIBB abgeleitet waren und in klassischer Weise die zukünftige Ausbildungs- und Arbeitswelt der Zielgruppe abbilden.

**Abbildung 7: Traumberufe der Jugendlichen, Anteil in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

<sup>25</sup> Alle Werte ungewichtet; gewichtete Verteilung: Hauptschulen 24,7 %, Realschulen 42,6 %, andere Schultypen 32,7 %. Gegenüber der internen Evaluation des BIBB ergab sich eine etwas andere Verteilung der Schulararten. Dort wurde der größte Anteil von Hauptschülern und -schülerinnen gebildet (42 Prozent), nur 30 Prozent besuchten Realschulen.

Zusätzlich konnten diejenigen, die ihren Wunsch in der Liste nicht fanden, einen anderen Beruf nennen. Hiervon machten etwa 20 Prozent der Befragten Gebrauch. Weitere 20 Prozent konnten gar keinen Beruf nennen. Somit fanden sechs von zehn Schülern und Schülerinnen ihren Traumberuf in der Vorauswahl wieder. Die Verteilung auf die einzelnen Kategorien zeigt Abbildung 7.

Ein Auszug aus der Liste der von den Schülern und Schülerinnen außerdem genannten Berufe zeigt, dass häufig Berufe und Arbeitsfelder genannt wurden, die eher dem Typus des „Traum“-Berufs der Schüler und Schülerinnen entsprachen:

**Tabelle 4: Sonstige Traumberufe der Jugendlichen**

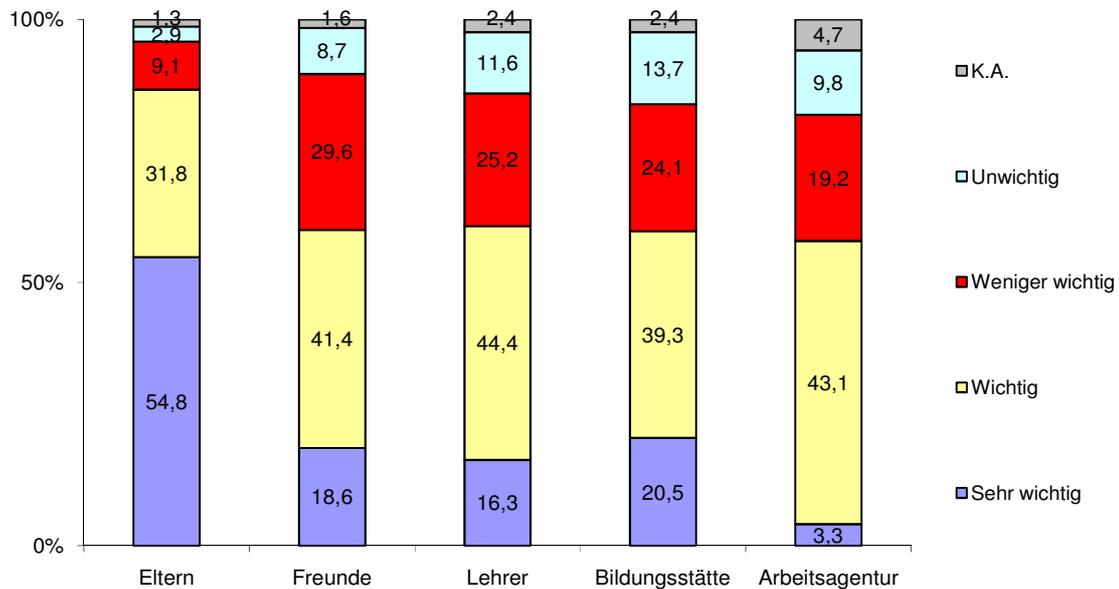
Kinderärztin	Visagistin	Medienmanagerin
Altenpflegerin	Gerichtsmediziner	Bundeswehr (Marine)
Physiotherapeutin	Journalist	Sanitäter
Rettungshubschrauberpilot	Fluglotse oder Architekt	Maschinenbauingenieur
Fußballspieler	Steuerfachangestellte	Arzt (HNO)
Polizeivollzugsbeamter	Schauspielerin	Ärztin
Fitnesscoach	Apothekerin	Architekt
Grafik Designerin	Fotografin	Bestatterin
Sozialpädagogin	Pyrotechniker	Polizei/Spurensucher
Diskotheek eröffnen	Astrophysik	Immobilienmaklerin
Musik, Singen etc.	Musik studieren	Bar-Chef
Veranstaltungstechnik	Rettungssanitäter/-assistent	Hair & Make-up Artist
Pilotin	Hundeführer bei der Polizei	Feuerwehrmann
Musiktherapeutin	Designerin, Innenarchitektin	Tanztrainer
Anwältin	Moderatorin	Tänzerin
Anwalt	technische Zeichnerin	Autorin
Notärztin	Goldschmied	Physik, in der Forschung
Luftverkehrskauffrau	Hebamme	Zahnarzt

*Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung*

Hier fanden sich häufig Berufe, die eine zumeist höhere schulische Bildung oder gar ein Hochschulstudium erfordern und somit oberhalb zumindest der derzeitigen Möglichkeiten der Zielgruppe liegen.

### **Bedeutung anderer Personen bei der Berufswahl**

Gefragt wurde weiterhin, von wem der Berufswahlprozess beeinflusst wurde. Hierzu wurden den Jugendlichen einige Personengruppen mit der Bitte um eine Einschätzung genannt, wie wichtig diese bei der Berufswahl sind (vgl. Materialband, S. 53ff).

**Abbildung 8: Bedeutung für Berufswahl, Anteile in Prozent**

Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Das Ergebnis ist recht eindeutig: Die Eltern sind die wichtigste Instanz beim Berufsfindungsprozess. Über die Hälfte der Befragten hielt diese für sehr wichtig, weitere 30 Prozent für zumindest wichtig. Nur für eine kleine Minderheit waren die eigenen Eltern bei der Berufswahl weniger wichtig oder gar unwichtig.

Die Eltern sind hierbei jedoch nicht alleinige Ansprechpartner. Alle weiteren genannten Gruppen waren ebenfalls von einiger Bedeutung. Sowohl Freunde, Lehrer, Berufsbildungsstätte als auch Arbeitsagentur wurden von deutlichen Mehrheiten der Befragten als mindestens wichtig erachtet, und als unwichtig galten diese nur sehr selten.

Zu erwähnen ist hierbei, dass bei vielen Jugendlichen noch keine konkrete Entscheidung über den weiteren Schul- bzw. Ausbildungsweg gefallen war. Während 40 Prozent eine Ausbildung und 30 Prozent einen weiteren Schulbesuch planten, konnten 3 von 10 Befragten derzeit nicht sagen, was sie nach ihrem Schulabschluss machen wollen (vgl. Materialband, S. 59).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Jugendlichen bei der schwierigen Aufgabe der Unterstützung bei der Berufswahl bei mehreren Personen Rat suchen, wobei die Eltern erster Ansprechpartner sind.

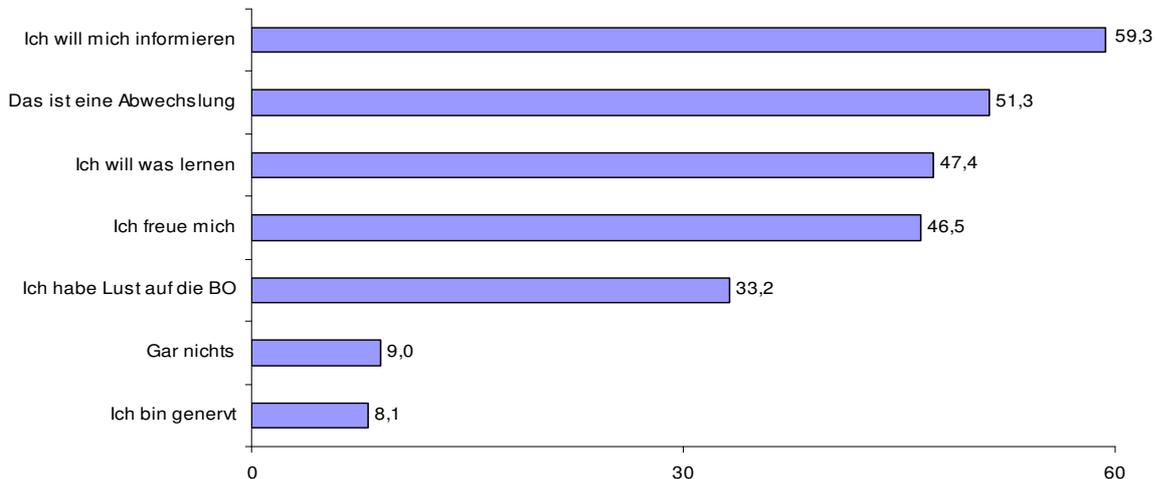
### 5.1.2 Verlauf der Berufsorientierung

Die Einschätzungen der Schüler und Schülerinnen vor und während der Berufsorientierung werden im folgenden Abschnitt wiedergegeben. Sie beziehen sich sowohl auf die formale Organisation als auch die inhaltliche Durchführung der Maßnahme.

Zunächst wurden die Jugendlichen danach befragt, welche Gedanken sie hatten, als sie von ihrer Teilnahme am BOP erfuhren. Die Vorerwartungen der Jugendlichen waren durchweg positiv: Weniger als 10 Prozent gaben an, vom Gedanken an die Berufsorientierung genervt zu sein, während jeweils rund die Hälfte der Jugendlichen sich auf die Berufsorientierung freute, dort et-

was lernen oder sich informieren wollte und die Aussicht auf eine Berufsorientierung als Abwechslung empfand.

**Abbildung 9: Gedanken der Jugendlichen vor der Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Bei den einzelnen Aussagen existierten zum Teil große Differenzen zwischen den einzelnen Teilgruppen der Schüler und Schülerinnen. So waren der Wunsch, etwas lernen zu wollen, und die Lust auf die Berufsorientierung bei den Jugendlichen der Hauptschulen deutlich höher als bei jenen der Realschulen, während Letztere sich häufiger auf eine Abwechslung freuten. Ein ähnliches Muster findet sich bei der Betrachtung der Jahrgangsstufen: Die Hälfte der Schüler und Schülerinnen der 8. Jahrgangsstufe, aber nur ein Viertel aus Jahrgang 9 gab an, Lust auf die Berufsorientierung zu haben.

Auch für die regionale Differenzierung ergibt sich ein recht klares Bild: Jugendliche, die aus eher ländlichen Gebieten bzw. aus Ostdeutschland kamen, empfanden größere Vorfreude als Jugendliche in Ballungsgebieten bzw. in Westdeutschland (vgl. Materialband, S. 30).

## A) FORMALE ORGANISATION

Im Folgenden wird kurz beschrieben, wie sich die formale Organisation aus Sicht der Teilnehmenden darstellte. Hierzu zählen der Zeitpunkt und die zeitliche Gestaltung der Berufsorientierung sowie die Organisation von An- und Abfahrt zur Bildungsstätte (vgl. Materialband, S. 34ff). Alle diese Punkte können aufgrund der heterogenen Trägerlandschaft sehr unterschiedlich ausfallen.<sup>26</sup>

### Zeitpunkt der Maßnahme

Beim gewählten Zeitpunkt der Berufsorientierung ist dies jedoch nicht der Fall: Fast alle Maßnahmen wurden während der Unterrichtszeit durchgeführt. Nur rund zwei Prozent der Jugendli-

<sup>26</sup> Durch die schriftliche Befragung, die zum Teil im Klassenverband durchgeführt wurde, ergeben sich jeweils gleiche Antworten einer Klasse zu einzelnen Fragen. Durch die vorgenommenen Berücksichtigung vieler unterschiedlicher Bildungsstätten und Schulen ist hier aber nicht von relevanten Verzerrungen auszugehen.

chen gaben an, die Berufsbildungsstätte nach dem Unterricht besucht zu haben, und weitere knapp drei Prozent absolvierten ihre Berufsorientierung in den Schulferien.

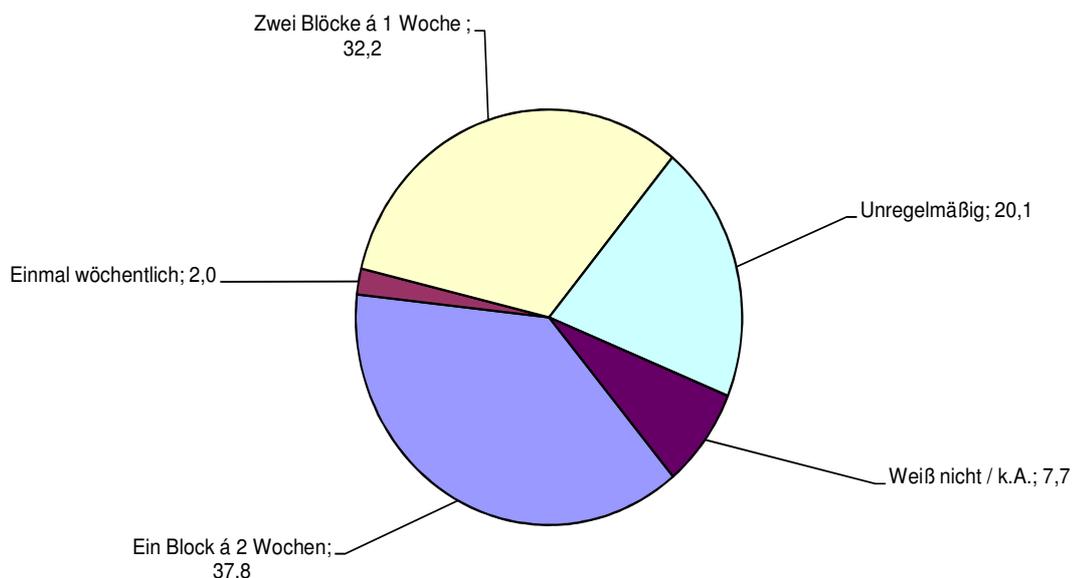
### Verteilung der Stunden

Deutlich differenzierter fiel die zeitliche Organisation des Berufsorientierungsprogramms aus. Die Richtlinien sehen lediglich vor, dass die Berufsorientierung 80 Stunden umfassen soll. Wie diese Stunden verteilt werden, kann jede Berufsbildungsstätte in Kooperation mit den Schulen selbst festlegen.

Von dieser Variationsmöglichkeit wurde auch Gebrauch gemacht (s. Abbildung 10). Die häufigste Organisationsform war der zweiwöchige Block, in dem knapp 38 Prozent der Schüler und Schülerinnen die Berufsorientierung absolvierten. Bei fast ebenso vielen wurden die 80 Stunden auf zwei Blöcke von je einer Woche verteilt, und weitere 20 Prozent besuchten die Bildungsstätte in unregelmäßigen Abständen.

Auch hierbei existierten Unterschiede innerhalb der Gruppe der Befragten. Während in Westdeutschland die Berufsorientierung zumeist als zweiwöchiger Block durchgeführt wurde, verteilten die ostdeutschen Bildungsstätten die Stunden mehrheitlich auf zwei Wochen. Besonders bei Schülern und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 9 fand das BOP dagegen in unregelmäßigen Abständen statt. Zudem ist bei den Jugendlichen, deren Berufsorientierung noch kein halbes Jahr zurücklag, eine größere Differenzierung der zeitlichen Organisation zu finden, während jene, deren Berufsorientierung länger zurücklag, mehrheitlich in einem zweiwöchigen Block unterwiesen wurden.

**Abbildung 10: Zeitliche Organisation der Berufsorientierung, Anteile in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

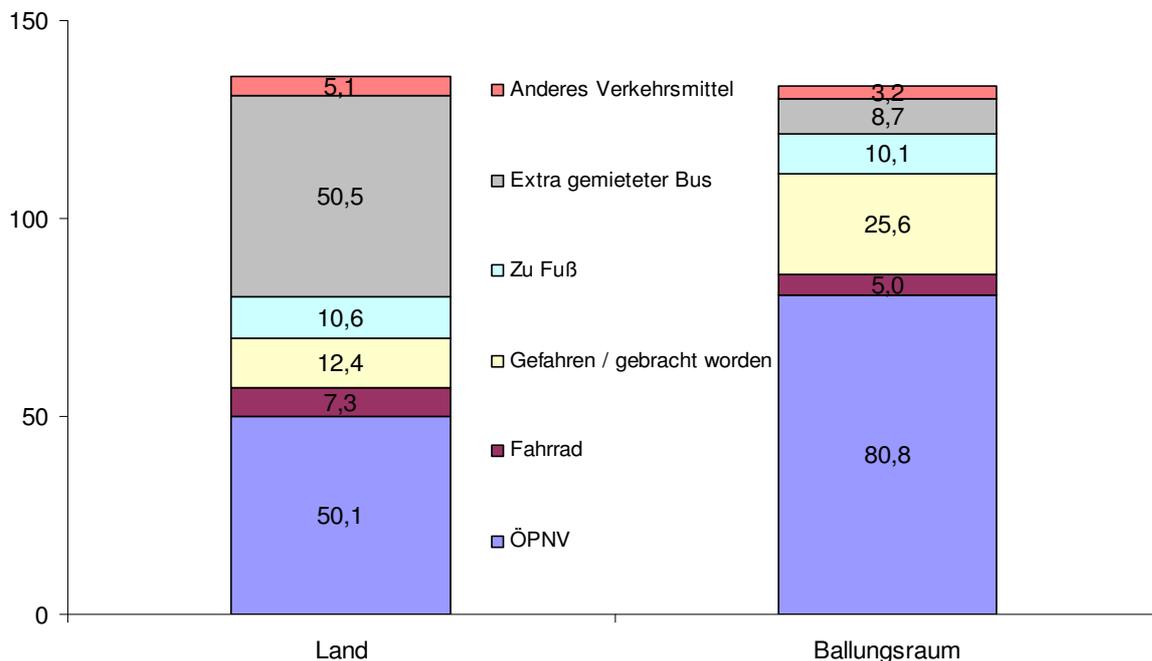
## Anwesenheitsdauer

Da die meisten Schüler und Schülerinnen die 80-stündige Berufsorientierung in insgesamt zwei Wochen absolvierten, mussten sie etwa acht Stunden pro Tag in der Bildungsstätte anwesend sein. Tatsächlich gaben etwa 44 Prozent der Jugendlichen an, acht oder noch mehr Stunden am Tag dort verbracht zu haben. Noch etwas mehr Schüler und Schülerinnen gaben an, dass ihre Anwesenheit beim Berufsorientierungsprogramm täglich sechs oder sieben Stunden betrug. Bei weniger als 10 Prozent der Befragten lag die Stundenzahl bei fünf oder noch darunter.

Zwischen den Schularten und den Jahrgangsstufen bestanden praktisch keine Unterschiede. Auffällig ist hingegen, dass in Ostdeutschland nur selten acht oder mehr Stunden Anwesenheit erwartet wurden, während diese Dauer in Westdeutschland die Regel war. Noch deutlicher ist das Stadt-Land-Gefälle: Über zwei Drittel der Jugendlichen in den Ballungsräumen, aber nur jeder achte Jugendliche in ländlichen Gebieten verbrachte pro Tag acht oder mehr Stunden in der Bildungsstätte. Es ist zu vermuten, dass die geringere Anwesenheitszeit der Teilnehmenden aus dem ländlichen Raum auf die längeren Fahrtzeiten zur Berufsbildungsstätten zurückzuführen ist.

## Genutzte Verkehrsmittel

**Abbildung 11: Verkehrsmittel zur Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Die Differenz zwischen Stadt und Land ist erwartungsgemäß besonders deutlich bei der Wahl des Verkehrsmittels, das die Jugendlichen zur Bildungsstätte brachte. In den weiträumigen ländlichen Gebieten war es neben dem öffentlichen Personennahverkehr vor allem der extra angemietete Bus, der zur Beförderung der Teilnehmenden genutzt wurde.

In den Ballungsräumen war dagegen der ÖPNV mit weitem Abstand das wichtigste Transportmittel, seltener wurden extra Busse gemietet. Deutlich häufiger als in ländlichen Gebieten wurden die Jugendlichen von Eltern oder Freunden zur Berufsorientierung gefahren.

Die Anteile der Jugendlichen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Bildungsstätte gelangten, waren in Stadt und Land etwa gleich hoch. Beide Verkehrsmittel spielten jedoch ebenso wie andere eine untergeordnete Rolle.

## **B) INHALTLICHE DURCHFÜHRUNG**

Die Richtlinie des BOP sieht vor, dass die Jugendlichen sich in der Berufsbildungsstätte aus einem gegebenen Angebot unterschiedliche Berufsfelder bzw. Berufe auswählen können, um so ihren Neigungen und Interessen entsprechende Berufe kennen zu lernen. Im Rahmen der Untersuchung wurde erhoben, ob diese Möglichkeit für die Schüler und Schülerinnen tatsächlich bestand. Bei drei Viertel aller Befragten war dies der Fall, sie konnten verschiedene Berufsfelder bzw. Berufe auswählen. Immerhin ein Viertel der Jugendlichen musste jedoch das vorgegebene Angebot nutzen, ohne Einfluss auf die Auswahl nehmen zu können. Besonders hoch war deren Anteil in der Jahrgangsstufe 8 sowie in der Realschule (je 32 Prozent).

### **Berufe und Berufsfelder**

Ein großer Teil der am BOP beteiligten Träger sind Bildungsstätten der Handwerkskammern. Dieser handwerkliche Schwerpunkt fand sich erwartungsgemäß auch bei der Übersicht der Berufe und Berufsfelder, in denen die Jugendlichen ihre Berufsorientierung absolviert haben (s. Abbildung 12). Zwei Drittel der Schüler und Schülerinnen absolvierten ihre Berufsorientierung in einem Bauberuf, 44 Prozent lernten (mindestens) einen Metallberuf kennen, und noch knapp 30 Prozent wurden mit Elektroberufen vertraut gemacht. Erst dann folgten kaufmännische und Körperpflegeberufe, alle anderen Berufsfelder wurden seltener angeboten (vgl. Materialband, S. 32f).

Innerhalb der Bauberufe wurden besonders häufig die Berufe Maler/Lackierer und Tischler angeboten, die anderen Bauberufe spielten eine geringere Rolle.

**Abbildung 12: Berufsfelder der Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

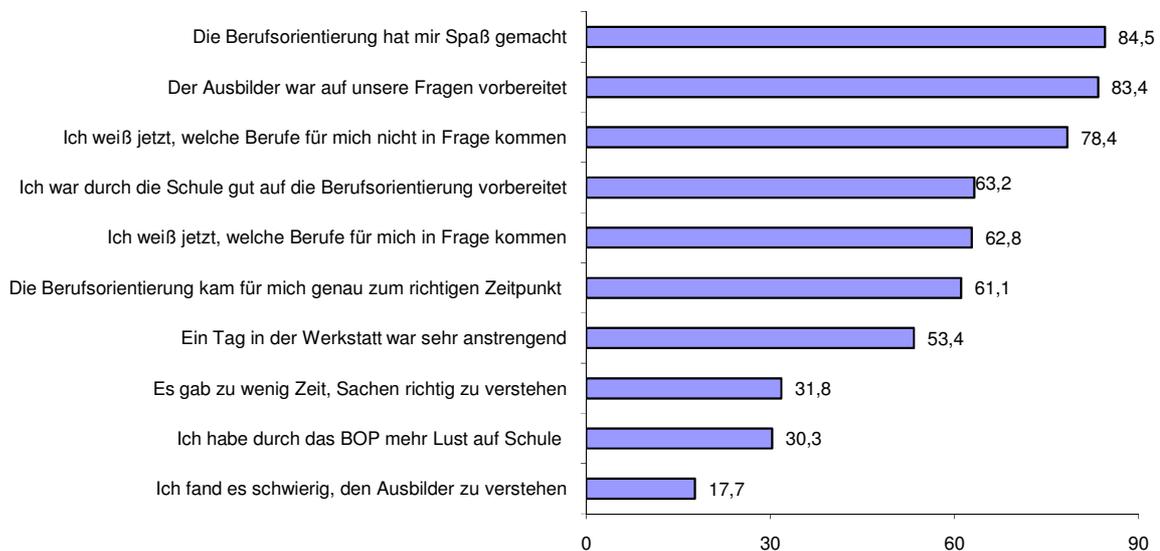
### Bewertung der Durchführung

Die Schüler und Schülerinnen sollten auch eine inhaltliche Einschätzung der Berufsorientierung abgeben. Hierfür wurden ihnen unterschiedliche Aussagen vorgelegt und gefragt, wie sehr diese aus ihrer Sicht zutreffen.

Die Auswertung der Ergebnisse zeigt ein insgesamt sehr positives Bild: Fast 85 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen die Berufsorientierung Spaß gemacht habe. Jeweils über 60 Prozent sagten, dass sie durch die Schule gut auf die Berufsorientierung vorbereitet waren und die Berufsorientierung zum richtigen Zeitpunkt kam. Die Ausbilder hielten über 80 Prozent für gut vorbereitet, und nur rund jeder Sechste fand es schwierig, diese zu verstehen. Etwas häufiger kam es zu der kritischen Einschätzung, dass es zu wenig Zeit gab, Sachen richtig zu verstehen. Am problematischsten wurde die eigene Belastung betrachtet: Über die Hälfte der Schüler und Schülerinnen gab an, dass der Tag in der Werkstatt für sie sehr anstrengend war.

Zu Berufsorientierung selbst, das heißt zur Konkretisierung des eigenen Berufswunschs, äußerten sich die Jugendlichen sehr positiv: Knapp zwei Drittel gaben an, jetzt zu wissen, welche Berufe für sie in Frage kommen. Mit fast 80 Prozent nochmals höher lag der Anteil der Befragten, die nach der Berufsorientierung wussten, welche Berufe für sie *nicht* in Frage kommen.

**Abbildung 13: Aussagen zur Berufsorientierung, Antwortkategorien „trifft voll zu / trifft eher zu“, Angaben in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Bei der Erkenntnis, welche Berufe für die Jugendlichen in Frage bzw. nicht in Frage kommen, zeigte sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern: Die Jungen gaben zu über 66 Prozent an, dass sie nun besser wissen, was für sie in Frage kommt, bei den Mädchen lag der Anteil bei knapp 59 Prozent. Umgekehrt bei der Negativauslese: 84 Prozent der weiblichen, aber nur 74 Prozent der männlichen Befragten wussten nach der Berufsorientierung, welche Berufe für sie nicht in Frage kommen.

Ein weiterer zentraler Unterschied zeigte sich bei Betrachtung der Schularten: Teilnehmende der Hauptschulen gaben deutlich häufiger an, dass die Berufsorientierung für sie zum richtigen Zeitpunkt kam, dass sie klarere Vorstellungen vom „passenden“ Beruf haben und dass sie durch die Berufsorientierung mehr Lust auf die Schule haben. Realschüler und Realschülerinnen fühlten sich dagegen schlechter vorbereitet, sagten seltener, dass sie nun wissen, welcher Beruf zu ihnen passt, und empfanden den Tag in der Werkstatt überdurchschnittlich häufig als anstrengend (vgl. Materialband, S. 40f).

### 5.1.3 Erkenntnisgewinn der Schüler und Schülerinnen

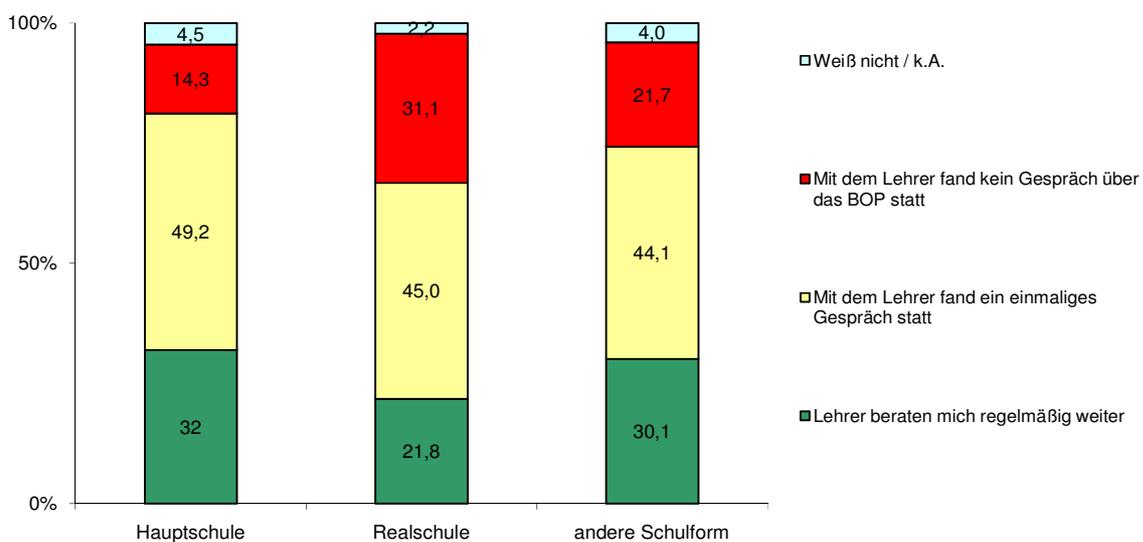
Für den Erfolg einer Berufsorientierung ist es von nicht geringer Bedeutung, die gesammelten Erfahrungen rückzukoppeln (vgl. Kapitel 4.2). Erste Ansprechpersonen hierfür sollten die begleitenden Lehrkräfte sein, deren Aufgabe es ist, die Jugendlichen nach ihren Eindrücken und Erkenntnissen zu befragen, ihnen ein Feedback zu geben und sie idealerweise beim weiteren Berufswahlprozess zu begleiten. Um die Güte dieser Nachbereitung zu ermitteln, wurde von uns gefragt, in welcher Form die Erfahrungen des Berufsorientierungsprogramms mit dem jeweiligen Lehrer bzw. der Lehrerin besprochen wurden.

Immerhin ein Viertel aller Schüler und Schülerinnen gab an, mit der Lehrkraft überhaupt kein Gespräch zur Berufsorientierung geführt zu haben, bei den Teilnehmenden der 8. Jahrgangsstufe

waren dies 37 Prozent. Weitere knapp 46 Prozent hatten zumindest ein einmaliges Gespräch mit der verantwortlichen Lehrkraft, was bedeutet, dass nur ein gutes Viertel aller Jugendlichen einen kontinuierlichen Austausch mit der Lehrkraft zur Berufswahl und der Reflexion hierüber hat.

Erneut zeigte sich ein Unterschied bei den Schularten: Jugendliche von Hauptschulen konnten in einem Drittel aller Fälle auf regelmäßige Gespräche mit den Lehrkräfte bauen, in denen die Erfahrungen der Berufsorientierung gemeinsam aufgearbeitet wurden. Bei Realschülern und -schülerinnen dagegen geschah dies weit seltener, bei über 30 Prozent von ihnen fand gar kein Gespräch statt.

**Abbildung 14: Gespräch mit Lehrkräften über Berufsorientierung, Anteile in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Mit den Berufsbildungsstätten selbst gab es bei über zwei Drittel der Jugendlichen kein anschließendes Gespräch. Einen einmaligen Austausch konnten 22 Prozent vorweisen, und nur knapp 7 Prozent der Teilnehmenden befanden sich auch nach der Berufsorientierung noch in regelmäßigem Kontakt mit der jeweiligen Berufsbildungsstätte.

Deutlich häufiger als mit den Lehrkräften und Bildungsstätten fanden dagegen Gespräche mit den Eltern statt, was deren hohe Bedeutung bei der Berufswahl unterstreicht. Fast die Hälfte der Befragten sprach mit den Eltern regelmäßig über das Thema, und über ein Drittel konnte zumindest ein einmaliges Gespräch zum BOP vermelden.

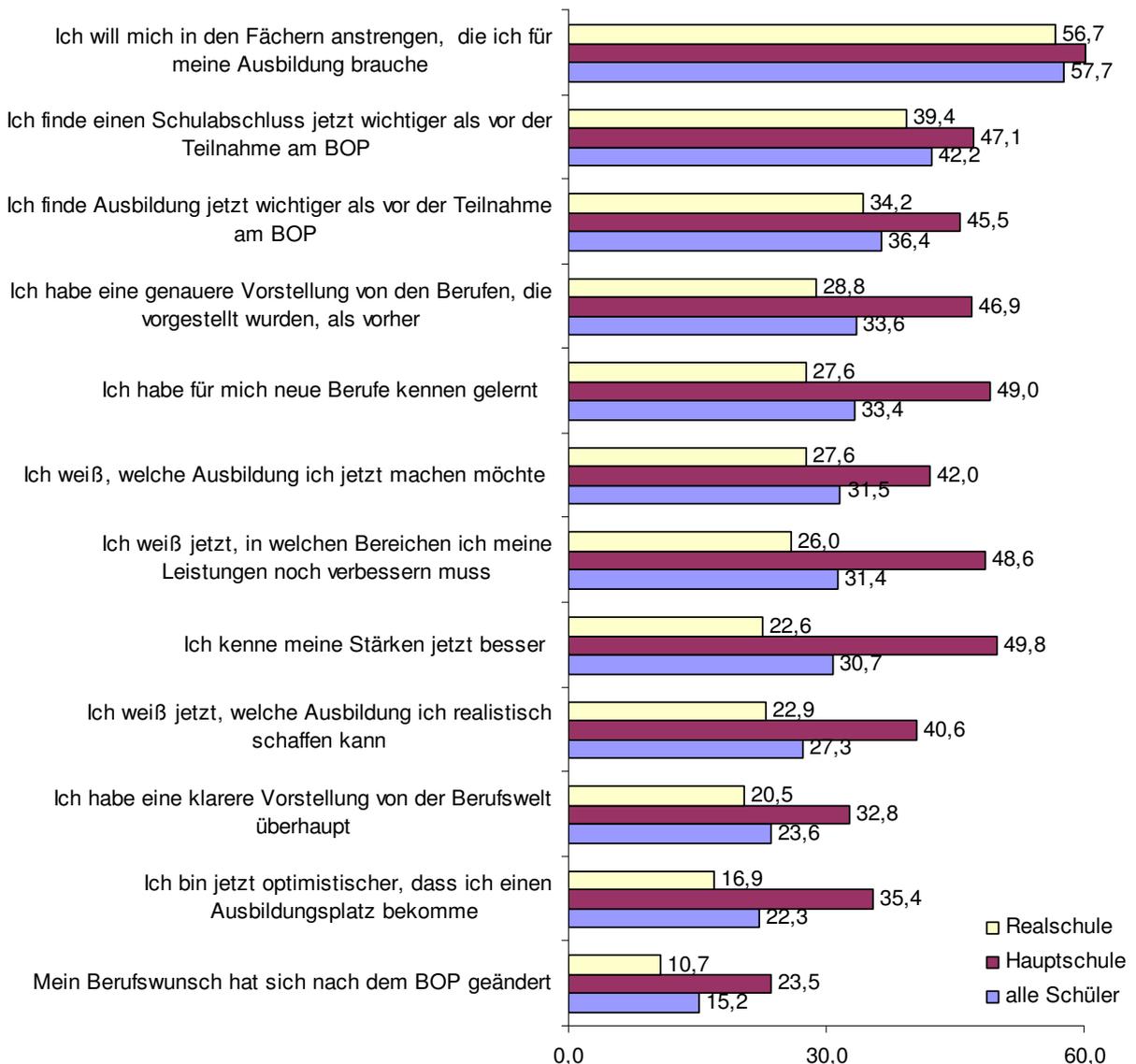
Von weniger großer Bedeutung waren in dieser Phase der Berufsorientierung die Berufsberatungen der Arbeitsagentur. 64 Prozent der Schüler und Schülerinnen sagten, dass sie dort noch gar kein Gespräch gehabt hatten, weitere 16 Prozent waren zwar dort, ohne dass die Berufsorientierung aber thematisiert wurde. Nur etwa 11 Prozent der Befragten konnten die bei der Berufsorientierung gesammelten Erfahrungen bereits mit der Berufsberatung rückkoppeln.

### Wahrgenommene Effekte der Berufsorientierung

Zentraler Fokus der Berufsorientierung ist es – neben der direkten Verbesserung der Kenntnisse von Berufen und ihren Inhalten –, bei den Jugendlichen Interesse an einer Ausbildung zu wecken

und motivationsbedingte Schul- und Ausbildungsabbrüche vermeiden zu helfen. Es lassen sich demnach unmittelbare und mittelbare Effekte einer Berufsorientierung unterscheiden. Diese Effekte wurden erneut mittels Aussagen erfasst, denen die Jugendlichen zustimmen konnten.

**Abbildung 15: Effekte der Berufsorientierung, Antwortkategorie „trifft voll zu“, Angaben in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

Auch hier zeichneten die Befragten ein erfreuliches Bild. Über die Hälfte gab an, sich nach der Berufsorientierung in den Fächern anstrengen zu wollen, die für ihre jeweilige Ausbildung nötig sind. Sowohl ein Schulabschluss als auch eine Ausbildung wurden von vielen jetzt als deutlich wichtiger gesehen als vor der Maßnahme, und Berufe und Arbeitswelt waren jetzt bekannter.

Der oben bereits mehrfach erwähnte Unterschied zwischen den Schularten findet sich hier besonders ausgeprägt. Fast durchgängig bewerteten Jugendliche, die von Hauptschulen kommen, die Berufsorientierung positiver als der Rest. Insbesondere bei der Einschätzung der eigenen

Stärken und Defizite, aber auch bei der neu erworbenen Kenntnis der Berufe und der Klarheit des eigenen Ausbildungswunschs ist der Anteil der Hauptschüler und -schülerinnen deutlich höher als bei den Jugendlichen aus anderen Schularten (vgl. Materialband, S. 47f).

Die erklärte Absicht, sich in der Schule mehr anstrengen zu wollen, und der größere Optimismus, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, müssen noch keine Konsequenzen beim Verhalten in der Schule haben. Alle Jugendlichen, deren Berufsorientierung länger als drei Monate zurück lag, wurden daher befragt, ob sich ihre schulischen Leistungen danach verbessert haben.

43 Prozent der Schüler und Schülerinnen gaben an, dass dies tatsächlich der Fall ist. Bei der Jahrgangsstufe 9, deren Abschluss näher lag, waren es sogar über 50 Prozent.

### **Zertifikat und Praktikum**

Das BOP sieht vor, dass die Schüler und Schülerinnen nicht nur selbst mehr Klarheit über ihren Berufswunsch und ihre Stärken und Schwächen erhalten, sondern dass die hierbei gewonnenen Erkenntnisse auch für Dritte transparent werden. Die Teilnehmenden erhalten hierzu nach der Berufsorientierung ein Zertifikat, das die wichtigsten Ergebnisse dokumentiert und so dem Gegenüber helfen soll, die Jugendlichen und ihre Fähigkeiten besser einzuschätzen.

Knapp 9 Prozent der Befragten konnten dieses Zertifikat bereits einmal vorzeigen, z. B. bei der Praktikumssuche. Alle anderen hatten hierzu bis dato noch keine Gelegenheit. Ein Grund dafür ist in dem Umstand zu sehen, dass erst 44 Prozent überhaupt ein Praktikum absolviert hatten, von denen wiederum etwa ein Viertel die Berufsorientierung nach dem Praktikum durchlaufen hatte. Mit anderen Worten: Die übergroße Mehrheit der am BOP Teilnehmenden hatte bislang keinerlei Gelegenheit, ihr Zertifikat einzusetzen.

Unter jenen, die bislang ein Praktikum absolviert hatten, gaben etwa 20 Prozent an, ihre Praktikumswahl nach den Erkenntnissen der Berufsorientierung getroffen zu haben, während dies für 54 Prozent kein Entscheidungskriterium war (vgl. Materialband, S. 50ff).

### **5.1.4 Verbesserungsmöglichkeiten**

Abschließend wurden die Teilnehmenden gefragt, welche unmittelbaren Verbesserungsmöglichkeiten sie sich für die Berufsorientierung im Rahmen des BOP vorstellen könnten. Im Einzelnen betraf dies die zeitliche Organisation der Berufsorientierung, die Zahl der angebotenen Berufe sowie die Anwesenheit der Lehrkraft während der Maßnahme (vgl. Materialband, S. 62ff).

#### **Zeitpunkt der Berufsorientierung**

Wie oben beschrieben, fand für die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen die Berufsorientierung während der Unterrichtszeit statt. Dies stieß auch auf breite Zustimmung: Gefragt, wann das Berufsorientierungsprogramm stattfinden sollte, nannten 87 Prozent diesen Zeitraum. Immerhin knapp 7 Prozent konnten sich auch eine Berufsorientierung in den Schulferien vorstellen, während diese im Anschluss an die Unterrichtszeit nur von knapp 3 Prozent präferiert wurde.

#### **Verteilung der Stunden**

Auch bei der erwünschten Verteilung der Stunden zeigen sich nur geringe Unterschiede zur Situation, die die Jugendlichen tatsächlich erlebten. Etwa 45 Prozent wünschten sich, dass die Berufsorientierung in einem zweiwöchigen Block stattfindet, weitere knapp 30 Prozent präferierten die Durchführung in zwei Phasen von je einer Woche. Von jeweils rund 11 Prozent wurde dage-

gen ein Tag oder aber eine unregelmäßige Verteilung bevorzugt, was etwas über den realen Werten liegt.

**Umfang der Berufsorientierung**

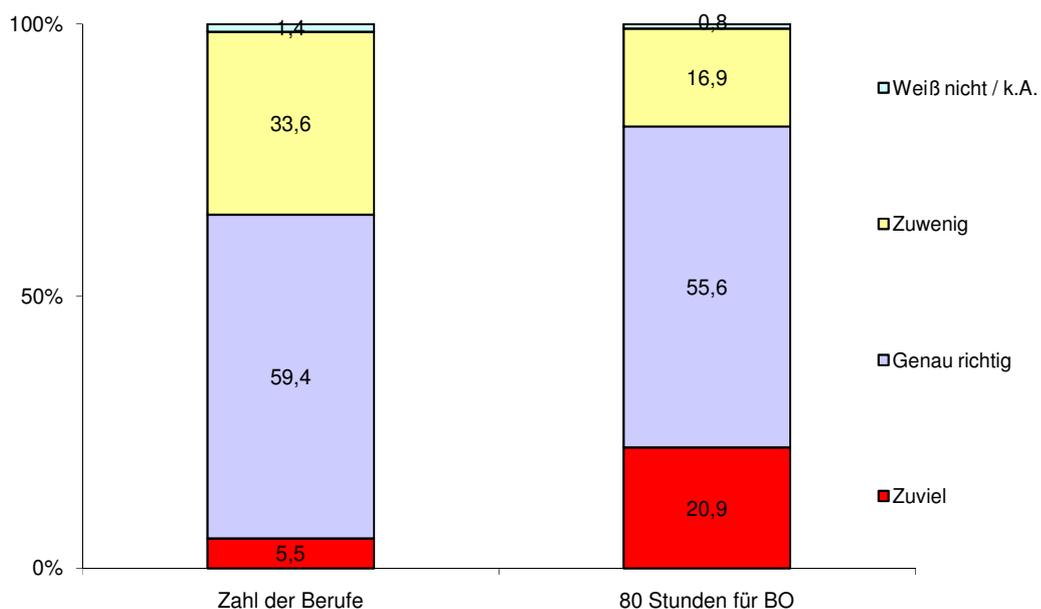
Das Berufsorientierungsprogramm dauert für alle Jugendlichen in der Regel 80 Stunden. Dies scheint alles in allem für die Teilnehmenden ein akzeptabler Umfang zu sein, was zum einen dadurch belegt wird, dass über 55 Prozent diesen Stundenumfang als genau richtig empfanden, zum anderen durch die Tatsache, dass die Gruppen, die dies für zu viel bzw. zu wenig hielten, etwa gleich groß sind. Tendenziell wurden die 80 Stunden eher von Jungen sowie Schülern und Schülerinnen der 8. Jahrgangsstufe für zu wenig gehalten.

**Zahl der Berufe**

Die Richtlinie des BOP sieht vor, dass die Jugendlichen über mindestens drei Berufe informiert werden sollen. In knapp 90 Prozent aller Fälle traf dies auch zu, wobei über die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen über drei oder vier und ein weiteres Drittel über fünf oder auch mehr Berufe informiert wurde. Bei rund 11 Prozent wurden dagegen nur ein oder zwei Berufe eingehender vorgestellt.

Auch hier hielt eine klare Mehrheit die Zahl der Berufe, mit denen sie vertraut gemacht wurde, für genau richtig. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sind dabei gering; lediglich die Jugendlichen, die über fünf oder mehr Berufe informiert wurden, zeigten eine nochmals höhere Zustimmung hinsichtlich des angebotenen Umfangs an Berufen als der Durchschnitt aller Befragten. Die hieraus ableitbare Folgerung, dass es durchaus mehr Berufe sein dürften, zeigt sich auch bei Betrachtung derer, die mit der Anzahl der vorgestellten Berufe nicht zufrieden waren: Der Anteil derjenigen Schüler und Schülerinnen, die sich mehr Berufe wünschten, liegt sechsmal höher als der Anteil jener Schüler und Schülerinnen, die das Angebot als zu viel empfanden.

**Abbildung 16: Angemessenheit von Berufs- und Stundenzahl, Anteile in Prozent**



Quelle: Schüler- und Schülerinnenbefragung

## Anwesenheit der Lehrkräfte während der Berufsorientierung

Als letzter Punkt wurde erhoben, wie die Anwesenheit der Lehrkräfte während der Berufsorientierung eingeschätzt wurde. Knapp 30 Prozent der Jugendlichen gaben an, dass der Lehrer bzw. die Lehrerin immer in der Werkstatt dabei gewesen war, weitere 43 Prozent berichteten von häufiger Anwesenheit. Bei etwa 23 Prozent war selten eine Lehrkraft anwesend, und vier Prozent konnten sich gar nicht erinnern, ihre Lehrkraft bei der Berufsorientierung gesehen zu haben.

Gefragt, ob sie die Anwesenheit des Lehrers oder der Lehrerin als zu häufig, zu selten oder genau richtig empfanden, lieferten die Jugendlichen ein heterogenes Bild: Etwa jeweils jeder bzw. jede sechste Befragte hätte sich entweder mehr oder weniger Präsenz der Lehrkraft gewünscht, über 63 Prozent hielten die Anwesenheit dagegen für genau richtig. Interessanterweise traf dies auch bei knapp der Hälfte derjenigen Jugendlichen zu, deren Lehrkraft selten oder nie präsent war.

### 5.1.5 Zusammenfassung

Unsere Feldbesuche sowie die Befragungen der Leitungs- und Fachkräfte in den Berufsbildungsstätten zeigten, dass bei der Gestaltung der Berufsorientierung große Spielräume bestanden (vgl. Kap. 5.3). Die Ergebnisse der Schüler- und Schülerinnenbefragung zur formalen Organisation zeigten aber, dass die konkrete Durchführung zumindest hinsichtlich einiger Organisationspunkte in ähnlicher Weise ablief. So fand die Berufsorientierung fast immer in der Unterrichtszeit und üblicherweise als zweiwöchiger Block bzw. in zwei einwöchigen Blöcken statt.

Die generelle Einschätzung der Berufsorientierung war überaus positiv. Die Jugendlichen fühlten sich durch die Schule gut vorbereitet, verstanden die Auszubildenden und hatten nach Durchlaufen der Maßnahme klarere Vorstellungen, welche Berufe für sie in Frage kommen. Zu erwähnen ist hierbei, dass das Berufsspektrum den Schülern eher entgegenkam als den Schülerinnen; Letztere wussten nach der Berufsorientierung häufiger, was sie *nicht* machen wollen. Gleiches gilt für Jugendliche, die von Realschulen kommen; Hauptschüler und Hauptschülerinnen bewerteten Inhalte und Effekte der Berufsorientierung dagegen durchweg positiver.

Konkrete Verbesserungsmöglichkeiten bestanden aus Sicht der Befragten vor allem bei der Zahl der vorgestellten Berufe – diese hätte nach Ansicht einiger Jugendlicher durchaus größer sein können. Ansonsten zeigten sich die Jugendlichen mit dem Angebot überaus zufrieden und sahen mehrheitlich keinen Änderungsbedarf.

Bei der eigenen Berufswahl sind erwartungsgemäß noch längst nicht alle Schüler und Schülerinnen klar orientiert – immerhin jeder bzw. jede Dritte wusste zum Befragungszeitpunkt noch nicht, was er oder sie nach dem Schulabschluss machen möchte. Diejenigen, die einen konkreten Traumberuf nennen konnten, hatten teilweise außergewöhnliche Vorstellungen – die Mehrheit der Jugendlichen fand sich jedoch in den vorgegebenen Berufsfeldern wieder. Ein Grund hierfür könnte bei den Menschen zu suchen sein, die hier Einfluss nehmen: Wichtigste Ratgeber bei der Berufswahlentscheidung sind die Eltern, aber auch Freunde und professionelle Einrichtungen haben eine große Bedeutung.

## 5.2 Einschätzung der Lehrkräfte

Die Sichtweisen der Lehrer und Lehrerinnen, die die Jugendlichen im Rahmen der Berufsorientierung betreute, bildete den zweiten empirischen Schwerpunkt der Evaluation. Eine Gesamtdokumentation der Interviews kann im Materialband S. 114ff eingesehen werden.

Die unten vorgenommene Beschreibung der Einschätzungen orientiert sich am Leitfaden der Interviews. Im Einzelnen werden folgende Punkte behandelt:

- Allgemeine Eindrücke,
- Zugang zum Programm,
- Vorbereitung der Berufsorientierung,
- Durchführung der Berufsorientierungsmaßnahme,
- Nachbereitung der Berufsorientierungsmaßnahme,
- Ergebnisse und Konzept,
- Zusammenfassung.

### 5.2.1 Allgemeine Eindrücke

Die Zusammenschau der 30 Lehrkraftinterviews ergab insgesamt eine überwiegend positive Beurteilung des Programms. So wünschten alle Interviewpartner und Interviewpartnerinnen eine Fortsetzung des Programms, und 24 Interviewte gestanden dem Berufsorientierungsprogramm positive Impulse für das schuleigene Berufsorientierungskonzept zu. Das Programm wurde von den meisten Lehrkräften als professionell geplant und durchgeführt angesehen. Allerdings wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass eine solche Maßnahme langfristig für die Schulen nur sinnvoll in ihre eigenen Berufsorientierungskonzepte zu integrieren wäre, wenn sie kontinuierlichen Charakter hätte. Damit einher ging teilweise die Sorge, es könnte sich bei dem vorliegenden Programm nur um ein einmaliges Projekt handeln. Die positive Beurteilung des Gesamtprogramms spiegelte sich auch in der grundsätzlich freundlichen und interessierten Haltung der Interviewten wider, die trotz einer nicht unbeträchtlichen Interviewdauer von 30 bis 40 Minuten gerne am Gespräch teilnahmen.

Ein Grund für die hohe Akzeptanz des Programms dürfte der generell hohe Stellenwert von Berufsorientierung an den Schulen sein, so wie er von den Lehrkräften geäußert wurde. 20 der Interviewten gaben einen sehr hohen Stellenwert von Berufsorientierung an, weitere 8 einen hohen Stellenwert. Allerdings ist der Umfang der konkreten Berufsorientierungs-Aktivitäten von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. Er reichte von eher grundsätzlichen Aktivitäten wie Betriebsbesichtigungen und Betriebspraktika zu ausgearbeiteten Konzepten, welche über mehrere Jahrgänge aufeinander aufbauende Berufsorientierungsmaßnahmen enthielten. Diese umfassten neben Betriebspraktika auch Stärken-Schwächen-Tests im Unterricht, Trainingsgespräche mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bundesagentur für Arbeit, Projektwochen, gemeinsame Maßnahmen mit Handwerkskammern und weiteren Bildungsträgern sowie Berufsorientierungsmessen. Ein Muster hinsichtlich Bundesländern und Schulformen in Bezug auf die vorhandenen Berufsorientierungskonzepte ließ sich dabei aus den Interviews nicht ableiten.

Im Vergleich mit den anderweitigen schulischen Berufsorientierungsaktivitäten wurde dem Programm von etwas über der Hälfte der Interviewpartner und Interviewpartnerinnen ein hoher oder sehr hoher Stellenwert bescheinigt („Das war schon das Beste“). Von diesen Lehrkräften wurde insbesondere hervorgehoben, dass das Programm den Schülerinnen und Schülern einen realisti-

schen Einblick in das Arbeitsleben ermöglicht („*So richtig, wie das wahre Berufsleben*“). Demgegenüber waren zehn Lehrkräfte der Meinung, das Programm wäre nur eine von verschiedenen Maßnahmen innerhalb des schulinternen Berufsorientierungskonzepts. Von diesen Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen wurde das Berufsorientierungsprogramm teilweise als Einstiegsmaßnahme zum „Schnuppern“ gesehen.

Die Durchführung der Berufsorientierung in den Bildungsstätten fand bei fast allen Interviewten in der Schulzeit statt. Nur bei einer Schule in Sachsen-Anhalt konnten die Schüler auf freiwilliger Basis zusätzliche Berufsfeld-Praktika in der Bildungsstätte während der Ferienzeit buchen. Die konkreten Uhrzeiten des Programms lagen bei den meisten Lehrkräften während der üblichen Unterrichtszeit, gingen allerdings auch fast immer über diese hinaus, da die Aktivitäten in den Bildungsstätten sich häufig an tatsächlichen Arbeitszeiten orientierten. In einer Schule aus Baden-Württemberg fand die Maßnahme immer nachmittags nach der Unterrichtszeit statt.

Meistens wurde das Programm zusätzlich zu einem ansonsten noch vorgesehenen Betriebspraktikum durchgeführt. Nur in sechs Fällen fand das Berufsorientierungsprogramm anstelle eines Praktikums statt, wobei in einer Schule die Schüler und Schülerinnen zwischen dem „normalen“ Betriebspraktikum und der Berufsorientierung in der Berufsbildungsstätte wählen konnten.

Der Zeitrahmen, innerhalb dessen die Berufsorientierung stattfand, war bei den interviewten Lehrkräften sehr unterschiedlich. Elf Lehrer und Lehrerinnen gaben einen Block à zwei Wochen an. Drei Lehrkräfte berichteten von zwei Blöcken à eine Woche. Darüber hinaus gab es fünf Schulen mit drei Wochen Berufsorientierungsmaßnahme und drei Schulen mit einem Block von nur einer Woche. In sieben Schulen kam es zu unregelmäßigen Terminen, teilweise über das gesamte Schuljahr verteilt. Die Stundenanzahl pro Tag lag in der Mehrheit der Fälle zwischen 6 und 8 Stunden. Insgesamt machte das Programm hinsichtlich seiner zeitlichen Strukturierung für viele Lehrkräfte einen eher ungeordneten Eindruck.

Von dem Programm zum ersten Mal erfahren haben die Lehrkräfte hauptsächlich durch den Kollegen- und Kolleginnenkreis sowie die Schulleitung. Ein beträchtlicher Teil wurde auch durch die Berufsbildungsstätten informiert. Vereinzelt gab es auch Kontakte innerhalb von außerschulischen Berufsorientierungsnetzwerken, an denen die Lehrkräfte beteiligt sind. Teilweise verfügten die Lehrkräfte selbst – aufgrund ihrer Erfahrungen als Berufswahlkoordinator – über gute Kontakte zu außerschulischen Akteuren.

Die Anzahl der durchlaufenen Berufsfelder in der Maßnahme schwankte zwischen den Interviewten sehr deutlich. Sie reicht von drei bis zu zwölf Feldern, wobei der größte Teil der Lehrkräfte (18) zwischen vier und sechs Berufsfelder angegeben hat.

### **5.2.2 Zugang zum Programm**

Eine Einführung über Ziel, Aufbau und Ablauf des Programms erhielten 16 Lehrkräfte direkt von der Berufsbildungsstätte. Häufig kamen dabei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bildungsstätte in die Schule und informierten Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und in einzelnen Fällen auch Eltern über die Maßnahme. Überwiegend wurde das Programm bei diesen Veranstaltungen in seinen Einzelheiten deutlich. Ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer wurde allerdings auch durch Kollegen bzw. Kolleginnen aus der Schule informiert. Dies betraf vor allem Lehrkräfte, welche hauptsächlich als reine Betreuungskraft an dem Programm teilnahmen und mit der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung im Unterricht kaum etwas zu tun hatten.

13 Lehrkräfte bestätigten das Vorhandensein eines Kooperationsvertrags mit der Handwerkskammer oder einer vergleichbaren Bildungsstätte. Bei zwei Interviewten war ein solcher Vertrag nicht vorhanden. Die restlichen Interviewten konnten hierzu keine Aussage machen. Über den Inhalt eines solchen Kooperationsvertrags wussten nur acht Lehrkräfte Bescheid.

Insgesamt wurde der Zugang zum Programm von den Lehrkräften als eher gut angesehen. 14 Interviewte hatten keine Verbesserungsvorschläge zu machen. Aussagen wie: *„Besser geht's eigentlich nicht“*, *„Eigentlich, so wie das war, war das schon okay“* oder *„Also ich hab da keine Kritik. Ich fand das eigentlich so optimal“* geben einen Eindruck eines großen Teils der Lehrkräfte wieder. Allerdings funktionierte der Zugang nicht in allen Schulen so gut. Als zu verbessernde Schwachstellen wurden vor allem zwei Aspekte genannt:

Zum einen wurde von acht Lehrkräften eine in Teilen verbesserte und frühzeitigere Information der Schule bzw. der Lehrer und Lehrerinnen gewünscht, damit diese sich rechtzeitig einen Überblick über das Programm verschaffen können. So wurde in einem Fall eine Zusage zum Programm von der Bildungsstätte eingefordert, bevor die Schule wusste, um was es in der Maßnahme genau geht. Eine andere Lehrkraft machte den Vorschlag, eine Internetplattform einzurichten, auf der die wichtigen Informationen übersichtlich einzusehen sind.

Zum anderen sahen sieben Lehrer und Lehrerinnen eine noch bessere Abstimmung zwischen Schule und Bildungsstätte als notwendig an. Insbesondere Schüler und Schülerinnen aus schwierigen Verhältnissen müssten behutsam auf das Programm vorbereitet werden. Eine Lehrkraft berichtete von einigen organisatorischen Baustellen zu Beginn.

### 5.2.3 Vorbereitung der Berufsorientierung

Die Vorbereitung auf die Maßnahme verlief in den Schulen relativ uneinheitlich. Viele Lehrkräfte hatten sich vor dem Beginn des Programms einen Eindruck von der Bildungsstätte gemacht, entweder weil sie diese schon von früheren Besuchen kannten oder weil sie sie vor dem Programm aufgesucht hatten. Immerhin neun Lehrkräfte gaben jedoch an, vor dem Start des Projekts nicht in der Bildungsstätte gewesen zu sein. Auch eine Absprache mit den Ausbildern und Ausbilderinnen im Vorfeld wurde nur von 13 Lehrkräften bejaht. Bei einem Teil der Lehrkräfte fand die Abstimmung erst am ersten Tag des Programms statt.

Eine Vorbereitung der Schüler und Schülerinnen im Unterricht wurde von fast allen Interviewten vorgenommen. Nur zwei Lehrkräfte berichteten, dass eine Vorbereitung im Unterricht nicht möglich war. Allerdings gibt es bei der qualitativen Bestimmung der Unterrichtsvorbereitung große Unterschiede. In sieben Schulen wurden nur grundlegende Verhaltensregeln für die Maßnahme geklärt. Diese umfassten Aspekte wie Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Teamfähigkeit sowie das Verhalten gegenüber den Auszubildenden. Beispielhaft hierfür sind die Äußerungen einer Lehrkraft: *„Wir wollen nicht lernen, wie funktioniert Maurer, sondern wie funktioniert Ausbildung. Wie benehme ich mich.“* *„Lernen durchzuhalten und nicht zu verzweifeln, wenn was passiert.“* *„Ich nenne das immer Lebensvorbereitung.“*

Darüber hinaus wurden in 12 Schulen auch die vorhandenen Berufsfelder vorgestellt. Dabei wurden die Schüler und Schülerinnen zum Teil bei der Wahl der für sie geeigneten Berufsfelder unterstützt, indem Stärken, Schwächen und Wünsche berücksichtigt wurden. In einigen Fällen kamen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bildungsstätten in die Schulklassen und übernahmen die Einführung in das Programm. Teilweise richtete sich die Vorstellung auch an die Eltern.

Unterstützung bei der Berufsfeldauswahl gab es relativ selten. Insgesamt elf Lehrkräfte berichteten, dass von den Bildungsstätten keine Auswahl vorgesehen war. Vier weitere Interviewte gaben an, dass die Schüler und Schülerinnen frei und ohne Vorgaben wählen durften. Nur in Einzelfällen wurde hier eingegriffen. Demgegenüber unterstützten zehn Lehrkräfte bei der Berufsfeldwahl, bspw. in Form von Kompetenzchecks. Es wurden die Berufe vorgestellt und die Schüler und Schülerinnen dahingehend beraten, welche Bereiche für sie sinnvoll sein könnten.

Die Motivation der Schüler und Schülerinnen, an einer solchen Berufsorientierungsmaßnahme teilzunehmen, sahen die Lehrkräfte insgesamt als eher hoch an. 15 Interviewte berichteten von einer großen Motivation („Überwiegend positiv“). Neun Lehrkräfte sahen eine gemischte Motivation zwischen den einzelnen Schülern und Schülerinnen. Als Problem wurde teilweise die starke Ausrichtung auf handwerkliche Berufsfelder angesehen, wodurch Berufsfelder für Mädchen eher unterrepräsentiert waren. Von vier Lehrkräften wurde eine geringe Motivation der Schüler und Schülerinnen gemeldet („Die Motivation der Schüler war mangelhaft“).

Keine Probleme gab es mit der Fahrt zur Berufsbildungsstätte. Diese wurde entweder von der Bildungsstätte oder den Lehrkräften, teilweise mit Unterstützung der Eltern, organisiert.

So unterschiedlich, wie die konkreten Vorbereitungen verliefen, sind auch die geäußerten Verbesserungsvorschläge für die Zukunft. Acht Lehrkräfte halten Verbesserungen nicht für notwendig. Die Interviewten, die Verbesserungen anmahnten, sprachen am häufigsten Änderungen bei der Wahl der Berufsfelder an. Grundtenor dabei war, dass stärker auf die Wünsche und Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen eingegangen werden sollte. Hinzu kommen die oben beschriebenen Probleme bei der Berufswahl für Mädchen. Weitere Punkte, die von den Lehrkräften in Teilen als verbesserungswürdig angesehen wurden, waren eine frühere Information der Schule sowie eine bessere Absprache zwischen Ausbildern und Ausbilderinnen sowie den Lehrkräften. Letzteres forderten drei Lehrkräfte.

#### **5.2.4 Durchführung der Berufsorientierungsmaßnahme**

Die konkrete Durchführung des Programms wurde überwiegend als gut und professionell bewertet. Kritikpunkte ergeben sich nur in Details. So sahen fast alle interviewten Lehrer und Lehrerinnen die Zusammenarbeit mit der Projektleitung und den Ausbildenden als sehr gut oder gut an („Das war super!“ „Absolut zufriedenstellend. Da gab's keine Probleme.“ „Man hat sich Mühe gegeben. Das hat funktioniert.“). Einzelne geäußerte Beanstandungen betrafen den methodisch-didaktischen Bereich bei den Ausbildern und Ausbilderinnen, zu wenige Absprachen im Vorfeld oder ein zu häufiges Wechseln der Ausbildenden, worunter die Einheitlichkeit etwas gelitten habe. Insgesamt überwogen jedoch die positiven Einschätzungen deutlich.

In 13 Fällen kam es zu Abbrüchen der Maßnahme von einzelnen Schülern und Schülerinnen. Diese hatten ihre Gründe zum einen in krankheitsbedingten Ausfällen. Zum anderen kam es teilweise zu Disziplinschwierigkeiten mit Schülern und Schülerinnen, die sich nicht an die Regeln gehalten haben. Nur in einem Fall wurde von einer Lehrkraft eine Teilschuld auch bei einem unfreundlichen Ausbilder gesehen („Den Ton hätte ich mir auch nicht gefallen lassen.“).

Die gute Durchführung zeigte sich auch daran, dass die Maßnahme hinsichtlich der Aspekte Anforderungen an die Schüler und Schülerinnen, räumliche und technische Ausstattung der Bildungsstätte, Gestaltung der Arbeitsformen, Lerntempo, Kompetenzfeststellung, Lernatmosphäre und Organisation weitgehend als gut und sinnvoll beurteilt wurde. Auf die Fragen, ob eine sinnvolle Gestaltung dieser Punkte zutrifft, verteilen sich die Antworten wie folgt:

**Tabelle 5 : Bewertung der Durchführung des BOP durch Lehrkräfte, absolute Zahlen**

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Anforderungen passten zu den Vorkenntnissen der Schüler	11	14	4	1
Räumliche und technische Ausstattung der Bildungsstätte war ausreichend	23	6	1	–
Schüler konnten sich gut einbringen	15	11	4	–
Lerntempo war richtig	15	13	2	–
Kompetenzfeststellung war professionell	17	7	2	–
Lernatmosphäre war freundlich und wertschätzend	14	13	3	–
Organisation war gut	25	4	1	–

In der Konsequenz hielten 12 Lehrkräfte eine Verbesserung der Durchführung nicht für notwendig: *„Da es wirklich super war, fällt mir jetzt im Moment auf die Schnelle nichts ein.“* *„Also, ich finde, so wie es hier gelaufen ist, bei uns, war es schon optimal. In verschiedenen Werkstätten, dass die Schüler in kleinen Gruppen dort gearbeitet haben und in diesen Beruf reingeguckt haben.“*

Kritikpunkte betrafen in Einzelfällen die Berufsfelder. Fünf Lehrkräfte machten hierzu negative Anmerkungen, die vor allem eine Ausweitung der wahrnehmbaren Berufsfelder sowie ein flexibleres Angebot betreffen (*„Indem man versucht, noch mehr Berufsfelder zu integrieren, um dem Schüler damit eine breitere Palette der Auswahl zu ermöglichen.“*). Auch die konkrete Durchführung wurde von fünf Lehrern und Lehrerinnen kritisiert. Allerdings benannten die Lehrkräfte jeweils individuell aufgetretene Probleme, aus denen sich kein genereller Veränderungswunsch ableiten lässt. Selten wurde auch eine Verbesserung der zeitlichen Organisation genannt, wenn z. B. die Blöcke des Programms zeitlich zu weit auseinander lagen.

### 5.2.5 Nachbereitung der Berufsorientierungsmaßnahme

Die Aufbereitung der Erfahrungen, die die Schüler und Schülerinnen während der Berufsorientierungsphase in den Bildungsstätten machen konnten, fand vor allem im Unterricht statt. Dabei wurden im Fachunterricht (Arbeitslehre; Wirtschaft, Arbeit, Technik) oder in der Klassenleiterstunde zumeist Gesprächskreise gebildet, teilweise führten die Lehrkräfte auch Einzelgespräche mit den Schülern und Schülerinnen. Daneben mussten diese häufig auch ein Berichtsheft über die Tätigkeiten führen. In diesem Zusammenhang konnten Lernfortschritte und neue Erkenntnisse der Schüler und Schülerinnen herausgearbeitet werden. Insbesondere für ein später durchzuführendes Betriebspraktikum wurden die Ergebnisse und Erfahrungen von den Lehrkräften als sinnvoll erachtet. Acht Lehrer und Lehrerinnen berichteten über weiterführende Nachbereitungstätigkeiten. In diesen Fällen fand meistens eine Präsentation der Ergebnisse unter Verwendung von Plakaten, Wandzeitungen und/oder Powerpoint-Präsentationen in der Schule statt, teilweise

auch unter Einbezug der Eltern. Bei solchen Veranstaltungen konnten die Schüler und Schülerinnen auch ihre gefertigten Werkstücke vorstellen. Insgesamt wurden die Eltern jedoch nur von einer Minderheit der Schulen in eine solche Nachbereitung integriert. Elf Lehrkräfte bejahten einen solchen Einbezug.

Auch bezüglich der Veränderungen, die sich bei den Schülern und Schülerinnen als Konsequenz des Programms zeigten, ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Die Hälfte der Interviewten spricht von einer starken bzw. mittelstarken positiven Veränderung der Schüler und Schülerinnen. Hierunter fallen Aspekte wie Verbesserung der Umgangsformen, klarere Vorstellung über das spätere Berufsleben, zielorientiertes Arbeiten, größere Klarheit in Bezug auf eigene Talente und Fertigkeiten (*„Eine höhere Motivation, sich mit dem Thema Arbeit und Arbeitswelt auseinanderzusetzen. Das ist eindeutig.“* „größeres Klima in der Schule hin zum Beruf“ *„Sie haben schon gemerkt, da geht's um die Wurst.“*).

Diese Veränderungen wurden zum Teil auch als längerfristige beschrieben (*„Das war nachhaltig.“* *„Für die Schüler ist das immer wieder ein Thema. Diese Maßnahme ist einfach präsent.“*). Ein ebenso großer Teil der Interviewten berichtete allerdings von geringen oder keinen positiven Änderungen des Verhaltens. So meinte eine Lehrkraft aus Baden-Württemberg, dass sich die Ausbilder und Ausbilderinnen zwar viel Mühe gegeben hätten, dass aber das nachhaltige Interesse der Schüler und Schülerinnen nicht sehr groß sei (*„Man macht sich immer viel Arbeit, aber ...“*). Eine andere Lehrkraft konnte nur eine gewisse Sensibilisierung für das Thema Berufswahl registrieren (*„Sie haben sich da teilweise schon mehr geöffnet.“*).

Auch was die weitere Nutzung der Ergebnisse des Berufsorientierungsprogramms in den Schulen selbst anlangt, differieren die Einschätzungen. Eine Mehrzahl der Lehrkräfte (18) berichtete, dass auf die Erkenntnisse aus dem Programm bei weiteren Berufsorientierungsmaßnahmen der Schule zurückgegriffen wird. Häufig betraf dies die Vorbereitung der Betriebspraktika, da hier auf den Ergebnissen der Schüler und Schülerinnen in den durchlaufenen Berufsfeldern aufgebaut werden konnte, so dass eine planvollere Auswahl der Praktikumsplätze möglich wurde. Auch bei Gesprächen mit Job-Coaches sowie der Arbeitsagentur wurden die Ergebnisse genutzt. Darüber hinaus erstellten einige Lehrkräfte ein Profil der Schüler und Schülerinnen mit ihren Stärken und Schwächen, welches Grundlage für die Erarbeitung individueller Förderpläne war. Demgegenüber meinten fünf Lehrkräfte, dass die Erfahrungen aus dem Berufsorientierungsprogramm nur in geringem Umfang berücksichtigt würden (*„Weiter genutzt kann ich so nicht sagen. Das ist 'ne Maßnahme, und die ist abgeschlossen.“*). Drei weitere Lehrer und Lehrerinnen meinten, dass die Erfahrungen mit dem Berufsorientierungsprogramm grundsätzliche Informationen für die weitere Arbeit der Lehrkräfte darstellten. Vier Interviewte wussten nicht, inwieweit die Ergebnisse weitere Verwendung finden.

Der Berufswahlpass wurde an den Schulen von 21 interviewten Lehrkräften eingeführt. 13 Lehrer und Lehrerinnen sagten, dass die Zertifikate der Maßnahme als Grundlage für weitere Beratungen durch die Bundesagentur für Arbeit genutzt würden. Sieben Lehrkräfte vermuteten eine solche Verwendungsweise zumindest. Auch würden die Zertifikate häufig bei der Suche nach einem Praktikumsplatz vorgelegt. Kritisch merkten einzelne Lehrer und Lehrerinnen an, dass die Zertifikate erst relativ spät von der Berufsbildungsstätte an die Schule gesandt wurden.

## 5.2.6 Ergebnisse und Konzept

Auch die Ergebnisse des Berufsorientierungsprogramms wurden von den Lehrkräften positiv eingeschätzt. Der überwiegende Teil ist der Meinung, dass die Schüler und Schülerinnen ihrer Stärken und Schwächen besser kennen gelernt haben, wissen, an welchen Schwächen sie weiter arbeiten müssen, eine erste berufliche Perspektive entwickelt haben und, mit leichten Einschränkungen, motiviert sind einen besseren Schulabschluss zu erreichen. Die Antworten auf die einzelnen Aussagen verteilen sich wie folgt:

**Tabelle 6: Ergebnisse des BOP aus Sicht der Lehrkräfte, absolute Zahlen**

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Schüler haben ihre Stärken besser kennen gelernt	20	9	1	–
Schüler haben ihre Schwächen besser kennen gelernt	13	14	3	–
Schüler wissen, an welchen Schwächen sie arbeiten müssen	4	19	7	–
Schüler haben eine erste berufliche Perspektive entwickelt	10	17	3	–
Schüler sind motiviert, einen besseren Schulabschluss zu erreichen	4	19	6	1

Insgesamt fällt auf, dass bis auf den Punkt „Schüler haben ihre Stärken besser kennen gelernt“ die interviewten Lehrer und Lehrerinnen meistens mit „Trifft eher zu“ geantwortet haben. Dies ist ein Unterschied zu der weiter oben behandelten Bewertung der konkreten Durchführung der Maßnahme, bei welcher häufiger mit „Trifft voll zu“ geantwortet wurde.

Als optimale Jahrgänge für das Programm wurden vor allem 8. Klassen (21 Nennungen) und 9. Klassen (16 Nennungen) angegeben. Begründet wird dies häufig damit, dass in diesem Alter die Phase der Berufsorientierung in den Schulen beginnt. Insbesondere als Vorbereitung für das erste Betriebspraktikum wird das Berufsorientierungsprogramm als sinnvoll angesehen. Aufgrund der Erprobungen in unterschiedlichen Berufsfeldern wüssten die Schüler und Schülerinnen besser, in welchem Bereich sie ein Praktikum machen wollten (*„Auf jeden Fall vor dem ersten Betriebspraktikum. Wenn das erste Betriebspraktikum eine negative Erfahrung ist, habe ich eine vollkommene Demotivierung. Die positive Erfahrung mit dem Berufsorientierungsprogramm führt zu einer nachhaltigen Steigerung der Motivation, auch wenn danach eine negative Erfahrung im Praktikum kommt.“*). Aufgrund der langen Anwesenheitszeiten in der Bildungsstätte, des realistischen Arbeitsalltags und den notwendigen Fertigkeiten werden Schüler und Schülerinnen der 7. Klasse oftmals noch als zu jung angesehen. Neben dem Betriebspraktikum sprächen gegen einen späteren Termin der Maßnahme auch die dann nahenden Abschlussprüfungen, da den Schülern und Schülerinnen in dieser Phase einfach die Zeit fehlt.

Mehrheitlich wurde der Zeitrahmen von zwei Wochen als sinnvoll angesehen. 20 Lehrkräfte waren dieser Meinung. Sechs Lehrer und Lehrerinnen würden eine Ausweitung der Zeiten begrüßen, da nur dann ein wirklicher Einblick in die Berufsfelder gegeben werden könnte. Für vier Interviewte würde auch eine Woche ausreichen, da dies den Lehrplan nicht so stark belastete.

Ein Tag in der Berufsbildungsstätte sollte für die meisten Lehrkräfte (12) sechs Stunden umfassen, da die Schüler noch relativ jung seien und bei einer höheren Stundenzahl die Konzentration leide. Sieben Lehrkräfte bevorzugten sieben Stunden, weitere sieben Lehrer und Lehrerinnen fanden acht Stunden sinnvoll. Insgesamt sprachen sich die Lehrkräfte dafür aus, den Schülern und Schülerinnen einen realistischen Einblick in den Arbeitsalltag zu geben, zu welchem auch eine gewisse Dauer gehörte.

Grundsätzlich finden die Lehrer und Lehrerinnen ein breites Spektrum an Berufsfeldern, in denen sich die Schüler und Schülerinnen ausprobieren können, sinnvoll. Nur dann könne ein Überblick über die Vielfalt des Berufslebens vermittelt werden. Allerdings gehen die Ansichten, wie viele Berufsfelder ein solches breites Spektrum umfassen sollte, auseinander. Für einige beginnt dieses schon bei drei Berufsfeldern, andere wünschten bis zu acht. Hinzu kommt, dass die Auswahl der Berufsfelder an die Gegebenheiten vor Ort angepasst sein sollte. Es müssten vor allem die Bereiche angeboten werden, die in der regionalen Wirtschaft eine Rolle spielen. Außerdem sollten die Berufsfelder auch Berufswünsche von Mädchen berücksichtigen. Insbesondere kreative, medizinische, kaufmännische und soziale Berufe bzw. Berufsfelder waren nach Ansicht einiger Lehrkräfte unterrepräsentiert.

### 5.2.7 Zusammenfassung

Das Berufsorientierungsprogramm wurde von fast allen Lehrkräften äußerst positiv beurteilt. Folgende Aussagen stehen beispielhaft für die grundsätzliche Akzeptanz des Programms: *„Es war wunderbar. Weiter so!“* *„Das Programm sollte auch viel mehr anderen Schulen angeboten werden.“*

Nach Ansicht der Lehrer und Lehrerinnen liefert das Programm für die Schüler und Schülerinnen eine wichtige Orientierung für die spätere Berufswahl. Die Schüler werden für das Thema sensibilisiert, was sich auch auf ihr Verhalten in der Schule positiv auswirkt. Insbesondere von Hauptschullehrkräften wurde die Wichtigkeit der praktischen Tätigkeiten für die Schüler und Schülerinnen betont. Durch die praktischen Erfahrungen in den Bildungsstätten werde ihnen die Bedeutung von Schule und Unterricht klarer. *„Schüler lernen in den zwei Wochen so viele Schlüsselqualifikationen, die fürs Berufsleben mindestens so wichtig sind wie binomische Formeln oder rationale Zahlen.“*

Von einigen Lehrkräften wurde die Sorge geäußert, dass das Programm in der Zukunft nicht fortgesetzt wird. *„Auf jeden Fall als wichtige Rückmeldung, dass man so ‘ne tolle Sache, die so gut war, nicht aufgrund von Geldmangel irgendwann wieder abbrechen sollte.“* *„Ich würd’ mir mal ‘ne Kontinuität in dem Bereich wünschen.“* *„Wir hätten schon gerne, wenn das weitergeht, weil’s bei uns richtig gut läuft.“*

Der positive Gesamteindruck ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Schüler und Schülerinnen in den Bildungsstätten nach Meinung der Lehrkräfte einen guten und realistischen Einblick in die Berufswelt bekommen. Sie können durch die professionelle Anleitungen wichtige Erfahrungen in für sie interessanten Berufsfeldern machen und bekommen einen nachhaltigen Eindruck von eigenen Talenten und Fertigkeiten.

Trotz der grundsätzlichen Akzeptanz geben die Ergebnisse der Befragung Hinweise auf Schwierigkeiten, die sich vor allem auf drei Bereiche konzentrieren. Zum ersten sind die Berufsfelder sehr stark auf den handwerklichen Bereich beschränkt, wodurch es insbesondere für Mädchen Probleme bei der Berufswahl gibt. Eine Ausweitung könnte hier sinnvoll sein. Diese hätte ne-

ben einer geschlechtsspezifischen Ausgewogenheit auch auf die regionalen wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. die in der Region relevanten Berufe bzw. Berufsfelder, einzugehen. Auch ist die Auswahl der Berufe nicht in allen Fällen möglich gewesen. Oftmals geben die Bildungsstätten die Berufe selbst vor. Hier wäre eine größere Flexibilität aus Sicht der Lehrkräfte wünschenswert.

Dies leitet über zur zweiten Schwierigkeit. Nach der Auswertung der Lehrkräfteinterviews erhärtet sich der Eindruck, dass die konkrete Ausgestaltung des Programms relativ stark von den Akteuren vor Ort (Schulen, Bildungsstätten) abhängt. Der zeitliche Rahmen der Maßnahme unterscheidet sich zwischen den Schulen ebenso stark wie die jeweilige Vor- und Nachbereitung des Projekts. So scheint das Programm in einigen Schulen eher „mitzulaufen“, was sich auch auf die Nachhaltigkeit der Maßnahme auswirken dürfte. In solchen Schulen ist das Berufsorientierungsprogramm mit der konkreten Durchführung abgeschlossen. Eine systematische Verzahnung mit weiteren Berufsorientierungsaktivitäten findet nicht statt. Hier ist eine längerfristige Wirkung im Sinne einer Verbesserung des Schnittstellenmanagements Schule/Beruf zumindest fraglich.

Drittens bezieht sich die wahrgenommene Uneinheitlichkeit des Programms auch auf die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsbildungsstätte. Relativ häufig wünschten sich Lehrkräfte eine Verbesserung der Kommunikation. Dies betraf insbesondere eine frühzeitige Information, sodass die Lehrer und Lehrerinnen ihre Schüler und Schülerinnen systematisch auf das Programm vorbereiten können. Insbesondere Lehrkräfte, die mit der Berufsorientierung nur am Rande betraut sind, könnten eine umfangreichere Einführung gebrauchen.

### **5.3 Die Sichtweise der Berufsbildungsstätten**

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beruhen auf Besuchen und Interviews in sieben Berufsbildungsstätten aus den sieben Bundesländern mit den höchsten Teilnehmendenzahlen ein.

Vertreten waren drei Berufsbildungsstätten von Handwerkskammern sowie vier Berufsbildungsstätten von freien Trägern jeweils in unterschiedlichen Größen, bezogen auf die beantragte und bewilligte Teilnehmendenzahl im Rahmen des Berufsorientierungsprogramms.

Im Materialband S. 95ff ist eine Zusammenfassung der Dokumentationen der Interviews in fünf Berufsbildungsstätten und der Dokumentationen der Feldbesuche zu finden. Die Dokumentationen der einzelnen Interviews sind als Beleg und zum Nachlesen bei Detailfragen ebenfalls im Materialband S. 74ff zu finden. Die Dokumentation der Feldbesuche führen wir nicht im Materialband auf, weil diese Besuche und Gespräche nicht systematisch nach einem Leitfaden geführt wurden. Da einige Antworten in den Dokumentationen der Interviews zur Identifikation einzelner Berufsbildungsstätten führen könnten, wurden entsprechende Fragen und Antworten wegen der von uns zugesagten Vertraulichkeit in den Dokumentationen weggelassen (z. B. welche Berufsorientierungsprogramme die Berufsbildungsstätten früher durchgeführt haben). In der Zusammenfassung im Text werden diese Punkte aber verallgemeinernd aufgeführt.

Vor der Darstellung der Antworten aus den Interviews sollen im Folgenden noch einige Eindrücke wiedergegeben werden sowie Aussagen zu Aspekten, die wir nicht als Frage in unserem Leitfaden hatten, und Antworten, die bei allen Berufsbildungsstätten gleich waren.

Berufsorientierung für Schüler und Schülerinnen wurde von allen Fach- und Leitungskräften der Berufsbildungsstätten als sehr wichtig angesehen.

Die Berufsorientierungsprojekte liefen in den meisten Berufsbildungsstätten unter phantasievollen Projektnamen, die das BMBF-Berufsorientierungsprogramm nicht erkennen ließen. Aus Gründen der zugesagten Vertraulichkeit können diese Namen hier nicht aufgeführt werden.

Alle Berufsbildungsstätten machten einen engagierten Eindruck und schienen über genug Initiative, Kreativität und Fähigkeiten zu verfügen, auf der organisatorischen Ebene Probleme zu lösen. Die Spielräume des Programms wurden von den Berufsbildungsstätten unterschiedlich genutzt, die Richtlinie wurde zum Teil sehr weit, zum Teil sehr eng ausgelegt. In Bezug auf einige Eckpunkte der Richtlinie gab es unterschiedliche Interpretationen. Die Antworten bezüglich der Finanzierungsvorgaben und -regelungen waren so unterschiedlich, dass gelegentlich der Eindruck entstand, es mit unterschiedlichen Programmen zu tun zu haben.

Berufsbildungsstätten- bzw. Projektleitungen und Auszubildende spiegelten gelegentlich unterschiedliche Projektrealitäten wider – als würden sie wenig miteinander reden. Die Bildungsstätten- bzw. Projektleitungen sprachen kaum Probleme im Umgang mit den Jugendlichen an; ihre Haltung bezogen auf die Jugendlichen wirkte wertschätzend, gelegentlich auch fürsorglich. Die Auszubildenden sprachen von den alltäglichen Problemen im Umgang mit den Jugendlichen; die Gespräche mit ihnen waren lebendig und praxisbezogen und sehr konkret. Das konnte auch mit unserer Eröffnungsfrage zusammenhängen, wie sie die Jugendlichen erleben und wie sie die Arbeit mit ihnen gestalten. (*„Für die Schüler ist es ein Abenteuer“*. *„Es gibt sicherlich leichtere Aufgaben“*). Die Auszubildenden richteten z. T. Verbesserungswünsche an uns, die auf der Programmebene nicht zu erfüllen waren – zumindest nicht nach der aktuellen Richtlinie –, sondern im Gestaltungsraum der Berufsbildungsstätte lagen.

Die Finanzierung des Mittagessens und des Frühstücks der Schüler und Schülerinnen wurde von einigen Berufsbildungsstätten thematisiert, ohne dass wir danach gefragt hatten. Zum Teil bezuschussten sie diese. Ebenso fragten wir nicht explizit nach der Größe der Gruppen. Die Gruppengröße war aber bei fast allen Auszubildenden ein vorherrschendes Thema. (*„Man hätte die Gruppe auf 8 oder 10 einschränken sollen“*. *„Um das gezielt machen zu können, sollte man auf kleinere Gruppen gehen“*). Sie variierte von 18 Teilnehmenden mit einem Auszubildenden über 12 Teilnehmende mit zwei Auszubildenden bis zu 4 Teilnehmende mit einem Auszubildenden. Die Auszubildenden waren interne und externe Kräfte.

In Bezug auf die technische Ausstattung der Werkstätten lässt sich zusammenfassen, dass von der Mindestausstattung bis zur technisch sehr hochwertigen Ausstattung alles vorhanden war. Die Schüler und Schülerinnen kamen in der Regel in ganzen Klassen. Wenn die Berufsbildungsstätte nicht zentral und verkehrstechnisch günstig lag, wurden die Fahrtprobleme der Teilnehmenden gelöst, indem z. B. Busse gechartert wurden. Die Kosten trugen die Berufsbildungsstätten oder die Schulen.

Ein Ausbilder wies darauf hin, dass nicht alle Berufsbildungsstätten tarifliche Gehälter an die im Rahmen des BOP tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zahlen, und er wünschte sich, dass alle Berufsbildungsstätten dazu verpflichtet wären.

Unsere Gespräche mit den Leitungs- und Fachkräften der Berufsbildungsstätten strukturierten wir mit Hilfe eines Leitfadens, der im Materialband S. 15ff zu finden ist, entlang folgender Themenblöcke:

- Planung und Kooperationsformen der Berufsorientierung,
- Organisationsformen der Berufsorientierung,
- Inhaltliche Durchführung der Berufsorientierung,
- Ergebnisse der durchgeführten Berufsorientierung,
- Bewertung des Konzeptes der Berufsorientierung,
- Abwicklung und Finanzierung des Programms.

### 5.3.1 Planung und Kooperationsformen der Berufsorientierung

Die Berufsbildungsstätten erfuhren von dem Programm zur Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten von ihrem jeweiligen Verband und anschließender Internetrecherche bzw. durch routinemäßige eigenständige Internetrecherche.

Die meisten befragten Berufsbildungsstätten verfügten nach eigener Aussage über Erfahrungen mit früheren Berufsorientierungsprojekten, zum Zeitpunkt der Befragung wurden aber außer dem BOP keine parallel laufenden Projekte durchgeführt. Sie sahen auch wenige Verzahnungsmöglichkeiten mit anderen Berufsorientierungsprogrammen.

Die Zahl der Jugendlichen, die in ihren Werkstätten an diesem Programm teilnehmen konnten bzw. sollten, ergab sich aus dem Bedarf der Schulen und den freien Kapazitäten der Werkstätten. Die Organisation und Ablaufplanung dieser Berufsorientierung stellte insbesondere für den ersten Projektdurchlauf eine logistische Herausforderung dar. Die Berufsbildungsstätten nutzten überwiegend schon bestehende Kooperationen mit Schulen und bewerteten diese Zusammenarbeit als gut. In allen Fällen bejahten die Berufsbildungsstätten, Kooperationsverträge mit den Schulen geschlossen zu haben. Nach Einschätzung einiger Berufsbildungsstätten hätten die Schulen in ihrem Umkreis einen größeren Bedarf an Berufsorientierung, als sie selbst abdecken könnten.

Die Projektleitungen wünschten oder forderten zum Teil eine längere Anwesenheit der Lehrkräfte in ihren Werkstätten, wenn ihre Schüler und Schülerinnen sich in den diversen Berufsfeldern ausprobierten.

Die Auszubildenden gaben an, dass sich die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften sehr unterschiedlich gestalten und abhängig sei von der einzelnen Lehrkraft. („Die wechseln ja ständig“). Einige Auszubildende wünschten sich, dass die Lehrkräfte stärker eingebunden würden und öfter anwesend sein sollten. („Ich hätte es gerne, wenn ein Lehrer die ganze Zeit dabei ist“). Vereinzelt wurde aber auch das Gegenteil genannt: Die Lehrkräfte sollten weniger anwesend sein. Von den Lehrkräften wurde außerdem eine bessere Vorbereitung der Jugendlichen auf die Berufsorientierung gewünscht: So sollten die Jugendlichen besser über die Berufsprofile informiert sein, die sie in den Berufsbildungsstätten kennen lernen können, und sie sollten z. B. zweckmäßig gekleidet sein für die Tätigkeiten, in den sie sich ausprobieren wollten. („Ich hätte mir mehr Vorbereitung von den Schulen gewünscht“). Die Äußerungen der Auszubildenden in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften implizierten bezogen auf die Kooperationen mit den Lehrkräften wenige Gestaltungsmöglichkeiten.

Kooperationen mit kleinen und mittleren Unternehmen spielten in den Interviews keine Rolle. Nur eine Berufsbildungsstätte erwähnte die Herstellung von Kontakten zwischen potenziellen Auszubildenden aus der Berufsorientierung und Firmen. Diese Kontakte wurden aber mit Hilfe eines anderen Programms hergestellt.

### 5.3.2 Organisationsformen der Berufsorientierung

In die besuchten und befragten Berufsbildungsstätten kamen überwiegend Schüler und Schülerinnen aus Hauptschulen bzw. aus den entsprechenden Formen in den jeweiligen Schulsystemen der Bundesländer, aber auch Realschüler und -schülerinnen sowie Förderschüler und -schülerinnen, und zwar überwiegend 8., aber auch 7. und 9. Jahrgänge. Die Schüler und Schülerinnen kamen jeweils klassenweise.

In den besuchten Berufsbildungsstätten wurden mehrheitlich fünf bis sieben Berufsfelder in traditionellen und z. T. regional bedeutsamen Handwerksberufen, auch in Kooperation mit anderen Trägern, angeboten. Neue Berufsfelder bzw. Berufe<sup>27</sup> waren nicht dabei. Die Auswahl von in der Regel drei bis vier Berufsfeldern fand in der Schule statt, wenn die Schüler und Schülerinnen die Wahl hatten, was nicht immer der Fall war. Ein ungeplanter Wechsel zwischen den Berufsfeldern war nur in Ausnahmefällen möglich.

Nach Auskunft der Berufsbildungsstätten fand die Berufsorientierung ausschließlich in der Schulzeit statt, Angebote in den Ferien wurden von den Schulen nicht angenommen. Die Berufsorientierung umfasste überwiegend einen Block von zwei Wochen oder zwei Blöcke von je einer Woche. Die von der Richtlinie vorgegebene Zahl von 80 Stunden in zwei Wochen wurde selten erreicht. Im Durchschnitt arbeiteten die Ausbildenden sechs Stunden am Tag mit den Teilnehmenden. Die Reduzierung der täglichen Zeit war auf die lange Anfahrt bei einigen Berufsbildungsstätten zurückzuführen, die von der Zeit der Berufsorientierung abgezogen wird. Ein weiterer wichtiger Grund war, dass die Schüler und Schülerinnen nach Auskunft der Ausbildenden sich am Nachmittag nicht mehr konzentrieren können. („Das, was man anfangs aufgebaut hat, bricht nachmittags wieder ein“. „Wenn die nachmittags platt sind, ruck zuck ist dann was passiert“). Von einigen Ausbildenden wurden sogar sechs Stunden am Tag als zu lang angesehen. Die Bildungsstätten- und Projektleitungen problematisierten diese tägliche Zeit nicht.

Nur eine der sieben besuchten Berufsbildungsstätten nahm einen Teilnahmebeitrag für die Materialkosten von den Schülern und Schülerinnen ein.

### 5.3.3 Inhaltliche Durchführung der Berufsorientierung

In den Berufsbildungsstätten war die Intensität der Vorbereitung im eigenen Hause und mit den Schulen sehr unterschiedlich. Einige Projektleitungen machten Besuche in den Schulen, bereiteten mit den Ausbildenden Teile der Berufsorientierung vor, andere machten keine Besuche, weil sie die Schulen schon kannten, z. T. wurden Schüler und Schülerinnen in die Vorbereitung einbezogen oder es wurden Lehrkräfte zum Besuch der Berufsbildungsstätte eingeladen, in einem Fall auch Eltern.

Die Ausbildenden hielten eine eigene Vorbereitung in ihrem Fachbereich für nötig, unter anderem weil Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden müssen.

Der konkrete Ablauf der Berufsorientierung orientierte sich an der alltäglichen Organisation der Berufsbildungsstätte. Die meisten Schüler und Schülerinnen arbeiteten an einem Werkstück und bekamen wenig theoretische Einführungen. Einige Berufsbildungsstätten hatten zusätzliche methodische Einsprengsel – z. B. ein Planspiel, die Teilnahme an Prüfungen, Hinzuziehung der Auszubildenden in begleitenden Rollen. Es gab auch Gruppen, in denen Auszubildende und

---

<sup>27</sup> Eine Auflistung von neuen Berufen ist zu finden unter <http://www.bibb.de/de/846.htm> [30.10.2009].

Schüler und Schülerinnen gemeinsam arbeiteten. Einige Berufsbildungsstätten händigten den Teilnehmenden Mappen mit Informationen zur Berufsorientierung aus.

Nach Erfahrung der Ausbildenden bauen die Jugendlichen gerne Werkstücke, die sie mitnehmen können. (*„Es war schön, zu sehen, wie stolz sie auf ihre Arbeit waren“*). In bestimmten Berufsfeldern haben die Jugendlichen Probleme mit der großen körperlichen Anstrengung. Ein Ausbildender baute methodische Wechsel ein, damit sich die Teilnehmenden nach langem Stehen setzen konnten. (*„Ich muss einen Wechsel zwischen Stehen und Sitzen reinkriegen“*). Die Ausbildenden werteten die Motivation der Teilnehmenden als unterschiedlich. Nach ihrer Meinung hänge sie auch davon ab, ob die Jugendlichen das besuchte Berufsfeld freiwillig gewählt haben.

Die Mehrheit der befragten Ausbildenden beurteilte die Teilnehmenden nach zwei bis drei Tagen anhand der von der Projektleitung vorgelegten Kriterien oder mit Hilfe von Teilen bekannter Kompetenzfeststellungsverfahren. Viele machten eine Selbst- und Fremdeinschätzung Einzelner oder Gruppen. Es gab vielfach mündliche Rückmeldungen.

Viele Ausbildenden beschrieben, wie schwierig es ist, schon nach zwei bis drei Tagen die Teilnehmenden beurteilen zu müssen. (*„24 Schüler zu bewerten in der kurzen Zeit, in der sie hier sind, ist schwierig“*). Außerdem hätten sie kaum Zeit dafür und wenige passende und abgesprochenen Kriterien. Bis auf eine besuchte Berufsbildungsstätte, in der Anleitung und Kompetenzfeststellung getrennt voneinander waren, führten in allen Berufsbildungsstätten die Ausbildenden, die vorher zwei bis drei Tage mit den Jugendlichen gearbeitet hatten, am Ende dieser Phase auch deren Beurteilung durch. Die Ausbildenden beschrieben, dass es schwierig sei, die Jugendlichen anzuleiten, bei der Benutzung von Maschinen auf die Sicherheit zu achten und gleichzeitig zu beobachten, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten die Teilnehmenden zeigen. Je größer die Gruppen, umso schwieriger werde dieses Unterfangen. (*„Das Unfallrisiko ist sehr hoch; deswegen muss ich darauf achten, dass Ruhe und Disziplin reinkommt“*).

Die Beurteilungen der Teilnehmenden wurden von den Projektleitungen nach Vorlage der Ausbildenden angefertigt und waren Anhang des Teilnahme-Zertifikats. Berufswahl- oder Profilpass spielten nach Aussage der Berufsbildungsstätten eine untergeordnete Rolle.

Die Nachbereitung der Berufsorientierung wurde i. d. R. durch Lehrkräfte, seltener durch Berufswahlkoordinatoren bzw. -koordinatorinnen, Ausbildungsberater bzw. -beraterinnen oder Berufseinstiegsbegleiter bzw. -begleiterinnen durchgeführt.

#### **5.3.4 Ergebnisse der durchgeführten Berufsorientierung**

Nach Ansicht der Bildungsstätten- und Projektleitungen haben die Schüler und Schülerinnen Erkenntnisse und Erfahrungen über die Berufsfelder, z. T. auch neues Selbstbewusstsein gewonnen; zudem seien sie motivierter und stolz auf ihre Werkstücke.

Nach Einschätzung der Ausbildenden haben die Teilnehmenden erfahren, wie ein Arbeitstag verläuft, was Unfallschutz, Gehörschutz etc. bedeutet, und sie können falsche Vorstellungen über einen Beruf korrigieren. (*„Sie konnten mal reinschnuppern, wie so ein Arbeitstag ist“*). Außerdem wurde vielen klar, welches Berufsfeld für sie geeignet sei. Auch die Rückmeldungen der Ausbildenden hielten sie für wichtig.

Die Intensität der Auswertung in den Berufsbildungsstätten und mit den Schulen war sehr unterschiedlich: Es gab informellen Austausch, aber auch Auswertungsrunden mit allen Beteiligten.

Allerdings waren einige Berufsbildungsstätten noch gar nicht in der Phase der Auswertung, weil die Berufsorientierung erst begonnen hatte.

Einige Auszubildende bemängelten, dass es einen eher geringen Austausch untereinander gibt, und begrüßten den Besuch der Evaluatorinnen als gute Gelegenheit, sich über ihre Arbeit auszutauschen.

### 5.3.5 Bewertung des Konzepts der Berufsorientierung

Nach Ansicht der Bildungsstätten- und Projektleitungen war der Rahmen von zwei Wochen ausreichend. Sie sahen die 8. Klassen als optimalen Jahrgang an und wollten ein breites Spektrum anbieten, aus dem drei bis vier Felder gewählt werden können.

Auch für die Auszubildenden war der zeitliche Rahmen von zwei Wochen in Ordnung, aber acht Stunden pro Tag waren ihrer Meinung nach zu viel. Sie sahen ebenfalls die 8. Klassen als optimalen Jahrgang für einen Erstkontakt an und hielten vier Berufsfelder, die in zwei Wochen durchlaufen werden könnten, für ausreichend.

Laut Aussage der Berufsbildungsstätten gab es wenige Abbrüche, und diese waren von Seiten der Auszubildenden veranlasst. Gründe dafür waren problematische Vorfälle (Gewalt, Lüge). Die Auszubildenden merkten als weitere Probleme im Umgang mit den Jugendlichen deren fehlende Konzentration und schlechtes Benehmen an, außerdem unpassende Kleidung. Um diese Probleme bearbeiten zu können, seien die Gruppen zu groß.

Die Auswertung der Befragung von 91 Projekten, die das BIBB im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms zu einem Stichtag im Mai 2009 durchgeführt hatte, ergab ebenfalls eine geringe Abbruchquote von 4,3 Prozent (Niemann 2009, 49), wobei in dieser Datenerhebung genau wie in unseren Interviews und unserer Schülerbefragung nicht definiert wurde, was als Abbruch gilt.

Alle Berufsbildungsstätten wollten das Projekt fortsetzen, und zwar im gleichen bzw. steigenden Umfang der bisherigen Teilnehmenden-Zahlen. Kontinuität sei für die Schulen wichtig, meinten die Berufsbildungsstätten. *„Es sollte eine Daueraufgabe sein, denn das schlimmste, was man Schulen antun kann, sind wechselnde Strukturen alle zwei Jahren ... sie sagen, lass mich in Ruhe, ewig kommt ihr mit neuen Sachen an und wenn man es organisiert hat, dann ist es wieder weg“*. Auch die Auszubildenden sagten, dass die Berufsorientierung auf alle Fälle fortgesetzt werden sollte, da sie für die Jugendlichen sehr nützlich sei. *„Die Jugendlichen haben keinen Bezug mehr zur Arbeitswelt“*. *„Viele stellen sich etwas anderes vor und kommen dann in die Ausbildung“*. *„Ja, auf alle Fälle, wir haben ja alle Voraussetzungen hier“*.

Den zusätzlichen Fortbildungsbedarf der Auszubildenden verneinten die Bildungsstätten- und Projektleitungen eher, da die Bildungsstätten selbst so etwas anbieten; außerdem äußerten die Auszubildenden nach Aussage der Bildungsstätten- und Projektleitungen keine entsprechenden Wünsche, und Fortbildung könnte die in der Berufsorientierung auftretenden Probleme sowieso nicht lösen (z. B. die Quirligkeit und Lebendigkeit der Jugendlichen – *„eine Tüte Mücken“*). Die Mehrheit der Auszubildenden selbst wünschte aber den Austausch mit anderen Auszubildenden des gleichen Berufsfeldes und Fortbildung im Umgang mit pädagogischen Problemen.

### 5.3.6 Abwicklung und Finanzierung des Programms

Die Frage nach der Bewertung der Programmabwicklung wurde in einer große Bandbreite beantwortet: Von „keine Probleme“ bis zur Bitte um Vereinfachung der Abrechnung war alles vertreten. Mustervorlagen wurden nicht (mehr) gewünscht, da die Vorlagen inzwischen schon fertig wären oder z. B. starke regionale Besonderheiten beständen, die den Einsatz von einheitlichen Vorlagen begrenzten.

Die Mehrheit der befragten Berufsbildungsstätten hatte kein Problem mit der Regelung, dass für eine Vollfinanzierung 80 Prozent der Teilnehmenden anwesend sein müssen, da die meisten Teilnehmenden regelmäßig kommen.

Es gab aber Probleme mit dem Einwerben der vorgeschriebenen Drittmittel: Eine Berufsbildungsstätte führte das Projekt durch, obwohl der Drittmittelgeber inzwischen abgesprungen war, eine andere sah das Einwerben von 20 Prozent Drittmitteln für die Zukunft als realistischer an, und eine weitere hatte sehr lange auf die Zusage der Drittmittel gewartet, bevor sie mit der Berufsorientierung beginnen konnte. Für sechs der sieben interviewten Bildungsstättenleitungen war die Kalkulationsgrundlage von 600 Euro pro Teilnehmer bzw. Teilnehmerin in Ordnung.

## 5.4 Die besondere Sichtweise der Ausbildenden

Zur Vertiefung der in den Besuchen der Berufsbildungsstätten von den Ausbildenden angesprochenen Punkte wurden sechs telefonische Interviews mit Ausbildenden aus sechs weiteren Berufsbildungsstätten geführt, deren Aussagen im Folgenden wiedergegeben werden.

Interviewt wurden vier Ausbilder und zwei Ausbilderinnen in den Berufsfeldern Elektrotechnik, Anlagenmechaniker Sanitär/Heizung/Klimatechnik, Frisör/Kosmetik & Körperpflege, Installation/Metall und Floristik in einer überbetrieblichen und in fünf vergleichbaren Berufsbildungsstätten, von denen zwei in den neuen Bundesländern angesiedelt waren. Zwei der interviewten Ausbildenden waren gleichzeitig Projektleitungen, was bei der Auswertung der Antworten berücksichtigt werden musste, da Ausbildende und Projektleitungen zu einigen Fragen unterschiedliche Perspektiven einnehmen können.

Im Materialband S. 108ff ist eine Zusammenfassung der Dokumentationen der Interviews mit den sechs Ausbildenden zu finden. Die Dokumentationen der einzelnen Interviews sind als Beleg und zum Nachlesen bei Detailfragen ebenfalls im Materialband S. 98ff zu finden. Antworten, die zur Identifikation einzelner Berufsbildungsstätten führen könnten, wurden in den Dokumentationen der einzelnen Interviews im Materialband wegen der von uns zugesagten Vertraulichkeit weggelassen oder verfremdet.

Die Antworten der sechs Interviewten spiegelten die ganze Vielfalt wider, die das Programm möglich macht, so dass die Antworten zu bestimmten einzelnen Fragen schwer zu bündeln waren und in einigen Punkten nur aufgelistet werden konnten. Bei der Durchführung und anschließender Dokumentation der Interviews wurde auch deutlich, dass Gruppeninterviews – die bei unseren Besuchen zum Teil bzw. streckenweise auch Gruppendiskussionen waren – eine Dynamik entwickeln, die mehr inhaltliche – auch kritische – Punkte zum Vorschein bringen und so für die Auswertung ergiebiger sind, insbesondere wenn die Gruppeninterviews ohne Anwesenheit der Projektleitungen geführt werden konnten.

Im Leitfaden für die Interviews gab es eine Besonderheit: Der Schluss des Leitfadens enthielt „Wünsch dir was“-Fragen, d. h., es wurde nach Handlungsmöglichkeiten der Ausbildenden im

Rahmen von veränderten Bedingungen gefragt. Diese „Wünsch dir was“-Fragen sollten die Auszubildenden aus dem Reich des Pragmatismus herauslocken und kreative Antworten anregen bzw. deutlicher machen, wo ggf. Probleme des Konzeptes bzw. der Arbeit zu finden sind. Diese Fragen sind wegen ihrer Besonderheit in der Tabelle in der Frageform vollständig wiedergegeben und nicht zu einem Halbsatz abgekürzt worden.

Die sechs interviewten Auszubildenden hatten Erfahrungen in der Unterrichtung von Auszubildenden, die meisten auch in der Arbeit mit Jugendlichen in der Berufsvorbereitung. Von den sechs Interviewten hatten vier den „Meisterbrief“, einer davon war noch zusätzlich Sozialpädagoge, einer war Diplomingenieur, und in einem Fall äußerte eine Interviewte, die gleichzeitig auch Projektleitung war, dass in ihren Bereichen „Fachanleiter“ und „Fachanleiterinnen“ arbeiten würden. Die Interviewten verfügten über unterschiedliche Erfahrungen in der Berufsorientierung, diese umfassten ein Spektrum von „Erfahrungen aus früheren Berufsorientierungsprogrammen“ bis „seit Anfang des Jahres“.

Die Auszubildenden leiteten die Schüler und Schülerinnen allein in Gruppen von drei bis 14 Jugendlichen an. Zwei Auszubildende äußerten sich zur Größe ihrer Gruppen kritisch. Die geschlechtsspezifische Zusammensetzung dieser Gruppen ergab sich aus den Zusammensetzungen der Klassen, wenn die Jugendlichen vorgegebene Fachbereiche durchlaufen mussten, und nach traditionellem Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen, wenn die Jugendlichen die Berufsfelder frei wählen durften.

#### **5.4.1 Vorbereitung und Durchführung der Berufsorientierung**

Alle sechs Interviewten wurden von den Projektleitungen auf die Berufsorientierung vorbereitet. Einige Projektleitungen baten die Auszubildenden, Themen und Inhalte ihrer Fachbereiche einzureichen, andere erarbeiteten Informationsblätter über die Zahl der Schüler und Schülerinnen, über die Schulen, die Aufgaben, den Ablauf und über die Organisation oder/und erstellten Anwesenheitslisten und Feedbackbögen zur Verwendung durch die Auszubildenden.

Im Rahmen ihrer eigenen Vorbereitungen hatten die meisten Auszubildenden ein Programm für sich entworfen, das sie immer anwendeten. In diesen Programmen wurde nach den Aussagen von einigen versucht, die Balance von Theorie und Praxis zu halten. In einem Fall wurden Arbeitsblätter aus diesem Programm auch im Unterricht an den kooperierenden Schulen erarbeitet.

In der Durchführung der Berufsorientierung legte jeder bzw. jede der Auszubildenden besonderen Wert auf einen anderen Punkt:

- Disziplin,
- Vermittlung handwerklicher Tätigkeiten und Einblicke in Wirtschaftsstrukturen von Firmen,
- Pünktlichkeit, Auftreten den Auszubildenden und den anderen Jugendlichen gegenüber, Wecken von Interesse,
- Vermittlung von Punkten, auf die es in diesem Beruf ankommt und auf die sie selber achten müssen (Umgangsformen, Aussehen, Hygiene),
- ein fertiges Produkt, das die Jugendlichen mit nach Hause nehmen können,
- Hervorheben der Stärken der Jugendlichen.

Die Vorbereitung und Durchführung bewerteten die meisten Auszubildenden als optimal bis gut; eine Auszubildende, die gleichzeitig auch Projektleitung war, wünschte sich mehr Personal für eine optimale Vorbereitung und Durchführung.

### 5.4.2 Rückmeldungen an die Schüler und Schülerinnen

Die meisten Ausbildenden hatten Erfahrungen in der Arbeit mit Klassen von 7 bis 9 und sahen die 8. Klasse als die optimale Klasse bzw. das optimale Alter für die Durchführung der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten an. Nach Aussagen der Ausbildenden waren Mädchen männlich dominierten Berufsfeldern gegenüber aufgeschlossen, wählten aber meist geschlechtsspezifisch. Nach ihren Beobachtungen arbeiteten Mädchen genauer und präziser, mussten aber auch mangelnde Kraft durch Technik ausgleichen.

In der Kompetenzfeststellung bzw. der Selbst- und Fremdeinschätzung skizzierte jeder bzw. jede Interviewte ein eigenes „Modell“, das auch davon abhing, wie die Durchführung der Berufsorientierung in den einzelnen Berufsfeldern organisiert war, d. h. ob die Jugendlichen z. B. in der ersten Woche fünf oder mehr Berufsfelder durchlaufen und sich dann für die zweite Woche eins auswählen oder ob die Jugendlichen sich nacheinander in drei bis vier Berufsfeldern an je zwei bis drei Tagen ausprobieren. Die unterschiedlichen Modelle sahen so aus:

- Nach dem zweiten Tag gibt es ein Feedback zu vorgegebenen Kriterien: z. B. Pünktlichkeit, Ausdauer, Disziplin, Kritikfähigkeit, genaues Arbeiten, Geschicklichkeit, körperliche Belastbarkeit in den Stufen von 1 bis 6.
- Nach jedem Tag füllen die Ausbildenden einen Bewertungsbogen mit 15 Merkmalen auf Skalen von 1 bis 5 aus (Vorstellungsvermögen, handwerkliche Stärken etc.), daraus entsteht eine Tagesnote; diese erhalten die Lehrkräfte, und dort fließen sie in die Note des Unterrichtsfaches, z. B. Wirtschaft, ein.
- Am ersten Tag wird ein Bewertungsbogen in Zusammenarbeit mit Jugendlichen und Lehrkräften ausgefüllt, Merkmale sind z. B. Geschicklichkeit, Umgangston; nach der zweiten Woche findet auch das Ausfüllen eines Bewertungsbogens statt; die Bewertung fließt bei einigen Schulen in die Note eines Faches ein.
- Kompetenzfeststellung mit Hilfe eines Beurteilungsbogens zu den Merkmalen Geschicklichkeit, Kreativität, Umgang mit Kollegen und Kolleginnen sowie mit Vorgesetzten, Pünktlichkeit, etc.; zusätzlich erhalten die Jugendlichen nach jeder Aufgabe eine Rückmeldung, wobei die positiven Punkte hervorgehoben werden.
- Wenn sich die Schüler bzw. Schülerinnen für einen Bereich entschieden haben und länger bleiben, wird ein Bewertungsbogen zu bestimmten Merkmalen, für die Noten vergeben werden, ausgefüllt; hieraus wird am Ende eine Gesamtnote errechnet; der Bewertungsbogen bietet auch die Möglichkeit, Freitext hinzuzufügen.
- Die Berufsbildungsstätte führt Kompetenzanalysen (standardisierte Tests) in der Schule durch, Rückmeldungen in den Fachbereichen durch Anleitende; die Sozialpädagogin sammelt Rückmeldungen für Abschlussbeurteilung ein; Jugendliche nehmen Werkstück als Ergebnis mit.

### 5.4.3 Zusammenarbeit mit Lehrkräften

Auch die Abstimmung mit den Lehrkräften verlief sehr unterschiedlich. Folgende Varianten gab es:

- Die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften war ein „*Entwicklungsprozess*“, am Anfang wurde „*rumexperimentiert*“, jetzt finden zu Schuljahrsbeginn Treffen mit denselben Lehrkräften, den Lehrkräften für Wirtschaft & Technik, statt.

- Lehrkräfte bekommen von den Ausbildenden Themen vorgegeben, die sie im Unterricht vor der Berufsorientierung besprechen müssen; Themen für das Berufsfeld Sanitär/Heizung/Klima sind z. B.: Gewinnung von Kupfer, Erläuterung einer Zeichnung, Löten.
- Je nach Schule kommen Lehrer und Lehrerinnen vorbei oder nicht, einige dokumentieren den Ablauf, andere lassen Schüler bzw. Schülerinnen einen Tagesbericht schreiben.
- Man tauscht sich aus, Lehrkräfte sind oft verwundert, dass die „Schulrabauken“ friedlich und motiviert sind.
- Lehrkräfte haben Aufsicht, kontrollieren, ob alle angekommen sind.

Die Verantwortungsteilung zwischen Lehrkräften und Ausbildenden in der Arbeit mit den Jugendlichen sah nach Darstellung der Ausbildenden so aus, dass die Lehrkräfte z. B. den Schülertransport in den Bussen beaufsichtigen, Aufsicht in den Pausen führen, in den Fachbereichen anwesend und verantwortlich für die Vorbereitung und Nachbereitung waren bzw. sind. Die Ausbildenden selbst waren bzw. sind z. B. verantwortlich für die Arbeitsschutzbelehrung, die Organisation und Einteilung der Jugendlichen in die Bereiche, für das Material, für die Durchführung der Sicherheit und für die Vorbereitung, Durchführung, Planung, Organisation der Berufsorientierung. Zwei Interviewte antworteten, dass die Klärung der Verantwortlichkeiten von den Lehrkräften und dem Sozialpädagogen vorgenommen werde und sie sich deswegen für diese Frage nicht zuständig fühlten.

#### 5.4.4 Auswertung der Berufsorientierung

Die Auswertung der durchgeführten Berufsorientierung verlief bzw. verläuft ebenfalls sehr unterschiedlich. Sechs Varianten waren in den Antworten beschrieben:

- Auswertung der Ausbildenden mit der Geschäftsführung.
- Bewertung der Aussagen von Schülern bzw. Schülerinnen und Lehrkräften.
- Projektleitung wertet die Berufsorientierung zusammen mit den Lehrkräften und den Ausbildenden aus.
- Auswertung mit den Ausbildenden, den Schülern bzw. den Schülerinnen und den Auszubildenden.
- Berufsbildungsstätte erstellt Resümee, das mit der Schule besprochen wird, danach erhalten die Meister nochmals eine Rückmeldung.
- Schülerbefragung, Befragung von Schulen, interne Auswertung.

Ihre jeweils eigenen Formen der Auswertung hielten die meisten Befragten für optimal bis gut.

#### 5.4.5 Wunschfragen „Was wäre, wenn ...“

##### ... Sie nur mit einem Schüler arbeiten könnten bei gleich bleibender Zeit?

Zwei Ausbildende sahen es nicht als vorteilhaft an, mit nur einem Schüler bzw. einer Schülerin zu arbeiten, weil diese sich dann nicht vergleichen, unterstützen und anspornen könnten. Für zwei Ausbildende war diese Frage nicht relevant, weil ihrer Gruppen schon klein genug waren. Zwei Ausbildende würden bei der Arbeit mit nur einem Schüler bzw. einer Schülerin intensiver auf diesen bzw. diese eingehen, genauer definieren, was im Beruf auf ihn bzw. sie zukommt.

**... Sie mehr Zeit bei gleich bleibender Gruppengröße zur Verfügung hätten?**

Wenn die Ausbildenden mehr Zeit zur Verfügung hätten, würden sie mehr Übungen machen, tiefer ins Berufsfeld einsteigen, sie hätten mehr Kontakt zu den Schülern und Schülerinnen, würden Einzelgespräche führen, würden „tiefer in die Kompetenzen gehen“ und länger nachbetreuen. Zwei Ausbildende bewerteten die vorhandene Zeit als optimal.

**... Sie den Lehrkräften etwas zu sagen hätten?**

Von den Lehrkräften wünschte sich ein Ausbildender, dass sie alles Praktische mitmachen, um zu erfahren, wie schwierig das ist, damit sie die Jugendlichen weniger kritisieren. Ein anderer wünschte sich, dass es in den Schulen mehr Praxistage gebe, und ein Dritter wünschte sich, dass das Angebot der Berufsorientierung im Unterricht wieder aufgenommen und weiter verarbeitet würde. Zwei Ausbildende waren so zufrieden, wie es war, und ein weiterer konnte diese Wunschfrage nicht beantworten, da die Lehrkräfte mehr mit den Sozialpädagogen bzw. Sozialpädagoginnen im Kontakt ständen.

**... Sie Projektleitung wären?**

Die Frage, was sie durchsetzen würden, wenn sie Projektleitungen wären, war für drei Interviewte obsolet, unter anderem weil sie schon Projektleitungen waren. Zwei weitere Ausbildende bewerteten alles als gut so, wie es war. Ein Ausbildender würde die Gruppe auf die Idealgröße von acht Schülern bzw. Schülerinnen verkleinern und Geld für andere Projekte zur Verfügung stellen, z. B. für Projekte mit höheren Materialkosten.

**... Sie Veränderungen am Programm veranlassen könnten?**

Zwei Ausbildende antworteten, dass das Programm so fortgesetzt werden sollte, wie es ist, ein Ausbildender beantwortete die Frage nicht. Ein Ausbildender, der auch Projektleitung war, wünschte sich eine Programmlaufzeit von fünf Jahren und war mit der Abrechnung und den administrativen Regelungen zufrieden. Ein Ausbildender antwortete, dass es besser wäre, wenn die Schüler zu längeren zusammenhängenden Zeiten kämen und nicht, wie es manchmal vorkommt, nur einmal pro Woche. Eine Ausbildende, die auch Projektleitung ist, wünschte sich mehr Geld für Personal, das Kontakt zu Schulen hält, Flyer druckt, in die Klassen geht, Elternbriefe formuliert, organisiert.

**Sonstige Ausführungen**

Bei den sonstigen Ausführungen der Interviewten wurde wieder das Spektrum von einer positiven bis zu einer eher negativen Betrachtungsweise der Jugendlichen deutlich. Eine Projektleitung hob das hohe Engagement hervor, das nötig sei, bis der Kontakt zu den Schulen gut läuft.

**5.4.6 Zusammenfassung**

Die als vertiefende Interviews gedachten telefonischen Gespräche mit den Ausbildenden bestätigten in vielen Punkten den Trend, der sich schon bei den Besuchen in den Berufsbildungsstätten und den dort geführten Gesprächen mit den Ausbildenden abzeichnete:

- eine sehr hohe Akzeptanz des Programms,
- eine positive Bewertung der eigenen Arbeit,
- die Problematisierung von zu großen Gruppen von Schülern und Schülerinnen,
- eine sehr große Vielfalt im Verständnis von Berufsorientierung,

- eine sehr unterschiedliche Beschreibung und Betrachtung der Verhaltensweisen der Jugendlichen,
- die 8. Klassen als optimaler Jahrgang,
- die Vorliebe für Werkstücke.

Auf die bei den Besuchen der Berufsbildungsstätten angesprochene Problematik der täglichen Anwesenheitszeiten gab es keine Ausführungen in den vertiefenden Interviews, weil die Frage danach nicht gestellt wurde.

Die Einzelinterviews machten auch eine noch stärkere Ausdifferenzierung in vielen Punkten deutlich:

- Die große Vielfalt von Modellen in der Durchführung des BOP wurde erweitert um neue Modelle.
- Die große Vielfalt von Formen in der Zusammenarbeit mit den Lehrkräften und den Schulen wurde erweitert um neue Formen.
- Die große Vielfalt in den Formen der Kompetenzfeststellung bzw. der Selbst- und Fremdeinschätzung wurde ebenfalls erweitert.

## 5.5 Reflexion der Befragungsergebnisse

Mit den in den vorstehenden Kapiteln dokumentierten Interviews haben wir die Perspektiven der Beteiligten und der Betroffenen des Programms eingefangen. Die Beteiligten sind die Leitungen und Ausbildenden in den Berufsbildungsstätten und die Lehrkräfte in den Schulen; die Betroffenen sind die Schüler und Schülerinnen. Zum größten Teil wurden ihnen dieselben Fragen gestellt, ergänzt durch differierende Fragen, die den spezifischen Bereich der jeweils Befragten betreffen. Mit einigen Fragen wurden Feedbacks über die jeweils anderen Kooperationspartner bzw. -partnerinnen und über die Betroffenen eingeholt.

Diese Perspektiven der Beteiligten und der Betroffenen und ihre jeweiligen Rückmeldungen an die anderen Akteure sollen hier reflektiert werden. Für die Reflexionen zogen wir in einem Zwischenschritt in zwei Workshops Experten und Expertinnen hinzu, die sich mit Berufsorientierung auskennen, und stellten ihnen die Äußerungen der Interviewten vor. Die zentralen Aspekte unserer Reflexion auf der Grundlage der subjektiven Rückmeldungen der Beteiligten und der Betroffenen sollen in diesem Kapitel wiedergegeben werden.

### 5.5.1 Möglichkeiten des Programms

#### **HOHE AKZEPTANZ DES PROGRAMMS UND HOHE ZUFRIEDENHEIT MIT DER DURCHFÜHRUNG**

Aus Sicht aller Befragten ist das BMBF-Berufsorientierungsprogramm ein für die Jugendlichen sinnvolles Programm, und von allen Beteiligten wurde eine Weiterführung gewünscht.

Alle Berufsbildungsstätten wollten das Projekt fortsetzen, und zwar im gleichen bzw. steigenden Umfang der bisherigen Teilnehmenden-Zahlen. Auch alle Ausbildenden, die wir interviewt haben, sagten, dass diese Form der Berufsorientierung auf alle Fälle fortgesetzt werden sollte, da sie für die Jugendlichen sehr nützlich sei. Die Hälfte der interviewten Lehrkräfte gab an, dass das BOP für sie einen sehr hohen Stellenwert habe und dass ihre Schüler und Schülerinnen für die Be-

rufsorientierung in den Berufsbildungsstätten hoch motiviert waren. Alle Lehrkräfte wünschten sich eine Fortsetzung des Berufsorientierungsprogramms in den kommenden Schuljahren.

Die Einschätzung der Berufsorientierung durch die Schüler und Schülerinnen war ebenfalls überaus positiv. Die Jugendlichen fühlten sich durch Schule und Auszubildende gut vorbereitet und hatten nach der Berufsorientierung klarere Vorstellungen, welche Berufe für sie in Frage kommen oder auch nicht. Fast 85 Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, dass ihnen die Berufsorientierung Spaß gemacht habe.

Die Berufsbildungsstätten hatten nach ihren eigenen Einschätzungen das Beste aus dem Programm gemacht, die Schulen im Rahmen ihrer organisatorischen Bedingungen und ihrer Organisationskultur ebenfalls. Alle Beteiligten und Betroffenen äußerten viel Zustimmung und Zufriedenheit mit der Vorbereitung und der Durchführung.

Auch die wesentlichen Eckpunkte des Programms stießen auf positive Resonanz: Die im Programm anvisierten 7. bis 9. Jahrgänge wurden als die richtigen Jahrgänge eingestuft, wobei die 8. Klasse als für diese Berufsorientierung am besten geeignet angesehen wurde. Auch wurden 80 Stunden als angemessenes Zeitvolumen bewertet. Die befragten Fach- und Lehrkräfte arbeiteten mehrheitlich mit Hauptschulen. Das BOP wurde in 24 Fällen der 30 interviewten Lehrkräfte nicht anstelle eines Praktikums eingesetzt, sondern ergänzend dazu. Die Jugendlichen der Hauptschulen sowie der 8. Jahrgangsstufen gaben auch die tendenziell positivsten Bewertungen des Programms ab, was die Richtigkeit der Zielgruppenwahl bestätigt.

Die Lehrkräfte waren in deutlicher Mehrheit zufrieden mit den Anforderungen an die Schüler und Schülerinnen, den Arbeitsformen, dem Lerntempo, der Lernatmosphäre, der Kompetenzfeststellung und der Organisation und Ausstattung der Berufsbildungsstätte.

Diese hohe Akzeptanz des Programms und seiner Durchführung bildet eine gute Grundlage, die kritischen Punkte anzugehen.

### **WEITGEHENDE AKZEPTANZ DER PROGRAMMABWICKLUNG UND -FINANZIERUNG**

Die Frage nach der Bewertung der Programmabwicklung wurde zwar in einer großen Bandbreite beantwortet, ließ aber insgesamt Zufriedenheit erkennen. Die Vorgabe einheitlicher Vorlagen wurde nicht (mehr) für erforderlich gehalten.

Die Mehrheit der befragten fünf Berufsbildungsstätten hatte kein Problem mit der „80-Prozent-Regelung“, da die meisten Teilnehmenden regelmäßig anwesend sind.

Es gab aber Probleme mit dem Einwerben von Drittmitteln: Eine Berufsbildungsstätte führte das Projekt durch, obwohl der Drittmittelgeber inzwischen abgesprungen war, eine andere sah das Einwerben von 20 Prozent Drittmitteln für die Zukunft als realistischer an, und eine weitere hatte sehr lange auf die Zusage der Drittmittel gewartet, bevor sie mit der Berufsorientierung beginnen konnte.

Für drei der fünf Bildungsstättenleitungen war die Kalkulationsgrundlage von 600 Euro pro Teilnehmer bzw. Teilnehmerin in Ordnung. Zieht man die beiden Feldbesuche hinzu, sind es vier von sieben Bildungsstättenleitungen, für die 600 Euro nach ihrer eigenen Angabe kostendeckend sind. Bei diesen Angaben muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Berufsbildungsstätten mit unterschiedlich großen Gruppen arbeiteten bzw. arbeiten.

Rund zwei Drittel der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Berufsbildungsstätten gefahren zu sein, ein Viertel fuhr nach eigenen Angaben mit einem extra gemieteten Bus zur Berufsbildungsstätte, und weitere 20 Prozent wurden gebracht.

Die Fahrtkosten der Teilnehmenden wurden in zwei Fällen von den Berufsbildungsstätten und in zwei Fällen von den Schulen übernommen, in einem Fall von den Schülern und Schülerinnen selbst getragen. Keine der fünf Berufsbildungsstätten, die wir besucht und systematisch befragt haben, problematisierte die Fahrtkosten. Zieht man die beiden Feldbesuche hinzu, wurden von den insgesamt sieben besuchten Berufsbildungsstätten nur in einer die Fahrtkosten problematisiert. Die bei der Durchführung der Berufsorientierung anfallenden Materialkosten wurden in den fünf besuchten und systematisch befragten Berufsbildungsstätten von diesen selbst getragen. Bei der Teilnehmendenbefragung gaben allerdings etwa sieben Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen an, einen Teilnahmebeitrag gezahlt zu haben.

### **WENIGE ABRÜCHE VON JUGENDLICHEN**

Die Befragungsergebnisse zeigten eine gute Annahme des Programms durch die teilnehmenden Jugendlichen. Die meisten Schülerinnen und Schüler durchliefen die Berufsorientierung vollständig, nur wenige brachen sie ab. Die Gründe für dieses positive Ergebnis lagen wahrscheinlich in der Motivation der Jugendlichen, in den engagierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Berufsbildungsstätten und darin, dass es eine schulische Pflichtveranstaltung der kompletten Klasse war.

### **JUGENDLICHE HABEN (BERUFSWAHL-)KOMPETENZEN ERWORBEN**

Nach den Äußerungen aller Interviewten führte die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten zu guten Ergebnissen bei den Jugendlichen. Die Evaluation hat die Wirkungen der Berufsorientierung nicht überprüft, sondern Rückmeldungen der Beteiligten und Betroffenen eingeholt. Nach den subjektiven Einschätzungen der Bildungsstätten- und Projektleitungen, der Auszubildenden, der Lehrkräfte und der Schüler und Schülerinnen selbst hat den Jugendlichen die Berufsorientierung etwas gebracht. Fünf Lehrkräfte sprachen von einer starken positiven Veränderung ihrer Schüler und Schülerinnen, zehn von einer mittelstarken bzw. teilweisen positiven Veränderung und elf von schwachen positiven Veränderungen. Zwei Drittel der Lehrkräfte meinten, dass ihre Schüler und Schülerinnen die eigenen Stärken besser kennen würden.

Viele Jugendliche gaben an, dass ihnen Schule und Ausbildung nach der Berufsorientierung wichtiger gewesen wären als zuvor und dass sie neue Berufe und deren Anforderungen kennen gelernt hätten. Weiter sagten die Schüler und Schülerinnen, dass sie ihre Stärken und Schwächen nach der Berufsorientierung besser einschätzen könnten. Knapp zwei Drittel der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, durch die Berufsorientierung zu wissen, welche Berufe für sie in Frage kämen. Fast 80 Prozent gaben an, zu wissen, welche Berufe für sie *nicht* in Frage kämen. Jeder dritte Befragte wusste nach eigener Angabe noch nicht, was er nach dem Schulabschluss machen möchte.

Alle Jugendlichen, deren Berufsorientierung länger als drei Monate zurück lag, wurden befragt, ob sich ihre schulischen Leistungen nach der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten verbessert haben. 43 Prozent der Schüler und Schülerinnen geben an, dass dies tatsächlich der

Fall gewesen sei; bei der Jahrgangsstufe 9, deren Schulabschluss näher lag, waren es sogar über 50 Prozent der Befragten.<sup>28</sup>

Zieht man die Kategorien des Thüringer Berufswahlkompetenzmodells (Kapitel 4.1) hinzu, können die Schüler und Schülerinnen folgende Kompetenzen erworben haben:

- Kenntnisse von schulischen und nachschulischen Bildungswegen für mindestens drei Berufsfelder und ihre Anforderungen,
- Wissen über Zusammenhänge und Übergänge in mindestens drei Berufsfeldern,
- Motivation zur Auseinandersetzung mit Möglichkeiten, Anforderungen und Erträgen der einzelnen Lern- und Arbeitsumgebungen sowie Abgleich mit eigenen Wünschen und Zielen in mindestens drei Berufsfeldern;
- Reflexion der eigenen Erfahrung in mindestens drei Berufsfeldern.

Es ist zu vermuten, dass die beiden letzten Kompetenzen dann am stärksten erworben wurden, wenn mit Selbst- und Fremdeinschätzung gearbeitet wurde.

### **HAUPTSCHÜLER UND -SCHÜLERINNEN INSBESONDERE DER 8. KLASSEN SIND DIE RICHTIGE KERNZIELGRUPPE**

Die Befragung der Schüler und Schülerinnen ergab, dass die Hauptschüler und -schülerinnen die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten besser als die Realschüler und -schülerinnen bewerteten und auch (nach ihren eigenen Angaben) mehr davon profitierten. Hauptschullehrkräften betonten die Wichtigkeit der praktischen Tätigkeiten für die Schüler und Schülerinnen.

Der Wunsch, etwas lernen zu wollen, und die Lust auf die Berufsorientierung waren bei den Jugendlichen der Hauptschulen deutlich höher als bei jenen der Realschulen, während Letztere sich häufiger auf eine Abwechslung freuten. Ein ähnliches Muster findet sich bei der Betrachtung der Jahrgangsstufen: Die Hälfte der Schüler und Schülerinnen der 8. Jahrgangsstufe, aber nur ein Viertel aus Jahrgang 9 gaben an, Lust auf die Berufsorientierung gehabt zu haben. Diese Aussage der Acht- und Neuntklässler deckt sich mit den Aussagen der Auszubildenden, die nach ihren Erfahrungen die 8. Klassen als die passenden Jahrgänge für die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten ansahen.

In den 9. Jahrgangsstufen wurde die Berufsorientierung öfter in unregelmäßigen Abständen durchgeführt als in den 8. Klassen, was darauf hindeuten kann, dass in den 9. Klassen aufgrund von Prüfungsvorbereitungen und Prüfungen weniger Zeit für einen zweiwöchigen Block vorhanden ist.

Teilnehmende der Hauptschulen gaben deutlich häufiger an, dass die Berufsorientierung für sie zum richtigen Zeitpunkt kam, dass sie klarere Vorstellungen vom „passenden“ Beruf haben und dass sie durch die Berufsorientierung mehr Lust auf die Schule haben. Realschüler und Realschülerinnen fühlten sich dagegen schlechter vorbereitet, sagten seltener, dass sie nun wissen, welcher Beruf zu ihnen passt, und empfanden den Tag in der Werkstatt überdurchschnittlich häufig als anstrengend.

---

<sup>28</sup> Diese schulische Leistungssteigerung sollten jedoch nicht nur der Berufsorientierung zugeschrieben werden, sondern auch dem nahenden Ende des Schulabschlusses und den notwendigen und gewünschten guten Abschlussnoten.

Fast durchgängig bewerteten Jugendliche, die von Hauptschulen kommen, die Berufsorientierung positiver als die anderen Teilgruppen. Insbesondere bei der Einschätzung der eigenen Stärken und Defizite, aber auch bei der neu erworbenen Kenntnis der Berufe und der Klarheit des eigenen Ausbildungswunschs ist der Anteil der Hauptschüler und -schülerinnen deutlich höher als bei den anderen Schularten.

Jugendliche von Hauptschulen konnten in einem Drittel aller Fälle auf regelmäßige Gespräche mit den Lehrkräften bauen, Realschüler und -schülerinnen dagegen weit seltener.

Die positiven Rückmeldungen der Hauptschüler und -schülerinnen werfen ein Licht auf die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten und auf die Hauptschulen: Hauptschulen bereiteten anscheinend besser auf die praktische Berufsorientierung vor als Realschulen, und auch die Nachbereitung ist offensichtlich besser.

Die Hauptschüler und -schülerinnen befanden sich in den meisten Bundesländern allerdings näher am Ende ihrer Schulzeit als die Realschüler und -schülerinnen und haben dieses Ende auch im Blick. Die Hauptschulzeit ist überwiegend nach der 9., in einzelnen Bundesländern auch erst nach der 10. Klasse beendet, die Realschule immer erst nach der 10. Klasse. Zudem ermöglicht der erweiterte Realschulabschluss eher die Fortsetzung des Schulbesuchs im allgemeinbildenden Schulsystem.

### **HOHE ZUFRIEDENHEIT MIT DER ANZAHL DER DURCHLAUFENEN BERUFSFELDER**

In knapp 90 Prozent aller Fälle wurden die Jugendlichen über mindestens drei Berufe, mehr als die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen wurden über drei oder vier und ein weiteres Drittel über fünf oder auch mehr Berufe informiert.

Eine klare Mehrheit der befragten Jugendlichen hielt die Zahl der Berufe, mit denen sie vertraut gemacht wurde, für genau richtig. Die Jugendlichen, die über fünf oder mehr Berufe informiert wurden, zeigten eine nochmals höhere Zustimmung hinsichtlich des angebotenen Umfangs an Berufen als der Durchschnitt aller Befragten. Der Anteil derjenigen Schüler und Schülerinnen, die sich mehr Berufe wünschten, liegt sechsmal höher als jener Schüler und Schülerinnen, die das Angebot als zu umfangreich empfand.

Aus dieser Rückmeldung der Jugendlichen ließe sich die Folgerung ableiten, dass es durchaus mehr als drei oder vier Berufe sein dürften. Dagegen spricht allerdings, dass 31,8 Prozent der befragten Jugendlichen sagten, dass es zu wenig Zeit gab, Sachen richtig zu verstehen, wobei diese kritische Rückmeldung nicht nur auf eine zu hohe Anzahl von durchlaufenen Berufsfeldern zurückzuführen sein kann, sondern auch auf eine zu große Gruppe.

### **PROGRAMM ALS IMPULSGEBER FÜR BERUFSORIENTIERUNG**

24 der 30 interviewten Lehrkräfte meinten, dass Impulse für ihr eigenes Berufsorientierungskonzept in der Schule gesetzt worden seien, konkretisierten das aber nicht; einige konnten noch nichts dazu sagen, weil sie sich in einer zu frühen Phase befanden.

Das Programm regte auch die Auszubildenden an, sich mit Berufsorientierung auseinanderzusetzen. Den Fortbildungsbedarf der Auszubildenden bezogen auf dieses Programm verneinten die Berufsbildungsstätten- und Projektleitungen zwar eher, die Mehrheit der Auszubildenden in den besuchten Berufsbildungsstätten wünschte aber den Austausch mit anderen Auszubildenden des gleichen Berufsfeldes und Fortbildung im Umgang mit pädagogischen Problemen.

Die Ausbildenden, die Probleme im Umgang mit den Jugendlichen ansprachen, sollten unterstützt werden. Ausbildende brauchen zudem Zeit für Vor- und Nachbereitung und eine passende Methodik und Didaktik.

### **EINE SEHR GROSSE VIELFALT IN DEN ZENTRALEN PUNKTEN DER UMSETZUNG**

Die Besuche in den Berufsbildungsstätten zeigten eine große Vielfalt in der Ausgestaltung des Programms. Die Antworten der sechs interviewten Ausbildenden erweiterten diese Vielfalt sogar noch. Viele Antworten zu bestimmten einzelnen Fragen waren schwer zu bündeln und konnten in einigen Punkten nur aufgelistet werden.

Die Offenheit des Programms gibt den Akteuren die Möglichkeit, regionsspezifische Besonderheiten berücksichtigen zu können, bietet aber auch Raum für Missverständnisse. So interpretierte eine Berufsbildungsstätte z. B., dass die Arbeit mit Förderschulen nicht gewünscht sei; für einige war die Kompetenzfeststellung sehr wichtig, für andere spielte sie keine Rolle.

Die Interviews mit den Lehrkräften bestätigten den Eindruck der sehr unterschiedlichen Ausgestaltung des Programms. Insbesondere was die Berufsfeldauswahl sowie die Vor- und Nachbereitung der Berufsorientierung betraf, traten zwischen den Schulen relativ starke Unterschiede auf. Während einige Schulen das Programm in die schulinterne Berufsorientierung integrierten und auch bei späteren Berufsorientierungsphasen auf seine Ergebnisse zurückgriffen bzw. zurückgreifen wollten, war bei anderen Schulen eher zu vermuten, dass die Ergebnisse des Programms keine systematische Berücksichtigung finden.

Es ist zu überlegen, ob der Interpretationsspielraum in einigen zentralen Eckpunkten des Programms zugunsten einer (auch) qualitativ einheitlicheren Arbeit eingeengt werden sollte.

### **NEUE BERUFLICHE KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN ENTWICKELN SICH**

Die Hälfte der 30 befragten Lehrkräfte bewertete die Zusammenarbeit mit den Projektleitungen als sehr gut, 13 weitere als gut. Auch die Zusammenarbeit mit den Ausbildern und Ausbilderinnen betrachteten 25 der 30 Lehrkräfte als sehr gut bis gut. Kritische Punkte wurden in den Interviews mit den Lehrkräften eher vereinzelt und sehr differenziert, bezogen auf den eigenen Kontext, bei den Fragen zu Verbesserungswünschen geäußert.

Die Fach- und Leitungskräfte in den Berufsbildungsstätten sprachen von sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit den Schulen und den Lehrkräften. Für einige Ausbildende ist die Anwesenheit der Lehrkräfte sehr wichtig, und sie wünschten sich eine längere Anwesenheit, für andere war es nicht so problematisch, wenn die Lehrkräfte nicht anwesend waren.

In den Berufsbildungsstätten gestaltete sich die Intensität der Vorbereitung im eigenen Hause und mit den Schulen sehr unterschiedlich. Einige Projektleitungen besuchten die Schulen, bereiteten mit den Ausbildenden Teile der Berufsorientierung vor, andere machten keine Besuche, weil sie die Schulen nach eigenen Angaben schon kannten, z. T. wurden Schüler und Schülerinnen in die Vorbereitung einbezogen oder es wurden Lehrkräfte zum Besuch der Berufsbildungsstätte eingeladen, in einem Fall auch Eltern.

19 der 30 interviewten Lehrkräfte gaben an, die Berufsbildungsstätte zur Vorbereitung vorher nicht besucht zu haben, weil sie ihnen z. T. schon bekannt war bzw. weil sie keine Zeit hatten. Es fanden in 17 von 30 Fällen vor Antritt der Berufsorientierung keine Absprachen mit den Ausbil-

denden statt. Die Schüler und Schülerinnen wurden in den Schulen in vielen Fällen auf Berufsfelder und auf Verhaltensregeln vorbereitet.

Einige Berufsbildungsstätten griffen auf länger bestehende und bewährte Kooperationen mit Schulen zurück. Die Schulen haben das Angebot gerne aufgenommen, ohne in einigen Fällen an Vor- und Nachbereitung zu denken. In Bezug auf die Terminierung der Berufsorientierung unmittelbar am Ende bzw. am Beginn des Schuljahres wurde das deutlich, wobei die Lehrkräfte diese Terminierungsfehler bei den Berufsbildungsstätten sahen.

Die Lehrkräfte waren in sehr unterschiedlichem Maße anwesend und übten punktuelle Aufsichts- und Kontrollfunktion bezogen auf die Schüler und Schülerinnen in den Bussen auf dem Weg in die Berufsbildungsstätte und/oder in den Werkstätten aus. In einigen Fällen war die Zusammenarbeit enger, und die Lehrkräfte bearbeiteten in der Schule auf Wunsch der Auszubildenden Themen, die in der Berufsorientierung vorkamen.

Betrachtet man die Äußerungen der beiden in diesem Programm arbeitenden pädagogischen Fachkräftegruppen, so wird deutlich, dass beide in vielen Fällen nicht präzise genug und rechtzeitig über ihre Erwartungen an die jeweils andere Gruppe sprachen. Sie agierten in neuen, ungewohnten beruflichen Beziehungen und waren unsicher, weil noch nicht geklärt war, wer Verantwortung wofür trägt, wer wofür Gestaltungsmacht hat und wie die Aufgabenverteilung aussehen sollte. Es gab eher unsystematische Absprachen zwischen den Lehrkräften und den Auszubildenden, und in einigen Fällen entstand ein direkter Kontakt in Bezug auf Absprachen nur zwischen Projektleitung oder Sozialpädagogin bzw. Sozialpädagoge und Lehrkräften. Die Art der Auswertungen der gemeinsam durchgeführten Berufsorientierung, die in den Einzelinterviews skizziert wurden, machte auch deutlich, wie eng der neue Kooperationspartner Schule für eine gemeinsame Auswertung mit ins Boot geholt wird oder nicht.

Innerhalb der jeweiligen Organisationen – Berufsbildungsstätte und Schule – scheint die Kommunikation zwischen den Leitungsebenen und den Projektdurchführenden oft noch unzureichend zu sein. Projektleitungen und Schulleiter bzw. Schulleiterinnen müssen (dies ist vertraglich festgelegt) kooperieren, kommunizieren das anscheinend aber jeweils unzureichend mit den zur eigenen Organisation gehörenden Projektdurchführenden. Von den 30 interviewten Lehrkräften wussten z. B. 10 nichts von einem Kooperationsvertrag. Auch in den Berufsbildungsstätten hatten wir in einigen Fällen den Eindruck, dass die Auszubildenden nicht ausreichend informiert waren.

Eine präzisere Ausgestaltung des Kooperationsvertrages mit Ausführungen zu erwarteten Verantwortungsbereichen könnte zu mehr Klarheit führen.

## 5.5.2 Grenzen des Programms

### **EIN ENGES SPEKTRUM VON TRADITIONELLEN BERUFEN**

In den besuchten Berufsbildungsstätten wurden mehrheitlich fünf bis sieben Berufsfelder in traditionellen und z. T. regional bedeutsamen Handwerksberufen, auch in Kooperation mit anderen Trägern, angeboten. Wir fanden keine neuen Berufe unter den angebotenen Berufsfeldern.<sup>29</sup> Es ist zu befürchten, dass das enge Berufsspektrum der Jugendlichen dadurch noch weiter gefestigt wird. 20 Lehrkräfte wünschten sich ein breites Spektrum der Berufsfelder. Fünf weitere Lehrer und Lehrerinnen wünschten sich für eine neue Runde des Programms mehr Berufsfelder als

---

<sup>29</sup> Eine Auflistung von neuen Berufen ist zu finden unter <http://www.bibb.de/de/846.htm> [30.10.2009].

beim ersten Mal. Daneben wurde von einigen Lehrkräften eine stärkere Berücksichtigung von wichtigen regional bedeutsamen Berufsfeldern angesprochen.

Die Vorgabe der Richtlinie, dass die Jugendlichen über mindestens drei Berufe informiert werden sollen, wurde i. d. R. umgesetzt. In 50 Prozent der Fälle lag die Zahl der angebotenen Berufsfelder höher, in jedem zehnten Fall allerdings auch darunter. Nach Meinung von vielen befragten Jugendlichen könnte die Zahl der vorgestellten Berufe höher sein.

Realschüler und Mädchen wussten eher, welche Berufe sie nicht ergreifen wollten, was nach unserer Interpretation auf die angebotenen handwerklichen Berufsfelder zurückzuführen ist.

### **WENIGE BERUFE, DIE VON MÄDCHEN FAVORISIERT WERDEN**

Die in den Berufsbildungsstätten angesiedelten Berufsfelder des Handwerks umfassten nur eine kleine Auswahl eher traditioneller Berufe, die zudem meistens von Männern ergriffen wurden und werden. Das vor allem von jungen Frauen besetzte Spektrum von Berufen bzw. Berufsfeldern ist unterrepräsentiert. Die Mädchen waren zwar den „männlichen“ Berufsfeldern gegenüber aufgeschlossen, wählten dann aber doch wieder geschlechtsspezifisch. Dies wurde unterstrichen durch die Selbsteinschätzung der Jugendlichen: Während junge Männer nach der Berufsorientierung häufiger sagten, jetzt zu wissen, welche Berufe für sie in Frage kämen, gaben junge Frauen überdurchschnittlich häufig an, jetzt zu wissen, für welche Berufe das nicht zutraf.

Es ist zu befürchten, dass das Berufsfelderangebot in den Berufsbildungsstätten die geschlechtstypische Berufswahl befördert.

Bleibt das BOP bei dem engen Spektrum von Berufen, konterkariert es alle anderen zurzeit laufenden und finanzierten Bestrebungen nach Erweiterung des Spektrums im Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen, z. B. „Girls' Day“, „Neue Wege für Jungs“ oder „Komm mach MINT“.

### **ACHT STUNDEN SIND EIN LANGER TAG**

47,3 Prozent der teilnehmenden Schüler und Schülerinnen gaben an, dass das Berufsorientierungsprogramm 6 oder 7 Stunden am Tag dauerte. Auch bei unseren Besuchen in den Berufsbildungsstätten erfuhren wir, dass die Auszubildenden eher sechs Stunden am Tag mit den Teilnehmenden arbeiteten als acht Stunden, wie es in der Richtlinie vorgesehen war. Die Reduzierung der täglichen Zeit war auf die lange Anfahrt bei einigen Berufsbildungsstätten zurückzuführen, die von der Zeit der Berufsorientierung abgezogen wurde. Ein weiterer wichtiger Grund war, dass die Schüler und Schülerinnen nach Auskunft der Auszubildenden sich am Nachmittag nicht mehr konzentrieren konnten. Von einigen Auszubildenden wurden sogar sechs Stunden am Tag als zu lang angesehen. Die Bildungsstätten- und Projektleitungen problematisierten diese tägliche Zeit nicht, auch die Lehrkräfte taten dies nur vereinzelt. 12 von 30 befragten Lehrkräften hielten sechs Stunden am Tag für angemessen. Etwa 53 Prozent der befragten Schüler und Schülerinnen gaben an, dass sie den Tag in der Werkstatt als sehr anstrengend empfanden.

Die beiden Gruppen, die die Zeit der Berufsorientierung konkret gestalten und zusammen verbringen müssen, machen deutlich, dass acht Stunden ein langer Zeitraum ist. Es ist zu überlegen, ob dieser tägliche Zeitumfang angesichts des Alters der Jugendlichen und der ungewohnten, zum Teil schweren körperlichen Tätigkeiten auf sechs Stunden reduziert werden sollte.

## **DIE GRÖÖE DER GRUPPE IST IN VIELEN FÄLLEN PROBLEMATISCH**

Die Gruppengröße fragten wir bei unseren Besuchen nicht explizit ab, sie wurde aber von den Ausbildenden problematisiert.

Die Ausbildenden sprachen bei unseren Besuchen die Größe der Gruppen und die Durchführung der geforderten Kompetenzfeststellung als Probleme an. Beide Punkte sind für sich schon problematisch genug, hängen aber auch zusammen. Je größer die Gruppen sind, umso schwieriger werden die Anleitung und die Beurteilung der einzelnen Jugendlichen. Die Gruppen sind zum Teil zu groß, um sich mit den Jugendlichen intensiv zu beschäftigen und gleichzeitig alle Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. Zu große Gruppen haben außerdem zur Folge, dass manche Teilnehmenden nicht alle Maschinen ausprobieren können. So berichteten die Jugendlichen, dass die Ausbildenden zwar mehrheitlich gut vorbereitet waren und gut erklären konnten, aber häufig nicht genug Zeit blieb, Sachen richtig zu verstehen.

Die Bildungsstätten- und Projektleitungen problematisierten diese Punkte bei unseren Besuchen nicht, dies taten allerdings zwei Ausbildende in den Einzelinterviews und vereinzelt Lehrkräfte.

## **UNZUREICHENDE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GUTE KOMPETENZFESTSTELLUNG**

Nach Aussagen der Ausbildenden ist es schwierig – insbesondere bei großen Gruppen –, die Jugendlichen anzuleiten und gleichzeitig zu beobachten, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten sie in diesen zwei bis drei Tagen zeigen. Eine professionelle Kompetenzfeststellung ist angesichts der Rahmenbedingungen nicht möglich, denn nach von Experten und Expertinnen erarbeiteten Qualitätsstandards für die Durchführung von Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf<sup>30</sup> müssen bei der Umsetzung folgende Punkte berücksichtigt werden (Lippegaus 2008, 68–69):

- die Einhaltung von pädagogischen Prinzipien wie z. B. Subjektorientierung und Kompetenzansatz,
- die professionelle Vorbereitung, Durchführung und Auswertung durch geschultes Personal,
- die systematische Beobachtung, z. B. Trennung von Beobachtung und Bewertung,, Mehrfachbeobachtungen zur Absicherung.

Alle drei Punkte sind in den Berufsbildungsstätten nicht per se gegeben.

Auch wenn die Lehrkräfte die in der Richtlinie geforderte Kompetenzfeststellung größtenteils als „professionell durchgeführt“ einschätzten, sollte überlegt werden, ob sie zugunsten einer einfacheren Rückmeldung durch die Ausbildenden an die Jugendlichen nicht gestrichen werden kann.

## **INDIVIDUELLE AUSWAHL DER BERUFSFELDER NICHT IN ALLEN FÄLLEN GEWÄHRLEISTET**

In Bezug auf die Frage, ob und wie die Auswahl der Berufsfelder stattfindet, entstand kein klares Bild. Die Berufsbildungsstätten schilderten die Möglichkeit der Wahl anders als die Lehrkräfte und die Jugendlichen. 11 von 30 interviewten Lehrkräften und etwa ein Viertel der Schüler und Schülerinnen sagten, dass eine Berufsfeldwahl von den Berufsbildungsstätten nicht vorgesehen war.

Die Auswahl von Berufsfeldern fand in der Schule statt, wenn die Schüler und Schülerinnen die Wahl hatten, was nicht immer der Fall war. Ein ungeplanter Wechsel zwischen den Berufsfeldern

---

<sup>30</sup> Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf wurden z. B. vom Institut für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung e. V. (IMBSE) und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veröffentlicht (Druckrey 2007).

war nur in Ausnahmefällen möglich. Die Schüler und Schülerinnen der Lehrkräfte, die wir interviewten, durchliefen drei bis zwölf Berufsfelder in der Phase der Berufsorientierung.

Schüler und Schülerinnen der 8. Jahrgänge hatten seltener die Möglichkeit, Berufsfelder zu wählen als die höheren Jahrgänge, was auch vermuten lässt, dass konzeptionelle Gedanken dahinter standen: In den 8. Klassen wird eine breitere Orientierung – auch in nicht gewählten Berufsfeldern – angeboten, und in den 9. Klassen werden ein oder mehrere Berufsfelder nach den Vorfestlegungen der Schüler und Schülerinnen ausgewählt. Einige Berufsbildungsstätten boten dieses Organisationsmodell an: Die Schüler und Schülerinnen der 8. Klassen durchliefen in einer Woche fünf oder mehr Berufsfelder, legten sich danach auf ein Berufsfeld fest und „arbeiteten“ in diesem dann in der 9. Klasse eine Woche lang.

Auch wenn dieses letztgenannte Organisationsmodell überzeugt, sollten die Berufsfelder von den Jugendlichen generell gewählt werden können. Berufsorientierung bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, sich auszuprobieren und dazu eine Rückmeldung zu erhalten. Wenn sich Jugendliche in dem Berufsfeld, in dem sie beurteilt werden, nicht freiwillig ausprobieren, wird eine Rückmeldung zu ihren gezeigten Fähigkeiten und Fertigkeiten kritisch.

### **„BELIEBIGES“ VERSTÄNDNIS VON BERUFSORIENTIERUNG**

In einem Gruppeninterview stellte ein Ausbilder die Frage, ob das überhaupt Berufsorientierung sei, was sie da machten. So kritisch sahen die anderen Kollegen und Kolleginnen, die wir interviewt haben, ihre eigene Tätigkeit nicht – eher im Gegenteil. Allerdings deutete die Vielfalt der Antworten auf die Frage, worauf sie bei der Durchführung der Berufsorientierung am meisten Wert legen würden, darauf hin, dass eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Begriff Berufsorientierung noch nicht geführt wurde.

Die Palette der genannten inhaltlichen Schwerpunkte reichte von der Vermittlung sozialer Kompetenzen über die Betonung der Stärken der Jugendlichen bis zum Anfertigen eines Werkstücks, das mit nach Hause genommen werden konnte. Es fehlte bei allen Beteiligten ein fundiertes, in sich schlüssiges Verständnis von Berufsorientierung. Berufsorientierung setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Die Ausbildenden wählten jeweils die Komponente, die ihnen persönlich am plausibelsten erschien. Berufsorientierung ist dann das, was der Ausbilder bzw. die Ausbilderin dafür hält. Es müsste klarer festgelegt und kommuniziert werden, welcher Bestandteil von Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten angeboten wird, damit die Schulen gezielt auf diesen zugreifen können, und es sollte ein gemeinsames Verständnis von Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten unter den Beteiligten entwickelt werden.

Das „beliebige“ Verständnis von Berufsorientierung liegt allerdings auch darin begründet, dass zwar in der (Fach-)Öffentlichkeit ihre Notwendigkeit und grobe Zielsetzung proklamiert wird, dass sie wohl auch in den Lehrplänen bzw. in den Kerncurricula der meisten Bundesländer vertreten ist<sup>31</sup>, aber in den Schulen unterschiedlich ernsthaft umgesetzt wird. Dies bestätigten auch die Ergebnisse der Lehrkräftebefragung. Zwar wurde von allen Lehrkräften berichtet, dass Berufsorientierung an ihrer Schule einen hohen Stellenwert habe. Allerdings bestanden doch erhebliche qualitative Unterschiede hinsichtlich des systematischen Aufbaus eines solchen schulinternen Konzepts. Während einige Lehrkräfte nur auf Betriebspraktika und -besichtigungen hinwiesen, führ-

---

<sup>31</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (2009): Rundbrief Ausbildung. Ausgabe 5, S. 3: „In allen Ländern haben Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten der Berufsorientierung. In den meisten Ländern sind diese Angebote inzwischen fester Bestandteil der Lehrpläne.“

ten andere verschiedene miteinander verzahnte Berufsorientierungsmodule wie Praktika, Kompetenztests, Trainingsgespräche mit Fachleuten der Bundesagentur für Arbeit, Zusammenarbeit mit weiteren außerschulischen Akteuren und Bildungsträgern sowie Berufsorientierungsmessen an.

In den einzelnen Bundesländern ist die Berufsorientierung unterschiedlichen Schulfächern zugeordnet und/oder sie wird auf der Ebene des Schulkonzepts als Querschnittsaufgabe angesehen. In einigen Bundesländern – z. B. in Niedersachsen – scheint es gerade eine Übergangsphase zu geben: Berufsorientierung soll nicht mehr nur einem Fach bzw. einem Fachbereich zugeordnet werden, sondern wird als gesamtschulische Aufgabe definiert.<sup>32</sup> Die Umsetzung von gesamtschulischen Aufgaben erfordert allerdings einen langen Atem. Der Grad der Umsetzung kann dann nur von einer Schulinspektion bzw. Schulevaluation überprüft werden. Auch die Kriterien, die den Qualitätssiegeln für Berufs- und Studienorientierung zugrunde liegen, unterscheiden sich in den Bundesländern stark (Butz 2006, 11).

Es gibt auf Bundesebene zurzeit keinen Bildungsstandard zu Berufsorientierung.<sup>33</sup> Ein Bildungsstandard „Berufsorientierung“ wäre hilfreich für die Umsetzung von Berufsorientierung, ist aber schwieriger zu definieren als die Bildungsstandards für herkömmliche Unterrichtsfächer, insbesondere wenn Berufsorientierung eine Querschnittsaufgabe von mehreren Unterrichtsfächern sein soll.

### **Einbindung in schulisches Berufsorientierungskonzept fehlt**

Eine gezielte Nachbereitung der Berufsorientierung in den Schulen wurde nur teilweise sichtbar. In einer Schule fand eine solche nicht statt. 20 Lehrkräfte beschränkten die Nachbereitung neben der häufig genannten Praktikumsbericht-Erstellung der Schüler und Schülerinnen weitgehend auf Erfahrungsgespräche im Unterricht. Nur acht Lehrkräfte berichteten von umfangreicheren Präsentationsveranstaltungen in der Schule. Eine systematische Nachbereitung, die in das Schulkonzept und in den Schulalltag eingebettet ist, schien es nur bei wenigen befragten Lehrkräften bzw. Schulen zu geben. Auch wussten die Lehrkräfte in vielen Fällen nicht, wie die Ergebnisse der Berufsorientierung auf Schüler-Ebene weiter verwertet wurden. Die Schüler und Schülerinnen bestätigten diesen Eindruck: Nur jeder bzw. jede Dritte befand sich nach eigenen Angaben in einem fortwährenden Austauschprozess mit der zuständigen Lehrkraft, die meisten hatten im Anschluss an die Berufsorientierung dagegen nur ein einmaliges Gespräch, einige nicht einmal das. Von jenen, die bislang ein Praktikum absolviert hatten, gaben etwa 20 Prozent an, ihre Prakti-

---

<sup>32</sup> Im Kerncurriculum des Faches „Wirtschaft“, das 2009 veröffentlicht wurde, heißt es: „Die Berufsorientierung ist eine Querschnittsaufgabe der ganzen Schule, von der zahlreiche Unterrichtsfächer betroffen sind. Diese Aufgabe erfordert Absprachen über Verantwortlichkeiten und über Inhalte und deren fachbezogene Zuordnung. In der Regel wird die erforderliche Koordination in der Zuständigkeit des Fachbereichs Arbeit/Wirtschaft-Technik liegen. Die o. a. Beiträge der Fächer sind in einem schuleigenen Arbeitsplan zur Berufsorientierung festzuhalten. Dieser Arbeitsplan ist im Sinne des Bildungsbeitrags der betroffenen Fächer und des Anliegens der Berufsorientierung regelmäßig zu evaluieren.“ [http://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/2009\\_hs\\_wirtschaft\\_i.pdf](http://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/2009_hs_wirtschaft_i.pdf) [04.01.2010].

<sup>33</sup> Bundesweit geltende Bildungsstandards gibt es laut Webseite der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) derzeit

- für den Hauptschulabschluss (Jahrgangsstufe 9) für die Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch),
- für den Mittleren Schulabschluss (Jahrgangsstufe 10) für die Fächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache (Englisch/Französisch), Biologie, Chemie und Physik.

<http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetsicherung-in-schulen/bildungsstandards/ueberblick.html> [02.01.2010].

kumswahl nach den Erkenntnissen der Berufsorientierung zu treffen, während dies bei 54 Prozent nicht der Fall war.

Die eher diffuse Rolle der Lehrkräfte war anscheinend unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass es in den Schulen oftmals kein Gesamtkonzept von Berufsorientierung gab und die Aufgaben der Lehrkräfte in diesem Kontext nicht in ihren Aufgabenbeschreibungen und Zeitbudgets enthalten waren. Auch die Äußerungen der Lehrkräfte zur Nachbereitung der Berufsorientierung ließen eine Systematik vermissen und zeigten, dass sie vermutlich für diese Aufgabe nicht ausreichend vorbereitet waren. Bei einigen Antworten gewannen wir auch den Eindruck, als würden die Berufsbildungsstätten als umfassender Dienstleister bei den Schulen anklopfen und gelegentlich zu viel übernehmen (müssen), um überhaupt ihr Angebot loszuwerden. Die vielen Aktivitäten zur Berufsorientierung, die die Lehrkräfte in den Interviews aufzählten, machen deutlich, dass es anscheinend keinen Mangel an Angeboten zur Berufsorientierung für Schulen gibt.

Das Angebot der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten ist für die Schulen attraktiv, kann sie aber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, ein eigenes in sich schlüssiges Schulkonzept zur Berufsorientierung zu entwickeln und darauf basierend die einzelnen Module der externen Partner hinzuzuholen.

Das BOP sollte nicht nur ein weiteres beliebiges Angebot in einem Tool von Berufsorientierungsangeboten sein, sondern die Schulen „sanft“ in die Pflicht nehmen, die schulische Berufsorientierung zu steuern.

Bei der Erstellung eines Gesamtkonzepts Berufsorientierung können die Schulen allerdings derzeit nicht auf einen einheitlich gesicherten Wissensstand zugreifen. In einigen Bundesländern zeichnen sich allerdings einheitliche Entwicklungslinien ab, die vielfach auf den SWA-Ergebnissen und/oder den SIEGEL-Standards beruhen (vgl. Kap 6), wobei den SIEGEL-Standards in den Bundesländern wiederum unterschiedliche Gütekriterien zugrunde liegen.

## **GERINGER EINBEZUG DER ELTERN**

Die Ergebnisse der Schülerbefragung im Rahmen dieser Evaluation und auch anderer Befragungen (vgl. Kap 4.1) machten deutlich, dass die Eltern eine wichtige Rolle im Berufswahlprozess der Jugendlichen spielen. Zudem gab über die Hälfte der Jugendlichen an, mit den Eltern kontinuierlich über die Berufswahl zu sprechen. In den Interviews mit den Lehrkräften kamen die Eltern und ihre Rolle eher selten vor. Vielleicht lag es an unseren Fragen, vielleicht aber auch daran, dass die Eltern keine so große Rolle im Kontext des Berufsorientierungsprogramms spielten. 17 der 30 interviewten Lehrkräfte gaben an, dass die Eltern nicht einbezogen wurden, 9 weitere sprachen von einem schwachen Einbezug der Eltern.

Die frühzeitige Einbindung der Eltern in den Berufswahlprozess ist notwendig. Dieses ist Aufgabe der Schule.

Mit diesem fehlenden Einbezug der Eltern steht das Programm allerdings nicht allein, denn es gibt kaum Berufsorientierungsprogramme, die den Fokus auf die Elternbeteiligung legen. Butz (2006, 34f) schreibt in seiner Expertise zur Berufsorientierung an Ganztagschulen: „An vorliegenden schülerzentrierten Ansätzen zur Berufsorientierung gibt es keinen Mangel. Das Angebot ist groß und unübersichtlich. ... Bei den elternzentrierten Ansätzen gibt es dagegen kein Überangebot, sondern eher ein großes ‚Loch‘.“

## 5.6 Schlussfolgerungen der Reflexion der Befragungsergebnisse

Aus Sicht aller Befragten ist das BOP ein für die Jugendlichen sinnvolles Programm, und von allen Beteiligten wurde eine Weiterführung gewünscht. Auch aus Sicht der Fachleute für Berufsorientierung macht es Sinn und sollte fortgesetzt werden.

Die Werkstätten in den Berufsbildungsstätten bieten den Schülern und Schülerinnen einen Erfahrungsraum, über den die meisten Schulen nicht verfügen. Das praktische „Ausprobieren“ stellt eine gute Ergänzung zum schulischen Lernen, zum schulischen Teil der Berufsorientierung dar. Die Kooperation zwischen Schule und einem außerschulischen Bildungsträger erscheint sinnvoll. Die Kooperation zwischen Berufsbildungsstätte und Schule bringt für beide Seiten Vorteile, eine Grundvoraussetzung für gelingende Kooperationen. Kooperationen, die wachsen wollen, brauchen allerdings Verlässlichkeit.

Eine langfristige Finanzierung durch das BMBF könnte den Schulen ein verlässliches Programm für die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Berufsbildungsstätten bieten, die für die Implementierung dieses praxisbezogenen Bausteins von Berufsorientierung in den Schulen nötig ist.

Zum Zeitpunkt unserer Befragungen befanden sich viele befragte Berufsbildungsstätten in der Anfangsphase, d. h., es konnte noch nicht alles reibungslos funktionieren. Einige Berufsbildungsstätten haben schon aus ihren Erfahrungen in der Anfangsphase gelernt und nachgebessert, was ihre Lernfähigkeit und ihr Engagement deutlich macht.

Im Fokus dieser Berufsorientierung liegen die Anforderungen der Berufsfelder bzw. Berufe. Die Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, diese Anforderungen kennen zu lernen und praktische Erfahrungen zu sammeln. Diese Erfahrungen können Ausgangspunkt sein für eine dialogische Auseinandersetzung, eine Reflexion der eigenen Wünsche, Interessen, Pläne in Bezug auf die Anforderungen und die zukünftige Strategie. Für diese Auseinandersetzung und Reflexion sind allerdings spezielle Verfahren nötig, d. h., die Rückmeldungen an die Jugendlichen in den Berufsbildungsstätten müssen reflexive Teile enthalten, und es sollte mit den Schulen kommuniziert und abgesprochen werden, wie die Erfahrungen und Ergebnisse in den weiteren Prozess der Berufsorientierung einfließen.

Das „Reinschnuppern“ in Berufsfelder der eigenen Wahl sollte ohne Leistungsdruck und Bewertungsdruck stattfinden können. Die Unterstützung, die Auszubildende (und Lehrkräfte) dabei geben können, sind praktisches Anleiten in die dazu gehörenden Tätigkeiten, Vermittlung von berufsspezifischen Kenntnissen und möglichen Bildungswegen und Unterstützung bei der Reflexion. Wo die zeitlichen und personellen Ressourcen und die Rahmenbedingungen für die Durchführung einer an qualitativen Standards ausgerichteten handlungsorientierten<sup>34</sup> und/oder biografieorientierten<sup>35</sup> Kompetenzfeststellung fehlen, sollte darauf verzichtet und eine schriftliche und mündliche Selbst- und Fremdeinschätzung vorgenommen werden, die auch reflexive Anteile enthält. Die Schulen sollten sich ein eigenständiges Modul zur professionellen Kompetenzfeststellung bzw. Potenzialanalyse<sup>36</sup> an anderer Stelle einkaufen.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Zur handlungsorientierten Kompetenzfeststellung können z. B. die Verfahren Assessment Center und Arbeitsproben gezählt werden (Lippegaus-Grünau 2009, 121).

<sup>35</sup> Zu biografieorientierter Kompetenzfeststellung gehören z. B. biografische Interviews, Kompetenzbilanzen und Zukunftswerkstatt (ebenda).

<sup>36</sup> „Potenziale bezeichnen verborgene, (noch) nicht entwickelte Kompetenzen. Potenzialbeurteilungen richten sich immer auf Entwicklungsprozesse und versuchen, eine Prognose zu deren Verlauf und/oder Resultaten zu geben“ (INBAS 2007, 28).

Die Berufsfelder sollten nicht nur frei gewählt werden können, sondern es sollte den Jugendlichen ein breiteres Spektrum von Berufsfeldern angeboten werden, als es die im Handwerk angesiedelten Berufe darstellen. Ausbildungsabbrüche von Jugendlichen und ein langes Verweilen im sog. Übergangssystem werden unter anderem auch damit in Verbindung gebracht, dass Jugendliche sich in einem zu engen Spektrum von Berufen orientieren und dadurch zu wenige Optionen haben bzw. zu wenige Berufe mit Zukunft wählen. Die Anstrengungen sollten dahin gehen, dass das Berufswahlspektrum der Jugendlichen sich erweitert und nicht verengt. Und zu einem breiteren Spektrum von Berufswahlmöglichkeiten gehören auch neue Berufe.

Ähnlich verhält es sich mit dem Berufswahlverhalten von Mädchen. Mädchen ergreifen eher „typische Frauenberufe“, die in der Regel schlechter entlohnt sind als „typische Männerberufe“. Dieses geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten ließe sich durch die Erweiterung des Berufswahlspektrums aufbrechen.

Die in den Berufsbildungsstätten angesiedelten Berufsfelder des Handwerks sind in der Mehrheit sog. „Männerberufe“ und einige wenige traditionelle unterbezahlte „Frauenberufe“ (Frisör, Kosmetik). Dieses einseitige Berufsfeldangebot kann geschlechtstypisches Berufswahlverhalten befördern, wenn es nicht erweitert und wenn nicht bewusst auf einer konzeptionellen Ebene gegensteuert wird.

Das BOP bietet die Chance, Impulse zu setzen bei der Entwicklung eines konzeptbasierten und in sich schlüssigen Verständnisses von Berufsorientierung, das anknüpft an den individuellen Voraussetzungen und Wünschen der Jugendlichen, und diese Chance sollte genutzt werden.

Zwischen der Berufsbildungsstätte und den kooperierenden Schulen muss eine Auseinandersetzung über das Verständnis von Berufsorientierung stattfinden. Der Kooperationsvertrag könnte den Rahmen bieten, Verantwortlichkeiten in der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses von Berufsorientierung zu klären und festzuhalten.

Das Programm bietet zurzeit einen sehr großen Interpretationsspielraum. Das hat den Vorteil, dass es auch unter unterschiedlichen regionsspezifischen Bedingungen genutzt werden kann, und den Nachteil, dass Missverständnisse in Bezug auf das Ziel, die Funktion und die Ausgestaltung des Programms entstehen. Eine präzise Zielformulierung könnte falsche Deutungen einschränken, und einige prägnante Vorgaben für die konzeptionelle und operative Durchführung (Größe der Gruppen, Vorgaben für die Selbst- und Fremdeinschätzung, Auswahlmöglichkeit der Berufsfelder, Anzahl der Tagesstunden, schulische Nachbereitung) könnten das Programm in die gewünschte Richtung steuern. Ein Begleitprogramm zur fachlichen Unterstützung der Fachkräfte würde dabei hilfreich sein.

---

<sup>37</sup> Baden-Württemberg bietet ab dem Schuljahr 2009/2010 flächendeckend eine Kompetenzanalyse an Haupt- und Sonderschulen an. Das Projekt wird gefördert durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit. <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/-s/13ztf99jxor5n1get5ds11v2iw9148qvr/menu/1239107/index.html?ROOT=1146607> [01.01.2010].

## 6 Das Berufsorientierungsprogramm im Kontext anderer Programme

Aufgrund der Vielfalt und Differenziertheit der bundesweit vorhandenen Programme und Projekte zur Berufsorientierung war eine synoptische Gesamtschau nicht leistbar und erschien an dieser Stelle auch nicht sinnvoll. Die Darstellung im Kapitel 6 folgt nun einer Unterscheidung von Programmen und Projekten der Berufsorientierung nach zentralen Kriterien und enthält zur Illustration ausgewählte Beispiele.

### 6.1 Konzeptionelle Ausrichtungen aktueller Landes- und Bundesprogramme

Berufsorientierungsprogramme aller Bundesländer wurden bereits im Zwischenbericht vorgestellt. Ergänzend werden in diesem Schlussbericht einzelne Programme exemplarisch ausgeführt, um Entwicklungslinien zu verdeutlichen.<sup>38</sup>

Fasst man die derzeit bestehenden Programme nach konzeptionellen Ausrichtungen zusammen, so lassen sich drei Perspektiven unterscheiden:

1. Eine Reihe von Programmen und Projekten macht externe Anforderungen zum Ausgangspunkt des Konzepts, damit gemeint sind zukünftige Bedarfe der Arbeitswelt, generelle oder berufsspezifische Anforderungen.
2. Ein anderer Teil stellt die subjektive Perspektive in den Vordergrund, dazu gehört die Auseinandersetzung mit eigenen Kompetenzen, z. T. auch mit der eigenen Biografie.
3. Als dritte Perspektive kommen Programme hinzu, die Berufsorientierung nicht nur als individuellen Prozess der Selbstreflexion und der Auseinandersetzung mit Anforderungen sehen, sondern strukturelle Aspekte des (gefährdeten) Übergangs von der Schule in eine Ausbildung einbeziehen bzw. in den Mittelpunkt stellen.

Diese drei Perspektiven werden im Folgenden vergleichend ausgeführt und durch eine tabellarische Übersicht sowie ausgewählte Projekt- oder Programmbeispiele ergänzt. Die Zuordnungen und Beispiele folgen einer Bewertung durch die Autorinnen und Autoren und dienen der Veranschaulichung, sie müssen nicht dem Selbstverständnis dieser Programme und Projekte entsprechen und bilden nicht alle ihre Kennzeichen ab.

#### 6.1.1 Objektive (externe) Perspektive

Der Schwerpunkt dieser Programme liegt bei den externen Anforderungen, die in der Arbeitswelt oder in einem Beruf bestehen. Hier wird das Thema Berufsorientierung stärker aus der Perspektive der Wirtschaft betrachtet.

---

<sup>38</sup> Wie bereits im Zwischenbericht angemerkt, gehen hier auch Ergebnisse einer Bestandsaufnahme über vorhandene Programme und Projekte der Berufsorientierung ein, die INBAS im Rahmen der Vorbereitung der bundesweiten Fachtagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“ in 2009 erarbeitete. Veranstalter der Konferenz am 2. und 3. November 2009 in Kiel waren das Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein, das BMBF und die Bundesagentur für Arbeit im Auftrag der Arbeitsgruppe „Abschluss und Anschluss“ der Qualifizierungsinitiative für Deutschland.

Bei einer ersten Teilgruppe steht der zukünftige Bedarf der Arbeitswelt im Vordergrund. Berufsorientierung dient hier dazu, junge Menschen gezielt *auf etwas hin zu orientieren*, z. B. auf Berufsfelder oder Berufe, in denen ein Facharbeitermangel prognostiziert wird. Die Programme wenden sich z. T. an alle Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen, z. T. aber auch an Teilgruppen (Mädchen, Jungen, Jugendliche mit Interesse an naturwissenschaftlichen Fächern). Während durch einige Programme eine Auswahl guter und geeigneter Schülerinnen und Schüler getroffen werden soll, wollen andere bewusst Gruppen ansprechen, motivieren und fördern, die noch nicht über die notwendigen Voraussetzungen für und Zugänge zu einer Ausbildung verfügen. Dazu gehören z. B. Programme, die Schülerinnen und Schüler aus den Hauptschulen für das Handwerk gewinnen und die Entwicklung der dafür notwendigen Kompetenzen unterstützen möchten.

Mit dem Ziel, den Fachkräftebedarf der Wirtschaft abzusichern, ist häufig der Wunsch verbunden, das traditionell eingeschränkte Berufswahlspektrum der Geschlechter zu öffnen. Dabei gibt es zum einen Projekte, die sich an Mädchen wenden, z. B. eine Vielzahl an Projekten, die auf MINT-Berufe orientieren – hier sei stellvertretend das Bundesprogramm „Komm mach MINT“ des Nationalen Pakts für Frauen in MINT-Berufen<sup>39</sup>, gefördert durch das BMBF, genannt (s. auch das folgende Projektbeispiel). Ebenso existieren aber auch Programme, die Jungen für die Berufe begeistern möchten, die in der Regel von Frauen dominiert sind, so wird z. B. im Rahmen des Programms „Zukunft fördern“ in NRW<sup>40</sup> ein Sozialpraktikum angeboten. Ähnlich Wege geht das Bundesprogramm „Neue Wege für Jungs“.<sup>41</sup>

---

<sup>39</sup> Der Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen umfasst 70 verschiedene Partner: Betriebe, Vereine, Hochschulen, Berufsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Medien; er ist Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung – <http://www.komm-mach-mint.de> .

<sup>40</sup> <http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/zukunft-082008/index.php> .

<sup>41</sup> <http://www.neue-wege-fuer-jungs.de> .

**Tabelle 7: Unterscheidungskriterien für Programme und Projekte der Berufsorientierung<sup>42</sup>**

Konzeptionelle Ausrichtung	Objektive (externe) Perspektive		Subjektive Perspektive	Systemische Perspektive
<b>Verständnis von Berufsorientierung</b>	auf Bedarf (Branchen/Berufe) hin orientieren	auf die Anforderungen der Arbeitswelt/der Berufe vorbereiten	„sich orientieren“, den eigenen Standort bestimmen	Strukturen für erfolgreiche Berufsorientierung schaffen
<b>Zielgruppen</b>	Schüler/innen allgemeiner Schulen inkl. Realschulen und Gymnasien	z. T. Schwerpunkt Hauptschüler/innen	überwiegend: Jugendliche mit Förderbedarf, potenzielle Abbrecher/innen	Multiplikatoren, Schulleitungen/Lehrkräfte, externe Partner
<b>Ziele</b>	Sicherung notwendiger Fachkräfte, Erweiterung des Berufswahlspektrums	Ausbildungsreife, Berufswahlkompetenz	Kompetenzentwicklung, Biografiebewältigung, Eigenverantwortung	neue Lernkulturen, Schulqualität, kohärente Förderung, erfolgreiche Übergänge
<b>Angebote</b>	Technikseminare, Girls' Day/Boys' Day, Akademien, Schnupperkurse, Sozialpraktikum, ...	begleitete Praktika, Praxiswerkstätten, Paten/Mentoren, Praxistage, Schülerfirmen, ...	Kompetenzfeststellung, Kompetenztrainings, Beratung und Begleitung, individuelle Förderung, Berufsorientierungscamps, ...	Personalqualifizierung, Systemqualifizierung, Übergangmanagement, Dienstleistungen für Schulen und für Betriebe, ...

<sup>42</sup> Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme für die Fachtagung „Berufsorientierung“ am 2./3.11.2009 in Kiel.

**„Girls' Days Akademie“ Baden-Württemberg<sup>43</sup>**

Bei diesem Programm kooperiert die Regionalagentur Baden-Württemberg mit dem Arbeitgeberverband der Baden-Württembergischen Metall- und Elektroindustrie, Südwestmetall; das Landesprogramm „Girls' Days Akademie“ wird aus deren Mitteln „Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative START 2000 Plus“ und dem Sonderprogramm erweiterte vertiefte Berufsorientierung der Bundesagentur für Arbeit (VBO) finanziert. Parallel dazu hat das Wirtschaftsministerium ein gleichnamiges, aber etwas anders gelagertes Programm aufgelegt, dieses wird aus ESF-Mitteln kofinanziert.

Wie der Name schon verdeutlicht, liegt der Schwerpunkt beider Programms auf Gender-Aspekten, die Zielgruppe ist eingeschränkt auf ausgewählte Mädchen aus den Klassen 7 bis 10 der Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien.

Das VBO-Programm zielt darauf ab, Mädchen und junge Frauen auf ihrem Weg in eine naturwissenschaftliche Ausbildung oder einen entsprechenden Studiengang zu begleiten. Entsprechend werden Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren aufgrund einer Bewerbung und ihrer vorherigen Leistungen in naturwissenschaftlichen Fächern ausgewählt. Ihre Berufsorientierung für Berufe und Studiengänge aus dem Bereich MINT soll vertieft, ihr Interesse an Technik gefördert werden. Über das Programm sollen sie Ausbildungsbetriebe, Hochschulen und die Duale Hochschule ebenso kennen lernen wie weibliche Vorbilder in gewerblich-technischen Berufen oder naturwissenschaftlich-technischen Studienfächern.

Dazu werden die Mädchen langfristig begleitet. Während eines ganzen Schuljahres finden Arbeitsgemeinschaften einmal wöchentlich am Nachmittag statt, hinzu kommen eintägige Seminare am Wochenende. Zum Programm gehören: Projekte zur Technikorientierung (z. B. zu Themen wie Energie, Umweltschutz, Mechanik), Firmenbesuche, Praktika, Seminare zu Kommunikation, Präsentation, Teamtraining, Selbstbehauptung sowie ein Bewerbungstraining speziell für gewerblich-technische Berufe. Die Ergebnisse werden dokumentiert, die Schülerinnen erhalten nach erfolgreicher Teilnahme ein Zertifikat.

Das Programm des Wirtschaftsministeriums will insbesondere denjenigen Chancen eröffnen, die bisher wenig Zugang zu gewerblich-technischen und naturwissenschaftlichen Themen hatten – aus diesem Grund gibt es keine Auswahl der Teilnehmerinnen z. B. nach Noten o. Ä. Stattdessen soll der Erfahrungshorizont der Mädchen erweitert werden. Das Angebotsspektrum ist an das Landesprogramm angelehnt.

Eine zweite Teilgruppe von Programmen will Jugendliche „fit machen“ für die Ausbildung.

Die Programme basieren auf der Annahme, dass erfolglose Übergänge häufig mit der mangelnden Ausbildungsreife der Bewerberinnen und Bewerber zusammenhängen. Sie zielen darauf, die Kompetenzen, die der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in seinem Krite-

---

<sup>43</sup> Einen anschaulichen Einblick in die Aktivitäten des VBO-Programms gibt das Handbuch „Girls' Days Akademie“, <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-BW/RD-BW/Regionalinformationen/Chancengleichheit-am-Arbeitsmarkt/ca-dateien/202-GDA-Handbuch.pdf> .

rienkatalog zur Ausbildungsreife gebündelt hat, zur Verfügung zu stellen bzw. Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Berufsorientierung auf diese Anforderungen vorzubereiten.

Angesprochen werden deshalb überwiegend diejenigen, von denen man annimmt, dass ihre Ausbildungsreife oder Berufswahlkompetenz noch nicht ausreichend entwickelt ist, z. T. sind damit Hauptschülerinnen und Hauptschüler generell gemeint. Durch begleitete Praktika, durch Praxiswerkstätten, Praxistage oder auch Schülerfirmen sollen sie Gelegenheit bekommen, die jeweiligen Anforderungen kennen zu lernen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und „daran zu wachsen“. Vielen Projekten liegt die Erkenntnis zugrunde, dass praktische Erfahrungen wie auch die neue Rolle innerhalb einer neuen sozialen Praxisgemeinschaft (Niemeyer 2005) zur Entwicklung von Kompetenzen motivieren und dazu beitragen, schulische Leistungen verbessern zu wollen.

### **„Praxistag“ in Rheinland-Pfalz**

In rheinland-pfälzischen Schulen erhalten die Schülerinnen und Schüler von 135 Schulen, die zur „Berufsreife“ (zum Hauptschulabschluss) führen, die Möglichkeit, einmal wöchentlich an einem Praxistag Praxis zu erleben, vorgesehen ist der landesweite Ausbau im Rahmen der Schulstrukturreform. Der „Tag im Betrieb“ wird zum festen Bestandteil des Stundenplans während der gesamten Schulhalbjahre 8/2 und 9/1.

Bei ihrem Einsatz in einem Unternehmen oder einer Verwaltung lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur den Betrieb kennen, sondern übernehmen eigenverantwortliche Aufgaben. Das Projekt zielt darauf, dass den Schülerinnen und Schülern die „Bedeutung von Anstrengung und Lernen erfahrbar [wird]: Pünktlichkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit bekommen einen neuen Stellenwert“ (Anton 2009, 26). Der Praxistag soll einen Motivationsschub für das Lernen bewirken und so dazu beitragen, dass sich die Abschlussquoten erhöhen.

Dem eigentlichen Praxistag geht ein einwöchiges Blockpraktikum voraus, erst dann beginnt die Phase des kontinuierlichen Praktikums. Einmal monatlich werden die Schülerinnen und Schüler von der betreuenden Lehrkraft besucht, sie wird dafür von Unterricht freigestellt und kooperiert mit weiteren Beteiligten wie Eltern oder Schulsozialarbeit. Die Ergebnisse des Praxistages werden ausgewertet und dokumentiert, z. B. in einer Arbeitsmappe, einem Praxistagebuch, einem Berufswahlkompass oder einem Portfolio. Die Leistung kann in einem Zertifikat dokumentiert werden.

Als Firmen kommen i. d. R. nur diejenigen in Frage, die ausbilden und somit eine Übernahmeoption bieten.

Das Element „Praxistag“ kann in Rahmen schulischer Konzepte mit weiteren Elementen wie Berufsorientierungscamps, Assessment Centern oder Bewerbungstrainings verknüpft werden.

Einige Programme, die unter Beteiligung der Kammern oder einiger (Groß-)Betriebe durchgeführt werden, berücksichtigen über die Anforderungen der Berufe hinaus weitere Wünsche der Betriebe, um die Einstellung von Auszubildenden zu erleichtern. Zum Teil ist damit auch eine Selektion potenzieller Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen der Berufsorientierung verbunden.

**Berufsstart plus – Thüringen<sup>44</sup>**

Das Programm „Berufsstart plus“ in Thüringen bietet eine „arbeitsmarktorientierte Berufswahlvorbereitung“. Dieses Gemeinschaftsprojekt der Thüringer Handwerkskammern, der Thüringer Industrie- und Handelskammern, des Thüringer Kultusministeriums, des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit und der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt – Thüringen, umfasst ein aufeinander aufbauendes System verschiedener Instrumente zur Berufsorientierung.

Adressaten waren im August 2009 Schülerinnen und Schüler in den Klassen 7 bis 10 von 136 Regelschulen und drei Gesamtschulen sowie Schulen und Betriebe.

Die Jugendlichen sollen viel über ihre Stärken und Entwicklungspotenziale erfahren, erste berufliche Kompetenzen erwerben, überprüfen, ob sie ihre beruflichen Wünsche im regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verwirklichen können, und ggf. Alternativen suchen. Bei diesem persönlichen Berufswahlprozess erhalten sie Unterstützung von Bildungsbegleiterinnen und -begleitern, d. h. von einer externen pädagogischen Begleitung, angesiedelt bei den Kammern (insgesamt 26 Fachkräfte, jeweils zuständig für 500 Schülerinnen und Schüler).

Zum systematisch abgestimmten Angebotsspektrum gehören:

- In der Klasse 7: Informationsgespräche in jeder Klasse, Berufseignungstest im Rahmen des Unterrichts, Kompetenzfeststellung bei einem Bildungsträger und ein einwöchiger berufsfeldbezogener Orientierungsbaustein bei einem Bildungsträger (Tätigkeiten/Projekte aus verschiedenen Ausbildungsberufen, angelehnt an Qualifizierungsbausteine).
- In der Klasse 8: ein einwöchiger berufsbezogener Orientierungsbaustein sowie ein bis zwei berufsbildbezogene betriebliche Bausteine (strukturierter Ablauf einer Praktikumswoche).
- In den Klassen 9 und 10: ggf. dritter Orientierungsbaustein (bei nicht gefestigter Berufswahlentscheidung), ein Retest, eine Phase der intensiven Bewerbung, ein oder mehrere weitere betriebliche Bausteine („Probeausbildung“), Internetkurse sowie ein Bewerbungstraining.

Die Bildungsbegleiterinnen bzw. Bildungsbegleiter und andere unterstützen noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber durch intensive Akquise von Ausbildungsplätzen.

Die Betriebe machen sich ein Bild über die Eignung künftiger Bewerberinnen und Bewerber, sie können die Entwicklung ihrer künftigen Nachwuchskräfte mit verfolgen und unterstützen, sie sollen motiviert werden, (zusätzliche) Ausbildungsplätze auch für Jugendliche mit Benachteiligungen zur Verfügung zu stellen und werden unterstützt bei der Ausbildung von Jugendlichen mit eher praktischer Begabung.

Als Dienstleistungen für Betriebe bieten die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter eine Vorauswahl von Bewerberinnen und Bewerbern, deren Profile mit betrieblichen Anforderungsprofilen übereinstimmen, sowie Förder- und Unterstützungsangebote von Kammern für die Ausbildung (externes Ausbildungsmanagement, ausbildungsbegleitende Hilfen, kooperative Ausbildung).

<sup>44</sup> [http://www.berufsstart-thueringen.de/xd/public/content/index\\_cGkPTg3OA\\_.html](http://www.berufsstart-thueringen.de/xd/public/content/index_cGkPTg3OA_.html) .

## 6.1.2 Subjektive Perspektive

Bei Programmen, die in der Tendenz dieser Ausrichtung folgen, stehen stärker der junge Mensch und seine Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund.

Häufig handelt es sich eher um sozialpädagogisch orientierte Programme, die sich an Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf wenden. Sie untersuchen zunächst die Voraussetzungen: sie geben den Jugendlichen Gelegenheit, ihre eigenen Kompetenzen festzustellen und zu zeigen. Kompetenzfeststellungen dienen hier dazu, sich selbst als kompetent zu erleben, eigene Stärken kennen zu lernen und ggf. Versagensmuster und -rollen aufzuweichen. Die Programme und Projekte unterstützen Jugendliche darin, sich mit ihrer Biografie, mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auseinanderzusetzen. Auf den Ergebnissen dieser Auseinandersetzung baut eine individuelle Förderung auf, die die Jugendlichen ermutigt, ihre Kompetenzen auf eigenen Wegen zu entwickeln, und sie dabei durch individuelle Förderung unterstützt.

Eine solche Berufsorientierung versteht sich als eine Befähigung, die Anforderungen in Beruf und Alltag zu meistern. Sie setzt auf die Stärkung der Persönlichkeit, auf Selbstreflexion, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Dabei nehmen diese Programme oder Projekte stärker als andere die tatsächlichen Lebensbedingungen und Perspektiven benachteiligter Jugendlicher in den Blick und machen sie zur Ausgangslage der Berufsorientierung.

Schwerpunkte der Projekte liegen in der Regel in einer Kompetenzfeststellung, in Beratung und Begleitung, diese setzt an den Anforderungen, aber auch an den Lebenswelten der Jugendlichen an.

### **Vertiefte Berufsorientierung im Bremer Westen**

Ein Beispiel für die Verzahnung der Berufswahl mit der Lebenswelt ist das Bremer Projekt der Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (WaBeQ), angesiedelt in einem Stadtteil mit hoher Arbeitslosenquote und hohem Migrationsanteil. Das Projekt verbindet die vertiefte Berufsorientierung unter anderem mit Mitteln aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“. Neben berufspraktischen Projekten, zusätzlichen Praktika, stundenweiser Sozialarbeit an Schule und Ausflügen zu Betrieben, Messen, Veranstaltungen der Bundesagentur kooperiert das Projekt mit einem Seniorenzentrum. Eine Klasse einer Förderschule hat gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren biografische Erfahrungen reflektiert und das Theaterstück „Werdegänge“ entwickelt und aufgeführt.

Ein professioneller sozialpädagogischer Hintergrund und ein subjektorientierter Ansatz kennzeichnen auch das Förderprogramm der Kompetenzagenturen.

**Bundesprogramm Kompetenzagenturen<sup>45</sup>**

Zielgruppe dieses Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Jugendliche, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang in den Beruf nicht profitieren oder den Zugang zu den Unterstützungsleistungen nicht aus eigenem Antrieb finden. Ein Herzstück der Arbeit vor Ort ist aufsuchende und präventive Arbeit sowie Fallbegleitung. Die Zugangswege zu den Jugendlichen werden sowohl über Kontakt- und Beziehungsarbeit im Lebensraum zu Einzelnen und Gruppen (Streetwork) als auch durch vorbeugendes Handeln wie Aufklärung, Anleitung und Beratung erschlossen. Anschließend werden die Jugendlichen durch Kompetenzfeststellung und Entwicklung des Integrations- und Bildungsplanes an Integrations- und Qualifizierungsangebote herangeführt.

Die Begleitung im Übergang Schule – Beruf erfolgt in enger Abstimmung mit anderen Beteiligten. Sie reicht damit über die klassische Einzelfallhilfe hinaus im Sinne eines modernen Case-Managements. Hier geht es darum, Ressourcen und Netzwerke zu nutzen, und wo dies privat nicht möglich ist, professionelle Hilfen planvoll einzusetzen und zu koordinieren. Das Case-Management soll dem Prozesscharakter der Übergangsverläufe gerecht werden und eine bei Bedarf längerfristig angelegte, eher distanzierte Begleitung gewährleisten.

Der Ansatz, der die Persönlichkeit in ihrer Entwicklung und der Auseinandersetzung mit Anforderungen stärkt und auf die Bewältigung von Herausforderungen in Beruf und Alltag abzielt, konzentriert sich in der Praxis häufig auf Jugendliche, die als benachteiligt gelten. In vielen Bundesländern werden für Abschlussgefährdete spezielle Klassen mit neuen didaktischen Konzepten eingerichtet.

Zwingend ist die Beschränkung umfassender Konzepte auf Benachteiligte allerdings keinesfalls. So warnt Butz davor, Berufsorientierung vor allem auf die Problemgruppen des Arbeitsmarkts zu konzentrieren (Butz 2006). Alle Jugendlichen müssen befähigt werden, ihre Biografien erfolgreich zu gestalten und dabei absehbare Brüche und Probleme zu bewältigen.

Eines der Programme, das Kompetenzfeststellung und individuelle Förderung als Qualitätsmerkmale von Schule begreift und für alle Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse anbietet, ist die „Kompetenzanalyse Profil-AC“ in Baden-Württemberg.

**Kompetenzanalyse Profil-AC an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen – Baden-Württemberg<sup>46</sup>**

Das Kultusministerium in Baden-Württemberg führt mit dem landesweiten Modellprojekt „Kompetenzanalyse Profil-AC“ flächendeckend eine Kompetenzfeststellung ein. Das Projekt richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 in Haupt- und Sonderschulen und darüber hinaus an Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr.

<sup>45</sup> <http://www.kompetenzagenturen.de> [15.12.2009].

<sup>46</sup> <http://www.kultusportal-bw.de> .

Im Fokus stehen die überfachlichen Stärken einer jeden Schülerin bzw. eines jeden Schülers, sie sollen als Ansatzpunkte zur individuellen Förderung genutzt werden.

Erhoben werden die für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale anhand von Verhaltensbeobachtungen. Die Kompetenzanalyse Profil-AC an Schulen<sup>47</sup> versteht sich als ein Assessment Center (AC) zur Förderung. Es umfasst standardisierte Einzel- und Gruppenaufgaben in fünf Kompetenzfeldern (Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, personale Kompetenz, berufsspezifische Kompetenz, kulturtechnische Kompetenz) mit 21 Merkmalen.

Jede Gruppe wird bei der Bearbeitung der Aufgaben von zwei bis drei Lehrkräften begleitet, die ihre Beobachtungen schriftlich festhalten und sie in einem Beurteilungsbogen zusammenfassen. Die Lehrkräfte erstellen mit Hilfe der Software für das Analyseverfahren das individuelle Kompetenzprofil und besprechen es mit der Schülerin oder dem Schüler. Gemeinsam werden Förderziele und Fördermaßnahmen sowie Verantwortlichkeiten erarbeitet und in einem Förderplan gesammelt. Das Kompetenzprofil, als wichtiges Element der Berufswegeplanung, zeigt Fähigkeiten und Talente der Schülerinnen und Schüler auf, die ein Zeugnis nicht abbilden kann. Das Profil soll auch ein Instrument dafür sein, Berufsvorstellungen zu entwickeln, die den Stärken der Jugendlichen besonders entsprechen.

Die Lehrkräfte, die das AC durchführen, sind in der Regel in den Klassen und fungieren als Bindeglied zwischen AC/Schülerinnen und -Schülern und den weiteren Lehrkräften in der Klasse. Einen zentralen Bestandteil des Modellprojekts bildet die Qualifizierung der Beteiligten.

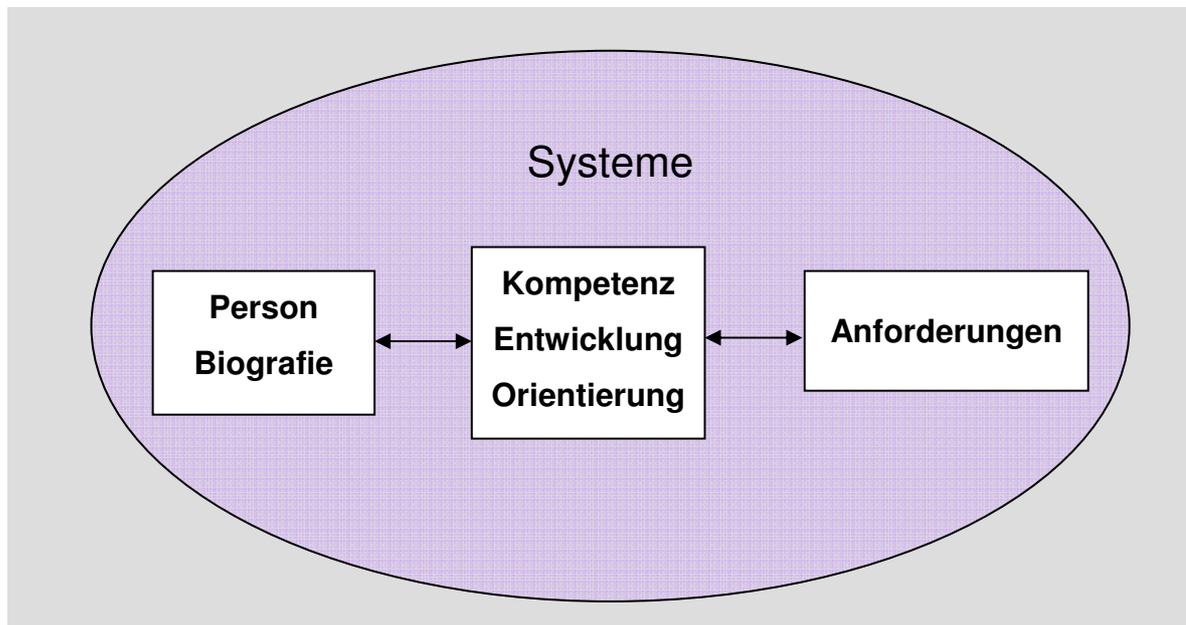
(Kleinere) Instrumente, die innerhalb der schulischen Berufsorientierung zur Selbstreflexion anregen können und mittlerweile in vielen Schulen eingesetzt werden, sind Portfolios wie der Profilpass für junge Menschen oder der Berufswahlpass. Ob sie tatsächlich einen Beitrag zur Entwicklung biografischer Kompetenz leisten (oder eher als Dokumentationsinstrument verstanden werden), hängt aber in erheblichem Maße von der Professionalität und vom Kontext ihrer Anwendung ab.

### 6.1.3 Systemische Perspektive

Neben externen Anforderungen und persönlichen Voraussetzungen beeinflussen auch strukturelle Aspekte der jeweiligen Umgebung den Prozess der Berufsorientierung.

---

<sup>47</sup> Das Verfahren wurde gemeinsam mit dem CJD Offenburg entwickelt. Weitere Informationen zum Verfahren unter <http://www.cjd-offenburg.de>.

**Abbildung 17: Situative Bedingungen der Berufsorientierung**

So findet die Berufsorientierung unter den Bedingungen einer spezifischen Situation am Ausbildungsmarkt statt, die gekennzeichnet ist durch Ausbildungsplatzmangel, verwehrte Zugänge für nicht konkurrenzfähige bzw. marginalisierte Gruppen und ein expandierendes Übergangssystem, welches die Chancen der an Maßnahmen Teilnehmenden nur zum Teil verbessert, sie zum Teil sogar zusätzlich stigmatisiert.

Neben den Aufnahmesystemen Ausbildungsmarkt bzw. Übergangssystem spielen die Bedingungen der Abgabesysteme eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt die PISA-Studien belegten erhebliche strukturelle Mängel, die dazu führen, dass viele Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schulzeit nicht mit der Kompetenz – gemeint ist hier mit dem Wissen, Können, Wollen und Dürfen (vgl. Hof 2005, 158 ff) – ausgestattet sind, die sie für den Übergang in den Beruf und für eine selbstständige Lebensgestaltung brauchen.

In vielen Regionen und landesweit gibt es daher Bemühungen, um die beteiligten Partner in einen gemeinsamen Abstimmungsprozess zu bringen und die vielfältigen, nebeneinander laufenden Aktivitäten am Übergang Schule – Beruf zu einem kohärenten Unterstützungs- und Fördersystem weiterzuentwickeln.

Mit diesem Ziel fördert z. B. das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“<sup>48</sup> mit der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ 27 regionale Vorhaben. Die beteiligten Städte und Landkreise stellen sich der Aufgabe, den Übergang von der allgemeinen in die berufliche Bildung in ihrer Region systematisch zu gestalten. Dabei wird die Vernetzung aller Akteure und Angebote vor Ort als eine Aufgabe begriffen, die auf der Ebene der Kommune zu bearbeiten ist.

Auf der Ebene der Länder entstehen im Rahmen der (vertieften) Berufsorientierung neue Konzepte, um landesweit Strukturen für eine erfolgreiche Berufsorientierung zu schaffen.

<sup>48</sup> <http://www.perspektive-berufsabschluss.de> .

Die Programme richten sich an Planungsverantwortliche und Multiplikatoren aus Schule und Wirtschaft, Jugendberufshilfe und anderen Bereichen und zielen darauf, die Qualität der Berufsorientierung zu definieren und zu entwickeln, Kooperation und Koordination zu verbessern und so die Quote erfolgreicher Übergänge zu steigern.

Konzepte, die diese systemische Perspektive einnehmen bzw. berücksichtigen, sind mit unterschiedlicher Gewichtung in Hamburg, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein entwickelt worden. Ein Beispiel für eine solche landesweite Verständigung ist die hessische Strategie OloV.

#### **Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV)<sup>49</sup>**

Das Projekt startete 2005 mit dem Auftrag, den Informationsfluss zwischen den lokalen Ausbildungsmarkt-Akteuren im Übergang Schule – Beruf zu verbessern, für mehr Transparenz zu sorgen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die Berufsorientierung und die Vermittlung in Ausbildung durch Koordination und Kooperation der Akteure in den einzelnen hessischen Regionen zu optimieren.

OloV wird aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds gefördert und ist ein gemeinsames Projekt aller Partner des Hessischen Paktes für Ausbildung. Seit Ende 2008 wurde daraus eine landesweite Strategie, die hessenweite Koordination liegt bei der INBAS GmbH in Offenbach.

Gemeinsames Ziel aller Paktpartner ist es, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung anzubieten. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sind die „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“, welche OloV aus der Zusammenarbeit mit Akteuren des hessischen Ausbildungsmarktes entwickelt hat. Seit März 2008 werden nun die Standards in den hessischen Regionen erprobt und umgesetzt.

Zu den Qualitätsstandards für den Prozess der Berufsorientierung gehört, dass jede Schule mindestens einen Schulkoordinator für Berufsorientierung benennt, Kompetenzfeststellungen durchführt und als Grundlage einer individuellen Förderung benutzt, dass Fortbildungen für schulische Fachkräfte angeboten, Praktika vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden, dass Bewerbungstrainings stattfinden und die Schule die Erziehungsberechtigten einbezieht.

Während sich OloV (mittelbar) an alle Jugendlichen richtet, die für eine Ausbildung in Frage kommen, konzentrieren sich andere Landeskonzepte auf benachteiligte Jugendliche, so z. B. das schleswig-holsteinische Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt, das die systemische und die subjektive Perspektive kombiniert.

<sup>49</sup> <http://www.lov.inbas.com> .

### **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt des Landes Schleswig-Holstein**

Das Handlungskonzept wurde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bildungs- und des Arbeitsministeriums erarbeitet und unter Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit weiterentwickelt. Es befindet sich seit Sommer 2007 flächendeckend in der Umsetzung und ist zunächst bis 2013 angelegt.

Auf der individuellen Seite werden Stärken von Schülerinnen und Schülern festgestellt und in Lernfelder transferiert, die eine fundierte Berufswahlentscheidung unterstützen. Coaching-Fachkräfte begleiten die Schülerinnen und Schüler individuell unter Berücksichtigung der persönlichen Lebenswelten der Betroffenen. Das Konzept arbeitet systemisch durch die Implementierung von Berufsorientierung an Schulen, die Integration von Praxiserfahrungen und den Auf- und Ausbau von regionalen Netzwerken.

Im Mittelpunkt stehen junge Menschen, die als so genannte benachteiligte Jugendliche Schwierigkeiten auf dem Weg von der Schule in den Beruf haben. Ziel ist es, ihre Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Damit zielt das Konzept auch darauf, Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und den Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken. Hierzu dienen die Angebote der vier Handlungsfelder Coaching, Kompetenzfeststellung, Berufsfelderprobung und (niedrigschwellige) Qualifizierungs-Bausteine sowie die Sonderprojekte „Integrationsbegleitung für junge Menschen mit Einwanderungshintergrund – InB“ (vier Standorte 2007–2009) sowie „Produktionsschule“ (zwei Standorte 2009–2011).

Über die individuelle Ebene hinaus soll das Konzept die Kooperation von Schulen und Bildungsträgern in einem System kommunaler Steuerung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt nachhaltig stabilisieren.

Die Verständigung und Weiterentwicklung der Professionalität der Partner wird durch gemeinsame Lernprozesse unterstützt. Gezielte Programme zur Personalqualifizierung dienen der Vertiefung des Wissens der Fachkräfte und der Weiterentwicklung der verwendeten Instrumente und Verfahrensweisen.

Auf dieser Ebene des Konzepts sind die Landesweite Personalqualifizierung (PQ) und Systemqualifizierung (SQ) zentrale Bestandteile. Die PQ richtet sich auf die Vertiefung des Fach- und Anwendungswissens im Bereich Kompetenzfeststellung und Coaching einschließlich der Netzbildung auf Arbeitsebene. Die Systemqualifizierung zielt auf eine Verbesserung der Koordinierung regionaler Übergangssysteme in kommunaler Verantwortung.

#### **6.1.4 Erkenntnisse und Schlussfolgerungen**

Die Darstellung dieser Ausrichtung der Landesprogramme wirft die Frage nach der *konzeptionellen Verortung* des Berufsorientierungsprogramms in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten auf.

Den in den vorstehenden Abschnitten skizzierten Konzepten liegt (i. d. R. implizit) ein zu differenzierendes *Verständnis von Berufsorientierung* zugrunde:

- die Vorbereitung auf Anforderungen der Wirtschaft und/oder die Orientierung auf Berufe (externe Perspektive), dieser Ansatz geht eher von einer einmaligen Berufswahl aus,
- die Befähigung der Jugendlichen zur Biografiegestaltung in Bezug auf Beruf und Alltagsleben (subjektorientierte Perspektive), hier werden z. T. Perspektiven brüchiger Erwerbsbiografien berücksichtigt und flexible Berufswahlkonzepte gefordert,
- die Verschränkung beider Perspektiven, Berufsorientierung als lebenslange Abstimmung objektiver und subjektiver Aspekte (SWA-Definition),
- die (zusätzliche) Berücksichtigung struktureller Komponenten, die den Erfolg des Übergangs von der Schule in den Beruf beeinflussen (systemische Perspektive).

Die Einordnung des zu untersuchenden Berufsorientierungsprogramms ist nicht eindeutig und hängt somit (insbes.) vom Verständnis der jeweiligen Durchführenden ab.

In einzelnen Projekten wird das Programm als Möglichkeit der Nachwuchssicherung z. B. für das Handwerk verstanden. Wenn Bildungszentren der Kammern das Programm durchführen, können diese die Anforderungen der Arbeitswelt, der zugehörigen Betriebe und des Berufs besonders realitätsnah abbilden. Gleichzeitig erhalten Kammerbetriebe u. U. die Möglichkeit, aus dem Pool der Teilnehmenden potenziell geeignete Bewerberinnen und Bewerber auszuwählen und gezielt anzusprechen.

Verbreiteter aber ist eine generelle Orientierung auf die Anforderungen der Berufe mit dem Ziel der (einmaligen) Berufswahl.

Weniger entwickelt scheint im Konzept wie in der Durchführung die subjektorientierte Perspektive zu sein. Für eine konzeptionelle Weiterentwicklung ergeben sich darauf folgende Fragen:

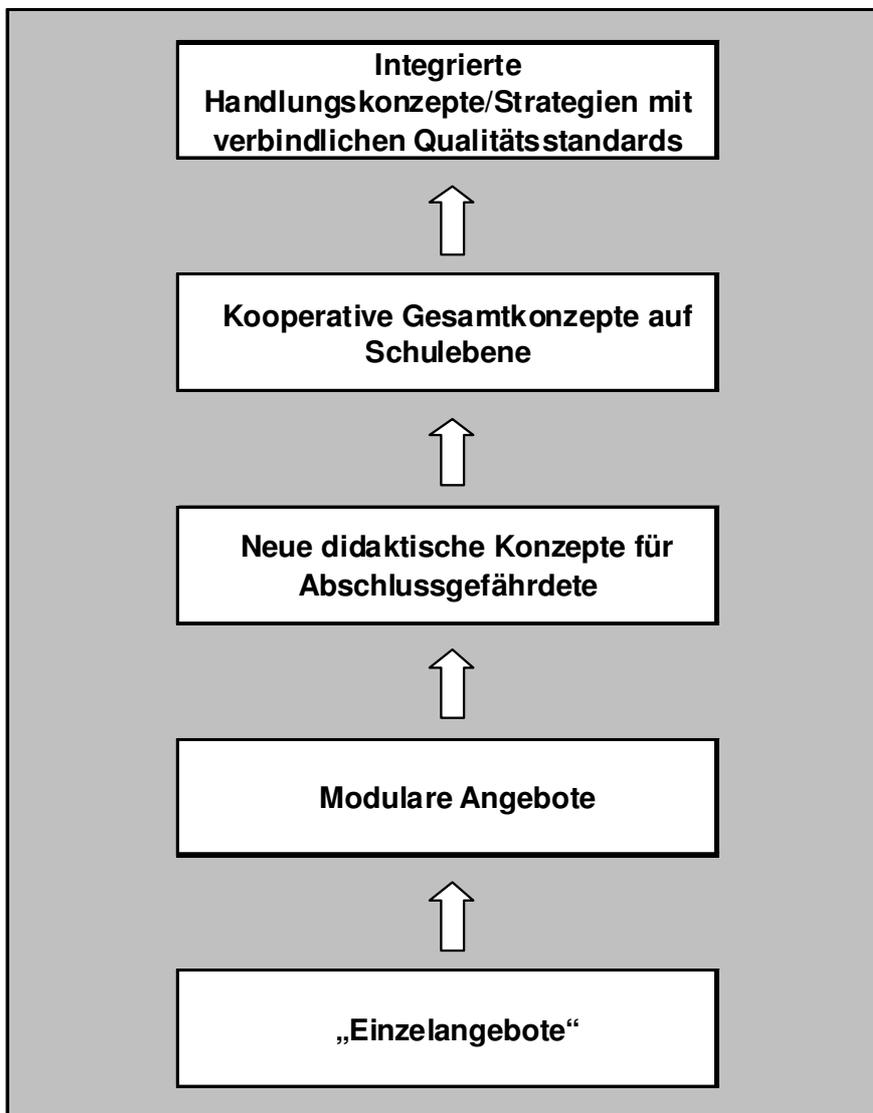
- Wie kann das Programm dazu beitragen, dass Teilnehmende tatsächlich eigene Interessen erproben, Stärken erleben?
- Wie können Jugendliche befähigt werden, die erkannten Anforderungen und die erlebten Kompetenzen in Abgleich zu bringen, sich selbst zu reflektieren und den eigenen Standort zu erkennen?
- Wie können diese Erkenntnisse genutzt werden, um den Prozess der Kompetenzentwicklung zu unterstützen und biografische Gestaltungskompetenz zu ermöglichen?

Auch die systemische Perspektive bleibt weitgehend außen vor. Die Frage, wie das Programm besser in vorhandene Strukturen in den Ländern eingepasst und mit anderen Programmen verankert werden kann, wird im Folgenden vertieft.

## **6.2 Verzahnung**

### **6.2.1 Verankerung von Programmen der Berufsorientierung**

Betrachten wir die Programme der Berufsorientierung unter dem Aspekten ihrer Verankerung in übergreifenden Konzepten, Programmen oder Strategien, lassen sich unterschiedliche Stufen der Verankerung nachzeichnen.

**Abbildung 18: Stufen der Verankerung in der Berufsorientierung**

### **EINZELANGEBOTE**

Von unten beginnend, gibt es im Spektrum der Berufsorientierung zunächst Angebote, die sich auf einen einzelnen Baustein beschränken. Es handelt sich dabei um begrenzte Projekte, die allein bestehen oder mit anderen verbunden werden können. Bekannte Beispiele dafür sind Einzelveranstaltungen wie Berufswahlmessen oder der Girls' Day.

In vielen Bundesländern gibt es eine Fülle von Angeboten in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern, die von den Schulen ausgewählt und genutzt werden können. Besonders groß ist das Angebot an kommerziellen oder auch kostenlosen Berufswahltests. In Bayern bietet z. B. die Nürnberger Zeitung einen Talentcheck<sup>50</sup>, in NRW die Allianz-Versicherung einen Perspektiven-

<sup>50</sup> <http://nz.persokomp.de/> .

test<sup>51</sup>, der unter Mitwirkung der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Landau entwickelt wurde.<sup>52</sup>

Auch Beratung oder Begleitung wird den Schulen – unabhängig von anderen bestehenden Projekten – angeboten, z. B. durch das von der Bundesagentur für Arbeit implementierte Programm der Berufseinstiegsbegleitung (s. u.). Dabei besteht die Gefahr, dass ein solches Programm, sofern es isoliert angewendet wird, unterstellt, Ursachen für bestehende Schwierigkeiten im Übergang Schule – Beruf ließen sich durch kompensationspädagogische Maßnahmen überwinden.

### **Berufseinstiegsbegleitung – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)<sup>53</sup>**

Mit der (befristeten) Einführung einer professionellen Berufseinstiegsbegleitung an ausgewählten Schulen wurde die Möglichkeit geschaffen, leistungsschwächere Schüler und Schülerinnen der allgemeinbildenden Schulen über längere Zeit individuell beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beschäftigung zu begleiten. Bei einem Träger fest beschäftigte Berufseinstiegsbegleiter bzw. Berufseinstiegsbegleiterinnen sollen Schüler und Schülerinnen bei der Vorbereitung auf den Schulabschluss, bei der Berufsorientierung und Berufswahl und beim Übergang in eine Berufsausbildung sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses individuell unterstützen. Durch eine feste Zuordnung der begleitenden Fachkraft zu den begleiteten Jugendlichen soll ein besonderes Vertrauensverhältnis entstehen. Mit anderen Akteuren im Bereich der Berufsorientierung und Berufswahl und mit den Arbeitgebern in der Region soll eng zusammengearbeitet werden.

Die Berufseinstiegsbegleitung wird an 1.000 bundesweit verteilten Modellschulen, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Abstimmung mit den Schulträgern und den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe ausgewählt wurden, erprobt. Berücksichtigt werden Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, darunter auch Förderschulen. Zielgruppe sind förderungsbedürftige Jugendliche, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben, den allgemeinbildenden Schulabschluss zu erreichen und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen, die einen Hauptschulabschluss (oder Förderschulabschluss) anstreben. Schüler mit Migrationshintergrund sind besonders zu berücksichtigen.

Die Begleitung beginnt in der Regel in der Vorabgangsklasse, möglichst zu deren Beginn. Die Förderung der individuellen Begleitung endet ein halbes Jahr nach Beginn der beruflichen (betrieblichen, außerbetrieblichen oder schulischen) Ausbildung, spätestens aber 24 Monate nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule. Eine Berufseinstiegsbegleiterin bzw. ein Berufseinstiegsbegleiter soll in der Regel höchstens zwanzig Jugendliche gleichzeitig begleiten.

## **MODULARE ANGEBOTE**

In mehreren Bundesländern umfassen die Programme eine Reihe von Bausteinen, die von den Schulen ausgewählt werden können. Diese Programme setzen z. T. implizit oder explizit voraus, dass Schulkonzepte zur Berufsorientierung existieren, auf deren Grundlage Auswahl und Integra-

<sup>51</sup> <http://perspektiven.allianz.de/einstieg/schueler/index.html> (Test oben rechts zu finden).

<sup>52</sup> Dieser Test wurde von der Stiftung Warentest untersucht und mit „gut“ bewertet.

<sup>53</sup> <http://www.berufseinstiegsbegleitung.de> .

tion der Bausteine erfolgen. Beispiele dafür sind z. B. die Programme „Berufsorientierung als Chance“ (BaCh)<sup>54</sup> in Brandenburg und „Zukunft fördern“ in NRW.

#### **„Zukunft fördern“ – Nordrhein-Westfalen<sup>55</sup>**

Die von der Stiftung „Partner für Schule“ durchgeführte Initiative „Zukunft fördern“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden, weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen. Zur Wahl gestellt werden zehn Module zur innerschulischen Berufswahlorientierung, die von den Schulen selbst oder in Kooperation mit externen Partnern durchgeführt werden können:

- Berufsorientierungsbüros – Einrichtung eines Informations- und Berufswahlzentrums in der Schule,
- Berufsorientierungscamps – mehrtägige praxisbezogene Fortbildungen für Schulklassen außerhalb der Schule, z. B. Sozialtrainings, Erlebnispädagogik, Bewerbungstrainings,
- Kompetenzfeststellungsverfahren – variable und zielgruppenadäquate Tests (handlungsorientierte Verfahren, Online-Verfahren und schriftliche Tests) in den 8. Klassen, durchgeführt von externen Trägern,
- Vertiefte Berufsorientierung an Förderschulen – Kompetenzanalysen, individuelle Fähigkeits- und Qualifikationsprofile, Bewerbung und Reflexion,
- Förderkurse für Lernende mit Zuwanderungsgeschichte – Berufsorientierungs-AG mit dem Schwerpunkt Sprachförderung, gemeinsam mit externen Bildungsträgern,
- Gründung von Schülerfirmen – Erprobung von Selbstständigkeit durch den Vertrieb (selbst hergestellter) Produkte und Dienstleistungen,
- Schülerbetriebspraktika im Ausland – Erweiterung des Horizonts über Praktika im Ausland, z. B. im Rahmen von Schulpatenschaften,
- Duales Orientierungspraktikum in der Sekundarstufe II – Studienorientierung schaffen durch eine Hospitationswoche an einer Hochschule inkl. Beratung durch die Zentrale Studienberatung und Hospitation in einem korrespondierenden akademisch geprägten Tätigkeitsbereich,
- Theaterpädagogisches Berufswahltraining für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte – Rollenspiele und szenische Darstellungen zur Vorbereitung auf das Berufsleben in Zusammenarbeit mit professionellen Schauspielerinnen und Schauspielern oder (mehrsprachigem) pädagogischem Personal,
- Sozialpraktikum – gemeinsame Konzepte der Schule mit externen Experten wie Trägern der freien Wohlfahrtspflege zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Praktika im sozialen Bereich.

Beteiligt sind unter anderem lokale Agenturen für Arbeit in NRW, regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in NRW, regionale Bildungsbüros und Fachberatungskräfte für den Übergang Schule – Beruf, Hochschulen in NRW, Landschaftsverbände, Wohlfahrtsverbände, Träger der Jugendhilfe.

<sup>54</sup> <http://www.lasa-brandenburg.de/Berufsorientierung.1079.0.html> .

<sup>55</sup> <http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/zukunft-082008/index.php> .

Im Berliner Programm BVBO (Berliner Vertiefte Berufsorientierung) sind es die Schülerinnen und Schüler, die die Auswahl aus verfügbaren Bausteinen treffen. Das durch ein hohes Maß an Partizipation geprägte Programm geht dabei von differenzierten Bedarfslagen aus und bietet den Jugendlichen Bausteine, deren Auswahl, Intensität, Dauer und Frequenz individuell wählbar sind. Jeder interessierten Schülerin und jedem interessierten Schüler werden die bestehenden Angebote transparent gemacht, die Jugendlichen können sich daraus ein individuelles Programm zur vertieften Berufsorientierung zusammenstellen.

### **NEUE SCHULISCHE KONZEPTE FÜR ABSCHLUSSGEFÄHRDETE**

In mehreren Bundesländern werden (zunächst) als Angebot für potenziell Abschlussgefährdete neue didaktische Konzepte eingeführt, die Angebote wie Kompetenzfeststellung, praktische Erfahrungen, Beratung und Betreuung etc. integrieren, z. B. „Berufsstarterklassen“ in Niedersachsen, „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb – SchuB“ in Hessen, „Betrieb und Schule – BUS“ in Nordrhein-Westfalen oder Werkstatt-Klassen der Initiative „du schaffst das“ im Saarland.

Sie kombinieren Schulunterricht mit der Praxis in Werkstätten und/oder Betrieben, erproben neue Lernkulturen, die das bisherige Korsett des Unterrichts flexibilisieren, und kooperieren mit sozialpädagogischen Fachkräften.

In Mecklenburg-Vorpommern dienten Produktionsschulen als Vorbild für ein besonderes schulisches Angebot, das Schülerinnen und Schüler anspricht, die durch das übliche Unterrichtsangebot nicht ihren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden können.

#### **Produktives Lernen im Rahmen einer flexiblen Ausgangsphase – Mecklenburg-Vorpommern<sup>56</sup>**

Das neue Regelangebot wurde 2005 als Modellprojekt für 19 Regionale Schulen (Kombination Haupt- und Realschulen) und Gesamtschulen eingeführt, ab Schuljahr 2010/2011 kommen zwei weitere Standorte hinzu.

Grundlage des Produktiven Lernens ist eine gänzliche Reorganisation des Schulablaufs der Schülerinnen und Schüler.

Sie lernen auf der Basis von Tätigkeit und Erfahrungen im „wirklichen Leben“, die Schule bietet einen sehr hohen Praxisanteil, besondere Lernwerkstätten und spezifische Unterrichtsmethoden. Die Jugendlichen können sich freiwillig für die „Flexible Schulausgangsphase“ entscheiden, diese Schulausgangsphase wird nach individuellem Bedarf geplant, sie dauert mindestens zwei bis höchstens vier Jahre. Sie gestalten ihren Bildungsprozess eigenverantwortlich, sie wählen die Lernwege, die zu ihren im Produktiven Lernen erkannten Neigungen passen, auch die Intensität des Lernens wird an die angestrebten Ziele und Lernwege angepasst.

<sup>56</sup> [http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/produktives\\_lernen](http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/produktives_lernen) .

An drei Tagen in der Woche lernen die Schülerinnen und Schüler an selbst gewählten Praxisplätzen in Betrieben, sozialen, politischen und kulturellen Einrichtungen sowohl praktisch als auch theoretisch. Sie bearbeiten individuelle Aufgaben und erhalten am Praxisplatz einen auf den jeweiligen Beruf zugeschnittenen praxisnahen Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Jedem Schüler bzw. jeder Schülerin steht während des betrieblichen Lernens neben der Lehrkraft ein betrieblicher Mitarbeiter als Praxismentor zur Seite. Schule und Unternehmen arbeiten also Hand in Hand und sind im zu vermittelnden Lernstoff aufeinander abgestimmt.

An zwei weiteren Tagen pro Woche lernen die Jugendlichen in der Schule auf der Basis ihrer Praxiserfahrungen sowie ihres Praxisfeldes. Die fachlichen und kulturellen Gegenstände werden genutzt, um die eigene Praxis zu verstehen und das Handeln zu qualifizieren. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine Stunde individuelle Bildungsberatung wöchentlich. Darin werden gemeinsam individuelle Lernpläne erarbeitet, evaluiert und weiterentwickelt, sie sollen die persönlichen Bildungsbedürfnisse mit den praktischen Erfahrungen und gewählten kulturellen und fachlichen Themen verknüpfen. Ein individueller Bildungsbericht evaluiert die Bildungsentwicklung ausgehend vom individuellen Bildungsstand.

Zentraler Bestandteil des Programms ist die zweijährige berufsbegleitende Fortbildung der Lehrkräfte zur Pädagogin bzw. zum Pädagogen des Produktiven Lernens.

## **KOOPERATIVE GESAMTKONZEPTE AUF SCHULEBENE**

Zunehmend sehen die Verantwortlichen der Schule ihre Rolle als ein (zentraler) Partner im regionalen Geflecht des Übergangs. Sie verbessern die Schulqualität durch Schulprogramme und Gesamtkonzepte zur Berufsorientierung, in denen Einzelbausteine systematisch auf einander aufbauen. Darüber hinaus öffnen sie die Schule hin zu anderen Lebenswelten und Lernorten der Schülerinnen und Schüler, dazu gehört neben der Arbeitswelt auch das familiäre Umfeld.

### **Zukunft konkret – Saarland<sup>57</sup>**

Das Landesprogramm bezieht flächendeckend alle Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen ab Klasse 7 ein. Es zielt darauf, geschlechtstypisches Rollenverhalten bei der Berufswahl von Mädchen und Jungen aufzubrechen, das Interesse an MINT-Berufen bzw. entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen zu wecken und die Motivation von Schülerinnen und Schülern mit spezifischen Problemstellungen (z. B. Migrationshintergrund) zu steigern, sich mit Fragen der Berufswahl auseinanderzusetzen. Dabei werden Kooperationen mit anderen Partnern (z. B. mit der Bundesagentur für Arbeit) und Projekten (z. B. einem MINT-Projekt oder dem Girls' Day) genutzt.

Die Umsetzung erfolgt durch die Einführung schulspezifischer Konzepte in der Sekundarstufe I im Rahmen eines Curriculums und der Implementierung einer verpflichtenden zweiwöchigen Berufsorientierungsphase an Gymnasien, die ein mindestens einwöchiges Schüler-Betriebspraktikum in der Klassenstufe 9 umfasst. Bestehende Projekte und Aktivitäten werden in ein schulspezifisches Curriculum integriert, das aus fünf Themenblöcken besteht:

<sup>57</sup> <http://www.saarland.de/zukunftkonkret.htm> [15.12.2009].

1. Stärken erkennen und Ziele benennen – Was kann ich und was möchte ich? (Klassen 7/8)
2. Informationen über Berufe sammeln und Hilfe nutzen – Welche Berufe kommen für mich in Frage? (Klassen 8/9)
3. Vorstellungen überprüfen und Berufsalltag erleben – Ist das wirklich mein Traumberuf? (Klassen 8/9)
4. Nachweise sammeln und Bewerbungen schreiben – Wie bewerbe ich mich erfolgreich? (Klassen 8/9)
5. Eignungstest absolvieren und beim Vorstellungsgespräch überzeugen – Wird man mich auswählen? (Klassen 8/9).

Die fünf Themenblöcke werden an zehn Nachmittagen im Rahmen von ca. drei Unterrichtsstunden behandelt, davon werden fünf Nachmittage durch Lehrkräfte und fünf Nachmittage durch außerschulische Experten bzw. Expertinnen gestaltet.

Zum Programm gehört darüber hinaus eine Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Darin lernen die Teilnehmenden Medien, Partner in regionalen Betrieben, Institutionen und Netzwerken sowie Methoden des Projektmanagements zur nachhaltigen Verankerung des Programms kennen. Sie sollen ein Bewusstsein entwickeln für die besonderen Befindlichkeiten und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler (kulturelle Normen, Beratungsangebote, geschlechertypische Berufswahl). Sie erlernen Methoden zur Kompetenzermittlung, Förderung und Elternarbeit und setzen sich mit dem Aufbau von Netzwerken mit außerschulischen Kooperationspartnern auseinander.

Neben den Lehrerinnen und Lehrern sind externe Expertinnen und Experten (Arbeitgeber, Wirtschaft, Bildungsträger), Mentorinnen und Mentoren zur Beratung und Begleitung (insbesondere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund), Eltern, Berufsberatung, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) sowie die Kooperationsstelle ArbeitsLeben Wirtschaft Schule (ALWIS) beteiligt.

Das bereits genannte Berliner Programm BVBO gibt die Möglichkeit, Projekte in sozialräumliche Schulkonzepte zu integrieren. An den Schulen werden runde Tische gebildet, an denen z. B. die Schulleitung, Lehrkräfte, die Agentur für Arbeit und lokal relevante Akteure teilnehmen, z. B. der DGB, der TÜV, der Job-Coach. Sie erarbeiten eine zeitliche Planung, welcher Schritt mit welcher Klassenstufe erfolgen kann. Das Programm ist zudem eingebunden in das Netzwerk der Regionalen Ausbildungsverbände (NRAV) Berlin.

### **INTEGRIERTE HANDLUNGSKONZEPTE/LANDESWEITE STRATEGIEN**

Die „höchste“ Stufe der Verzahnung bilden landesweite Strategien, auf die sich alle relevanten Partner des Landes auf unterschiedlichen Ebenen geeinigt haben.

In solchen Programmen werden Kommunikationsprozesse der Durchführungs-, der regionalen und der Landesebene miteinander verzahnt. Auf der Basis gemeinsamer Qualitätsstandards werden neue Strukturen geschaffen, die eine qualitative und kohärente Berufsorientierung absichern.

Ein erster Schritt dazu ist die Analyse der vorhandenen Strukturen, der beteiligten Ebenen, ihrer Aufgaben und Möglichkeiten (IRIS e. V. 2009):

- Eine zentrale Voraussetzung für Kooperation bildet die Verständigung auf gemeinsame Ziele und konzeptionelle Leitlinien.
- Auf Landesebene werden durch die Planungsverantwortlichen, z. B. Ministerien und weiteren Akteure, Vorgaben erarbeitet, nach denen sich die Angebote im Rahmen der Berufsorientierung richten können, z. B. Qualitätsstandards. Gleichzeitig werden Strategien und Konzepte zur Umsetzung entworfen und Rahmenbedingungen festgelegt.
- Auf regionaler Ebene müssen zunächst die Verantwortlichen der beteiligten Akteure (z. B. Schulleitungen, Kammern, Trägerverantwortliche) in einen Kommunikationsprozess treten, gemeinsam Angebote planen und die Voraussetzungen für deren Umsetzung schaffen. Dann werden die Angebote zur Berufsorientierung auf der Durchführungsebene umgesetzt und vernetzt.

Das hessische Programm OloV und das integrierte Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt aus Schleswig-Holstein lassen sich hier einordnen, sie wurden bereits in den vorstehenden Abschnitten vorgestellt. Eine landesweite Strategie zur Berufsorientierung haben die Verantwortlichen in Sachsen entworfen.

#### **Sächsische Strategie der Berufs- und Studienorientierung – Sachsen<sup>58</sup>**

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Rahmenvereinbarung setzen die Sächsische Staatsregierung und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in Sachsen auf eine gemeinsame Strategie, mit der Akteure, Strukturen und Aktivitäten in der Berufs- und Studienorientierung auf der Grundlage verbindlicher Elemente gebündelt und koordiniert werden.

Im Mittelpunkt stehen Projekte und Maßnahmen, die sich an Schülerinnen und Schüler in den Sekundarstufen I und II aller allgemeinbildenden Schulen sowie an Eltern und Lehrkräfte wenden. In der „Sächsischen Strategie der Berufs- und Studienorientierung“ sind folgende Partner beteiligt: Sächsisches Ministerium für Kultus (SMK), Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMAW), Sächsisches Ministerium für Soziales (SMS), Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK), Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL), die Regionaldirektion Sachsen und die Regionalen Arbeitsagenturen der Bundesagentur für Arbeit; die Federführung liegt beim Kultusministerium.

Gemeinsames Ziel ist es, Berufswahlkompetenz und Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu verbessern. Dazu werden die folgenden verbindlichen Elemente gemeinsam eingeführt:

- Verankerung der Berufsorientierung/Studienorientierung (BO/StO) in den Lehrplänen ab Klasse 5 in allen Schularten,
- Entwicklung von Standards für Schulkonzepte BO/StO,
- Entwicklung schuleigener Konzepte zur BO/StO,
- Berufswahlpass als Strukturgeber und Sicherung der Ergebnisse,

<sup>58</sup> <http://www.bildungsmarkt-sachsen.de/media/pdf/fachtagung/Tagungsunterlagen.pdf?PHPSESSID=hu2bpd25hsinct> .

- Einbindung der Gender-Perspektive in die BO/StO,
- Qualitätskriterien für Projekte der BO/StO,
- Qualitätssiegel für BO/StO als Instrument der Qualitätsentwicklung.

Mit wissenschaftlicher Unterstützung (vgl. IRIS e. V. 2009) werden Qualitätskriterien erarbeitet, die ein hohes qualitatives Niveau aller Projekte und Maßnahmen absichern. Die Standards bilden eine wesentliche Grundlage für die Bewertung, Umsetzung und Ergebnissicherung von Vorhaben der Akteure und Netzwerkpartner.

Die Regionale Steuerung übernimmt die Landesservicestelle Schule – Wirtschaft.

## 6.2.2 Schlussfolgerungen und Möglichkeiten der Verzahnung

Die Darstellung der Stufen von Verankerung macht deutlich, dass Projekte und Programme der Berufsorientierung an Qualität gewinnen (können), wenn sie konzeptionell mit anderen verzahnt sind, wenn sie ein kohärentes System bilden und systematische Förderketten ermöglichen und fördern.

Dazu gilt es, das Verständnis der Berufsorientierung über die objektiven Anforderungen und die subjektiven Voraussetzungen hinaus um strukturelle Aspekte zu erweitern.

Dem im vorstehenden Abschnitt eingeführten gestuften Aufbau folgend, bieten sich für das Berufsorientierungsprogramms in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten unterschiedlich intensive Möglichkeiten der Verzahnung:

### 1. AUFNAHME DES PROGRAMMS IN MODULARE ANGEBOTE

In Ländern, in denen Schulen oder Schülerinnen und Schüler aus einem breiten Spektrum geeignete Module auswählen können, besteht die Möglichkeit, das BOP in dieses Angebotsspektrum zu integrieren. So wird der Modul-Katalog des Programms BaCh (vgl. Fußnote 54) als „ergänzenbar“ bezeichnet, er umfasst bislang

- Berufsorientierungsbüro,
- Berufsorientierungscamp,
- Kompetenzfeststellungsverfahren,
- Vertiefte Berufsorientierung an Förderschulen,
- Duales Orientierungspraktikum,
- Berufsorientierungstour,
- Schülerfirma (noch in Abstimmung).

Dieses Spektrum ließe sich gut um einen Baustein „Praxis in Berufsbildungsstätten“ erweitern.

### 2. INTEGRATION IN SCHULISCHE ODER KOOPERATIVE KONZEPTE

Verschiedene Programme umfassen eine Förderung von Schülerinnen und Schülern über mehrere Schuljahre hinweg, in den Konzepten bauen die einzelnen Angebote systematisch aufeinander auf.

Solch eine Verflechtung bietet das Programm BRAFO in Sachsen-Anhalt:

**„Berufswahl richtig Angehen Frühzeitig Orientieren“ (BRAFO) – Sachsen-Anhalt<sup>59</sup>**

Hier arbeiten das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, das Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt und die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt – Thüringen zusammen. Finanziert wird das Projekt durch die Bundesagentur für Arbeit, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und den ESF.

Dieses Programm stellt die Beratung und Begleitung der Jugendlichen in den Mittelpunkt, die Angebote werden hauptsächlich durch die sozialpädagogischen Fachkräfte externer Bildungsträger durchgeführt. Anders als in allen anderen Ländern werden die Maßnahmen öffentlich ausgeschrieben.

Angesprochen sind alle Schülerinnen und Schüler der Schuljahrgangsstufen 7 und 8 öffentlicher Sekundar- und Gesamtschulen sowie Schulen in freier Trägerschaft Sachsen-Anhalts, im Jahr 2009 waren dies über 7.300 Personen.

Die Jugendlichen sollen praktische und theoretische Ausbildungsvoraussetzungen für bestimmte Berufsfelder kennen lernen und falsche Vorstellungen abbauen. Durch die Verknüpfung von Theorie und Praxis sollen schulische Leistungen gestärkt und persönliche Voraussetzungen der Ausbildungsreife entwickelt werden.

Das Konzept ist in zwei Module mit dem Schwerpunkt Praxiserfahrung gegliedert, die jeweils eine Phase der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbereitung umfassen.

In einem ersten Modul, durchgeführt in Klasse 7, lernen die Schülerinnen und Schüler eigene Interessen, Neigungen und Stärken kennen. Nach einer Vorbereitung durch Gespräche und Eingangstests erhalten sie Gelegenheit, sich in Werkstätten an vier Tagen sechs Stunden lang in vier Berufskategorien mit jeweils zwei Berufsfeldgruppen auszuprobieren. Die Ergebnisse der Erfahrungen werden ausgewertet, es finden eine Kompetenzfeststellung und Zielvereinbarungsgespräche unter Einbeziehung der Eltern und Lehrer statt.

Im Mittelpunkt des zweiten Moduls – durchgeführt in Klasse 8 – steht ein zusätzliches Betriebspraktikum. Es wird intensiv vorbereitet, die Zielvereinbarungen aus dem ersten Modul werden fortgesetzt. Während des Praktikums werden die Schülerinnen und Schüler sozialpädagogisch begleitet, nachher finden Auswertungsgespräche und eine Fortschreibung der Zielvereinbarungen statt.

Innerhalb von BRAFO kommt eine Reihe unterschiedlicher Instrumente zur Anwendung: Stärken-Schwächen-Profil, Schülerbegleitheft, Berufswahlpass, computergestützter Berufs-, Interessen und Neigungstest, individuelle Förderpläne sowie Auswertungsgespräche der Bildungsträger mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften. Die Träger gewährleisten außerdem einen Fahrdienst zum Maßnahmeort.

Bereits erfolgt ist eine Integration des BOP in ein Gesamtkonzept in Nordrhein-Westfalen. Im Programm STARTKLAR! werden Landes- und Bundesförderung verwoben.

<sup>59</sup> [http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Politik\\_und\\_Verwaltung/Bibliothek\\_Wirtschaftsministerium/Dokumente\\_MW/arbeiten\\_und\\_ausbilden/BRAFO\\_Schulen/53\\_BRAFO\\_Wie\\_funktioniert\\_BRAFO\\_250309.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Wirtschaftsministerium/Dokumente_MW/arbeiten_und_ausbilden/BRAFO_Schulen/53_BRAFO_Wie_funktioniert_BRAFO_250309.pdf) .

Das Modell umfasst folgende drei Phasen:

- Jahrgang 8 – Kompetenzen feststellen und sich orientieren:  
praktisches Arbeiten in den Werkstätten der Berufsbildungsstätten in mindestens drei verschiedenen Berufsfeldern, Dokumentation der dabei gezeigten Kompetenzen.
- Jahrgang 9 – Praxis bezogen lernen und sich qualifizieren:  
verstärkt praxisbezogene Arbeitsinhalte, Vertiefung einzelner Berufsfelder in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern.
- Jahrgang 10 – Berufswahl konkretisieren/in die Ausbildung begleiten:  
spezifische Unterstützungsangebote für die Berufswahl, zur Vorbereitung auf den Schulabschluss und auf den Übergang in eine duale Ausbildung, anschließende Phase der Nachbetreuung zur Sicherung der Stabilität der geschlossenen Ausbildungsverhältnisse.

Dazu arbeiten die Schulen, die Bildungsträger, Betriebe und ggf. Einrichtungen der Jugendhilfe gemeinsam nach demselben Konzept. Das Grundmodell umfasst mindestens 546 Unterrichtsstunden, davon sind 266 in der Stundentafel verankert. Weitere Maßnahmen im Umfang von 280 Unterrichtsstunden werden von außerschulischen Partnern durchgeführt. Zum gemeinsamen Angebotsspektrum gehören Berufsorientierung im Unterricht, Praxis in Werkstätten, Bewerbungstraining, Begleitung; ein Langzeitpraktikum ab Klasse 10 ist geplant.

### **MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER EINBINDUNG IN LANDESWEITE STRATEGIEN**

Länder mit landesweiten Konzepten haben in teils langwierigen Verständigungsprozessen ein gemeinsames Verständnis von Berufsorientierung, gemeinsame Ziele, gemeinsame Qualitätsstandards entwickelt und ein dazu passendes abgestimmtes Angebotsspektrum aufgebaut. Bei genauer Betrachtung gibt es allerdings in vorhandenen Konzepten und Standards der Bundesländer eine Reihe von Überschneidungen, weil viele dieser Konzepte auf ähnlichen Grundlagen, insbesondere auf den Ergebnissen des Modellprogramms Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben basieren.

Wenn eine Kombinierbarkeit mit anderen Konzepten und Angeboten bzw. eine Integrierbarkeit des BOP in vorhandene Programme und Strukturen angestrebt wird, ist einerseits ein hohes Maß konzeptioneller Flexibilität gefragt. Andererseits wäre sicherzustellen, dass in der Umsetzung des BOP bestimmte Grundprinzipien und qualitative Standards eingehalten werden, die wissenschaftlich fundiert sind und sich in anspruchsvollen Landesprogrammen durchsetzen – wie z. B. die Subjektorientierung, der Kompetenzansatz, Managing Diversity, Anforderungen an eine professionelle Durchführung und an die Einhaltung des Datenschutzes.

## 7 Empfehlungen zur Weiterentwicklung

In diesem letzten Kapitel sollen auf der Grundlage der Reflexion der Rückmeldungen der Beteiligten und der Betroffenen mit Experten und Expertinnen unter Hinzuziehung von Fachwissen zu Berufswahlkompetenz und Berufsorientierung, der Analyse des aktuellen Ausbildungsmarktes und einer Darstellung aktueller Länderprogramme zur Berufsorientierung Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms BOP formuliert werden.

Berufsorientierung in den Schulen ist und bleibt wichtig, insbesondere für Jugendliche mit niedrigen und mittleren Schulabschlüssen. Aktuell und in der Entwicklung der nächsten Jahre spielt der demografische Faktor noch keine herausragende Rolle, zumal mit einem konjunkturbedingten Rückgang des Angebots an Ausbildungsstellen gerechnet werden muss. Der Ausbildungsmarkt wird sich kurzfristig nicht so entspannen, dass alle Jugendlichen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben werden. Auch aufgrund der gestiegenen Anforderungen an Auszubildende ist eine frühzeitige Berufsorientierung sinnvoll und notwendig.

Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen kann die Jugendlichen dabei unterstützen, sich für ein für sie richtiges Berufsfeld zu entscheiden und damit entschiedener und zielführender auf Ausbildungsplatzsuche zu gehen.

Die Entscheidung für ein Berufsfeld zum Ende der Schulzeit an allgemeinbildenden Schulen kann aber auch der Navigator durch nachfolgende Bildungsabschnitte im Schul- Berufs- oder Übergangssystem sein, wenn die Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Den Schulabgängern bzw. den Schulabgängerinnen steht nach dem Besuch der Förderschule, der Hauptschule und der Realschule – ob mit oder ohne Abschluss – eine Unmenge von Maßnahmen und Angeboten des Übergangssystems und von Bildungsgängen an berufsbildenden Schulen zur Verfügung, für die sie sich entscheiden müssen. Wenn die Schulpflicht zum Ende des Besuchs einer allgemeinbildenden Schule noch nicht erfüllt ist, wird sich i. d. R. der Besuch eines berufsschulischen Bildungsgangs anschließen – auch hier gibt es mittlerweile jedoch vielfältige Angebote in Berufsschulen oder Berufsfachschulen

Wenn für die an dieser Stelle erforderliche Entscheidung kein fundierter Berufswunsch vorhanden ist, wählen die Jugendlichen Bildungsgänge, die für sie nicht zielführend sind, und irren ggf. über längere Zeit im „Maßnahmedschungel“ herum.

Die Empfehlungen, die wir skizzieren, sollen so gestaltet sein, dass das Programm zwar in seiner Ausrichtung klarer und in der Praxis qualitativ hochwertiger wird, aber nach wie vor von den Berufsbildungsstätten und den Schulen mindestens so gut angenommen, kombiniert und integriert werden kann wie bisher, damit möglichst viele Schüler und Schülerinnen und deren Lehrkräfte erreicht werden.

Unter dem Gesichtspunkt der im vorherigen Kapitel skizzierten Perspektiven von Berufsorientierungsprogrammen würde das BOP bei Umsetzung der unten folgenden Empfehlungen die subjektive Perspektive stärken und die objektive Perspektive abschwächen.

## 7.1 Ausrichtung des Programms

Das Programm muss auf der einen Seite so offen sein, dass viele Schulen in vielen unterschiedlichen Bundesländern es annehmen können und damit es sich in viele unterschiedliche regionale Vernetzungen integrieren lässt; auf der anderen Seite muss es ein klares spezifisches Profil aufweisen, um Berufsorientierung nicht beliebig erscheinen zu lassen. Bleibt das Programm von seiner Zielsetzung und inhaltlichen Gestaltung her diffus, ist es nur ein weiteres Angebot in der unübersichtlichen Fülle von Berufsorientierungsmaßnahmen. Ein klares Profil hätte auch den Vorteil, dass die Schulen wüssten, welchen konkreten Bestandteil von Berufsorientierung sie sich in Form des BOP hinzuholen und welchen nicht.

### ZIELGRUPPEN DES PROGRAMMS

Da das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten ein Bundesprogramm ist, das die Schulen in allen Bundesländern nutzen können, muss die Zielgruppe so definiert werden, dass Schüler und Schülerinnen aller Schulsysteme der Bundesländer berücksichtigt werden. Diese Berücksichtigung gelingt nicht über die Aufzählung von bestimmten Schularten<sup>60</sup>, sondern nur über die Bündelung der Schulabschlüsse, zu denen die Bildungsgänge in den unterschiedlichen Schulen führen können. Eine aktuelle Vereinbarung der Kultusministerkonferenz über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I vom 09.10.2009 (KMK 2009) bietet die Grundlage für die Beschreibung der Zielgruppe. Diese könnten Schüler und Schülerinnen insbesondere der 8. Klassen von allgemeinbildenden schulischen Bildungsgängen sein, die am Ende des Sekundarbereichs I (9. und 10. Schuljahrgang) zu folgenden Schulabschlüssen führen:

- zu spezifischen Schulabschlüssen der Förderschulen,
- zum (qualifizierenden, erweiterten) Hauptschulabschluss bzw. zur (erweiterten) Berufsbildungsreife<sup>61</sup> bzw. zur Berufsreife<sup>62</sup>,
- zu Mittleren Schulabschlüssen wie Realschulabschluss, Fachoberschulreife<sup>63</sup>, Mittlere Reife<sup>64</sup>, Qualifizierter Sekundarabschluss I<sup>65</sup>, Mittlerer Bildungsabschluss.<sup>66</sup>

### ZIELSETZUNGEN DES PROGRAMMS

Das Programm hat drei wesentliche Pluspunkte, die es nutzen sollte:

- Es ist ein Bundesprogramm.
- Es erreicht sehr viele Schüler und Schülerinnen und dadurch auch Schulen und Lehrkräfte.
- Es hat eine hohe bis sehr hohe Akzeptanz bei allen Akteuren.

---

<sup>60</sup> Neben Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule im Sekundarbereich I gibt es 15 weitere ergänzende oder ersetzende allgemeinbildende Schularten in 15 Bundesländern (KMK 2009, 5).

<sup>61</sup> in Brandenburg und Bremen (KMK 2009, 9).

<sup>62</sup> in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz (KMK 2009, 9).

<sup>63</sup> in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen (KMK 2009, 10).

<sup>64</sup> in Mecklenburg-Vorpommern (KMK 2009, 10).

<sup>65</sup> in Rheinland-Pfalz (KMK 2009, 10).

<sup>66</sup> im Saarland (KMK 2009, 10).

Damit lassen sich zwei übergeordnete Ziele auf der Programmebene formulieren, die durch eine Programmbegleitung noch verstärkt und auch evaluierbar wären:

- Das Programm hat Impulse zur Auseinandersetzung mit konzeptbasierter Berufsorientierung gesetzt.  
Indikatoren für diese Zielerreichung könnten die Anzahl der Webseitenbesuche oder die Anzahl der Newsletter-Abonnements im Rahmen der Programmbegleitung und die Anzahl der Fortbildungsteilnehmenden sein. *(Die Programmbegleitung wird am Schluss des Kapitels empfohlen.)*
- Das Programm hat die Implementierung von Gesamtkonzepten der Berufsorientierung in den Schulen nachhaltig unterstützt.  
Indikator für diese Zielerreichung könnte die Anzahl der erarbeiteten bzw. weiterentwickelten schulischen Gesamtkonzepte im Rahmen der Kooperationsverträge sein.

Auf der Umsetzungsebene wird folgende Zielsetzung vorgeschlagen:

Die teilnehmenden Schüler und Schülerinnen haben Erkenntnisse und Erfahrungen in mindestens drei Berufsfeldern ihrer Wahl gewonnen. Sie haben ihre Kompetenzen und Neigungen besser kennen gelernt und sie mit den objektiven Anforderungen in diesen drei Berufsfeldern mit Unterstützung der Auszubildenden und Lehrkräfte abgeglichen. Ferner ist die Bereitschaft der Jugendlichen gestärkt, sich mit Berufswahlfragen auseinanderzusetzen, ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung zu reflektieren und die nächsten Schritte in ihren Berufswahlprozessen zu überlegen und zu planen. Die Jugendlichen sind in der Lage, sich mit Prestigefragen und geschlechtsspezifischen Aspekten ihrer Berufswahl auseinanderzusetzen.

Die Überprüfung dieser Zielerreichung kann durch externe Befragung der Schüler und Schülerinnen vorgenommen werden oder/und durch die Selbstevaluation der Berufsbildungsstätten, die durch eine Programmbegleitung in Selbstevaluation angeleitet werden könnten. Auch schulinterne Evaluationen oder Schulinspektionen fragen nach den Erfolgen von Berufsorientierung. Im Rahmen dieser Schulevaluationen oder Schulinspektionen lassen sich auch konkrete Fragen nach den Erfolgen der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten stellen.

## **7.2 Konzeptionelle Eckpunkte, Finanzierung und Qualität der Umsetzung**

### **ECKPUNKTE DES PROGRAMMS**

Zur Erreichung der o. g. Ziele werden folgende Eckpunkte genannt:

- Berufsbildungsstätten und Schulen gestalten den Kooperationsvertrag mit seinen vorgegebenen Punkten aus.
- Die Größe der Gruppe soll 12 Schüler bzw. Schülerinnen pro auszubildender bzw. anleitender Fachkraft nicht übersteigen.
- Ausbilder und Ausbilderinnen haben eine Meisterprüfung oder Auszubildereignungsprüfung abgelegt.
- Die Berufsorientierung der Schüler und Schülerinnen dauert zwischen sechs und acht Stunden pro Tag.

- Die Stundenanzahl der Maßnahme beträgt 80 Stunden, von denen mindestens 60 Stunden mit dem Jugendlichen gearbeitet werden müssen, ggf. verbleibende Zeit dient der Vor- und Nachbereitungszeit der Auszubildenden.
- Die Berufsbildungsstätten bieten mindestens drei Berufsfelder an.
- Die Jugendlichen können die Berufsfelder frei wählen.
- Die Auszubildenden geben den Jugendlichen eine individuelle Rückmeldung und regen sie zur Selbstreflexion unter Anwendung des Instruments „Selbst- und Fremdeinschätzung“ an.

### **FINANZIELLE FÖRDERUNG DURCH DAS PROGRAMM**

Die Antworten der sieben befragten sehr unterschiedlichen Berufsbildungsstätten in sieben Bundesländern bieten keine ausreichende empirische Grundlage, um daraus Schlüsse für Veränderungen in den Finanzierungseckpunkten des Programms ableiten zu können. Hierfür hätten wesentlich mehr Berufsbildungsstätten zu einem späteren Zeitpunkt der Programmlaufzeit befragt werden müssen. Auch eine Befragung von Berufsbildungsstätten, die nicht am Programm teilnehmen, hätte evtl. Aufschluss über die Bewertung der finanziellen Eckpunkte des Programms geben können.

Festhalten lässt sich nur, dass alle Berufsbildungsstätten auf der vorgegebenen finanziellen (Kalkulations-)Grundlage ihre eigenen Lösungen gefunden haben, und diese Lösungen sind so vielfältig wie die Landschaft der Berufsbildungsstätten selbst. Der Hinweis eines Ausbilders in einem Interview machte deutlich, dass die wirtschaftliche Rentabilität dieser Programmförderung für eine Berufsbildungsstätte auch davon abhängt, wie deren Fachkräfte bezahlt werden.

Der Abgleich mit den Kostensätzen vergleichbarer Maßnahmen (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen oder Außerbetriebliche Ausbildung nach dem SGB III) oder berufsbildender Schulen<sup>67</sup> sowie eine eigene Modellrechnung der Evaluation (bezogen auf eine Gruppengröße von 10 Teilnehmenden) führten zu der Bewertung, dass die in der Richtlinie des BMBF angenommenen Ausgaben in Höhe von 600 Euro pro Maßnahme und Schüler bzw. Schülerin eher hoch angesetzt sind.<sup>68</sup> Wenn diese Summe aus der Programmfinanzierung und aus der Kofinanzierung durch Dritte tatsächlich für eine Maßnahme im Rahmen des BOP zur Verfügung steht, sollte diese in jedem Fall kostendeckend finanziert und gut ausgestattet sein. Auch in einer Finanzierung, welche neben der Programmförderung hauptsächlich oder vollständig Eigenmittel eines Trägers enthält, erscheint der BMBF-Zuschuss für die Förderung der Maßnahmen noch ausreichend.

Auch die Frage nach der Erstattung der Fahrtkosten für die Schüler und Schülerinnen zur Berufsbildungsstätte lässt sich mit den erhobenen Daten nicht ohne weiteres beantworten. Da im ländlichen Raum die Hälfte der Schüler und Schülerinnen mit einem extra gemieteten Bus zur Berufsbildungsstätte fährt, könnte überlegt werden, die Kosten für die Busfahrten zu übernehmen, wenn die Berufsbildungsstätte sie als Ausgabe belegt.

---

<sup>67</sup> Vgl. hierzu z. B.: Institut der deutschen Wirtschaft Köln: „Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung.  
[http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_26143\\_26517\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_26143_26517_2.pdf).

<sup>68</sup> Diese Meinung äußerte auch ein Vertreter eines Bundeslandes im Rahmen des Experten-Workshops.

## QUALITÄTSSTANDARDS FÜR DIE UMSETZUNG

In die unten aufgeführten Qualitätsstandards für die Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten sind Anregungen eingeflossen aus schon bestehenden Qualitätsstandards, die sich aber entweder nur auf einen Bestandteil der Berufsorientierung beziehen (z. B. auf die Kompetenzfeststellung), ausschließlich die Berufsorientierung in Schulen im Blick oder Standards für die Bildung von Netzwerken entwickelt haben.

Die Qualitätsstandards, die vom Institut für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung e. V. (IMBSE) und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erarbeitet wurden, beziehen sich z. B. auf Verfahren der Kompetenzfeststellung (Druckrey 2007).

Die Standards des Netzwerks Berufswahl-SIEGEL<sup>69</sup> beziehen sich auf Merkmale von guter Berufsorientierung in Schulen.<sup>70</sup> Einige Bundesländer und Regionen haben sich dem Netzwerk angeschlossen und Kriterienkataloge entwickelt.<sup>71</sup> Die Landesstiftung Baden-Württemberg<sup>72</sup> z. B. hat sich ebenfalls dem Netzwerk angeschlossen und für alle allgemeinbildenden und beruflichen Vollzeitschulen in Baden-Württemberg, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, einen eigenen Kriterienkatalog zum Erwerb dieses Siegels entwickelt. Dieser Kriterienkatalog umfasst 13 Seiten, auf denen Merkmale zu vier Bereichen benannt werden: besondere Maßnahmen zur Berufswahl, Praktika und Praxiserfahrung, außerschulische Experten und regionales Netzwerk, schulinterne Umsetzung und Nachhaltigkeit.<sup>73</sup>

Die Qualitätsstandards der landesweiten Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“ (OloV) z. B. beziehen sich auf die eigene Netzwerkarbeit, auf die schulische Berufsorientierung, auf die Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen und auf die Prozesse von Matching und Vermittlung.<sup>74</sup>

Die empfohlenen Qualitätsstandards für das BOP stehen zu den Standards aus den oben angeführten Quellen nicht im Widerspruch, sondern unterstützen diese überwiegend.

Für das BOP sind folgende Qualitätsstandards sinnvoll und können auch überprüft werden:

- Das Programm bzw. die Berufsbildungsstätten sind in bestehende regionale Vernetzungen (z. B. Regionales Übergangsmanagement, Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen, OloV) integriert.
- Die Berufsbildungsstätten nehmen aktiv an der Koordinierung des regionalen Netzwerkes teil; Erkenntnisse über erkannte Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten werden aktiv kommuniziert.

<sup>69</sup> <http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de> [08.01.2010].

<sup>70</sup> Die Arbeitsgruppe SIEGEL-Standards formuliert in einer Arbeitsversion folgende Merkmale einer guten Berufsorientierenden Schule (Arbeitsgruppe SIEGEL-Standards o. J., S. 6f):

- Berufsorientierung ist als didaktisches Grundprinzip im Schulleitbild verankert.
- Die Konzeption zur Berufsorientierung ist Fächer und Jahrgangsstufen übergreifend.
- Die Schule ist eingebettet in ein kooperatives Netzwerk mit externen Partnern.
- Es findet eine fortlaufende kritische Reflexion der Konzeption im Dialog mit der Umwelt statt.

<sup>71</sup> <http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/regionen.0.html> [08.01.2010].

<sup>72</sup> <http://www.landesstiftung-bw.de/> [08.01.2010].

<sup>73</sup> [http://www.berufswahlsiegel-bw.de/de/kriterienkatalog\\_2009/2010/index.html](http://www.berufswahlsiegel-bw.de/de/kriterienkatalog_2009/2010/index.html) [08.01.2010].

<sup>74</sup> <http://www.olv.inbas.com/qualitaetsstandards/uebersicht.html> [08.01.2010].

- Die Berufsbildungsstätten gehen Kooperationen mit anderen Einrichtungen ein, die ergänzende (auch neue) Berufsfelder und zweijährige Ausbildungsgänge anbieten.
- Projektleitungen, Auszubildende und Lehrkräfte nehmen an einschlägigen – falls vorhanden: das Programm begleitenden – Fortbildungen teil.
- Die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten wird in schulische Berufsorientierungskonzepte eingebunden, die Vor- und Nachbereitung in den Schulen gewährleisten.
- Berufsbildungsstätten und Schulen verfügen über ein Verfahren zur Bewertung und Weiterentwicklung ihrer gemeinsamen Arbeit, das sie regelmäßig anwenden. Die Schülerinnen und Schüler werden im Abschlussgespräch um eine Rückmeldung zum BOP gebeten.
- Auszubildende und Lehrkräfte, die aktiv an der Berufsorientierung beteiligt sind, werden in die Erarbeitung des Kooperationsvertrages einbezogen oder haben Kenntnisse von dessen Inhalt.
- Die Berufsbildungsstätten arbeiten mit einer Gesprächs- und Dokumentationsvorlage für die Selbst- und Fremdeinschätzung.
- Die Dokumentation der Selbst- und Fremdeinschätzung ist kombinierbar mit dem Berufswahlpass bzw. dem Profilpass.
- Die Berufsbildungsstätte hat Ideen zur Umsetzung von Gender-Aspekten als Bestandteil des Konzepts entwickelt.
- Jede beteiligte Schule verfügt über ein Berufsorientierungscurriculum; die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten ist Teil eines Gesamtkonzeptes einer systematischen Berufsorientierung; das Berufsorientierungskonzept berücksichtigt Module mit subjektiven und objektiven Perspektiven.
- Die Eltern der teilnehmenden Jugendlichen werden in den Berufsorientierungsprozess einbezogen.

Qualitätsstandards, die die pädagogische Arbeit betreffen, sind nicht so einfach zu operationalisieren und damit zu überprüfen, sollten aber trotzdem berücksichtigt werden:

- Auszubildende und Lehrkräfte gehen von den individuellen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten des Schülers und der Schülerin aus.
- Auszubildende und Lehrkräfte berücksichtigen die lebensweltlichen Voraussetzungen der Schüler und Schülerinnen.
- Auszubildende und Lehrkräfte setzen an den Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen an und nutzen diese als Ansatzpunkte für die individuelle Förderung.
- Auszubildende und Lehrkräfte ermutigen Schüler und Schülerinnen, ihre Kompetenzen wahrzunehmen und eigenverantwortlich zu entwickeln.
- Ziele, Verfahren, Ergebnisse werden mit den Schülern und Schülerinnen verständlich besprochen und sind ihnen zu erklären.
- Auszubildende und Lehrkräfte nehmen Unterschiedlichkeit aufgrund von Geschlecht, Herkunft, soziokulturellen Voraussetzungen wahr und sehen diese Unterschiedlichkeit als Ressource.
- Schüler und Schülerinnen lernen, sich selbstständig über Berufsfelder weiter zu informieren.
- Schüler und Schülerinnen werden dabei unterstützt, eigene Entwicklungsmöglichkeiten zu reflektieren.

## AUSGESTALTUNG DES KOOPERATIONSVERTRAGES

Der Kooperationsvertrag soll die konkreten Vereinbarungen über die Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit der beiden Kooperationspartner festhalten. Er kann damit ein systematisches Konzept von Berufsorientierung in den kooperierenden Schulen anstoßen sowie Nachhaltigkeit und Qualität sichern. Folgende Anforderungen sollten berücksichtigt werden:

- Der Kooperationsvertrag wird auf Leitungsebene und Fachleitungsebene abgeschlossen und alle zwei bis drei Jahre aktualisiert und fortgeschrieben.
- Für die Erarbeitung des Kooperationsvertrages werden hinzugezogen: die jeweiligen Fach- bzw. Bereichsleitungen – auf der Seite der Berufsbildungsstätte die Projektleitung und auf Seiten der Schule die Lehrkräfte, die für Berufsorientierung verantwortlich sind – und einige Auszubildende und Lehrkräfte, die die Berufsorientierung konkret durchführen bzw. durchgeführt haben.
- Im Vertrag werden die Berufsfelder oder Berufe festgelegt, die den Schülerinnen und Schülern zur Auswahl zur Verfügung stehen. Ggf. ist der Einbezug von weiteren Kooperationspartnern zur Erweiterung des Spektrums der Berufsfelder geklärt.
- Der Kooperationsvertrag wird den Auszubildenden und den Lehrkräften, die für die Berufsorientierung zuständig sind, ausgehändigt.
- Der Kooperationsvertrag enthält Angaben darüber, wann die einzelnen Qualitätsstandards sukzessive umgesetzt werden.
- Schulen skizzieren als Anlage zum Kooperationsvertrag ihr Gesamtkonzept der Berufsorientierung, insbesondere
  - die Einbettung des Moduls Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten in dieses Konzept,
  - die schulische Vor- und Nachbereitung der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten,
  - die Kriterien für die Auswahl der Jugendlichen, die an der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten teilnehmen werden,
  - die Sicherung eines vom Jugendlichen ausgehenden Konzepts der Berufsorientierung,
  - den Einbezug der Eltern in die Berufsorientierung,
  - die Wahl des Dokumentationssystems,
  - die Weiterentwicklung und die Evaluation des Gesamtkonzepts in den nächsten Jahren.
- Berufsbildungsstätten und Schulen vereinbaren folgende Punkte für ihre Zusammenarbeit:
  - Anzahl, Jahrgangsstufen und Zeiten der teilnehmenden Schüler und Schülerinnen an der Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten,
  - evtl. Vorbereitungen, Praktika der Lehrkräfte in den Berufsbildungsstätten,
  - Anwesenheit der Lehrkräfte in den Berufsbildungsstätten während der Durchführung,
  - Verantwortlichkeiten gegenüber den Jugendlichen,
  - Klärung von ggf. auftretenden Fahrtproblemen und Übernahme von evtl. auftretenden Fahrtkosten,
  - Klärung von versicherungstechnischen und rechtlichen Fragen,
  - Absprachen über Art und Inhalt der Durchführung der Berufsorientierung und der Selbst- und Fremdeinschätzung (letzteres nur, falls nicht programmseitig vorgegeben),
  - Informationsweitergabe bei Personalwechsel (z. B. wenn Lehrkräfte hinzukommen),

- regelmäßige Treffen der Projektleitungen und der Fachleitungen sowie der Auszubildenden und Lehrkräfte (mindestens ein Treffen pro Schuljahr)<sup>75</sup>,
- Art, Zeitrhythmus, Zusammensetzung, Federführung der gemeinsamen Auswertung der Berufsorientierung (mindestens ein Auswertungstreffen pro Schuljahr)<sup>76</sup>,
- Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen (z. B. Tag der offenen Tür in der Berufsbildungsstätte unter Einbeziehung der Schule, Vorstellungen auf Elternbeiratssitzungen, Berufsbörsen etc.).

## **SELBST- UND FREMDEINSCHÄTZUNG**

Die Berufsorientierung nach dem BOP sollte Teil eines systematischen Berufsorientierungsprozesses mit unterschiedlichen Modulen für Schüler und Schülerinnen sein. Der Schwerpunkt sollte nach unseren Empfehlungen auf der Unterstützung des Berufsfindungsprozesses der Teilnehmenden liegen und nicht auf der Feststellung und Bewertung ihrer Kompetenzen in einigen Berufsfeldern.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutet, dass eine Rückmeldung an die Jugendlichen auch reflexive Teile beinhalten muss. Reflexion wird angestoßen, indem Fragen auf der Meta-Ebene gestellt werden und indem die Selbsteinschätzungen der Jugendlichen in Bezug auf ihre Stärken und Schwächen in Beziehung gesetzt werden zur Einschätzung der Ausbilder und Ausbilderinnen, die diese aufgrund ihrer Beobachtungen gewonnen haben.

Die Selbst- und Fremdeinschätzung ermöglicht es den Jugendlichen, in strukturierter Form ein Selbstbild zu gewinnen bzw. Anregungen zur Selbstreflexion zu erhalten. Die Ergebnisse der Selbst- und Fremdeinschätzung beruhen auf den subjektiven Selbsteinschätzungen des Jugendlichen bzw. auf den subjektiven Fremdeinschätzungen Dritter und erheben nicht den Anspruch, absolute Dimensionen oder Wirklichkeiten abzubilden. Die Selbst- und Fremdeinschätzung regt Jugendliche zur Selbstreflexion an und unterstützt Selbstreflexionsprozesse. Die Ergebnisse der Selbst- und Fremdeinschätzung können Grundlage sein für weitere Gespräche mit Lehrkräften, Eltern und Berufsberatern sowie für Entscheidungen über die weitere Entwicklung.

Die Selbst- und Fremdeinschätzung im Rahmen der Berufsorientierung des BOP kann allerdings nur ein „Blitzlicht“ sein, das im Rahmen von einigen Tagen gewonnen wurde, d. h., das Vorgehen und die Ergebnisse müssen anschlussfähig sein an andere Module der Berufsorientierung sowie an andere Instrumente der Kompetenzfeststellung, und sie müssen integrierbar sein in übergeordnete bilanzierende Erhebungs- und Dokumentationsverfahren von Kompetenzen, z. B. in die Arbeit mit dem Profilpass für Jugendliche und dem Berufswahlpass.

Selbst- und Fremdeinschätzung im Rahmen des BOP sollte auf der Grundlage geeigneter, ggf. einheitlicher Instrumente erfolgen; sinnvoll wäre die programmseitige Bereitstellung. Um Trägern auch den Einsatz vorhandener eigener Instrumente zu ermöglichen, sollten ergänzend Mindestanforderungen und qualitative Standards formuliert sein.

---

<sup>75</sup> Die Art der Organisation dieser regelmäßigen Treffen hängt stark von der Anzahl der Schulen und der Schularten ab, die mit einer Berufsbildungsstätte kooperieren. Die Berufsbildungsstätten müssten sich überlegen, in welchen Settings sie diese Treffen organisieren wollen.

<sup>76</sup> Auch die Auswertungstreffen hängen stark von der Anzahl der Schulen und der Schularten ab, die mit einer Berufsbildungsstätte kooperieren.

Selbst- und Fremdeinschätzung sollten an den Wünschen, Interessen und Plänen der Jugendlichen anknüpfen und sie animieren, im Rahmen ihres Berufsfindungsprozesses weiter zu denken. Sie sollten die Autonomiebestrebungen der Jugendlichen berücksichtigen und nicht steuernd, sondern nur unterstützend eingreifen. Die Merkmale der Selbst- und Fremdeinschätzung sollten sich zusammensetzen aus Schlüsselkompetenzen, die für alle Berufe wichtig sind, und aus berufsspezifischen Kompetenzen, die besonders für die durchlaufenen Berufsfelder gelten. Es kann nicht darum gehen, Berufseignung oder Ausbildungsreife festzustellen – auch wenn einige Kriterien davon Merkmale des Selbst- und Fremdeinschätzungsbogens sein können.

Dem Jugendlichen muss transparent sein, was mit den Rückmeldungen passiert und wer sie bekommt. Optimal wäre es, wenn nur der Jugendliche sie erhält. Die Ergebnisse dürfen nicht in die Note eines Schulfaches einfließen.

Selbst- und Fremdeinschätzung sollten in einem Einzelgespräch in einer wertschätzenden Atmosphäre stattfinden. Der Jugendliche und der Auszubildende haben sich anhand des Selbst- und Fremdeinschätzungsbogens vorbereitet und treten in einen Dialog. Der Auszubildende muss Informationen darüber haben, welche Stationen der Berufsorientierung der Jugendliche schon durchlaufen hat und welche noch kommen, d. h. in welcher Phase der BO er sich befindet. Wenn er das Berufsorientierungskonzept der Schule nicht kennt, muss er diese Informationen zu Beginn des Gesprächs erfragen.

Der Auszubildende erklärt, wie er zu seinen Einschätzungen gekommen ist, d. h., er belegt seine Einschätzungen mit konkreten Situationen. Er beschreibt eher, als dass er bewertet. Er lädt zum Nachdenken ein und weist nicht zurecht. Er kennzeichnet seine Einschätzung als eine subjektive Sicht. Er begrenzt sich und akzeptiert die persönlichen Grenzen des Jugendlichen, d. h., er führt kein biografieorientiertes Gespräch.

Der Auszubildende sollte nachfragen, was der Jugendliche aus der BO gelernt hat und wie es für ihn weitergehen soll. Mit Empfehlungen sollte er sich zurückhalten, diese nur auf Wunsch des Jugendlichen aussprechen. Am Schluss gibt es eine schriftliche Ergebnisdokumentation, und die nächsten Schritte werden festgehalten.

### **7.3 Verzahnung des Programms**

Für die Komplettierung des BOP zu einem Gesamtkonzept der Berufsorientierung für Schulen besteht eine Möglichkeit darin, dieses Bundesprogramm mit Länderprogrammen zur Berufsorientierung zu verzahnen.

In Nordrhein-Westfalen ist dieser Verzahnungsprozess auf Länderebene durch das Programm STARTKLAR! gelungen. Allerdings dauern solche Prozesse erfahrungsgemäß lange und binden u. U. umfangreiche Ressourcen.

Der Ansatz einer Verzahnung auf Länderebene ergibt sich aus der Betrachtung des BOP unter dem Fokus „Kooperation mit Schulen“.

Wird das BOP unter dem Fokus „Übergangsmanagement“ betrachtet, gehört es zur örtlichen bzw. regionalen Ebene und den dortigen Vernetzungen. Die Akteure des Ausbildungsmarktes und des Übergangssystems sowie die Schulen und Berufsbildungsstätten agieren in ihren jewei-

ligen regionalen Bezügen. Da auf dieser regionalen Ebene immer mehr Netzwerke entstehen, macht es Sinn, das BOP auch dort einzubinden. Die Einbindung der Schulen in ihr unmittelbares Umfeld würde zudem der Öffnung von Schulen zugute kommen.

Ein weiteres Argument für die Einbindung der Schulen über die Berufsorientierung in regionale Bezüge ist die zunehmende Autonomie der Schulen. Die „eigenverantwortliche“ Schule hat organisatorische und finanzielle Spielräume zur Gestaltung ihres Schullebens – und dieses findet in ihrer Region statt.

Kooperation und Vernetzung auf regionaler Ebene werden durch Vereinbarungen und Regelungen auf darüber liegenden Ebenen befördert bzw. teils erst ermöglicht. Handlungsspielräume und Handlungssicherheit der Schulen werden durch entsprechende Vorgaben und Regelungen der übergeordneten Schulbehörden eröffnet und gesichert, Ziele und Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit beispielsweise zwischen Schulen und örtlichen Arbeitsagenturen können durch eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der zuständigen Regiodirektion der Bundesagentur für Arbeit festgelegt werden.

Wir empfehlen daher, die konkrete Verzahnung auf der Umsetzungsebene zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für diese Verzahnung auf der Ebene der Länder flankierend zu begleiten.

Bei Umsetzung der oben skizzierten Empfehlungen hätte das BOP ein klares Profil und wäre gleichzeitig anschlussfähig an andere Module der Berufsorientierung. Mit einem klaren Profil wüssten die Schulen, was sie sich mit dem BOP „einkaufen“, d. h., was das BOP leisten kann und was nicht. Im Sinne eines aufeinander aufbauenden Berufsorientierungskonzepts könnten sich die Schulen die ergänzenden Module dazuholen. Da zurzeit das Problem besteht, dass es eher zu viele als zu wenige Berufsorientierungsangebote gibt, würde eine Programmbegleitung mit den unterstützenden Fortbildungen und Materialien den Schulen dabei helfen, Kriterien für die Auswahl der richtigen ergänzenden Module zu finden (regionsspezifische Verzahnung).

In den Fällen, in denen die Berufsbildungsstätten und Schulen in das regionale Übergangsmanagement eingebunden sind, hätten sie durch dieses Management Unterstützung bei der Auswahl von ergänzenden Berufsorientierungsmodulen, die in der Region angeboten werden.

Inhaltlich-konzeptionell wäre z. B. eine Verzahnung mit Programmen zur Kompetenzfeststellung sinnvoll, um geeignete und systematische (individuelle) Förderketten zu ermöglichen. Entsprechende Angebote könnten der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten „vorgeschaltet“ oder an anderer geeigneter Stelle z. B. zur Ergänzung eines schulischen Gesamtkonzepts Berufsorientierung eingesetzt werden.

Als Beispiel für ein entsprechendes Programm sei hier die Kompetenzanalyse in Baden-Württemberg<sup>77</sup> angeführt, die das Land allen 7. Klassen außerhalb der Schule anbietet. Bei einer – wie in diesem Beispiel – im Bildungsverlauf früh durchgeführten Kompetenzfeststellung ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Jugendlichen sich noch entwickeln werden, d. h., die Kompetenzfeststellung müsste später wiederholt werden.

Nach der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten könnte z. B. eine vertiefte Erfahrung in einigen von den Jugendlichen ausgewählten Berufsfeldern erfolgen. Die Programme BRAFO,

---

<sup>77</sup> <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/-s/13ztf99jxor5n1get5ds11v2iw9148qvr/b/menu/1239107/index.html?ROOT=1146607> [16.01.2010].

STARTKLAR! u. a. geben Anregungen, wie Berufsorientierung aufeinander aufgebaut sein könnte. Unterstützung würde die Programmbegleitung geben.

## 7.4 Programmunterstützung

In der Umsetzung anderer bundesweiter Programme (z. B. des Programms Kompetenzagenturen des BMFSFJ oder des Programms Perspektive Berufsabschluss des BMBF) oder bei der Einführung neuer Konzepte (z. B. des neuen Fachkonzepts für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit) hat sich gezeigt, dass fachliche Begleitstrukturen

- die Kommunikation und die Zusammenarbeit unter den beteiligten Akteuren und den Transfer guter Praxis befördern,
- die Einführung qualitativer Standards und die Qualitätsentwicklung auf der Konzept- und der Praxisebene unterstützen,
- die Kompetenzen der beteiligten Akteure durch Information, Beratung und Fortbildung erweitern können,
- den Programmverantwortlichen Informationen und Daten für die Auswertung, Bewertung und Steuerung zur Verfügung stellen können.

Im Folgenden soll daher eine mögliche Begleitstruktur für das BOP skizziert werden.

### PROGRAMM-UNTERSTÜTZENDE BEGLEITUNG

Eine Programmbegleitung könnte dafür sorgen, dass das Programm auf einem qualitativ hohen Niveau umgesetzt wird und die verfügbaren Mittel effektiv und effizient eingesetzt werden.

Eine Programmbegleitung ist für dieses Programm besonders wichtig, weil es kaum Konzepte und Materialien (Kriterien, Methodik, Didaktik) für diese Altersgruppe gibt, auf die die Auszubildenden zurückgreifen können.

Gerade angesichts einer anvisierten Verstärkung des Programms und angesichts der hohen Zahl von Jugendlichen, die damit erreicht werden, sollte die Arbeit der Auszubildenden und Lehrkräfte fachlich so gut wie möglich unterstützt werden.

Es dürfte für die Berufsbildungsstätten sehr schwierig sein, regelmäßige Treffen für einen fachlichen Austausch zu organisieren, denn die Berufsbildungsstätten haben zum Teil sehr viele Kooperationsschulen unterschiedlichster Schularten und Schuljahrgänge. Eine Programmbegleitung könnte Workshops, Seminare und Fortbildungen regional und überregional organisieren.

Über die eingangs genannten Punkte hinaus kann eine Programmbegleitung für das BOP gewährleisten, dass

- vorhandene erprobte und bewährte Konzepte und Materialien den Fach- und Leitungskräften der Berufsbildungsstätten und den Lehrkräften der kooperierenden Schulen zur Verfügung stehen, also nicht an vielen Standorten des Programms „das Rad neu erfunden werden muss“,
- die Berufsorientierung in den Berufsbildungsstätten einerseits an örtliche und regionale Strukturen anknüpft und in einer entsprechend spezifischen Form umgesetzt wird, andererseits jedoch programmseitig festgelegte Mindeststandards erfüllt.

## **INFORMATION, KOMMUNIKATION, KOOPERATION**

Die Programmbegleitung baut die erforderlichen Strukturen der Information und Kommunikation auf und gewährleistet den Informationsfluss zu und zwischen den beteiligten Akteuren. Sie führt ausgewählte Veranstaltungen durch und unterstützt und initiiert Vernetzungen und Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen.

Mögliche Elemente einer Informations- und Kommunikationsstruktur sind:

- eine Internetseite zum Programm, die sowohl der Außendarstellung als auch der programmbezogenen Information und Kommunikation dient,
- ein regelmäßig erscheinender digitaler Newsletter,
- ggf. eine internetgestützte Datenbank, in der für die umsetzenden Akteure relevante Informationen, Materialien, Vordrucke etc. einschließlich der erforderlichen Adress- und Kommunikationsdaten bereitgestellt werden,
- Programmkonferenzen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und den (oberen) Schulbehörden der Bundesländer,
- Fachkonferenzen zu ausgewählten relevanten Themen für die (unteren) Schulbehörden, Schulleitungen, Fachleiter der einschlägigen Unterrichtsfächer, Lehrkräfte und Projektleitungen sowie Auszubildende aus den Berufsbildungsstätten.

## **KONZEPTE, MATERIALIEN, STANDARDS**

Die Programmbegleitung

- bereitet relevante Konzepte und Ergebnisse aus anderen Programmen und Projekten (z. B. BRAFO) auf und stellt diese allen Akteuren zur Verfügung,
- entwickelt gemeinsam mit den beteiligten Akteuren Standards für die örtlichen und regionalen Angebote der Berufsorientierung,
- gibt Anregungen für die Erstellung eines systematischen Berufsorientierungskonzeptes,
- informiert über Qualitätsstandards von Berufsorientierung,
- gibt Anregungen für die Erstellung des Kooperationsvertrages und für gelingende Kooperation,
- erstellt Informationen über Berufswahlprozesse und -kompetenzen,
- informiert über geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten und entwickelt Ideen zur Gegensteuerung,
- zeigt interkulturelle Aspekte auf,
- skizziert gute Beispiele.

## **FORTBILDUNGEN**

Programmbegleitung bietet Fortbildungen, Workshops, Reflexionsrunden, Erfahrungsaustausch für die Auszubildenden in den Berufsbildungsstätten sowie für die Fachleitungen und Lehrkräfte in den Schulen an. Die Teilnehmendengruppen dieser „Veranstaltungen“ können je nach Ziel und Inhalt unterschiedlich zusammengesetzt sein. Besonders sinnvoll sind gemischte Teilnehmendengruppen von Lehrkräften und Auszubildenden, die in diesen Veranstaltungen miteinander ins Gespräch kommen können. Auch Seminare oder Austauschgruppen für Auszubildende eines Berufsfeldes machen Sinn.

Die Veranstaltungen der Programmbegleitung können verknüpft mit den von den Schulbehörden angebotenen Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt werden, so dass Fachkräfte der unterschiedlichen Lernorte teilnehmen. Hierfür kann auf vorliegende Empfehlungen, Konzepte und Erfahrungen zurückgegriffen werden.<sup>78</sup>

Themen der Fortbildungen können sein:

- Veränderung der Rolle: Die Lehrkraft als Begleiter im Berufswahlprozess,
- Wissen über Berufswahlkompetenz und Berufswahlprozesse,
- Wissen über Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- Gesamtkonzepte und Module von Berufsorientierung,
- Einbezug der Eltern in die Berufswahlprozesse ihrer Kinder,
- Jugendalter und pädagogische Herausforderungen,
- Heterogenität der Zielgruppe: Individuelle Lernprozesse gestalten und fördern,
- Methodik/Didaktik in der Berufsorientierung in Schule und Berufsbildungsstätte,
- Kompetenzfeststellungsverfahren,
- Arbeit mit biografieorientierten Verfahren: Profilpass und Berufswahlpass,
- Wissen über Berufswege, Berufsfelder, Ausbildungsmarkt des sog. Übergangssystems,
- Besondere Herausforderungen für die Berufsorientierung in einzelnen Berufsfeldern.

Butz (2006, 37f) gliedert in seiner Expertise zur Berufsorientierung in Ganztagschulen seine „Empfehlungen für die Gestaltung eines Fortbildungsmoduls“ in

- Ziel der Berufsorientierung,
- Inhalte (Berufsfindungsprozesse und Berufs- und Arbeitswelt),
- BO-Management (Kooperationen/Kommunikation, Konzeptgestaltung).

Für den Bereich des Berufsorientierungsmanagements empfiehlt er auch „offene Gesprächskreise ohne inhaltliche Vorgaben mit Supervisionscharakter“ (ebenda, 38), denn „Berufsorientierungsprojekte scheitern nicht am theoretischen Wissen, sondern am fehlenden Durchführungs-Know-how, also an der mangelnden Erfahrung und fehlenden moralischen Unterstützung. Die auftretenden Probleme zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie in ihrer konkreten Erscheinungsform immer wieder neu sind. Ihre Lösungen lassen sich nicht auf Vorrat im Seminar lernen“ (ebenda).

Solche „Gesprächskreise“ würden sich auch mit den in den Interviews geäußerten Wünschen der Auszubildenden decken. Sie wünschten sich Austausch mit anderen Auszubildenden unter unterschiedlichen Aspekten – auch unter fachlichen, auf ihr Berufsfeld bezogenen.

---

<sup>78</sup> Z. B.: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Hg.) (2006): Kooperation in der Benachteiligtenförderung. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 133, S. 79; <http://www.blk-bonn.de/papers/heft133.pdf> .

Projekt LiDO – Lernorte im Dialog. Modellversuch zur „Integrierten Fort- und Weiterbildung“, <http://www.lernorte-im-dialog.de> .

## MONITORING DES PROGRAMMS

Da das Programm flächendeckend durchgeführt wird und eine sehr hohe Zahl von Schülern und Schülerinnen erreicht und dauerhaft verstetigt werden soll, ist ein Monitoring zu empfehlen.

Ein kontinuierliches Monitoring zum Berufsorientierungsprogramm kann Daten liefern

- zum Planungsstand,
- zum Umsetzungsstand,
- für die Steuerung des Programms,
- für Auswertung und Bewertung (Evaluation).

**Tabelle 8: Mögliche Datenfelder für eine Monitoring-Datenbank**

<b>Daten zur Berufsbildungsstätte</b>	Name, Adresse etc.
	Ansprechperson mit Kontaktdaten
	ÜBS oder sonstige Einrichtung
	Angebotene Berufsfelder
<b>Daten zur Maßnahme</b>	Datum der Bewilligung
	Bewilligungszeitraum
	Anzahl der bewilligten Plätze
	Ggf. weitere administrative Daten (Finanzierungsplan etc.)
<b>Personenbezogene und soziodemografische Daten zu den Teilnehmenden</b>	Name, Vorname (Anonymisierung nach Abschluss und zu Auswertungszwecken)
	Geschlecht
	Alter
	Klassenstufe
	Art der besuchten Schule
	Ggf. weitere soziodemografische Daten (Migrationshintergrund u. a.)
<b>Verlaufsdaten zu den Teilnehmenden</b>	Beginn und Ende der Teilnahme
	Umfang der BO in Stunden
	Ggf. weitere Daten zum Verlauf (Berufsfelder), ggf. auch zu Ergebnissen (Zertifikat)

Aufgrund der bundesweiten Ausrichtung mit einer großen Zahl von umsetzenden Berufsbildungsstätten ist eine entsprechende Datenbank u. E. nur sinnvoll internetgestützt zu betreiben.

Sie müsste programmseitig zur Verfügung gestellt werden, die Eingabe der Daten würde durch die Berufsbildungsstätten erfolgen. Eine nutzerfreundliche Ausgestaltung kann gewährleisten, dass die Datenbank die für Abrechnung und Nachweisführung notwendigen Dokumente und Listen generiert, die Dateneingabe also nur begrenzten Mehraufwand für die Berufsbildungsstätten mit sich bringt.

Eine weitere Ausdifferenzierung der zu erfassenden Daten wäre möglich und würde einerseits Auswertungs- und Bewertungsmöglichkeiten, andererseits natürlich auch den Aufwand für Einrichtung, Pflege und Dateneingabe erhöhen.

Zugriffs- und Auswertungsmöglichkeiten beständen sowohl seitens der Berufsbildungsstätten als auch seitens der programmverantwortlichen Stellen.

Durch definierte Zugriffsrechte, Anonymisierungsroutinen etc. ist zu gewährleisten, dass die Anforderungen des Datenschutzes eingehalten werden.

Vorhandene Datenbanksysteme (Programmdatenbank JobStarter, Datenbanken WASKO/WASKA des Programms Jugend Stärken, Datenbank idb der INBAS GmbH oder anderer Anbieter) könnten für die Nutzung für das Programm-Monitoring so angepasst werden, dass keine Neuentwicklung erforderlich wäre.

## 8 Literatur

Althoff, Heinrich (2001): Ausschöpfung des Berufespektrums bei männlichen und weiblichen Jugendlichen im dualen System. In: BWP, Heft 6, S. 22–25.

Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden (Hg.) (2008): Kompetenz-Entwicklungsprogramm im Übergang Schule – Beruf. Ein Programm zur Verbesserung der Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler.

[http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/soziales/sozialplanung/Kompetenz-Entwicklung-Programm\\_xs\\_1\\_.pdf](http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/soziales/sozialplanung/Kompetenz-Entwicklung-Programm_xs_1_.pdf) [07.01.2010].

Anton, Tanja (2009): Der Praxistag – eine Bereicherung in der Berufsorientierung in Schulen mit Bildungsgang Hauptschule. In: Schule und Arbeitswelt. Vertiefte Berufsorientierung: Von der Schule zur Berufsausbildung, S. 25-29. Tagungsdokumentation. Herausgegeben von der TBS gGmbH Rheinland Pfalz.

[http://www.tbs-rheinlandpfalz.de/publikation/downloads/broschuere\\_schule\\_und\\_arbeitswelt.pdf](http://www.tbs-rheinlandpfalz.de/publikation/downloads/broschuere_schule_und_arbeitswelt.pdf) [10.01.2010].

Arbeitsgruppe SIEGEL-Standards (o. J.): Unverzichtbare Qualitätsmerkmale guter Berufsorientierung nach dem Verständnis des Netzwerkes Berufswahl-SIEGEL.

[http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/uploads/tx\\_jpdownloadbox/SIEGEL\\_Standards.pdf](http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/uploads/tx_jpdownloadbox/SIEGEL_Standards.pdf) [16.01.2010].

Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Jeweils aktuell unter

<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/c.html>

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld.

Bade, Franz-Josef / Schönert, Matthias (1997): Regionale Unterschiede und Entwicklungstendenzen in der Qualität der Arbeitsplätze. In: Geographische Zeitschrift, Heft 2+3, S. 67–80.

Baethge, Martin / Solga, Heike / Wieck, Markus (2007): Berufsbildung im Umbruch – Signale eines überfälligen Aufbruchs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Berlepsch, Petra / Lexis, Ulrike / Wieland Clemens: Berufsorientierung in Schulen.

<http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/berufsorientierung.98.html> [07.01.2010].

Brauer-Schröder, Margareta u. a.: Standards für Berufsorientierung. Unverzichtbare Qualitätsmerkmale guter Berufsorientierung nach dem Verständnis des Netzwerkes Berufswahl-SIEGEL.

[http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de/uploads/tx\\_jpdownloadbox/SIEGEL\\_Standards.pdf](http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de/uploads/tx_jpdownloadbox/SIEGEL_Standards.pdf) [07.01.2010].

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2009a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht. Informationen und Analysen zur beruflichen Bildung. Bonn.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2009b): Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2009.

[http://www.bibb.de/dokumente/pdf/pm\\_9\\_2009\\_stellungnahme\\_ha.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/pm_9_2009_stellungnahme_ha.pdf) [07.01.2010].

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2007a): Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Expertise. Bonn, Berlin.

[http://www.bmbf.de/pub/zur\\_entwicklung\\_nationaler\\_bildungsstandards.pdf](http://www.bmbf.de/pub/zur_entwicklung_nationaler_bildungsstandards.pdf) [07.01.2010].

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2007b): 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung – Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung. Bonn, Berlin.

[http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10\\_Leitlinien.pdf](http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf) [11.01.2010].

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2008): Richtlinie für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten.

[http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a34\\_berufsorientierung\\_richtlinien.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a34_berufsorientierung_richtlinien.pdf) [11.01.2010].

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2009): Berufsbildungsbericht 2009. Berlin. [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_09.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf) [16.12.2009].
- Butz, Bert (2006): Berufsorientierung an Schulen mit Ganztagsangebot. Eine Expertise im Auftrag des BLK-Verbundprojekts „Lernen für den Ganzttag“ (Brandenburg). Ahrensburg. [http://www.ganztag-blk.de/cms/upload/pdf/brandenburg/Butz\\_Berufsorientierung.pdf](http://www.ganztag-blk.de/cms/upload/pdf/brandenburg/Butz_Berufsorientierung.pdf) [04.01.2010].
- Bylinski, Ursula (2009): Schule zur Arbeitswelt hin öffnen. [http://www.good-practice.de/schule\\_zur\\_arbeitswelt\\_oeffnen.pdf](http://www.good-practice.de/schule_zur_arbeitswelt_oeffnen.pdf) [07.01.2010].
- Dedering, Heinz (2006): Berufs- und Arbeitsorientierung. In: Rauner, a. a. O., S. 217–223.
- Druckrey, Petra (2007): Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf. Bonn, Moers: IMBSE und BIBB.
- Famulla, Gerd-E. (2004): Berufsorientierung als Bildungsstandard? Referat im Rahmen der 5. Fachtagung zum SWA-Programm. [http://www.swa-programm.de/tagungen/potsdam/famulla\\_potsdam.pdf](http://www.swa-programm.de/tagungen/potsdam/famulla_potsdam.pdf).
- Famulla, Gerd-E. (2008): Berufsorientierung im Strukturwandel von Arbeitsmarkt und Beruf. In: Wissenschaftliche Begleitung des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“, a. a. O., S. 26–41.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand (Hg.) (2009): Zukunft in die Schule holen. Lebensplanung, Arbeits- und Berufsorientierung. Tagungsdokumentation. Bielefeld.
- Gutschow, Karin / Puhmann, Angelika / Rieck, Andrea (2009): Berufsorientierung junger Frauen im Wandel. Projektbeschreibung. [http://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/at\\_34302.pdf](http://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/at_34302.pdf) [07.01.2010].
- Herzog, Walter u. a. (2006): Berufswahlprozess. Wie sich Jugendliche auf ihren Beruf vorbereiten. Bern.
- Hof, Christiane (2002): (Wie) lassen sich soziale Kompetenzen bewerten? In: Clement, Ute / Arnold, Rolf (Hg.): Kompetenzentwicklung in der beruflichen Bildung. Opladen, S. 153–166.
- Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim und München. 9., aktualisierte Auflage (1. Auflage 1985).
- Hurrelmann, Klaus (2009): Die Lebenssituation der jungen Generation. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand, a. a. O., S. 14–24.
- Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) (Hg.) (2007): Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: Kompetenzen feststellen, Ausbildungsreife fördern. Offenbach am Main.
- IRIS e. V. (Hg.) (2009): Professionalisierung des Systems der Berufsorientierung im Freistaat Sachsen. Konzept für ein System der Berufsorientierung im Freistaat Sachsen. Dresden. [http://www.good-practice.de/konzept\\_bo\\_sachsen.pdf](http://www.good-practice.de/konzept_bo_sachsen.pdf) [07.01.2010].
- Kahlert, Heike / Mansel, Jürgen (Hg.) (2007): Bildung und Berufsorientierung. Der Einfluss von Schule und informellen Kontexten auf die berufliche Identitätsentwicklung. Weinheim.
- Koch, Martin / Strasser, Peter (Hg.) (2008): In der Tat kompetent. Zum Verständnis von Kompetenz und Tätigkeit in der beruflichen Benachteiligtenförderung. Bielefeld.
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2009): Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.12.1993 i. d. F. vom 09.10.2009. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/1993/1993\\_12\\_03-VB-SekI\\_01.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1993/1993_12_03-VB-SekI_01.pdf) [05.01.2010].

- Lippegaus, Petra (2008): Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf. In: Koch / Strasser, a. a. O., S. 53–72.
- Lippegaus-Grünau, Petra (2009): Kompetenzen erkennen und entwickeln. Sozialpädagogisch orientierte Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf, dargestellt am Beispiel einer Diagnose- und Trainingseinheit für benachteiligte Jugendliche. Reihe: Wissenschaft und Forschung. Offenbach am Main: INBAS.
- Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (2006): Schule und Betrieb als Partner. Ein Handlungsleitfaden zur Stärkung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife. <http://www.ausbildungspakt-berufsorientierung.de/> [05.01.2010].
- Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (2009): Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife. Nachdruck. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit. <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf> [16.12.2009].
- Niederalt, Michael (2005): Bestimmungsgründe des betrieblichen Ausbildungsverhaltens in Deutschland. Discussion Paper No. 36. Erlangen-Nürnberg: Universität. Lehrstuhl VWL.
- Niemann, Heike (2009): Prävention statt Reparatur. Berufsorientierung Jugendlicher frühzeitig stärken. In: BWP, Heft 5, S. 49–50.
- Niemeyer, Beatrix (2005): „Neue Lernkulturen“ in der Benachteiligtenförderung. In: dies. (Hg.): Neue Lernkulturen in Europa? Prozesse, Positionen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 77–93.
- Notz, Petra / Nüchter, Oliver (2006): Berufe für Jugendliche mit schlechten Startchancen. Bestehende Ausbildungsberufe als Option für eine berufliche Integration. Offenbach.
- Oechsle, Mechthild / Maschetzke, Christiane / Rosowski, Elke / Knauf, Helen (2002): Abitur und was dann? Junge Frauen und Männer zwischen Berufsorientierung und privater Lebensplanung. In: Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung, Heft 4, S. 17–27. [http://www.berufsorientierung-lebensplanung.de/pdf/Abitur\\_und\\_was\\_dann.pdf](http://www.berufsorientierung-lebensplanung.de/pdf/Abitur_und_was_dann.pdf) [09.12.2009].
- Prandini, Markus (2002): Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen als Aufgabe und Ziel der Pädagogik. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heft 3, S. 354–372.
- Puhlmann, Angelika (2005): Die Rolle der Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder. [http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a24\\_puhlmann\\_ElternBerufswahl.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a24_puhlmann_ElternBerufswahl.pdf) [16.12.2009].
- Ratschinski, Günter (2008): Berufswahlkompetenz. In: Koch / Strasser, a. a. O., S. 73–90.
- Ratschinski, Günter (2009): Selbstkonzept und Berufswahl. Münster.
- Rauner, Felix (Hg.) (2006): Handbuch Berufsbildungsforschung. 2., aktualisierte Auflage. Bielefeld.
- Ulrich, Joachim Gerd / Krekel, Elisabeth M. (2007): Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. In: BIBB-Report, Juli 2007. Bonn: BIBB. [http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport\\_1\\_07.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport_1_07.pdf) [11.01.2010].
- Wensierski, Hans-Jürgen (2008), Berufsorientierende Jugendbildung – Jugendbildung zwischen Sozialpädagogik, Schule und Arbeitswelt. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 2, S. 149–166.
- Wensierski, Hans-Jürgen / Schützler, Christoph / Schütt, Sabine (2005): Berufsorientierende Jugendbildung. Grundlagen, empirische Befunde, Konzepte. Weinheim, München.
- Wissenschaftliche Begleitung des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ (Hg.) (2008): Berufsorientierung als Prozess – Persönlichkeit fördern, Schule entwickeln, Übergang sichern. Ergebnisse aus dem Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“. Baltmannsweiler.

## Anhang

### Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Angebot-Nachfrage-Relation in Deutschland 1997 bis 2008	46
Abbildung 2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Region, Anteile in Prozent	48
Abbildung 3:	Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Ländern, Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen in Prozent	49
Abbildung 4:	Schulische Vorbildung der Bewerbern und Bewerberinnen, Anteile in Prozent	50
Abbildung 5:	Abgeschlossene Ausbildungsplätze nach Kammern, Anteile in Prozent	52
Abbildung 6:	Anteil unversorgter Ausbildungsplatzsuchender nach Berufen, Anteile in Prozent	53
Abbildung 7:	Traumberufe der Jugendlichen, Anteil in Prozent	55
Abbildung 8:	Bedeutung für Berufswahl, Anteile in Prozent	57
Abbildung 9:	Gedanken der Jugendlichen vor der Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)	58
Abbildung 10:	Zeitliche Organisation der Berufsorientierung, Anteile in Prozent	59
Abbildung 11:	Verkehrsmittel zur Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)	60
Abbildung 12:	Berufsfelder der Berufsorientierung, Angaben in Prozent (Mehrfachnennungen)	62
Abbildung 13:	Aussagen zur Berufsorientierung, Antwortkategorien „trifft voll zu / trifft eher zu“, Angaben in Prozent	63
Abbildung 14:	Gespräch mit Lehrkräften über Berufsorientierung, Anteile in Prozent	64
Abbildung 15:	Effekte der Berufsorientierung, Antwortkategorie „trifft voll zu“, Angaben in Prozent	65
Abbildung 16:	Angemessenheit von Berufs- und Stundenzahl, Anteile in Prozent	67
Abbildung 17:	Situative Bedingungen der Berufsorientierung	111
Abbildung 18:	Stufen der Verankerung in der Berufsorientierung	115

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Verteilung der befragten Jugendlichen nach Ländern und Raumtyp (ungewichtet)	27
Tabelle 2:	Verteilung der befragten Jugendlichen nach Ländern und Raumtyp (gewichtet)	28
Tabelle 3:	Anzahl der neuen/neu geordneten Berufe	51
Tabelle 4:	Sonstige Traumberufe der Jugendlichen	56
Tabelle 5 :	Bewertung der Durchführung des BOP durch Lehrkräfte, absolute Zahlen	73
Tabelle 6:	Ergebnisse des BOP aus Sicht der Lehrkräfte, absolute Zahlen	75
Tabelle 7:	Unterscheidungskriterien für Programme und Projekte der Berufsorientierung	104
Tabelle 8:	Mögliche Datenfelder für eine Monitoring-Datenbank	138

## Abkürzungen

AC	Assessment Center
BA	Bundesagentur für Arbeit
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
BO	Berufsorientierung
BOP	Berufsorientierungsprogramm
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme der Bundesagentur
ESF	Europäischer Sozialfonds
HWK	Handwerkskammer
KMK	Kultusministerkonferenz
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft & Technik
NRW	Nordrhein-Westfalen
SWA	Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben
PISA	Programme for International Student Assessment
OloV	Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen
SGB	Sozialgesetzbuch
ÜBS	Überbetriebliche Berufsbildungsstätte
VBO	Vertiefte Berufsorientierung